



Gesellschaft • Entwicklung • Politik

Band 2

Herausgegeben von

Peter Feldbauer
Franz Kolland
Rüdiger Korff
Elke Mader
Irmtraut Maral-Hanak
Andreas Novy
Christof Parnreiter
Christian Suter

für den Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Hochschulen, Währingerstraße 17/104, 1090 Wien

**Gerald Faschingeder, Karin Fischer,
Johannes Jäger, Alexandra Strickner (Hg.)**

Bewegung macht Geschichte
Globale Perspektiven für
Gesellschaftsveränderung

Mandelbaum Edition Südwind

Gefördert durch das Institut für politökonomische Forschung – IPF sowie aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

 Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Gesellschaft • Entwicklung • Politik, Band 2

© 2003 Mandelbaum Verlag/Mattersburger Kreis/Wien
Alle Rechte vorbehalten

Layout: Marianne Oppel
Lektorat: Andrea Schnöller
Umschlaggestaltung: Michael Baiculescu
Druck: Interpress, Budapest
ISBN 3-85476-089-2

Inhalt

*Karin Fischer – Johannes Jäger – Gerald Faschingeder –
Alexandra Strickner*

Die GlobalisierungskritikerInnen und ihre Perspektiven für Gesellschaftsveränderung	7
--	---

Struktur und Handlung:

Der politökonomische Kontext für Gesellschaftsveränderung

Christof Parnreiter

Für eine „andere“ Globalisierung? Über Krisen im Kapitalismus und Globalisierung als Strategie, sie zu überwinden	19
---	----

Andreas Novy

Der umkämpfte Wohlfahrtsstaat	43
-------------------------------------	----

Hans-Jürgen Bieling

Die Europäische Union: neoliberale Handlungsarena und Kampffeld für eine progressive Politik	57
---	----

Soziale Bewegung:

Historische Dimensionen, regionale Unterschiede

Gerhard Melinz

Von der „Revolution“ zur „sozialen Bewegung“? Historische Reflexionen zu sozialen Bewegungen im Weltsystem	83
---	----

Frieder Otto Wolf

Transnationale soziale Bewegungen und ihre zivilgesellschaftlichen Vermittlungsformen Voraussetzungen und Entfaltungsmöglichkeiten	105
--	-----

Dieter Boris

Zur Revitalisierung sozialer Bewegungen im globalisierungskritischen Kontext: Das Beispiel Lateinamerikas	121
---	-----

Von der Analyse zur Praxis:

Ausgewählte Handlungsfelder der Globalisierungskritik

Joachim Becker – Karin Fischer – Johannes Jäger

Alternative Wissensproduktion und gesellschaftsverändernde Praxis:

Zur Rolle der Ideen und Intellektuellen 137

Gerald Faschingeder – Alexandra Strickner

(Volks-)Bildung in einer mediatisierten Welt

Wissenskritik, Gegenöffentlichkeit und alternative Vermittlungsformen 156

Karin Fischer – Johannes Jäger u. a.

Bewegung Macht Geschichte:

Positionen und Widersprüche 172

Karin Fischer – Johannes Jäger –
Gerald Faschingeder – Alexandra Strickner

Die GlobalisierungskritikerInnen und ihre Perspektiven für Gesellschaftsveränderung

*One cannot expect an individual or a book to change reality
but only to interpret and to indicate the possible lines of action.*

Antonio Gramsci

Die globalisierungskritische Bewegung stellt eines der interessantesten und vielversprechendsten sozialen Phänomene der letzten Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte, dar. Seit den Protesten gegen die „Millenniumsrunde“ der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle ist eine lautstarke Protestbewegung entstanden, die wichtige Akteure der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung ins Kreuzfeuer der Kritik gebracht hat. Die Nord-Süd-Solidarität findet damit (wieder) einen internationalen Ausdruck, der in Bezug auf Mobilisierungskraft und Breitenwirksamkeit vor kurzem noch undenkbar schien. Parallel zu den Protestformen auf der Straße wurde mit der Abhaltung des Weltsozialforums in Porto Alegre in den Jahren 2001 und 2002 ein weithin sichtbares Zeichen einer sich transnational vernetzenden Bewegung gesetzt. In Porto Alegre und mit der Gründung von Sozialforen auf allen Kontinenten wie auch auf lokaler Ebene wurde auch eine inhaltliche Auseinandersetzung unter sozialen, politischen und gewerkschaftlichen Organisationen über Alternativen zum gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell in Gang gesetzt. Über das eigene Selbstverständnis und die Organisationsstrukturen, über politische Forderungen und Strategien wird dabei sehr lebendig, aber auch sehr kontrovers debattiert.

Forschungsgegenstand und Selbstverortung

Ziel des Bandes ist es, der Frage nach dem gesellschaftlichen Veränderungspotenzial dieser neuen sozialen Bewegung nachzugehen. Zweifels- ohne können Tiefe und Tragweite der Veränderungen, die systemkritische Bewegungen in Politik und Gesellschaft erwirken, erst in einigem histori-

schen Abstand eingeschätzt werden. Daraus folgt, dass soziale Bewegungen erst im Nachhinein – in Form einer „nachholenden Theoretisierung“ – angemessen erfasst werden können. Nichtsdestotrotz stellt sich für die kritische Sozialwissenschaft die Aufgabe, soziale Phänomene zu bearbeiten. Eine solche Beforschung kann niemals vom eigenen gesellschaftspolitischen Standpunkt abstrahieren: Der (Bewegungs-)Forscher befindet sich *inmitten* seines Gegenstandes. Seine Position kann mit Norbert Elias als Balance zwischen „Engagement und Distanzierung“ (Elias 1983) beschrieben werden: Je stärker die Emotionsladung und das Engagement, desto stärker sind auch seine Beobachtungsgabe und sein Nachdenken über die Materie. Andererseits steigt damit die Wahrscheinlichkeit, dass seine kognitive Beobachtung und das Ergebnis seiner Reflexion weniger realitätsangemessen sein wird. Auch die HerausgeberInnen und AutorInnen des vorliegenden Bandes nähern sich ihrem Gegenstand, den Herausforderungen für die globalisierungskritischen Bewegungen, in einem Spannungsfeld von Engagement und Distanzierung. Als Teil der Bewegung, als der wir uns verstehen, wollen wir mit diesem Buch einen Beitrag zur wissenschaftlich fundierten Reflexion der Bewegung leisten. Neben aktuellen Analysen soll der Blick auf Chancen, Grenzen und mögliche Fallen mit historisch geleiteten Beiträgen geschärft werden, die die politökonomische Konjunktur und die Geschichte der politischen Bewegungen im historischen Wandel beschreiben.

Anfänge und Wurzeln

Bereits im April 1997 erreichte die Protestfront gegen den Entwurf für ein multilaterales Investitionsabkommen (MAI) eine breite internationale Öffentlichkeit. Der Widerstand, der damals vor allem elektronisch, über das Internet, organisiert wurde, hat sich seither an vielen Orten quer über die Weltkarte manifestiert. Vor allem seit den machtvollen Demonstrationen in Seattle im November 1999 hat die Bewegung enorm an Dynamik und öffentlicher Aufmerksamkeit – zu einem guten Teil vermittelt über die Massenmedien – gewonnen.

Die Anfänge bzw. Wurzeln dieser neuen Bewegung liegen jedoch nicht in Seattle. Bereits seit Jahrzehnten waren Gruppen in Europa und am amerikanischen Kontinent und Basisbewegungen in der so genannten Dritten Welt aktiv, die jedoch nur selten zu übergreifenden Aktionen zusammenfanden. Erst in den 1990er-Jahren wurde mit den Codewörtern „Globalisierung“ und „Neoliberalismus“ ein weithin geachteter und genutzter Interpretationsrahmen gefunden, an dem die Kritik festgemacht und gebündelt wurde (Rucht 2002:61ff).

Die Traditionslinie zu den neuen sozialen Bewegungen der 1970er- und 1980er-Jahre zeigt an, dass weder die Akteure noch die Forderungen, die sie vertreten, entlang von Klassenlinien oder materiellen Interessen festgemacht werden können. Damit unterscheiden sie sich deutlich vom klassischen Beispiel der Arbeiterbewegung, die in den 1890er-Jahren ihren Anfang nahm und in den 1980ern ihren strukturellen Niedergang erlebte. Artikuliert werden vielmehr kollektive, „postmaterielle“ Interessen, die eng im Zusammenhang mit Wertentscheidungen stehen. Wie das politische Engagement in der globalisierungskritischen Bewegung einzuschätzen ist, ist Gegenstand des Sammelbandes. Fest steht jedenfalls, dass die Akteure mit ihrem Eintreten für eine gerechte Aufteilung der Ressourcen und für die Rechte der nachfolgenden Generationen deutlich machen, dass Fortschritt nicht alleine am Wachstum der Wirtschaft oder an der Vermehrung des eigenen Wohlstands zu messen ist.

Die AkteurInnen und ihre Organisationsformen

Auch auf organisatorischer Ebene scheinen die Netzwerke der globalisierungskritischen Initiativen den vielfältigen sozialen Realitäten sowie den weniger festgelegten Handlungsoptionen und Identitäten einen geeigneten Rahmen zu bieten. Neben der im Februar 1998 in Genf gegründeten People's Global Action (PGA), die sich am Politikverständnis der mexikanischen Zapatisten orientiert, oder dem themenzentrierten Netzwerk Jubilee (für Schuldenstreichung) ist es vor allem ATTAC (Association pour une Taxation des Transactions Financières pour l'aide aux Citoyens; Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte), das zum Kristallisationspunkt der Bewegung wurde. Die Gründung von ATTAC erfolgte nicht zufällig 1998 im Gefolge der Ostasienkrise, als die Schockwelle Russland und Brasilien erfasste: „Die Zeit war reif – zumindest für eine mediale Projektionsfläche. Denn zunächst ist ATTAC Ausdruck eines tief sitzenden Unbehagens an der real-existierenden Globalisierung. Ein Unbehagen hinsichtlich der neoliberalen Wirtschaftspolitik und ihrer weltweiten Folgen, das sich in den Protesten der rebellierenden Akteure, aber vor allem in der Berichterstattung der Medien widerspiegelt.“ (von Lucke 2002:169) Nach der Initialzündung in Frankreich bildeten sich bislang in 30 afrikanischen, europäischen und lateinamerikanischen Ländern und jüngst auch in Australien entsprechende Organisationsstrukturen mit unzähligen Regionalgruppen.

Genauso wenig wie die globalisierungskritische Bewegung auf *event hopping* verkürzt werden kann, lässt sich ATTAC auf ein „massenmediales

Phänomen“ reduzieren. Die rasant steigenden Mitgliederzahlen zeigen, dass hier ein milieuübergreifender Rahmen für neue Organisationsbedürfnisse angeboten wird, in dem Räume für eine Selbstverständigung und Diskursproduktion einerseits und eine alternative Öffentlichkeit andererseits entstehen. ATTAC will bewusst einen Rahmen für politische Organisation, Bildung und Aktion für jene schaffen, die sich in den traditionellen Formen des politischen Handelns nicht mehr wiederfinden. Formuliertes Ziel ist es, ein gemeinsames Dach zu bilden, unter dem der neue Internationalismus seinen Ausdruck finden kann, ohne selbst die Bewegung zu dominieren (siehe Grundsatzdokumente www.attac-netzwerk.de, www.attac.org). Ausdruck dessen ist eine beachtliche Vielfalt von Organisationen, die sich unter dem Dach von ATTAC versammeln, Organisationen, die anderswo zum Teil in Konkurrenz zueinander oder sogar im Konflikt miteinander stehen.

Wiewohl verschiedenste NGOs Mitglieder von ATTAC sind, versucht das Netzwerk die spezifische Organisationsweise von NGOs und ihr Prinzip der „Anwaltschaft“ und Lobbypolitik zu vermeiden. Damit wird die Einsicht verarbeitet, dass die NGOs im Zuge der Professionalisierung ihre Mobilisierungskraft weitgehend eingebüßt haben. Darüber hinaus vermeidet ATTAC auch die Spezialisierung auf *single-issues*, wie es das Merkmal der NGOs ist: Das Programm von ATTAC blieb nicht auf die Besteuerung des Spekulationskapitals beschränkt. Mit der Losung „Die Welt ist keine Ware!“ steht die Kritik an den Verhältnissen und den globalen Problemlagen, die die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung produziert, auf der Agenda: von Armut, Krieg, Umwelt, Ernährung über Finanz- und Handelspolitik bis zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Welche Breite die globalisierungskritische Bewegung auf nationaler Ebene erhält und welche Bündnisse geschlossen werden, hängt von der jeweiligen Situation ab. Dies gilt insbesondere für die Orientierung der Gewerkschaften. Diese beteiligen sich zwar seit Seattle stärker an den Mobilisierungen (insbesondere in so genannten Schwellenländern wie Brasilien und Korea), in vielen europäischen Ländern müssen sich linke und unabhängige Gewerkschaften allerdings gegen die „offizielle“ Führung oder die großen Gewerkschaftsverbände durchsetzen. Dies trifft für Österreich und Deutschland zu, während in Italien und Frankreich die Strukturen viel weniger festgefahren sind. Auf europäischer Ebene bewiesen die Gewerkschaften mit den Märschen gegen Erwerbslosigkeit und den Demonstrationen gegen EU-Gipfel beachtliche Mobilisierungskraft, die zum Teil in eine Bündnispolitik eingebettet war. Auch daran waren französische und italienische Gewerkschaftsgruppen maßgeblich beteiligt, die schon frühzeitig eine erhöhte

Sensibilität für globalisierungskritische Positionen gezeigt haben (Klas 2002; Aguiton 2002:100-141).

Die Qualität der Verbindung zwischen den „kollektiven“ Mitgliedern (Gewerkschaften, Verbände, Redaktionskomitees usw.), den individuellen AktivistInnen und den Intellektuellen, die sich für globalisierungskritische Positionen stark machen und die Bewegung begleiten, wird nicht zuletzt auch für die künftige Stärke von ATTAC entscheidend sein. Auf einer allgemeineren Ebene geht es dabei um die Selbstorganisation und die Frage, wie Gestaltung möglich sein soll – und damit vielleicht auch um den notwendigen Übergang von vielen sozialen Bewegungen zu einer politischen Bewegung, die gesamtgesellschaftlich gestaltend agiert.

Aktionsformen

Der dezentrale Netzwerkcharakter der Organisationsform findet auch in der Protest- und Widerstandskultur seinen Ausdruck. Wiewohl die klassische Protestform der Demonstration nach wie vor zentralen Stellenwert hat, versuchen die verschiedenen Gruppen innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung bewusst, die Paradigmen, Sprache und Methoden des Widerstands zu verändern und so neue Möglichkeiten politischen Handelns auszuloten. Mit direkten Agitationsformen und subversiven Spaßaktionen (wie antikapitalistische Karnevals, Straßenparties, aktionistisches Theater) sowie politischer Bildungsarbeit wird nicht nur auf die zunehmende Mediatisierung von Politik reagiert, die von der Skandalisierung und von medienwirksamen Auftritten lebt. Im Kern geht es darum, mit vielfältigen Aktionsformen im öffentlichen Raum neue Schichten zu gewinnen und zu politisieren. Gruppen wie Tutti Bianchi oder Reclaim the Streets wollen mit Aktionen – mit bewusstem Verzicht auf „Massenbasis“ – einen Akt der Selbstermächtigung setzen und die *praktische* Möglichkeit von Widerstand aufzeigen. Widerstand will dabei ohne Führungsprinzip auskommen: Avantgardeansprüchen wird genauso skeptisch begegnet wie den Bestrebungen etablierter politischer Kräfte, die Bewegung oder auch konkrete Mobilisierungen zu dominieren. Die Diskussionen über den Netzwerkcharakter von Widerstand, die innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung geführt werden, lassen erkennen, dass vom Konzept des Avantgardismus und der Massen Abschied genommen wird, und zwar in einem stärkeren Ausmaß als dies bei den neuen sozialen Bewegungen oder der neuen Linken der Fall war. Die Frage, wie eine universale Idee der Bewegung gefunden und diese dann in Bündnispolitik umgesetzt werden kann, bleibt vorerst offen.

Neuer Schub an kritischer Theoriebildung

Die breiten Proteste gegen die RepräsentantInnen und NutznießerInnen der Globalisierung sind sichtbarer Ausdruck der Legitimitätskrise einer kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung und ihrer Institutionen. Die Zweifel am Kapitalismus (oder zumindest die Skepsis gegenüber der „neoliberalen Globalisierung“), die sich in breiteren Kreisen ausbreiten, haben auch ein neues Interesse an kapitalismuskritischer Expertise befördert. Ausdruck dessen ist zum einen eine vermehrt anzutreffende Kritik innerhalb der Eliten selbst, die vor allem publizistisch mit einiger Breitenwirksamkeit vorgetragen wird. Prominente Beispiele für eine solche „Insiderkritik“ sind die Kommentare von George Soros oder des ehemaligen Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, die sich für reformistische Szenarien stark machen. Aber auch das radikale „intellektuelle Gegenfeuer“ erzielt hohe Aufmerksamkeit (und hohe Verkaufszahlen). Dies gilt speziell für *Empire* von Antonio Negri und Michael Hardt, um das sich weltweit Lesezirkel bilden, aber auch für die Publikationen von Naomi Klein, Vandana Shiva, Walden Bello, Susan George, Noam Chomsky und vielen anderen mehr. Intellektuelle Kritik und soziale Bewegungen wieder stärker aufeinander zu beziehen, hat sich insbesondere die Gruppe *Raisons d’agir* („Gründe zu handeln“), die der mittlerweile verstorbene Soziologe Pierre Bourdieu initiierte, vorgenommen. Die Aktivitäten dieser Gruppe finden ihren Niederschlag nicht nur in zahlreichen Publikationen, die in der Tradition der Pamphlete das „theoretische Begleitfeuer“ für die globalisierungskritische Bewegung liefern sollen. Es wurde auch eine kollektive Reflexion über das Selbstverständnis der Sozialwissenschaften und ihren politischen Handlungsbezug in Gang gebracht (www.raisons.org).

Inhaltliche Positionierungen

Auf inhaltlicher Ebene machen die bisherigen Debatten im globalisierungskritischen Spektrum deutlich, dass die AktivistInnen eine kritische oder ablehnende Haltung zur neoliberalen Offensive verbindet. Christophe Aguiton (2002) sieht die gemeinsame Basis der verschiedenen Protest- und Widerstandsströmungen in drei Bereichen: Erstens im Kampf gegen die soziale Ungleichheit, die die neoliberale Globalisierung mit sich bringt. Zweitens in der Sorge um die Umwelt, vor allem die Verbreitung gentechnisch manipulierter Organismen und Nahrungsmittel. Und drittens in der Sorge um den Abbau von Demokratie durch die neoliberale Reorganisation der Welt über Organisationen wie IWF, die WTO oder die Weltbank.

Wie die „Eine Welt“ unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ verändert werden kann und soll, wurde und wird jedoch äußerst unterschiedlich beantwortet. Ein hohes Ausmaß an Heterogenität ist unübersehbar und hat sich bei der Entstehung der globalisierungskritischen Bewegung als durchaus realitätstüchtig erwiesen. In der Bewegung haben sich unterschiedliche Strukturen herausgebildet, die sich im Hinblick auf ihre soziale Herkunft und Zusammensetzung, ihre theoretischen Ansätze und ihre Praxis unterscheiden. Diese Heterogenität birgt aber auch die Gefahr in sich, keinen gemeinsamen Interpretationsrahmen zu finden, in dem die in sich stark differenzierten Bewegungen und Initiativen eine gemeinsame programmatische und strategische Entwicklung entwerfen können.

Bei den einzelnen Strömungen oder Polen handelt es sich nicht um deutlich herausgearbeitete Positionen. Inhaltliche Debatten über mögliche Kohärenzen (auf inhaltlich-programmatischer, organisatorischer und politisch-strategischer Ebene) stehen großteils noch aus: Angesprochen ist damit eine analytische Verarbeitung dessen, was die Initiativen und AktivistInnen in ihrer Praxis bereits aufgreifen: Erstens die Frage nach den Formen der Handlungsfähigkeit zwischen institutionalisierter Politik und zivilgesellschaftlichen Netzwerken; zweitens die Frage der Analyse komplexer Machtverhältnisse und der programmatischen Orientierung sowie drittens die Frage der Selbstorganisation und Selbstinstitutionalisierung. Damit verbunden ist auch das Problem der sozialen Polarisierung *innerhalb* der globalisierungskritischen Bewegung und der NGO-Welt. Dieser Prozess hat auf nationaler und auf transnationaler Ebene dazu geführt, dass sich eine starke soziale Distanz zwischen den Kerngruppen der einflussreichen NGOs und Basismobilisierungsnetzwerken entwickelt hat.

Ziel der vorliegenden Publikation

Ziel des vorliegenden Buches ist es, einen Beitrag zur Reflexion der Bewegung zu leisten. Im Kern geht es dabei um die Frage nach dem gesellschaftlichen Veränderungspotenzial dieser neuen sozialen Bewegung und um eine wissenschaftliche Begleitung inhaltlicher Positionsklärungen und strategischer Orientierungen. Dies schließt das Erfordernis ein, das Spannungsverhältnis zwischen dem konkret Erreichbaren oder auch nur in einer bestimmten sozialen Bewegung als Forderung zu Verankerndem und den zu lösenden Gestaltungsaufgaben zu klären.

Im ersten Teil des Buches erfolgt eine Rekonstruktion der aktuellen politökonomischen Konjunktur, die vielfach mit (neoliberaler) Globalisierung

beschrieben wird. Während der Begriff Neoliberalismus relativ eng definiert wird (Deregulierung und Privatisierung, beschleunigter Abbau von Staatsausgaben, kurz, marktförmige an Stelle staatsförmiger Regulation) ist der Terminus Globalisierung weitaus diffuser. Die vielschichtige Verwendung des Begriffs verlangt deshalb nach einer genaueren Begriffsbestimmung, die *Christof Parnreiter* vornimmt. Er analysiert in einem einleitenden Beitrag die Geschichte des kapitalistischen Weltsystems und seine Krisen und arbeitet heraus, dass die heute am stärksten mit Globalisierung identifizierten Phänomene (die räumliche Expansion des Kapitalismus in Gestalt der Ausweitung und Liberalisierung des Welthandels sowie die enorme Aufwertung der Finanzsphäre) historisch und aktuell als Kernelemente zur Lösung einer Profitkrise identifiziert werden können. In historischer Sicht stellt er die Frage nach der neuen Qualität der gegenwärtigen Globalisierungsprozesse und den Bedingungen, ein sozial und ökologisch verträglicheres System durchzusetzen. *Andreas Novy* nimmt sich in seinem Text die Geschichte des Wohlfahrtsstaates vor und begründet, inwieweit heute Staat (bzw. Staatlichkeit) ein Ausgangspunkt dafür sein kann, gesellschaftliche Demokratisierungsprozesse in Gang zu setzen. Eine „Politik erweiterter Teilhaberechte“ gilt ihm als ein Konzept, den fordistisch-bürokratischen Wohlfahrtsstaat zu transformieren und die bestehende Ordnung zu verändern. Den ersten Teil abschließend, setzt sich *Hans-Jürgen Bieling* mit der Europäischen Union in der Triaden-Konkurrenz auseinander. Er analysiert den Vergemeinschaftungsprozess als neoliberales Projekt und beschreibt die Kräfteverhältnisse und AkteurlInnen, die diesen Prozess vorantreiben. Er lotet andererseits aber auch die Möglichkeiten für progressive Politik aus, und zwar auf zwei Ebenen: einerseits im institutionellen Rahmen (wie/wo/warum ist es gelungen, im Vergleich zu nationalen Regulierungen bessere Standards durchzusetzen) und zweitens in Bezug auf den Bewegungskontext.

Mit diesem einführenden Überblick über die Genese der aktuellen, durch neoliberale Globalisierung bestimmten politischen „Konjunktur“ soll deterministischen Auffassungen entgegengewirkt werden, die Globalisierung als unabwendbar und unveränderbar darstellen. Wie Rupert herausstreicht, geht es vielmehr darum, „[to] inquire into its production through historically specific social relations, self-understandings and practices which interweave the economy, politics, and culture. And I must look at the ways in which the specific historical forms of liberal capitalism have shaped this process, not by predetermining its outcome, but by providing the historical terrain on which are waged struggles over the meaning of globalization and the social relations and practices bound up with it. In short, I must look at ‘globalization’ as a

product of historically situated social agents, struggling over alternative possible worlds. Globalization, then, should be seen not as a condition, but as an open-ended process, the content and direction of which are being actively contested.“ (Rupert 2000:15)

Im zweiten Teil des Buches wird den historischen und aktuellen Erscheinungsformen sozialer Bewegungen nachgegangen. *Gerhard Melinz* versucht in seinem Beitrag Kernelemente und Aktionsformen von sozialen Bewegungen im historischen Kontext zu beleuchten, die für die Erreichung ihrer Ziele erfolgreich waren. Er greift dabei auch die Frage nach den gewaltförmigen Aktionsformen auf. *Frieder Otto Wolf* widmet sich in seinem Beitrag den zeitgenössischen Voraussetzungen und Entfaltungsmöglichkeiten für eine globale außerparlamentarische Opposition. Dabei werden die für die globalisierungskritische Bewegung so zentralen Konzepte Zivilgesellschaft, Netzwerkpolitik und Transnationalität auf theoretischer und begrifflicher Ebene präzisiert. Transnationalität und die Verwendung der neuen Kommunikationstechnologien sind aus seiner Sicht charakteristische Elemente, die Chancen und auch Grenzen mit sich bringen. *Dieter Boris* fokussiert auf die politischen Verhältnisse in den Ländern der (lateinamerikanischen) Peripherie und beleuchtet die Genese und die Aktionsformen dortiger sozialer Bewegungen.

Im dritten Teil des Buches werden unterschiedliche Aspekte der globalisierungskritischen Praxis herausgearbeitet. *Joachim Becker, Karin Fischer und Johannes Jäger* widmen sich Fragen der Wissensproduktion und Wissensvermittlung bei der Erarbeitung gesellschaftsverändernder Entwürfe und Strategien. Den Problemen und Herausforderungen für öffentliche Vermittlungsformen und Bildungskonzepte in einer mediatisierten Gesellschaft gehen daran anschließend *Gerald Faschingeder* und *Alexandra Strickner* nach. Im abschließenden Beitrag werden erste Schlussfolgerungen gezogen.

Literatur

- Aguiton, Christophe (2002): Was bewegt die Kritiker der Globalisierung? Von Attac zu Via Campesina. Köln: Neuer ISP Verlag
- Elias, Norbert (1983): Engagement und Distanzierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Klas, Gerhard (2002): Bewährungsprobe bestanden. Ein Überblick über die neuen Bewegungen, ihre Akteure und Ideen. In: Sozialistische Hefte 1/Februar 2002: 3-10
- Lucke, Albrecht von (2002): Made by Attac: Eine Marke und ihr Marketing. In: Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus, Hg. Heike Walk/Nele Boehme. Münster: Westfälisches Dampfboot: 169-174

- Rucht, Dieter (2002): Rückblicke und Ausblicke auf die globalisierungskritischen Bewegungen. In: Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus, Hg. Heike Walk/Nele Boehme. Münster: Westfälisches Dampfboot: 57-82
- Rupert, Mark (2000): Ideologies of Globalization. Contending visions of a New World Order (RIPE Series in Global Political Economy). London/New York: Routledge

***Struktur und Handlung:
Der politökonomische Kontext für
Gesellschaftsveränderung***

Christof Parnreiter

Für eine „andere“ Globalisierung?

Über Krisen im Kapitalismus und Globalisierung als Strategie,
sie zu überwinden

„Money doesn't talk, it swears“
(Bob Dylan)

1. Einleitung

„Globalisierung“ ist durch den häufigen Gebrauch des Wortes zu einem nichtssagenden Ausdruck geworden. Kritische soziale Bewegungen wirken an dieser Sinnentleerung insofern mit, als sie gerne unterscheiden zwischen einer „schlechten“ Globalisierung, der sie entgegenzuwirken suchen, und einer „anderen“ Globalisierung, die sie verfechten. Diese Unterscheidung aber ist, wie in dem vorliegenden Aufsatz argumentiert wird, fragwürdig.

Ausgangspunkt meiner Kritik ist, dass das Reden über eine „schlechte“ versus eine „gute“ Globalisierung Wirklichkeiten einander gegenüberstellt, die nicht vergleichbar sind. Wenn soziale Bewegungen „die Globalisierung“ (oft mit dem Zusatz: „neoliberale“) kritisieren, dann ist die Wirtschaft gemeint, und konkreter, die ebenso globale wie rücksichtslose Durchsetzung der Interessen der transnationalen Konzerne, die Politik der WTO, die großen und institutionellen Anleger auf den Finanzmärkten. Dem wird die „gute“ Globalisierung entgegengehalten, die entsteht, „wenn die Menschen auf der Welt zusammenarbeiten“ (Ernesto Cardenal, Revolutionär und Priester aus Nicaragua). Bei der „anderen“ Globalisierung geht es also nicht, wie bei der „einen“, primär um Ökonomie, sondern um Vernetzung von unten. Damit werden Konzepte, Politikfelder und AkteurInnen einander gegenübergestellt, die nicht verglichen werden können. Denn so wichtig die Solidarität mit den ZapatistInnen in Mexiko ist, so wenig stellen die „intergalaktischen“ Treffen

im lakandonischen Urwald einen Gegenentwurf zum Freihandel dar, der die mexikanische Landwirtschaft und Industrie zerstört.

Der zweite Kritikpunkt an der Gegenüberstellung von „schlechter“ versus „gute“ Globalisierung vertieft den ersten. Wenn der ökonomischen Globalisierung die Vernetzung von unten als Alternative gegenübergestellt wird, dann werden nicht nur Äpfel mit Birnen verglichen, es wird auch das Wesen der Weltwirtschaft missverstanden. Die Veränderungen der letzten zwei, drei Jahrzehnte lassen sich mit einer Kritik an der Politik der WTO oder an transnationalen Konzernen nicht angemessen erfassen, die Analyse muss tiefer gehen. Auf den Punkt gebracht: Wenn im Umfeld von ATTAC oder dem Weltsozialforum von Globalisierung gesprochen wird, dann geht es um Wirtschaft, und wer von Wirtschaft spricht, spricht notwendigerweise von Kapitalismus. Deshalb muss die Suche nach einem Gegenentwurf mit einer grundsätzlichen Kritik an den herrschenden Verhältnissen beginnen.

2. Das Problem des zu großen Reichtums

Kapitalismus ist ein historisches Sozialsystem, dessen bestimmende Dynamik die endlose Akkumulation von Kapital ist. Der primäre Zweck der Produktion ist nicht die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern die Vermehrung des Kapitals. Das schließt natürlich nicht aus, dass Produktion, die um des Profites willen verrichtet wird, Bedürfnisse befriedigt – tatsächlich hat der Kapitalismus ja in einigen Teilen der Welt zu einer nie gekannten Anhäufung von materiellem Besitz geführt. Dennoch: Die Triebfeder jeder Investition ist die Kapitalvermehrung, nicht der Konsum. Mochte der Feudalherr die von den Bäuerinnen und Bauern abgepressten Vermögen verjubeln, so ist der Kapitalist dazu „verdammte“ zu akkumulieren, also den den Arbeitenden abgezwungenen Mehrwert zu reinvestieren, mit dem einzigen Ziel, weiteren Mehrwert zu erzeugen, der dann wiederum reinvestiert wird, usw. Kurzum, die *raison d'être* des Kapitalismus ist die ununterbrochene Vermehrung des Kapitals. Profit ist nicht Mittel zum Zweck, sondern Zweck an sich.

Diese auf Marx und Wallerstein basierende Analyse sieht den Kapitalismus allerdings noch durch ein zweites Merkmal charakterisiert. Der Prozess der Akkumulation, also die unablässige Anhäufung von Kapital zum Zwecke seiner weiteren Vermehrung, ist kein reibungsloser. Im Gegenteil: Die Geschichte des kapitalistischen Weltsystems ist von langen Perioden des Konfliktes durchzogen, in denen manche Staaten und Städte an Macht und Reichtum gewannen und andere verloren, in denen Wirtschaftszweige auf- oder abstiegen, in denen bestimmte Bevölkerungsgruppen reich und andere

pauperisiert wurden. Ja, die Phasen der Stabilität, der Prosperität und des Friedens (wie sie Europa und die USA in den Jahrzehnten nach 1945 erlebten) stellen historisch gesehen die Ausnahme dar, während die Stockungen im Wachstumsprozess, die Kämpfe um die politische Vorherrschaft und das soziale Elend die Norm kapitalistischer Entwicklung bilden (siehe z.B. Arrighi 1994; Hobsbawm 1977, 1996, 1999; Wallerstein 1974, 1980, 1989).

Warum aber die regelmäßig wiederkehrenden Krisen? Zeiten der wirtschaftlichen Stagnation sowie der politischen Kämpfe sind, kurz gesagt, Zeiten, in denen die Grundwidersprüche des Kapitalismus aufbrechen. Dabei geht es vor allem um ein Problem, das klassische, liberale, keynesianische und marxistische ÖkonomInnen gleichermaßen beschäftigt (hat): Das Problem der Überakkumulation. Da der Zweck kapitalistischer Produktion die *ununterbrochene* Vermehrung des Kapitals ist, stellt Wachstum eine zweischneidige Angelegenheit dar. Einerseits vermehrt es das Kapital, andererseits aber unterhöhlt es die Bedingungen weiteren Wachstums. Denn je mehr Kapital bereits angehäuft ist, desto schwieriger ist es, dieses bei gleichbleibender (oder gar steigender) Rate weiter zu vermehren. Großes Wachstum führt zu einer „die normalen Investitionsmöglichkeiten überschreitende(n) Akkumulation“ (Braudel 1986:676), also zu Überakkumulation. Diese kann sich in überschüssigem, anlagehungrigem Geldkapital, in überschüssigen und deshalb unausgelasteten oder brachliegenden Produktionskapazitäten, in überschüssiger und deshalb unverkäuflicher Produktion sowie in überschüssigen, nicht benötigten Arbeitskräften (Arbeitslosigkeit) manifestieren, oder in einer Kombination dieser Faktoren (Harvey 2001:316). Die häufige Wiederholung des Wortes „überschüssig“ macht auf ein Paradoxon aufmerksam: Der Kapitalismus ist ein derart sonderbares System, dass „Überschuss“ zum Problem wird. Sein Erfolg gebiert die Krise, Wachstum führt nicht zu Stabilität und Frieden, sondern zu Krisen und immer wieder auch zu Krieg. All der angehäuften Reichtum wird bedeutungslos, wenn und weil der Profit nicht *weiter* steigen kann.

Ein einfaches Beispiel: Ein Schuhproduzent investiert sein Kapital von 100 Einheiten, um 100 Paar Schuhe zu erzeugen, die er dann auf einem Markt gegebener Größe profitabel verkaufen kann. Sein Gewinn beträgt 10 Kapitaleinheiten, die Profitrate liegt also bei 10 Prozent. Der Einfachheit nehmen wir an, dass er die gewonnenen 10 Kapitaleinheiten zur Gänze wieder in die Erzeugung von Schuhen veranlagt. Er weitet also seine Produktionskapazitäten aus und akkumuliert somit Kapital. In der Folge erzeugt der Fabrikant nun (bei gleichbleibender Produktivität) 110 Paar Schuhe. Verkauft er die am gleichen Markt bei gleichbleibender Profitrate von 10 Prozent, gewinnt er 11

Kapitaleinheiten (die Profitmasse steigt also). Diesen Profit reinvestiert er, der Logik der endlosen Akkumulation folgend. In der Folge erzeugt er 121 Paar Schuhe. Gelingt es ihm, diese bei gleichbleibender Profitrate zu verkaufen, steigt die Profitmasse erneut – der Schuhproduzent kann 12,1 Kapitaleinheiten akkumulieren und hält nun bei 133,1 Einheiten. Der Kreislauf kann von vorne beginnen. Allerdings sieht sich der Schuhfabrikant bald schon mit gravierenden Verwertungsschwierigkeiten seines in der Schuherzeugung steckenden Kapitals konfrontiert. Einerseits stellt er als Folge der Akkumulation immer mehr Schuhe her, andererseits aber steigt die Nachfrage nicht, da ja ein Markt konstanter Größe angenommen wurde. Er wird also früher oder später seine Schuhe nur mehr teilweise und / oder nur mehr billiger absetzen können, wodurch er jedenfalls einen Fall der Profitrate und eventuell sogar einen Rückgang der Profitmasse in Kauf nehmen muss. Unser Schuhproduzent hat also im Verhältnis zu dem Markt, auf dem er agiert, zu viel Kapital angehäuft, als dass er es weiterhin zur gewohnten Rate von 10 Prozent vermehren könnte. Er hat also überakkumuliert und ist in der Folge bedroht, seine Profite nicht mehr permanent vermehren zu können. Dieses Problem wird dadurch weiter verschärft, dass sein anfänglich so gutes Geschäft Rivalen angelockt hat, die nun ihr Kapital ebenfalls durch die Produktion von Schuhen – für den gleichen Markt – vermehren möchten. Folglich steigt die Menge an angebotenen Schuhen weiter an, da die Nachfrage auf dem gegebenen Markt aber stagniert, bricht zwischen den Schuhproduzenten ein beinharder Konkurrenzkampf aus (vgl. Marx 1987 [1894], Kap. 15).

Die Überproduktion an Schuhen besteht allerdings nur relational, nämlich im Verhältnis zum zu erzielenden Gewinn und damit nicht im Verhältnis zur Nachfrage an sich (Bedarf an Schuhen), sondern zur *kaufkräftigen* Nachfrage. Ist die zu gering, lohnt sich die Erzeugung von Schuhen nicht mehr – auch wenn es noch so viele Barfüßige gibt. Deshalb ist eine Überakkumulationskrise eine Krise, in der nicht absolut gesehen zu viele Waren erzeugt werden, wohl aber in Bezug auf den zu erzielenden Profit. Weil das wesentliche Merkmal einer Überakkumulationskrise also ist, dass das Kapital nicht mehr mit gewohnten Profitraten veranlagt werden kann, ist die Überakkumulationskrise im Kern nichts anderes als eine Krise der Profite.

Was kann unser Schuhproduzent nun tun, um die für ihn missliche Lage zu verändern und die absoluten Gewinne zu vermehren (wenn schon nicht die Rate der Profite)? Er kann zunächst, um die gewohnte Masse an Gewinn und vielleicht sogar die Profitraten wieder herzustellen, die Kosten der Produktion reduzieren. Dazu kann er die direkten Arbeitskosten senken (z.B. durch

geringere Bezahlung seiner Arbeitskräfte, durch Beschäftigung von ImmigrantInnen oder durch Verlagerung seiner Erzeugung in ein „Niedriglohnland“), oder er kann die Produktionskosten durch technologische Innovationen vermindern. Der Schuhfabrikant kann zweitens trachten, den Markt zu vergrößern, auf dem er operiert. Auch dazu stehen ihm zwei Optionen offen. Er kann den Markt ausweiten, also versuchen, neue KäuferInnen anderswo zu finden, oder er kann den Markt vertiefen, also die KundenInnen auf „seinem“ Markt in die Lage versetzen, nicht ein oder zwei Paar Schuhe zu kaufen, sondern fünf oder sechs. Und der Schuhfabrikant kann schließlich, drittens, sein Kapital aus der Schuherzeugung abziehen und versuchen, es in Wirtschaftsbereichen, die leichtere und / oder höhere Profite versprechen, zu vermehren.

Damit sind wir wieder beim Thema der Globalisierung. Während die Vertiefung des Marktes – also die Ausweitung des Umsatzes über Steigerung der Kaufkraft der Arbeitenden – der keynesianistischen Strategie entspricht, fallen die meisten der anderen Strategien mit dem zusammen, was wir heute „Globalisierung“ nennen, nämlich:

- (a) Die Reduktion der Arbeitskosten über die Auslagerung der Produktion in „Niedriglohngebiete“ (siehe z.B. Fröbel u.a. 1977, 1986) oder über den Gebrauch von ImmigrantInnenarbeit (siehe z.B. Parnreiter 1994);
- (b) Die räumliche Ausdehnung der Absatzmärkte über Freihandel (siehe z.B. Bonnano u.a. 1994; McMichael 1994);
- (c) Die Suche nach neuen Gewinnmöglichkeiten in der Finanzsphäre oder im Immobiliensektor (siehe z.B. Arrighi 1994; Hufschmid 1999).

Im Kern lassen sich diese Tendenzen als *eine* Entwicklung begreifen, nämlich als die doppelte Ausweitung des Aktionsradius des Kapitals. Diese Ausweitung erfolgt einerseits räumlich, nämlich über zunehmenden grenzüberschreitenden Handel mit Gütern, Dienstleistungen und Arbeitskraft sowie über wachsende Kapitaltransfers in andere Gebiete. Andererseits erfolgt die Ausweitung des Aktionsradius über die Diversifizierung der Anlagefelder, insbesondere durch die Verlagerung von Kapital aus Produktion und Handel in den Finanz- und Immobiliensektor. Tatsächlich sind diese beiden Punkte – die räumliche Expansion des Kapitalismus in Gestalt der Ausweitung und Liberalisierung des Welthandels und die enorme Aufwertung der Finanzsphäre – die heute am stärksten mit Globalisierung identifizierten Phänomene. Sie sind aber auch, und das ist der entscheidende Punkt in diesem Beitrag, historisch wie aktuell Kernelemente der Strategien, Überakkumulationskrisen zu überwinden.

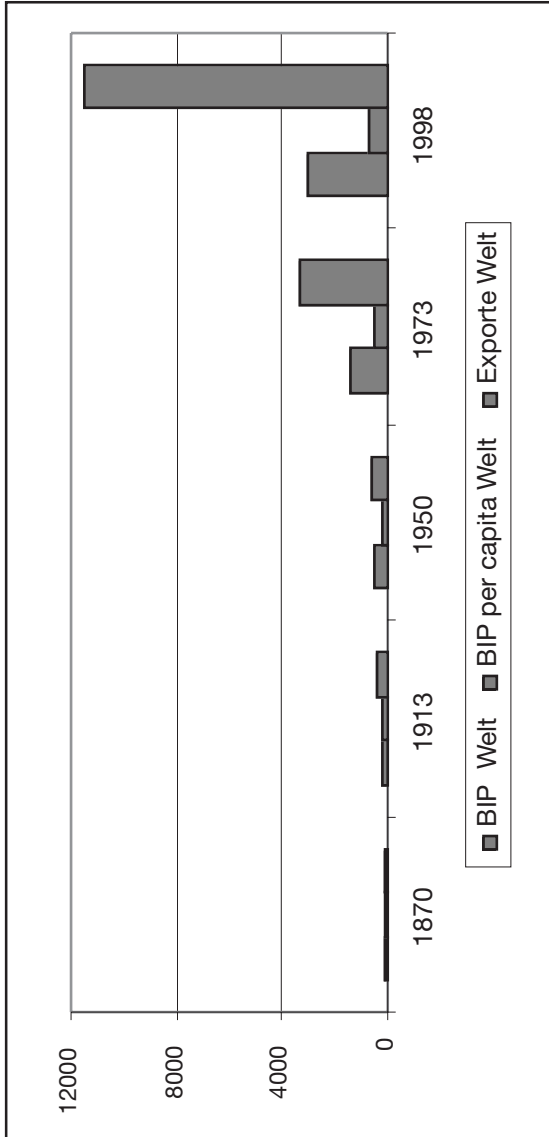
3. Die räumliche Expansion des Kapitalismus

Zwischen 1973 und 1998 ist der Welthandel (aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Daten hier definiert als der Export von Gütern [ohne Dienstleistungen]) um 5 Prozent jährlich gewachsen – 1,7 mal schneller als das Weltsozialprodukt (weltweite Gesamtproduktion) und 3,8 mal schneller als das durchschnittliche weltweite Pro-Kopf-Einkommen (definiert als BSP der Welt dividiert durch die Bevölkerungszahl). Damit setzt sich eine lange historische Tendenz fort – seit 1870 ist der internationale Handel mit Ausnahme der Zeit zwischen 1913 und 1950 immer schneller gewachsen als die Produktion und die Einkommen (Maddison 2001).

Auch wenn man methodische Probleme mitbedenkt¹, zeigt sich doch, dass sich das Verhältnis zwischen Exporten, Produktion und Einkommen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß auf die Seite der Exporte neigt. Die Exporte sind in den letzten 130 Jahren fast viermal so stark gewachsen wie die Weltproduktion und siebzehn mal schneller als die Pro-Kopf-Einkommen (Grafik 1). Und: Machten die weltweiten Exporte 1870 erst 4,6 Prozent des Welt-BSP aus, so waren es 1998 bereits 17,2 Prozent. Noch deutlicher wird der Bedeutungsgewinn des Handels, wenn berücksichtigt wird, dass das Pro-Kopf-Einkommen weltweit wesentlich langsamer gewachsen ist als die Produktion und der Handel. 1870 übertraf das Welt-BSP per capita die weltweiten Pro-Kopf-Ausfuhren um den Faktor 22, 1998 aber nur mehr sechsmal. Fazit: Der zwischenstaatliche Handel hat also deutlich zugenommen, die an der Weltwirtschaft teilhabenden Staaten sind offener denn je; wirtschaftliche und soziale Entwicklung hängen heute mehr vom Außenhandel ab als je zuvor (dieser Befund würde durch die Einbeziehung des Handels mit Dienstleistungen noch deutlicher ausfallen, andererseits aber durch eine Korrektur der erwähnten statistischen Verzerrung aber abgeschwächt werden).

Der Außenhandel wiegt aber nicht nur viel schwerer, er hat auch seine Struktur verändert. An Bedeutung gewonnen hat nämlich nicht nur der internationale Handel, also der Austausch von Gütern zwischen Ländern (d.h. genau genommen: in unterschiedlichen Ländern angesiedelter Unternehmen), sondern auch und vor allem der so genannte „intra-firm trade“. Darunter wird jener Handel verstanden, der zwar die Grenzen von Staaten überschreitet, der aber nicht zwischen unterschiedlichen „nationalen“ Firmen getätigt wird, sondern innerhalb von Netzen transnationaler Konzerne. Das leider nur spärliche vorhandene Datenmaterial deutet auf einen Anstieg des „intra-firm trade“ seit den 1960er-Jahren hin. Mitte der 1990er-Jahre schätzte die UNCTAD, dass ein Drittel des gesamten Welthandels innerhalb

Grafik 1: Weltproduktion, Einkommen pro Kopf und Weltexporte
1870–1998 (1870=100)



Quelle: Eigene Berechnungen, beruhend auf Maddison 2001

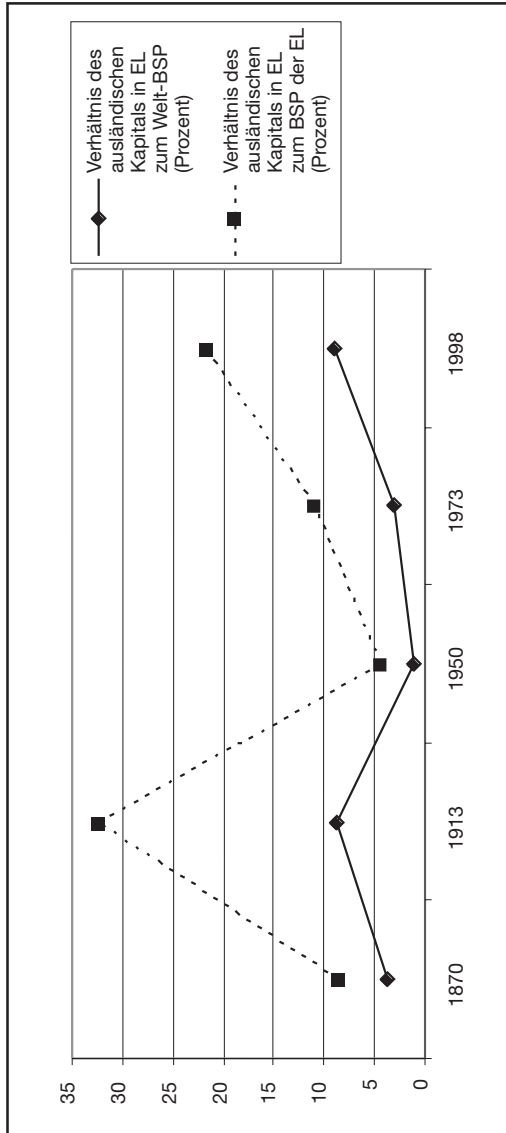
und ein weiteres Drittel zwischen transnationalen Konzernen abgewickelt wurde – zwei Drittel des Welthandels waren demzufolge also von großen Konzernen dominiert. Vor allem bei Hochtechnologieprodukten (elektronische Geräte, chemische Produkte, Transportgüter) ist der „intra-firm trade“ weit verbreitet – hier macht er bis zu 75 Prozent des Handels aus. In den USA, von wo die besten Informationen vorliegen, kam der „intra-firm trade“ im Jahr 2000 auf 32,6 Prozent des gesamten Handels mit Gütern und Dienstleistungen, in Japan verdoppelte er sich in den 1990er-Jahren auf 29 Prozent aller Exporte und 15 Prozent aller Importe (UNCTAD 1996; BEA 2000, 2003; OECD 2002).

Die räumliche Ausweitung des Aktionsradius des Kapitals erfolgt nicht nur über eine Expansion des Welthandels, sondern auch über vermehrten Kapitaltransfer. Der Bestand an ausländischem Kapital in der „Dritten Welt“ hat sich zwischen 1973 und 1998 versechsfacht, um 9 Prozent des Welt-BSP auszumachen (1973: 3 Prozent). Obwohl es sich beim Kapitaltransfer in die „Dritte Welt“ um einen langen Trend handelt, verläuft er nicht linear. Zwischen 1913 und 1950 sanken sowohl der absolute Gesamtbestand ausländischen Kapitals in der „Dritten Welt“ als auch sein Verhältnis zur Weltproduktion. Dennoch: Die Werte von 1998 übertreffen jene des bisherigen Höchststandes von 1913 sowohl absolut als auch bezüglich ihres Anteils am BSP der Welt. Allerdings: Gemessen am BSP der „Dritten Welt“ hat der Kapitaltransfer den Wert von 1913 (noch) nicht erreicht (Grafik 2).

Kapitaltransfer bedeutet aber nicht nur Investitionen, sondern auch Kreditvergabe und folglich Schulden. Der Schuldenstand der „Dritten Welt“ betrug 1998 3,6 Prozent des BSP der Welt, verglichen mit 2,7 Prozent im Jahr 1985 und 0,3 Prozent 1970. Der jährliche Schuldendienst der „Dritten Welt“, der 1970 „erst“ 1,4 Mal höher lag als die weltweite Pro-Kopf-Produktion, übertraf diese 1998 schon 25 Mal (eigene Berechnungen, basierend auf UNCTAD 2003 und Maddison 2001).

Die Ausweitung grenzüberschreitenden Handels und von Investitionen, wie wir sie in den letzten drei Jahrzehnten erlebt haben, stellt historisch gesehen aber keine Novität dar. Im Gegenteil: Das ihnen zugrunde liegende Wesen, nämlich die räumliche Expansion, ist eine gut dokumentierte Konstante in der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems. Seit Venedig im 13. Jahrhundert den adriatischen Raum zum Zwecke seiner eigenen Entwicklung in Besitz nahm, führt „die expansive Wirtschaft, die Währungen und Handel durcheinanderrührt, eine gewisse Einheit herbei“ (Braudel 1986:20). Die Eroberung Amerikas; das für die „alte Welt“ so profitable Handelsdreieck zwischen Großbritannien, der Westküste Afrikas und den Minen und Planta-

Grafik 2: Produktion und ausländische Investitionen in der „Dritten Welt“, 1870–1998



Quelle: Eigene Berechnungen, beruhend auf Maddison 2001.

gen in der „neuen“ Welt; die Zerstörung der Wirtschaftskraft in konkurrierenden Räumen (insbesondere in Asien), die große europäische Auswanderung, verbunden mit einer festeren In-Besitz-Nahme Nordamerikas (und Australiens); die Erweiterung globaler Warenketten, die Reichtümer in die Zentren fließen ließen (und lassen) – all das und vieles mehr zeigt unwiderlegbar, dass Kapitalismus von Anbeginn an ein globales System gewesen ist (vgl. z.B. Braudel 1986; Wallerstein 1974, 1980, 1989).

Es ist auch kaum bestritten, dass Globalisierung und Kapitalismus einander bedingen. Ob Marx und Engels (1986 [1848]:49f), die die Bourgeoisie auf der Suche „nach einem stets ausgedehnteren Absatz für Produkte“ um den Erdball jagen und „(ü)berall ... sich einnisten, ... anbauen, ... Verbindungen herstellen“ sahen, oder Rosa Luxemburg (1970 [1923]:284), für die die kapitalistische Produktion „die unumschränkte Verfügungsmöglichkeit über alle Arbeitskräfte des Erdrunds“ brauchte, ob Werner Sombart (1921:959), der den Kolonialhandel als „die eigentliche ‚Reichtumsquelle‘ der großen Nationen“ ansah, oder Fernand Braudel (1986:35, 610), für den „(o)hne diesen Prozeß der Besitzergreifung ... der Aufbau einer Weltwirtschaft undenkbar“ wäre, weil die „Erweiterung des Wirtschaftsraums (...) die unabdingbare Voraussetzung des Wachstums bildet“ – wer den Kapitalismus analysiert (hat), kommt zu dem Schluss, dass Globalisierung kein Phänomen des zu Ende gehenden 20. Jahrhunderts ist, sondern ein *Prozess*, der vor (mindestens) 500 Jahren seinen Anfang nahm.

Dass die Tendenz zur Globalisierung dem Kapitalismus innewohnt, hängt mit den bereits angesprochenen, periodisch auftretenden Überakkumulationskrisen zusammen. Harvey (1982, 2001) sieht in der räumlichen Expansion gleich mehrere Möglichkeiten, diese zu lösen. Die Erschließung neuer Märkte erlaubt es, die eigene Überschussproduktion abzubauen bzw. die eigene Produktion unter weniger Konkurrenz wachsen zu lassen. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Überschwemmung Indiens mit britischen Textilien – nachdem die indische Produktion ruiniert worden war. Aktuell kann auf Lateinamerika verwiesen werden, wo US-amerikanische Unternehmen via Freihandel *ihr* Problem der Überproduktion lösen (JEP 2001/3-4). Die Strategie, neue Märkte zu erschließen, ist angesichts der mangelnden Kaufkraft in den Peripherien mit einer Ausweitung der Kreditvergabe verbunden – Finanzinstitutionen reicher Länder leihen armen Ländern das Geld, damit sie die Waren der „Ersten Welt“ kaufen können (und obendrein noch Kreditzinsen bezahlen). Eine zweite Möglichkeit, die Überakkumulationskrise durch räumliche Expansion zu lösen, sind Investitionen in „Niedriglohnländern“, um dort, wo den Arbeitskräften weniger bezahlt wird, Produktionskapazitäten auf-

zubauen. Schließlich ist die Ausweitung der (potenziell) als Arbeitskräfte zu gebrauchenden Menschen zu erwähnen, und zwar sowohl durch Produktion in anderen Regionen als auch durch den Import von Arbeitskraft (Immigration).

All diese Möglichkeiten wurden historisch gesehen angewandt, und stellen auch heute wesentliche Elemente der Versuche dar, die Profite zu sanieren. Kurz- und mittelfristig gesehen können diese Strategien die Krise auch tatsächlich mildern: „Capitalism buys time for itself out of the space it conquers“ (Harvey 2001:338). Die Grundwidersprüche werden aber durch räumliche Expansion nicht überwunden, denn: „(T)he social relations which propel capitalism’s inner dialectic are merely recreated on a wider geographical scale. There is, under such circumstances, no long-run ‘spatial fix’ to capitalism’s internal contradictions“ (ebd.:307). Arrighi (1994:222) argumentiert ähnlich: „The contradiction is that the material expansion of the world-economy was in all instances mere means in endeavours aimed primarily at increasing the value of capital and yet, over time, the expansion of trade and production tended to drive down the rate of profit and thereby curtail the value of capital“. Die räumliche Ausweitung führt, nach einer Verschnaufpause, also nur dazu, dass die Überakkumulation sich auf erweiterter Basis erneut einstellt – und die Krise folglich immer größere Dimensionen annimmt.

Tatsächlich ist, historisch gesehen, der Expansionsprozess des Kapitalismus zwar ein langer, aber kein geradliniger. Nicht in jeder großen Überakkumulationskrise ist die räumliche Ausweitung eine Antwort der Kapitaleigner und -verwalter gewesen. Es gab auch Zeiten, in denen andere Auswege gewählt wurden. Arrighi (1994, 2000) macht in der Geschichte des Kapitalismus vier große Phasen aus („systemic cycles of accumulation“), die jeweils unter der Vorherrschaft einer hegemonialen (Welt)-Macht stehen, die eine ganz bestimmte Strategie verfolgt, um den weltweiten Akkumulationsprozess in Gang zu halten. Getrennt sind die vier Zyklen durch tiefe Krisen, also Zeiten, in denen in Bezug auf die profitablen Verwertungsmöglichkeiten zu viel Kapital vorhanden war, und in denen folglich die innerkapitalistischen Rivalitäten und die Kämpfe um die Vorherrschaft eskalierten. Die Krisen markieren damit zugleich Wendepunkte, weil aus ihnen jeweils eine neue Hegemonialmacht hervorging, die die Akkumulationsdynamik wieder in Gang brachte.

Arrighi’s erster „systemic cycle of accumulation“ beginnt im 15. Jahrhundert, als Genua von Antwerpen (das seinerseits Venedig und Florenz beerbt hatte) die hegemoniale Position übernimmt, um sie bis zum frühen 17. Jahrhundert beizubehalten. Nach einer tiefen Krise (Dreißigjähriger Krieg) folgt Holland, das seine Vorherrschaft etwa 150 Jahre behält, ehe in der

zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts England das Kommando übernimmt. Dieser Umbruch war ebenso von tiefen Erschütterungen geprägt (Napoleonische Kriege) wie der Übergang vom Vereinigten Königreich zu den USA, die sich nach Jahrzehnten der Krise (Erster und Zweiter Weltkrieg, Weltwirtschaftskrise) nach 1945 als Hegemon etablierten. Ihre ökonomische Dominanz ist allerdings schon nach – im historischen Vergleich – relativ kurzer Zeit geschwächt, was Arrighi und andere (z.B. Wallerstein 1999) vermuten lässt, dass die USA ihre Hegemonialposition nicht, wie ihre Vorgänger, über ein oder zwei Jahrhunderte werden behaupten können. Vielmehr befindet sich das kapitalistische Weltsystem seit drei Jahrzehnten in einer strukturellen Krise, deren Symptome als Wirtschafts- und Finanzkrisen, als Kriege, Terroranschläge und Flüchtlingsdramen täglich Schlagzeilen machen, deren Ausgang aber nicht abzusehen ist.

Die tiefen Krisen des Kapitalismus sind auch deshalb Wendepunkte, weil mit der Hegemonialmacht auch die dominante ökonomische Strategie wechselte. Während Genua und sein Nach-Nachfolger England expansionistische Politik betrieben, um das Ziel der endlosen Akkumulation von Kapital zu erreichen, waren die holländische und US-amerikanische Vorherrschaft geprägt durch eine nach innen gerichtete, vertiefende Logik der Akkumulation: „The Genoese and British „cosmopolitan-imperial“ regimes were extensive in the sense that they have been responsible for most of the geographical expansion of the capitalist world-economy – under the Genoese regime, the world was „discovered“, under the British it was „conquered“. The Dutch and US „corporate-national“ regimes, in contrast, were intensive in the sense that they have been responsible for the geographical consolidation rather than expansion of the capitalist world-economy.“ (Arrighi 1994:219)

Demzufolge stellt die räumliche Expansion zwar einen fixen Bestandteil in der Geschichte des Kapitalismus dar, sie erlangt aber in bestimmten Zeiten mehr Gewicht als in anderen. Was Arrighi „cosmopolitan-imperial regimes“ nennt – also Genua und England –, ist das, was heute als „Globalisierung“ bezeichnet wird: Die räumliche Ausweitung des Aktionsradius des Kapitals durch die Ausdehnung grenzüberschreitenden Handels und grenzüberschreitender Investitionen. Oder, anders ausgedrückt: Nach dem „corporate-national regime“ der USA, das die letzten Jahrzehnte über dominiert hatte, sind die Versuche, die aktuelle Überakkumulationskrise zu überwinden, wieder geprägt von einer expansionistischen Dynamik.

4. Die Aufwertung der Finanzsphäre

Das neben der räumlichen Expansion des Kapitalismus zweite zentrale Phänomen, das heute mit Globalisierung identifiziert wird, ist die Diversifizierung der Anlagefelder, hauptsächlich durch die Verlagerung von Kapital aus Produktion und Handel in den Finanz- und Immobiliensektor. In diesem Bereich, der den zweiten Aspekt der Ausweitung des Aktionsradius des Kapitals darstellt, sind die quantitativen Veränderungen noch beeindruckender als im Handel und bei den Investitionen. Das Verhältnis zwischen Produktion und Handel auf der einen Seite und dem Finanzsektor (Wertpapier-, Kredit- und Währungssektor) auf der anderen Seite hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten dramatisch zugunsten des Letzteren verschoben (Daten für längere Zeitreihen sind leider nicht verfügbar). Beispielsweise machte der weltweite Bestand an Aktien 1980 erst 14 Prozent des Weltsozialprodukts aus, 1998 aber schon 76 Prozent. Bezüglich des weltweiten Handels mit Aktien fiel das überproportionale Wachstum zur Weltproduktion noch drastischer aus. 1980 machte der weltweite Aktienhandel 1,4 Prozent des Welt-BSP aus, 1998 aber schon 80 Prozent. Im Geschäft mit dem Geld sind vergleichbare Tendenzen zu beobachten. Der *tägliche* Handel mit Devisen hat sich im Verhältnis zur weltweiten Produktion in den letzten 20 Jahren versiebenfacht und machte 1998 4,4 Prozent des jährlichen Welt-BSP aus. Rechnet man 250 Börsentage pro Jahr, bedeutet das, dass der Devisenhandel die weltweite Produktion heute etwa um das Zehnfache übertrifft.

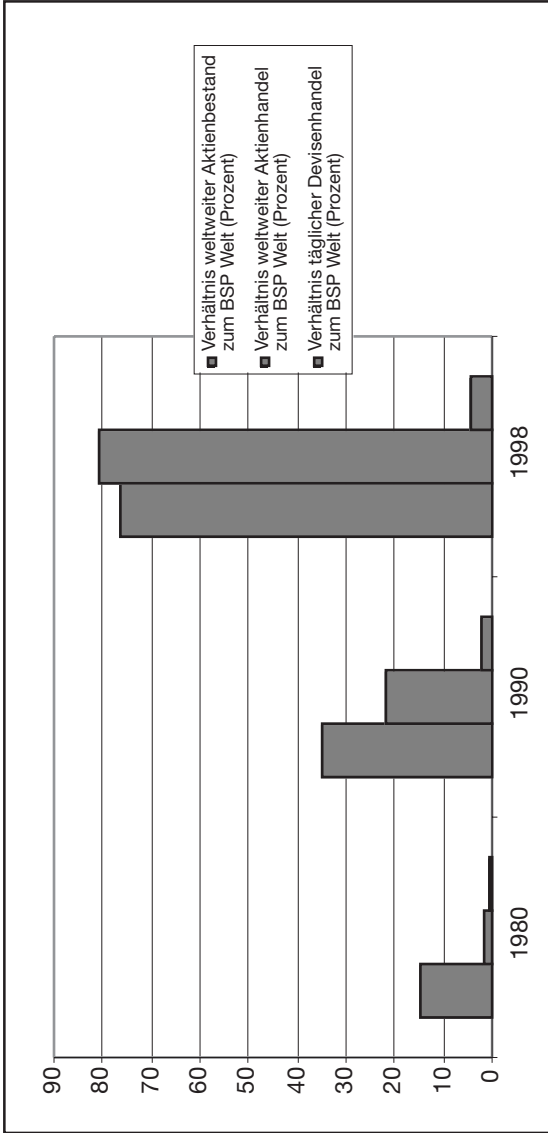
Ähnlich wie im Falle des Welthandels und der grenzüberschreitenden Investitionen ist aber auch bezüglich des Wachstums des Finanzsektors der Grad an Neuheit zu relativieren. Mag auch die quantitative Dimension neu sein (gesicherte Angaben sind wegen des Mangels an Daten schwierig), die sie bestimmenden Motive gehören ebenso zum Repertoire großer Kapital-eigner und -verwalter wie die Ausweitung des Handels. Die Verlagerung von Kapital aus dem Bereich von Produktion und Handel hin zum Immobilien- und vor allem Finanzsektor ist sogar eine Strategie, die häufiger angewandt wird als die räumliche Expansion. Denn gleichgültig, ob die das Weltsystem jeweils dominierende Hegemonialmacht eher eine nach innen gerichtete, intensive Akkumulationsstrategie verfolgte, oder extensiv und nach außen orientiert war, das Ende eines „systemic cycle of accumulation“ und der Beginn eines neuen wird immer durch eine Verlagerung von Kapital aus Produktion und Handel in die Finanzsphäre angekündigt (Arrighi 1994). Wenn die Konkurrenz größer und die Profite kleiner werden, dann trachten die Eigner und Verwalter von Kapital danach, ihr Vermögen flexibel zu halten.

Und das tun sie, indem sie es im Finanzsektor anlegen. Oder umgekehrt formuliert, wenn das Kapital Produktion und Handel verlässt, um sich in seiner reinsten Form – der Geldform – im Finanzbereich wiederzufinden, dann ist der Höhepunkt, an dem die meisten Gewinne erzielt werden, erreicht, dann kündigt sich „mit der Phase des finanziellen Aufblühens ein Stadium der Reife, gewissermaßen der Herbst“ an (Braudel 1986:268).

Braudel (1986) führt zahlreiche Beispiele für dieses Wechseln der Investitionsfelder, diesen „Pluralismus des Kapitalismus“ an. Die Antwerpener Kaufleute ziehen es in den 20er- und 30er-Jahren des 16. Jahrhunderts vor, Kaiser Karl V mit Darlehen, die zu 20 Prozent und höher verzinst sind, zu versorgen, als ihr Kapital in einem stagnierenden Handel zu belassen, und Genua geht rund 70 Jahre später den gleichen Weg. Seine Wirtschaftseliten „wechseln unverhohlen vom Handels- in den Finanzsektor über“ und werden zu den Geldgebern der Katholischen Könige in Spanien. Als diese 1627 dann Bankrott gingen, hatten die Genuesen ihr Kapital schon wieder abgezogen, weshalb Braudel Genua auch als „die kapitalistische Stadt schlechthin“ bezeichnet. Ihre Kaufleute verstanden sich perfekt auf kapitalistische Flexibilität: „Ihre Gelder abziehen, so schnell es die schwierigen Umstände erlaubten, um sie anderwärtig wieder anzulegen, lautete ihr Programm, das sie nach Maßgabe der Konjunktur realisierten“. Aber auch Amsterdam, das Genua als die die Weltwirtschaft dominierende Stadt beerbt, agiert nicht anders. Als der Ostseehandel, der die Niederlande reich gemacht hatte, ab ca. 1730 zu verfallen beginnt, ziehen „die Privilegierten des Geldes“ ihre Kapitalien ab und stecken sie in Auslandsinvestitionen, Renten und vor allem in Kredite. „Im 18. Jahrhundert, in dem man in ganz Europa auf ruhendes Kapital stößt, das nur schwer und unter schlechten Bedingungen anzulegen ist, brauchen die Fürsten [Europas Anm. C.P.] bloß die Hand aufzuhalten: Ein Wink, und das Geld (...) steht zu ihrer Verfügung, Nehmt, wir bitten Euch, bedient Euch!“

Wer fühlte sich bei dieser Schilderung nicht an die 1970er- und frühen 1980er-Jahre erinnert? Nach den Jahrzehnten erfolgreichen Wachstums der Weltwirtschaft, die manche nach dem Desaster der Weltwirtschaftskrise und der zwei Weltkriege als „honey moon“ des Kapitalismus bezeichneten, geriet das System tayloristischer Massenproduktion und keynesianistischer Wirtschaftspolitik an seine Grenzen. Der Fordismus hatte eine so große Anhäufung von Kapital ermöglicht, dass dieses in der Industrie nicht mehr rentabel (genug) angelegt werden konnte (Fröbel u.a. 1986; Hirsch/Roth 1986). Wieder einmal hatte das Wachstum zur Krise geführt, und wie immer in einer Überakkumulationskrise waren Flexibilität und Pluralismus bei den Anlagen ein

Grafik 3: Aktienbestand, Aktienhande, Devisenhandel und Welt-BSP, 1980–1998



Quelle: Maddison 2001, 329; Hufschmidt 1999, 33, 44. Für den Devisenhandel beziehen sich die Daten auf 1979, 1989 und 1998.

probates Mittel ihr zu begegnen. Wie die Kaufleute im 18. Jahrhundert die Fürsten bestürmten, doch ihr brachliegendes Kapital (gegen gute Zinsen) zu leihen, so „(were) First World Bankers begging Third World states to borrow their overabundant capital“ (Arrighi 1994:323).

Und die Lehre aus der Geschichte? Die in Grafik 3 gezeigte Aufblähung der Finanzwelt in den letzten 30 Jahren ist nur der jüngste – vielleicht der dramatischste – Ausdruck der Versuche, dem durch die Überakkumulation ausgelösten Fall der Profit(rat)e durch Umsatteln auf den Finanzsektor entgegenzuwirken. Noch einmal Braudel (1986:292): „Die Entwicklung eines jeden dominierenden Kapitalismus ist seit Jahrhunderten schon, seit den Messen der Champagne, vorgezeichnet; durch seinen Erfolg selbst stößt er schließlich zu Finanzaktivitäten oder -kunststücken vor, bei denen ihm die Gesamtwirtschaft nur mehr schwer zu folgen vermag.“ Diese Freiheit, zu investieren, wo die Gewinne am größten sind, die Flexibilität, das Kapital in die Räume und Sektoren zu verlagern, wo es am meisten abwirft – das ist das Wesen des Kapitalismus. Er war immer schon eklektizistisch; die Aufwertung der Finanzsphäre entspricht nicht einer bestimmten „Stufe“ im Kapitalismus (schon gar nicht der letzten), sondern ist ein wiederkehrendes Phänomen, das das Ende eines Akkumulationszyklus und den Beginn eines neuen einläutet: „Schließlich ist der Kapitalismus nicht dazu da, diesen oder jenen Produktionszweig zu bevorzugen, sondern Gewinne zu machen“ (Hobsbawm 1996:58). Allerdings: Ob eine Gesellschaft diese kapitalistische Freiheit zu investieren, wann und wo es am profitabelsten ist, auch tatsächlich gewährt, ob sie also die Profitmacherei als ihr Leitmotiv anerkennen will, oder ob sie sich nicht doch auf andere Prioritäten und Werthaltungen gründen möchte, das ist eine Frage politischer Entscheidungen und damit politischer Auseinandersetzungen.

5. Globalisierung als gezielte Strategie zur Maximierung der Profite

Was bedeutet eine solche Interpretation, die die räumliche Expansion des Kapitalismus und den Wechsel von Produktion und Handel zum Finanzsektor und zurück als Strategien identifiziert, die sich im historischen Verlauf herauskristallisiert haben, um die Überakkumulationskrisen zu überwinden und die Profite wieder herzustellen? Ist diese Sicht der „longue durée“ vereinbar mit der These, dass die Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten substanzielle Änderungen erfahren hat? Welche Schlüsse sind in Bezug auf die Frage, ob eine andere Globalisierung möglich sei, zu ziehen?

Die präsentierten Daten legen nahe, dass es in den letzten Jahrzehnten tatsächlich zu substanziellen Veränderungen des Weltsystems gekommen ist. Gleichzeitig zeigen lange historische Untersuchungen, dass vergleichbare Entwicklungen seit dem 15. Jahrhundert zu beobachten sind. Beide Sichtweisen sollten nicht als Alternativen gegenübergestellt werden. Die Expansion des Welthandels und die Aufwertung der Finanzmärkte sind strukturell gesehen zwar alte Bekannte, aufgrund ihrer quantitativen Veränderungen nehmen sie aber doch einen neuen Charakter an. Dort, wo verlässliche Daten für einen längeren historischen Vergleich (1870–1998) vorliegen, die mit dem Jahr 1870 auch den Höhe- und Endpunkt der letzten großen Freihandelsepoche mit einschließen, zeigt sich, dass die Durchdringung der Staaten, ihrer Wirtschaften und Gesellschaften durch *grenzüberschreitenden* Handel und Investitionen heute größer ist denn je.

Die Veränderungen des Anteils der Weltexporte an der Weltproduktion und der Bestand an ausländischem Kapital in der „Dritten Welt“, wie bereits im Abschnitt über die räumliche Expansion des Kapitalismus beschrieben, bedeuten, dass Außenhandel und internationale Kapitalbewegungen drastisch zugenommen haben, und zwar hinsichtlich der Produktion, *vor allem aber bezüglich der Einkommen*. In anderen Worten: Wirtschaftliche und insbesondere soziale Entwicklung sind heute mehr denn je von grenzüberschreitenden Aktivitäten bestimmt und abhängig. Dies bringt eine eklatante Verschiebung von wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Macht mit sich, und zwar zugunsten jener Akteure, die in der Lage sind, die grenzüberschreitenden Aktivitäten zu setzen und zu kontrollieren.

Am Beispiel des „intra-firm trade“ lässt sich diese Machtverschiebung gut erläutern. Sein Anstieg impliziert, dass der Welthandel heute nicht mehr der die Lehrbücher dominierenden Vorstellung entspricht, dass Länder miteinander Austausch treiben. Nicht England und Portugal handeln, wie in der klassischen Ökonomie bei David Ricardo, sondern die Niederlassungen eines Konzerns in England, Portugal, China, Mexiko, den USA usw. Zeigt der Anstieg des weltweiten Handels, dass die einzelnen „National“-Ökonomien offener geworden sind, so enthüllt das Ausmaß, in dem Konzerne den Welthandel dominieren, dass dieser sich vom *inter*-nationalen zum *trans*-nationalen Handel wandelt. Welthandel ist heute also nur mehr zum Teil zwischenstaatlicher Handel; mehr und mehr wird er zum überstaatlichen Handel, bei dem nationale Gesetze und Bedingungen (wie z.B. Steuern oder Währungspolitik) umgangen werden können. Zudem wird Welthandel immer mehr zu einer Angelegenheit für nur wenige Unternehmen. In Mexiko etwa entfallen 95 Prozent der Exporte auf nur 305 Unternehmen und etwa 3 500

„maquiladoras“ – die meisten dieser Betriebe sind lokale Niederlassungen transnationaler Konzerne (Dussel Peters 2001).

Diese Machtverschiebung ist das Ergebnis gezielter Politik. Um der Überakkumulations- und Profitkrise Herr zu werden, setzten die großen Eigner und Verwalter von Kapital ab den 1970er-, spätestens aber in den 1980er-Jahren alles daran, den gesellschaftlichen Kompromiss zwischen Kapital, Staat und Arbeit zu ihren Gunsten zu verändern. Was heute als Globalisierung diskutiert wird, ist – und das ist entscheidend – Produkt dieser Politik. In anderen Worten: Globalisierung, also die Ausweitung des Welthandels und die Aufwertung des Finanzsektors, stellt nichts anderes dar als die – ziemlich erfolgreichen – Versuche der großen Eigner und Verwalter von Kapital, die Spielregeln und das Spiel so zu verändern, dass sie die Überakkumulationskrise überwinden können. Globalisierung ist in seinem ökonomischen Kern also nichts anderes als eine Strategie der Profitmaximierung.

Das wirft die Frage auf, wie erfolgreich eine solche Strategie sein kann. Sowohl historische Beispiele wie theoretische Analysen legen nahe, dass die räumliche Expansion und die Flucht in den Finanzsektor zwar partiell und befristet erfolgreich sein mögen, dass aber, langfristig und umfassend gesehen, die Grundwidersprüche des Kapitalismus nicht durch vermehrten grenzüberschreitenden Handel oder Kreditausweitung zu lösen sind. Wegen der dem Kapitalismus eigenen Widersprüche führen sie lediglich dazu, dass das Problem der Überakkumulation auf einer nächsthöheren Stufe reproduziert wird, dass also mit einer partiellen Bewältigung die nächste Krise provoziert wird. Dieses Problem wird heute noch dadurch verschärft, dass es auf der Landkarte des Kapitalismus nur mehr wenige weiße Flecken gibt, wohin die Expansion erfolgen könnte.

Wenn also die Lösung der strukturellen Probleme nicht durch Expansion oder Wechsel in den Finanzbereich erfolgen kann, dann wird die Entwertung (eines Teils) des überschüssigen Kapitals erforderlich, um künftige Akkumulation zu ermöglichen. Kapitalentwertung kann viele Formen annehmen – der „Verfall“ der Börsenkurse in den Jahren 2002 und 2003 (Stand Februar 2003) ist ein dafür herausragendes Beispiel. Darüber hinaus kann Geldkapital durch Inflation oder uneinbringliche Schulden entwertet werden, fixes Kapital durch das Brachliegen oder die Unterauslastung von Produktionsanlagen, Waren durch fallende Preise oder Unabsetzbarkeit usw. (Harvey 2001:300). Auch Krieg ist eine Lösung um überschüssiges, d.h. nicht gewinnbringend anlegbares Kapital zu zerstören – eine radikale Lösung zwar, aber durchaus keine ungewöhnliche, wie Geschichte und Gegenwart zeigen.

6. Eine andere Globalisierung oder etwas Anderes als Globalisierung?

Was bedeutet diese Analyse für die Frage nach einer „anderen“ Globalisierung? Wenn es stimmt, dass periodische Krisen die Folgen erfolgreichen Wachstums im Kapitalismus sind, und wenn Globalisierung eine Strategie ist, diese Krise im Sinne des Kapitals zu lösen, dann kann es unsere Aufgabe nicht sein, bessere Krisenlösungsstrategien zu suchen. Also: Nicht für eine „andere“ Globalisierung, sondern für etwas Anderes als Globalisierung. Für eine andere Welt – das schon, weil die Welt ja schließlich, anders als die Globalisierung, keine Erfindung der Kapitalakkumulation ist.

Und eine andere Welt braucht eine andere Ökonomie.

Die Suche nach einem sozial und ökologisch verträglicheren System beginnt mit einer radikalen Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Dabei sollte man sich nicht von oft in hinterhältiger Absicht gestellten Fragen nach Auswegen erpressen lassen. Kritik ist kein Vorspiel zum eigentlichen Akt, der Präsentation eines besseren Modells, und sie braucht sich nicht dem Zwang zu unterwerfen, Alternativen unterbreiten zu *müssen*. Kritik hat für sich genommen ihren Wert. Gute Kritik ist darüber hinaus aber auch die unabdingbare Voraussetzung für das Nachdenken über Veränderungen: „The alternative comes out of that critique, and nowhere else.“ (Harvey 2001:20) Auch sollte, wer über Alternativen nachdenken und ihnen wenn möglich zum Durchbruch verhelfen möchte, sich keine Debatten um so genannte Gretchenfragen wie: „Kapitalismus oder Sozialismus?“ bzw. „Reform oder Revolution?“ aufdrängen lassen.

Zum Abschluss sollen hier kurz drei mögliche Ansatzpunkte skizziert werden, an denen Kritik in Intervention übergehen könnte. Es geht dabei nicht um ausformulierte politische Strategien oder um komplexe Gegenentwürfe, sondern um Denkvorschläge, die Richtungen markieren, aber keine fertigen Antworten geben. Sie mögen nützlich oder kritikwürdig sein, jedenfalls aber sollten sie zum Weiterdenken anregen – denn Alternativen können nur im Weiterdenken entworfen werden.

Ein erster Schritt ist zwar defensiv, dennoch aber notwendig. Wenn die oben genannten Daten richtig interpretiert wurden, und wenn es stimmt, dass „capitalism can escape its own contradictions only through expanding. Expansion is simultaneously intensification (of social wants and needs, of population totals, and the like) and geographical extension“ (Harvey 2001:257), dann muss es ein Ansatz sein, Vertiefung und Ausweitung zu stoppen, wo

immer es möglich ist. Dazu sind globale Kampagnen (wie gegen das MAI, gegen GATS oder gegen die amerikanische Freihandelszone ALCA) ebenso erforderlich wie lokales Blockieren aller kleinen Schritte, die erforderlich sind, um diese Projekte zu realisieren.

Der zweite Schritt sind Versuche, die Vertiefung und Ausweitung rückgängig zu machen. Komlosy (2002) tritt in diesem Zusammenhang dafür ein, vermehrt Grenzen zu setzen. Während heute der Stärkere gegen den Schwächeren den Grad der Durchlässigkeit von Grenzen bestimmt (klar ersichtlich etwa bei der Liberalisierung des Geld- und Warenverkehrs bei gleichzeitiger restriktiverer Grenzgestaltung für MigrantInnen), bietet das bewusste Ziehen von Grenzen Möglichkeiten der Gestaltung, des Schutzes für Schwächere. Damit sei, entgegen dem Gerede vom schwindenden Gewicht der Staaten, die Bedeutung staatlicher Regulierung unterstrichen.

Daraus leitet Komlosy ihr zweites Plädoyer ab, nämlich für „ökonomische Subsidiarität“. Damit ist eine Lokalisierung der Wirtschaft gemeint, und zwar nicht romantisch-verklärend als kleine Selbstverwaltungseinheiten am Rande der globalisierten Wirtschaft oder als Subsistenzgärten gedacht, sondern als Prinzip, demzufolge die Produktion so kleinräumig, so kleinbetrieblich, so selbstbestimmt wie möglich erfolgen soll. Nur was auf lokaler Ebene nicht erzeugt werden kann, soll überregional produziert werden, und was auch dort nicht geht, wird global erzeugt. Also: Vorrang für die kleinräumigere gegenüber der großräumigeren Handlungsebene, Vorrang für das Lokale vor dem Regionalen, die Region vor dem Staat, der Staat vor der supranationalen Union und der globalen Wirtschaft. Vorrang des Gebrauchswerts gegenüber dem Tauschwert, der Politik vor dem Markt.

Ein dritter möglicher Ansatzpunkt ist die gesellschaftliche Produktion von Einstellungen und Werthaltungen. Wallerstein (1999:128f) argumentiert, dass profitsuchende Unternehmer keine Erfindung des Kapitalismus sind, sondern schon lange zuvor existiert hätten, ohne dass sie aber in der Lage gewesen wären, die Logik der Akkumulation als alleinige gesellschaftliche Prämisse durchzusetzen. Andere soziale Systeme und Werte, wie etwa Religionen mit ihrem Verbot oder ihrer Ächtung der Zinsen oder der Feudalismus mit seinem Drang, die Gewinne zu verpressen, verhinderten, dass die Profitsuche zum Leitmotiv wurde (diese anderen sozialen Systeme sollten nicht romantisiert werden: Weder Feudalismus noch die katholische Kirche des Mittelalters repräsentieren attraktive Gesellschaftsformen). Erst im „langen 16. Jahrhundert“ wurde der Widerstand gegen die kapitalistische Logik schwächer, und das Motto der endlosen Akkumulation: „Reichtum um des Reichtums willen“ setzte sich als alles beherrschendes Thema durch.

Einer der bemerkenswertesten Erfolge des Kapitalismus ist es, die Logik der Kapitalakkumulation in einen allgemeinen Wertekonsens um- und durchgesetzt zu haben. Um den Glauben an sich selbst weltweit zu verankern, schlugen – und gewannen – die Herren des Kapitals viele Schlachten um die Hirne und Herzen der Menschen (von den jüngsten legt der Aufstieg des Neoliberalismus ein Zeugnis ab; JEP 2002/3). So schmerzhaft dieser Siegeszug auch sein mag, er zeigt doch, dass gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entwürfe wandelbar sind. Wer hätte nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Verfechter des Wirtschaftsliberalismus völlig marginalisiert waren (Hobsbawm 1999:126–137) gedacht, dass sie nur 50 Jahre später die Welt beherrschen würden? Sie mögen, wie in Chile, mit Panzern an die Macht gekommen sein – dort aber halten sie sich, weil sie es geschafft haben, eine gesellschaftliche Übereinkunft auf Basis *ihrer* Vorstellungen zu erzeugen.

Auch der Aufstieg der Arbeiterbewegung ist nicht nur mit Veränderungen der „materiellen“ Bedingungen (wie die Länge des Arbeitstages oder die Dürftigkeit des Lohns) verbunden, sondern auch mit kulturellem Wandel (vgl. die Arbeiten von Moore 1978 und Thompson 1963). Wenn nicht die Frage im Mittelpunkt steht, ob die Industrialisierung zu einer absoluten Verschlechterung der Lebensbedingungen der ArbeiterInnen geführt hatte, die ihrerseits quasi automatisch Widerstand erzeugte, sondern, welcher Grad an Ausbeutung von den ArbeiterInnen als *zu ungerecht empfunden* wurde, um hingenommen zu werden, dann beginnen Erlebnisse und Wertewandel der ArbeiterInnen eine zentrale Rolle für die Emanzipation zu spielen. Ihre Erfahrungen und ihr Unrechts-Bewusstsein formten, auf Basis von und gemeinsam mit „materiellen“ Bedingungen, den Widerstandsgeist und die Organisation – und waren damit Voraussetzung für die großen Erfolge, die die Arbeiterbewegung erringen konnte.

Dieses Beispiel ist auch für die gegenwärtige „share-holder value“ Gesellschaft lehrreich. Wer sagt denn, dass Gewinnerwartungen dauerhaft bei 10 oder 20 Prozent liegen müssen? Warum sollte es nicht gelingen, solche Profite anhaltend als ungerecht zu brandmarken? Und, wichtiger noch: Warum sollten die Menschen nicht ihren Glauben an „das System“ verlieren? Der Finanzsektor und die Gewinne, die in ihm zu holen sind, hängen in extrem starkem Maße von ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz und, genauer, vom Vertrauen in sie ab: „People have to believe that wealth – mutual funds, pensions, hedge funds – will continue to increase indefinitely“ (Harvey 2001:23). Obwohl die Propagandamaschinerie, die eingesetzt wird, dieses Vertrauen zu nähren, läuft und läuft, beginnt der Glaube zu bröckeln. Reale Verluste nicht nur institutioneller Großanleger, sondern vor allem vieler

„kleiner shareholder“, die ihre Ersparnisse und, schlimmer noch, ihre Pensionen „in den Märkten“ verschwinden sehen, lassen das Vertrauen in das unendliche Wachstum schrumpfen. Firmenzusammenbrüche, die, wie im Falle des US-Energiekonzerns Enron, gekoppelt sind mit unglaublichen Betrugsskandalen, tragen das Ihre dazu bei, die bis vor kurzem so bedingungslose Gefolgschaft zum Neoliberalismus zu schmälern. Denn, wie der US-Ökonom Paul Krugman in den New York Times schreibt: „The Enron scandal told us things about ourselves that we probably should have known, but had managed not to see. It has been an object lesson in how appearances can deceive. And I don't think this is just a story about one company. People didn't deceive themselves; they were deceived“. Von der „dot-com bubble“ betrogen zu werden, das kratzt am Vertrauen in die Finanzmärkte und eröffnet folglich Möglichkeiten, alternative Vorstellungen einzubringen. Krugman, keineswegs als Globalisierungskritiker bekannt, sieht deshalb auch nicht den 11. September als Wendepunkt in der US-Geschichte an, sondern die Enron-Pleite. Und das ist, angesichts der enormen Bedeutung des Ringens um die Hirne und Herzen der Menschen, nicht wenig.

Literatur

- Arrighi, Giovanni (1994): *The Long Twentieth Century. Money, Power, and the Origins of Our Times*. London: Verso
- Arrighi, Giovanni (2000): Der globale Markt. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Anfang und dem Ende des 20. Jahrhunderts. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 4: 359–392
- Bonnano, Alessandro/Lawrence Busch/William Friedland/Lourdes Gouveia/Enzo Mingione, Hg. (1994): *From Columbus to Conagra: The Globalization of Agriculture and Food*. University Press of Kansas
- Braudel, Fernand (1986): *Sozialgeschichte des 15.–18. Jahrhunderts. Aufbruch zur Weltwirtschaft*. München: Kindler
- Bureau of Economic Analysis (BEA) (2000): *Survey of Current Business*, Bd. 80, 1. U.S. Department of Commerce. Washington
- Bureau of Economic Analysis (BEA) (2003): *Survey of Current Business*, Bd. 83, 1. U.S. Department of Commerce. Washington
- Dussel Peters, Enrique (2001): Globalisierung auf Mexikanisch: Die Transnationalisierung der mexikanischen verarbeitenden Industrie. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 3/4: 223–240
- Fröbel, Folker/ Heinrichs, Jürgen/ Kreye, Otto (1977): *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Fröbel, Folker/ Heinrichs, Jürgen/ Kreye, Otto (1986): *Umbruch in der Weltwirtschaft*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

- Harvey, David (1982): *The Limits to Capital*. London: Verso
- Harvey, David (2001): *Spaces of Capital. Towards a Critical Geography*. New York: Routledge
- Hobsbawm, Eric (1977): *Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848–1875*. München
- Hobsbawm, Eric (1996): *Das imperiale Zeitalter. 1875–1914*. Frankfurt am Main: Fischer
- Hobsbawm, Eric (1999): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag
- Huffschnid, Jörg (1999): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*. Hamburg: VSA
- JEP=Journal für Entwicklungspolitik (2001/3-4): Mexiko – eine kritische Bilanz von 15 Jahren freiem Handel in Nordamerika. Frankfurt am Main: Brandes&Apsel
- Journal für Entwicklungspolitik (2002/3): Neoliberalism at work: Netzwerke, Wissensproduktion und neue Eliten in der Peripherie. Frankfurt am Main: Brandes&Apsel
- Komlosy, Andrea (2002): *Global Village als optische Täuschung*. Vortrag gehalten auf der Tagung des Kunstvereins München am 15./16.6.2002 zum Thema „Wechselwirkungen“. Unveröffentlichtes Manuskript
- Luxemburg, Rosa (1970, Erstausgabe 1923): *Die Akkumulation des Kapitals*. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik
- Maddison, Angus (2001): *The World Economy: A Millennial Perspective*. OECD: Paris
- Marx, Karl (1987, Erstausgabe 1894): *Das Kapital*. Band III. Berlin: Dietz Verlag
- Marx, Karl/Friedrich Engels (1986, Erstausgabe 1848): *Manifest der Kommunistischen Partei*. Berlin: Verlag Progress
- McMichael, Philip (1994): *The Global Restructuring of Agro-Food Systems*. Ithaca: Cornell University Press.
- Moore, Barrington (1978): *Injustice: The Social Bases of Obedience and Revolt*. London: Macmillan
- OECD: 2002 Economic Outlook. OECD. Paris. <http://www.oecd.org/pdf/M00030000/M00030802.pdf>
- Parnreiter, Christof (1994): *Migration und Arbeitsteilung. AusländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise*. Wien: Promedia
- Sombart, Werner (1921): *Der moderne Kapitalismus. Historisch-systematische Darstellung des gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart*. München: Duncker&Humblot
- Thompson, Edward P. (1963): *The Making of the English Working Class*. London: Gollancz
- United Nations Conference on Trade and Development (1996): *World Investment Report. Investment, Trade and International Policy Arrangements*. UNCTAD: Geneva
- United Nations Conference on Trade and Development (2003): *UNCTAD Handbook of Statistics On-line*. www.unctad.org
- Wallerstein, Immanuel (1974): *The Modern World System: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century*. New York: Academic Press
- Wallerstein, Immanuel (1980): *The Modern World-System II. Mercantilism and the Consolidation of the European World-Economy 1600–1750*. New York

Wallerstein, Immanuel (1989): *The Modern World System III: The Second Era of Great Expansion of the Capitalist World Economy, 1730–1840*. New York Academic Press

Wallerstein, Immanuel (1999): *The End of the World as We Know It. Social Science for the Twenty-First Century*. Minneapolis: University of Minneapolis Press

- ¹ Obwohl die Quelle (Maddison 2001), aus der die Daten entnommen sind, seriös ist, sind die hier angestellten Berechnungen nicht ohne Probleme. Zum einen betreffen die Exportdaten nur den Handel mit Gütern, nicht aber mit Dienstleistungen, was zu einer Unterschätzung des tatsächlichen Handelsvolumens führt. Zum anderen ergeben sich statistische Verzerrungen, weil die Exportstatistik den Bruttowert der Ausfuhren zählt – während bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts nur die tatsächlich (netto) in einem Land erbrachte Wertschöpfung gerechnet wird. Ein Beispiel: Bei einem Exportgut, das 100 Einheiten wert ist, von denen 90 importiert und 10 im betreffenden Land hinzugefügt wurden, erhöht sich das BIP um 10, der Export aber um 100 Einheiten. Zu einer Verzerrung der Statistik kann es auch kommen, wenn sich Staatsgrenzen verändern – der Handel innerhalb der ehemaligen Sowjetunion etwa geht heute als internationaler Güteraustausch in die Statistik ein.

Andreas Novy

Der umkämpfte Wohlfahrtsstaat¹

Die ersten drei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg waren das „Goldene Zeitalter“ eines wohlfahrtsstaatlich eingebetteten Kapitalismus (Dunford 1997:190ff). Es gab in der Geschichte des Kapitalismus keine andere Zeit, während der sich weltweit die Lebenschancen der Menschen so nachhaltig verbesserten. Die Akkumulation boomte, aber auch die Entfaltungsmöglichkeiten für große Teile der Bevölkerung erweiterten sich. Bildungs- und Gesundheitsniveau stiegen gleichermaßen an. Obwohl die Grundwidersprüche des Kapitalismus bestehen blieben, war eine Bewegung in Richtung größerer Gleichheit zwischen den sozialen Klassen, aber auch den Nationen zu beobachten. Doch auf das Goldene Zeitalter, in dessen Mittelpunkt der bürokratische Wohlfahrtsstaat stand, folgten 20 schmerzhaft Jahre, die 1980er- und 1990er-Jahre, mit geringem Wirtschaftswachstum, Instabilität und zunehmender sozialer Ungleichheit (Dunford 2002:167). Diese markierten den Übergang zu einer liberalen Marktgesellschaft, die trotz ihres ökonomischen und sozialen Misserfolgs hegemonial geworden ist. Zwischen 1979 und 1997 erhöhte sich das Durchschnittseinkommen einer US-amerikanischen Familie lediglich um neun Prozent, wohingegen sich das Einkommen des reichsten Hundertstel der Bevölkerung um 140 Prozent erhöhte. Im Weltmaßstab gesprochen bezieht das bestverdienende Prozent mehr Einkommen als 57 Prozent der Ärmsten (Human Development Report 2002:19f). Trotzdem soll im Folgenden keine Rückkehr in eine verklärte Vergangenheit propagiert werden. Vielmehr gilt es neue politische Strategien zu entwerfen, die die Ideale von Freiheit und Individualität in eine neue Form von Wohlfahrtsstaat integrieren.

Andreas Novy ist ao. Professor am Institut für Wirtschaftsgeographie, Regionalentwicklung und Umweltwirtschaft (Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung) der Wirtschaftsuniversität Wien.

1. Wohlfahrt durch Vereinheitlichung

In demokratischen Verfassungen geht das Recht vom Volk aus. Da sich das Volk aber in modernen Gesellschaften nicht tagtäglich versammeln kann, um die öffentlichen Angelegenheiten zu besprechen, ist die Herstellung von Demokratie als Volksherrschaft ein schwieriges Organisationsproblem. Demokratie ist mühsam und langsam zu erkämpfen. Vom Stimmvieh, das zu den Urnen gekarrt wird, bis zu mündigen GestalterInnen des Allgemeinwohls ist es ein weiter Weg. In den Jahrzehnten nach 1945 wurde Volksherrschaft ein Stück realer. Selbstbestimmung, Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftsplanung bildeten den Kern dieser Gesellschaftsordnung. Hierbei erwiesen sich eine prosperierende Wirtschaftsentwicklung, die Erfahrungen mit totalitären Diktaturen und nicht zuletzt die Notwendigkeit, sich im Systemwettstreit mit dem Kommunismus als erfolgreich zu erweisen, als hilfreich.

Der Wohlfahrtsstaat ist die große soziale Innovation des 20. Jahrhunderts. Die Arbeiterbewegung war wesentlich daran beteiligt, dass manchmal vor, manchmal nach dem Ersten Weltkrieg in den meisten Staaten des Zentrums und zunehmend mehr Ländern der Peripherie neben dem Schutz von Leben und Eigentum weitere bürgerliche Rechte, wie z.B. das allgemeine und gleiche Wahlrecht, durchgesetzt wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die Schwäche des Kapitals dazu genutzt werden, neben diesen bürgerlichen Rechten eine Reihe sozioökonomischer Rechte zu begründen, die die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichten. Im Kern der sozioökonomischen Rechte stand das Arbeitsrecht, das der Arbeitskraft einen Gutteil ihres Warencharakters nimmt, da die Beschäftigten ihre Arbeitskraft nicht mehr um jeden Preis verkaufen müssen. Die Vollbeschäftigung brachte ihnen zusätzlich Unabhängigkeit gegenüber einzelnen Unternehmern und auch im Betrieb erlangten sie bürgerliche Rechte, vom Urlaubs- bis zum Pensionsanspruch. Das Sozialrecht bildete die zweite Säule eines entstehenden Wohlfahrtsstaats. Die Ausweitung der Staatstätigkeiten auf Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge war nicht vorrangig ein quantitatives Phänomen, sondern sie betraf qualitative Veränderungen: Die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wurden über den engen politischen Bereich hinaus auf die Ökonomie und Gesellschaft ausgeweitet. Dies schuf ein Niveau sozialer Sicherheit, das historisch einzigartig war und immer größeren Bevölkerungsgruppen erlaubte, am öffentlichen Leben gleichberechtigt teilzuhaben. Das republikanische Prinzip der Gleichheit gewährleistete den zunehmend universellen Zugang zu Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge. Auf diese Weise entstand ein ständig wachsender Bereich der Öffentlich-

keit, von öffentlichen Diensten wie Post, Bahn und Altersvorsorge bis zu öffentlichen Gütern wie Strom und Straßen.

Souveränität ist die Fähigkeit, sich selbst zu regieren. Wiewohl Souveränität in der Regel mit der Verfügungsmacht über ein Territorium assoziiert wird (Krasner 1999:35), ist sie nicht darauf beschränkt. Jedoch war Souveränität, verstanden als die uneingeschränkte Kontrolle eines allmächtigen Leviathan über einen klar definierten Machtraum, niemals eindeutig. Historisch und geographisch sind in der Form und dem Inhalt von Souveränität grundlegende Unterschiede zu beobachten. So machte die strikte Kontrolle der Kapitalströme nach dem Zweiten Weltkrieg die Nation zu einem politischen Machtraum mit historisch einmaligen Gestaltungsmöglichkeiten. Die nationale Grenze des Machtraums war für einige Jahrzehnte für Handel und Finanztransaktionen eine echte Barriere. Erst in jüngster Zeit wurde ein Niveau internationaler ökonomischer Verflechtungen erreicht, das mit demjenigen vor dem Ersten Weltkrieg vergleichbar ist.

Im 20. Jahrhundert folgten grundlegende Veränderungen von Form und Inhalt von Souveränität aufeinander. Die nationalstaatszentrierte Entwicklungsweise basierte auf intensiver, nach innen gerichteter Akkumulation. Dieses Entwicklungsmodell stärkte den Binnenmarkt und ermächtigte die nationalen Akteure, allen voran den Nationalstaat. Damit erhöhten sich die souveränen Gestaltungsmöglichkeiten im nationalen Machtraum. Der Staat konnte über zahlreiche gesellschaftliche Felder mitentscheiden und mitgestalten. Darüber hinaus änderte sich aber auch die Form des Staates. Die politische Demokratie schuf seit dem Ende des Ersten Weltkriegs dem Volk die Möglichkeit, seinen Souverän zu wählen. Die Sozialpartnerschaft erweiterte dieses Modell durch den von oben durchgesetzten institutionalisierten Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital. Mit den neuen sozialen und politischen Bewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre wurde diese Form von Stellvertretersouveränität in Frage gestellt und die direkte Teilhabe aller gefordert. Souveränität bezog sich damit nicht bloß auf den Raum der Politik, sondern die demokratische Dynamik erfasste Gesellschaft und Ökonomie (Helleniner 1999:148f). Weltweit wurden auf nationaler Ebene eine Reihe weitergehender staatsbürgerlicher Rechte verwirklicht: Zum einen die rechtliche Gleichstellung der Schwarzen in den USA und der Frauen in den meisten Industriestaaten, zum anderen die Aufwertung der innerbetrieblichen Rechte der Belegschaft und die Mitbestimmung an Universitäten und Schulen.

Keynes kritisierte schon in den 1920er-Jahren die deflationären Gefahren, die einer Laissez-faire-Politik innewohnen (Screpanti/Zamagni 2001:229). Er befürchtete genau das, was im Zuge der Weltwirtschaftskrise nach 1929

eintreten sollte: Das wirtschaftspolitische Desaster des Laissez-faire-Liberalismus untergrub die Fundamente der liberaldemokratischen Verfassungen in den meisten Staaten Europas. Im Sinne Polanyis (1978:19) wehrte sich die Gesellschaft gegen die zerstörerische Utopie eines selbstregulierenden Marktes, indem sie bei totalitären Ideologien, konkret dem Nationalsozialismus bzw. dem Stalinismus, Zuflucht suchte.

Die weitreichenden wirtschaftspolitischen Reformvorschläge von Keynes (Raffer/Singer 2001:1ff) wären ohne das Desaster der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkriegs niemals umgesetzt worden. Die zentrale wirtschaftspolitische Innovation, die der Keynesianismus brachte, war die Sozialisierung von Investitionsentscheidungen mittels Sozialtechnik. Experten und nicht länger Unternehmer allein entschieden über Investitionen und damit über die Zukunft: Bahn oder Straße, Spital oder Panzer, Hochschule oder Volkstheater etc. Durch die Kontrolle von Betrieben und Kreditwesen gelang es dem Staat, die Investitionen der öffentlichen Hand, aber auch der Privaten in die Richtung zu lenken, die ihm als sinnvoll erschien. Damit lösten sich Investitionsentscheidungen bis zu einem gewissen Grad von den Akkumulationserfordernissen.

Das makroökonomische Modell von Keynes, das den Wirtschaftskreislauf von Produktion und Konsum darstellt, ermöglichte die Steuerung von Inflation und Arbeitslosigkeit als den beiden wirtschaftspolitischen Eckdaten. Damit wurde es den Regierungen zumindest in den großen und reichen Nationalstaaten möglich, ihre wirtschaftliche Entwicklung zu planen. Nicht nur die Sowjetunion mit ihrem Modell der zentralen Planwirtschaft, auch die kapitalistischen Staaten schufen Planungsbehörden mit weitreichenden Kompetenzen. Wann immer Probleme auftraten, die Lösung lag in der besseren Planung – im Gesundheits- oder Bildungsbereich, bei Technologie- und Industrieentwicklung oder bei städtischen und regionalen Problemen. Souveränität beschränkte sich nach innen nicht länger auf die Einhaltung der bürgerlichen Rechtsordnung, sondern umfasste immer weitere Teile der Sozioökonomie. Sozialpolitische Forderungen und nach 1973 auch noch ein rückläufiges Wirtschaftswachstum führten zu einem Rückgang der Profitraten, was die Unternehmerschaft beunruhigte (Dunford 2002:150). Gleichzeitig wurden aber durch den Erfolg des wohlfahrtsstaatlichen Modells Erwartungen und Ansprüche geweckt, die mit der Grundstruktur kapitalistischer Marktwirtschaften in Widerspruch gerieten: Ist das Recht auf Gesundheit höher zu bewerten als das Recht auf Eigentum? Wie groß darf eine Steuererhöhung ausfallen, wenn auf diese Weise die Arbeitslosigkeit gesenkt werden kann? Allein derartige Fragen zu stellen, war für die bestehende Besitzordnung subversiv.

2. Eine Kulturrevolution für Freiheit und Individualität

In den 1960er- und 1970er-Jahren radikalisierte sich die politische Auseinandersetzung: An der Peripherie mündete sie in Gewalt, sei es in Vietnam oder den lateinamerikanischen Militärdiktaturen. Im Zentrum war es eine kulturelle Revolution gegen das Establishment. An der Peripherie war es ein Kampf Kapitalismus gegen Sozialismus, im Zentrum wurde das Establishment mit der Forderung nach mehr Freiheit und Individualität konfrontiert. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand zunehmend der Staat, wobei sich die Kritik am bürokratischen Wohlfahrtsstaat auf drei Säulen stützte: Erstens beruhte der Erfolg der Nachkriegsordnung darauf, dass die Akkumulationsdynamik stabilisiert wurde. Doch diese Stabilisierung mündete in inflexiblen Organisationsformen, die sowohl experimentier- als auch innovationsfeindlich waren. Alternative Schul- und Gesundheitsmodelle hatten gegenüber der Bürokratie einen schweren Stand. Zweitens war es eine Form des demokratischen Zentralismus, in dem die Spitzen von Interessenvertretungen und Parteien entschieden und die Basis zu folgen hatte. In diesem autoritär-bevormundenden Modell blühte die Parteibuchwirtschaft und andere Seilschaften. Drittens dominierte das Expertentum zunehmend über die Politik, die Technokratie entmündigte die Bevölkerung.

Michel Foucault, ein typischer Vertreter der 1968er-Bewegung, lotete den Raum für andere Gesellschaftsformen aus, in denen Einzelne nicht so sehr von Strukturen regiert werden (Schmid 1991). Dabei galt sein Hauptaugenmerk nicht den ökonomischen Strukturen, das heißt Eigentum und Markt, sondern den kulturellen und gesellschaftlichen Disziplinierungen, die dazu führen, dass Individuen Herrschaftsstrukturen verinnerlichen. Im Mittelpunkt der Kritik standen die Disziplinierung des Körpers und damit die Institution Familie sowie die Macht von Technokratie und Bürokratie und damit der Staat. Vollbeschäftigung und die reibungslos funktionierende Akkumulation ließen die Ökonomie aus dem Blick geraten.

Dem Zugriff dominanter Strukturen setzte Foucault und mit ihm die gesamte 1968er-Bewegung eine Praxis von Freiheit und Befreiung entgegen, die darin münden sollte, über sich selbst zu bestimmen und sich nicht so sehr von Strukturen regieren zu lassen. Foucault experimentierte hierbei mit neuen Formen gesellschaftlicher Organisation. Er deutete einen sozialen Raum an, der über die bestehende Ordnung hinausgeht und Platz für eine soziale Individualität schafft, bei der die Sorge um sich selbst darin besteht, immer auch auf Andere bezogen zu sein (Foucault 1989). „Die Formen der Freiheit sind nicht erst eine Frage „natürlicher Rechte“, sondern eine Frage ihres Erstreitens

in konkreten Auseinandersetzungen im Zuge der Umkehrung bestimmter Machtverhältnisse und der Veränderung konkreter Praktiken.“ (zit. n. Schmid 1991:266f)

Einer negativen Definition von Freiheit, nämlich frei von Vorschriften zu sein, setzt Foucault eine positive entgegen. „Die Frage der Freiheit wovon wird durch die Frage des Wie der Freiheit ersetzt: Wie, auf welche Weise ist die Freiheit ins Werk zu setzen?“ (zit. n. Schmid 1991:267) Dieser offene Freiheitsbegriff eröffnet Raum für eine andere Gestaltung des eigenen und des gesellschaftlichen Lebens. Gesellschaftlich relevant wird dieser Freiheitsbegriff, wenn dieser Prozess der Gestaltung auf vernünftigen Überlegungen, auf Kommunikation und der kollektiven Bearbeitung von Interessenkonflikten beruht.

3. Die Pervertierung libertärer Hoffnungen

Für die Besitzenden waren die naiven Vorstellungen der Blumenkinder genauso suspekt wie diejenigen linker Sozialtechniker. Letztere stellten die gesellschaftliche Rationalität über die Logik des Marktes. Gesellschaftliche Planung könne zu besseren Ergebnissen kommen als der Markt. Wenn dem so sei, wer sollte die Sozialtechnikerinnen hindern, eines Tages auch die gesellschaftlichen Prioritäten über das Recht auf Privateigentum zu stellen? Wer sollte sicherstellen, dass das Privateigentum eines Fußballs oder eines Familienbetriebs durch den Staat plötzlich anders geschützt würde als das Privateigentum an einem Konzern oder einer Stiftung? Re-Aktion war daher aus der Sicht des Establishments hoch an der Zeit! Es gelang den Liberalen, die libertären Ideale der 1968er-Bewegung im liberalen Ideologiegebäude aufgehen zu lassen. Der Liberalismus propagiert eine bestimmte Form von Individualität, nämlich den Besitzindividualismus, und eine bestimmte Form von Freiheit, nämlich die Freiheit am Markt wählen zu können. Pinochet, Reagan und Thatcher drehten das Rad der Geschichte zurück, indem sie als Reaktion auf die Verbreiterung des Wohlfahrtsstaats eine Rückkehr zur liberalen Marktgesellschaft des 19. Jahrhunderts in die Wege leiteten (Plehwé/Walpen 1999). Im Mittelpunkt stand hierbei der Abbau von Wohlfahrtsstaat und Demokratie, um öffentlich-rechtliche Kriterien aus dem Bereich der Sozioökonomie zu verbannen. Öffentliche Diskussionen über gleiche Chancen und Rechte, über das Allgemeinwohl im Bildungs- und Gesundheitssektor wurden ersetzt durch eine buchhalterische Mentalität, die nicht mehr über den Tellerrand von Sparzwängen, Kostenrechnung und Rentabilität schaut.

Ursprünglich trat der Liberalismus an, der Willkür absolutistischer Macht Grenzen zu setzen. In einem ersten Schritt betonten Denker wie Adam Smith, dass die Ökonomie nach eigenen Gesetzmäßigkeiten organisiert sei, in die

selbst Monarchen nicht eingreifen sollten. Die unsichtbare Hand des Marktes erlaube eine für alle vorteilhafte Form des Regierens, bei der Intervention nicht mehr nötig sei. Der Liberalismus ist eine Bewegung, „die ein Zuviel an Regierung vermeiden will“ (Schmid 1991:62). Daher soll selbst die politische Mitbestimmung eingeschränkt bleiben, um Besitz und Marktfreiheit nicht zu gefährden. Es ist daher kein Zufall, dass die liberale Gegenoffensive 1973 mit dem Sturz der demokratisch gewählten chilenischen Regierung begann.

Vor fast 30 Jahren begann in Chile unter Diktator Pinochet ein liberales Experiment, vor mehr als 20 Jahren traten Margret Thatcher und Ronald Reagan zur Umsetzung ihrer liberalen Revolution an und vor mehr als zehn Jahren fiel die Berliner Mauer. Die 300 Jahre alte Vision einer Marktgesellschaft, die seinerzeit eine fortschrittliche Alternative zur absolutistischen Monarchie darstellte, scheint im Übergang zum 21. Jahrhundert Wirklichkeit zu werden. Weltweit werden Ökonomie, Staat und Gesellschaft nach liberalen Kriterien umgebaut. Globalisierung, Markt, Unternehmertum und Wettbewerb sind die Schlüsselbegriffe dieser neuen Ordnung. Politisch umkämpft hingegen ist es, ob der politische Liberalismus eher sozialliberal oder autoritär liberal ausgerichtet sein soll (Novy 2002). Im Kern geht es darum, den auf Rechten basierenden Wohlfahrtsstaat in einen Fürsorgestaat zu transformieren, der mehr oder weniger repressiv bzw. großzügig ist. Die Sozialliberalen meinen, der Staat habe faire Wettbewerbschancen für alle zu schaffen. Diese Position vertritt nicht nur Nobelpreisträger Stiglitz, sondern ein Gutteil der politischen Linken. Die autoritären Liberalen wollen eine politische Ordnung durchsetzen, in der der Staat einzig Eigentum und Privatrecht, sprich den Status quo, schützt. Diese Sichtweise orientiert sich am Nachtwächterstaat des 19. Jahrhunderts und sie wird von der politischen Rechten propagiert.

Margret Thatcher sprach gerne davon, dass es ein Mehr an Freiheit bedeutet, wenn Menschen mehr Geld in ihrer Brieftasche vorfinden, das nicht länger als Steuer an den Staat abgeliefert werden muss. Steuersenkung und damit weniger Staat galten als Befreiung von Bevormundung. Das Individuum wurde in den Mittelpunkt gestellt, das Kollektiv diskreditiert, Freiheit als Chance verkauft und Gleichheit als Vereinheitlichung diffamiert. Die Medien und fast alle politischen Parteien sind sich heute darin einig, dass individuelle Freiheit, verstanden als die Freiheit zu wählen, ein Oberziel gesellschaftspolitischer Entwicklung ist. Die individuelle Wahlentscheidung gilt als Maßstab für kollektive politische Entscheidungen. Das liberale Konzept von Freiheit reduziert diese auf die Wahlfreiheit von KonsumentInnen. Konsumentensouveränität ist die Freiheit, am Markt Güter und Dienste aus den vorhandenen Alternativen

auszuwählen. Diese Verdrängung der Volks- durch die Konsumenten-souveränität erweitert die Freiheit des Einzelnen aber nicht, sondern schränkt sie ein. Dies hängt mit der kapitalistischen Struktur unserer Gesellschaft zusammen, in welcher sich Individualität in erster Linie als Besitzindividualismus verwirklicht (MacPherson 1962): „Ich bin, was ich habe“, lautet das liberale Leitprinzip. „Ich kann so viel konsumieren, wie ich Geld habe“, lautet die Geldbeschränkung als harte Realität der nur scheinbar grenzenlosen Konsumgesellschaft. Möglichst viele Möglichkeiten zu haben, wie dies Sen (1999) als Entwicklungsziel definiert, erfordert im reinen Kapitalismus, in dem Geld die Welt regiert, einzig, viel Geld zu besitzen. Das Fehlen von Geld schafft damit Zwänge, über die der Wirtschaftsliberalismus kein Wort verliert. Für Milliarden Menschen an der Peripherie der Weltwirtschaft ist dieser Mangel jedoch alltägliche Realität. Der globale Markt konfrontiert vor allem mit dem Zwang, aus Geldmangel nicht kaufen zu können. Trotz bzw. wegen des globalen Marktes nehmen Hunger und Armut in absoluten Zahlen weltweit zu. All dies wird in der öffentlichen Diskussion ausgeblendet, während der Begriff Zwang fast ausschließlich auf vermeintliche Willkürakte staatlicher Macht beschränkt wird. Die liberale Doktrin versucht glaubhaft zu machen, dass Zwang das Gegenteil von Freiheit sei, dass also die politische und kollektive Regelsetzung eine Einschränkung der individuellen Freiheit bedeutet.

Statt die bürokratisch-autoritären Elemente staatlicher Verwaltungen zu reformieren, wurden Missstände im Staat dazu benutzt, um Staatseinfluss allgemein zu diskreditieren. Das Öffentliche wurde als Nicht-Privates denunziert und das Idyll privater Verfügung propagiert: Sei dies beim Privatauto, das dem öffentlichen Verkehr vorzuziehen ist, oder der Eigentumswohnung, die gegenüber einer Mietwohnung nur Vorteile hat. Die individuellen Strategien der Privatisierung wurden in den Vordergrund gestellt, und gleichzeitig wurde ausgeblendet, dass der Allgemeinheit hiermit etwas entzogen wurde. In der Tat sind die Privatisierungsprozesse seit den 1980er-Jahren als ein großer Prozess der Beraubung in vielfältiger Hinsicht zu deuten – Privat leitet sich ja bekanntlich aus dem Lateinischen „privare“ ab und bedeutet „rauben“. Erstens wanderte öffentliches Eigentum in der Regel viel zu billig in den Privatbesitz von Großkonzernen. Zweitens hat sich der Staat der Möglichkeit der Wirtschafts- und Sozialplanung beraubt. Seine Handlungsmöglichkeiten sind ohne öffentliche Unternehmen und angesichts der Marktmacht der Konzerne deutlich geringer. Drittens können private Anbieter KonsumentInnen den Zugang zu Gütern und Diensten leichter unterbinden als öffentliche.

Viele internationale Erfahrungen zeigen, dass nur wenige private Anbieter oder gar nur ein privater Monopolist die Märkte kontrollieren und die Schwä-

cheren sich anpassen oder verschwinden. Wie das Paradebeispiel Großbritannien zeigt, erschöpft sich darin die Privatisierung jedoch noch nicht. Gegenwärtig propagiert die britische Regierung mit *Privately Financed Initiatives* (PFIs) eine weitere Zuspitzung in Richtung liberaler Marktgesellschaft. Private Firmen werden mittels privatrechtlicher Verträge herangezogen, um öffentliche Aufträge, vom Schulbau bis zum Spitalsmanagement, zu erledigen. Nachdem der Beamte als Berufsgruppe am Aussterben ist, fallen zunehmend auch die öffentlichen Bediensteten weg, denn die öffentliche Hand erbringt immer weniger Leistungen und selbst Staatsaufgaben im Kern des Sozialstaats werden privat angeboten. Dementsprechend verliert auch der Begriff eines öffentlichen Interesses seinen Sinn, da dieses zumeist mit den jeweils dominanten Privatinteressen zusammenfällt. Ein umfassender Blick auf das Ganze fehlt, da ja die unsichtbare Hand automatisch das beste Ergebnis produziere. Auch das öffentliche Recht gilt für immer weniger Bereiche, da private Konzerne mit dem Staat zunehmend im Zuge von *Public-Private-Partnerships* privatrechtliche Verträge abschließen. Die Zerstörung des Öffentlichen ist eine zwingende Folge der Einführung einer liberalen Marktgesellschaft.

Seit den 1980er-Jahren ist die Schaffung einer Vielzahl neuer Märkte zu beobachten: von Energie und Telekommunikation, über Bildung und Gesundheit bis zum öffentlichen Verkehr und der Post – immer mehr Bereiche werden als Märkte organisiert. Das Schulwesen wird zum Bildungsmarkt, das Gesundheitswesen zum Gesundheitsmarkt. Diese Märkte benötigen zu ihrem Funktionieren einerseits Waren, andererseits Unternehmen. Aus diesem Grund müssen soziale Phänomene wie Bildungsprozesse nun klar definiert und quantifiziert werden. Mit der Evaluierung durch Indikatoren wird Vergleichbarkeit hergestellt, was Voraussetzung dafür ist, dass Dinge warenförmig werden. Weiters müssen diverse Organisationen wie Schulen und Spitäler eine unternehmerische Form bekommen. Erst dadurch können verschiedene soziale Unternehmen mit klar definierten Produkten gegeneinander in Konkurrenz treten. Diese Ökonomisierung des Sozialen produziert in kapitalistischen Gesellschaften einen radikalen Zentralisierungsprozess.

4. Wohlfahrt als Teilhabe

Wenn eingangs behauptet wurde, der Liberalismus habe gesiegt, so muss auch festgehalten werden, dass dies ein Phyrussieg sein könnte. Der Liberalismus ist gerade deshalb ein so erfolgreicher Diskurs, weil er widersprüchlich ist (Bowles/Gintis 1986). Wirtschafts- und politischer Liberalismus einer-

seits, Sozialliberalismus und autoritärer Liberalismus andererseits verfügen zwar über dieselbe diskursive Grundstruktur, ideologisch trennen diese Positionen aber tiefe Gräben. Gegenwärtig treten diese Widersprüche erneut offen zu Tage, wozu US-Präsident Bush einen wesentlichen Beitrag leistet. Konkret eignen sich zwei radikale Widersprüche des Liberalismus zur Politisierung.

Zum einen wurden Freiheit und Individualität, die den Menschen heute zu recht so wichtig geworden sind, in den letzten beiden Jahrzehnten vom Establishment für dessen Ziele missbraucht. Der Wirtschaftsliberalismus reduziert Freiheit auf das Wählen können am Markt. Die Praxis der Freiheit definiert sich aber nicht in Bezug auf Güter, sondern erfordert für seine Verwirklichung andere Menschen, andere Räume und andere soziale Beziehungen als die, die sich aus der Warenform ergeben. Individualität verwirklicht sich nicht innerhalb der Monade Individuum, sondern in solidarischen Beziehungen. Institutionen wie die Weltbank kritisieren den Wirtschaftsliberalismus und wollen die Chancen der Benachteiligten verbessern, am marktwirtschaftlichen Wettstreit unter fairen Bedingungen teilnehmen zu können. Deshalb wird unter dem Schlagwort der Treffsicherheit ein sozialstaatliches Fürsorgemodell als Ergänzung zur Marktgesellschaft propagiert (Jäger u. a. 2001). Dabei geht aber der Begriff von staatsbürgerlichen Rechten in Ökonomie und Gesellschaft verloren. Der Begriff des Rechts als ein Anspruch an die Gesellschaft unterscheidet sich von Fürsorge, welche eher einer vor-liberalen Gesellschaftsvorstellung entspricht. Die Sozialliberalen sympathisieren somit zwar mit der liberalen Marktgesellschaft, sind sich aber der damit einhergehenden Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit und der Öffentlichkeit nicht bewusst.

Zum anderen definiert der autoritäre Liberalismus die Rolle des Schiedsrichters in der Markt- und Wettbewerbsgesellschaft neu. Während die Sozialliberalen für faire Wettbewerbsbedingungen eintreten und Chancengleichheit hochhalten, ist die Kooptierung des Schiedsrichters für den autoritären Liberalismus Teil des Spiels. Ungeniert wird der Staat für die Durchsetzung von befreundeten Kapitalinteressen benutzt: Die Regierung der USA unterschreibt das Kyoto-Protokoll aus Rücksicht auf die eigene Schwerindustrie nicht, genauso wie sie den eigenen Luftfahrtfirmen unter die Arme greift. Während die Sorge der US-Regierung für Rüstungs- und Ölfirmen keine Grenze kennt, ist das Engagement für die New Economy deutlich zurückhaltender. So entsteht eine Marktgesellschaft, in der die Regierung und bestimmte Kapitalfraktionen gemeinsam die Marktregeln vorgeben. Der Staat wird zum Selbstbedienungsladen der Regierenden und wirtschaftlich Mäch-

tigen. Dem sozialliberalen Prinzip der Fairness wird auf diese Weise Hohn gesprochen.

Es ist zu hoffen, dass nicht wenige Sozialliberale erkennen, dass selbst der liberale Grundwert von Rechtsstaatlichkeit durch den autoritären Liberalismus untergraben wird. Wenn alles eine Ware ist, gibt es nicht nur keine Moral mehr, sondern auch nur mehr das Privatrecht und das Recht auf Eigentum. Wenn der Staat zu einem Unternehmen wird, werden Gewaltenteilung und die Formen von *check and balance* genauso wie zeitaufwendige rechtsstaatliche Verfahren zu einer Behinderung effizienten staatlichen Handelns. Deshalb wird im autoritär-liberalen Modell auch versucht, die Gerichtsbarkeit mit den Interessen der Regierenden in Übereinstimmung zu bringen. Unangepasste RichterInnen werden als Feinde der Mehrheit denunziert, die Autonomie der Gerichtsbarkeit wird eingeschränkt. Wenn Politik zum Markt wird, auf dem sich Mächtige Gesetze, Schutz und Privilegien kaufen können, wird Demokratie zu einem Ritual, an dem sich zunehmend weniger Menschen beteiligen. Diese Spirale von Demokratie-, Sozialstaats- und Rechtsstaatsabbau ist aber nicht unumkehrbar.

Die Aufklärung war eine Bewegung, die sowohl der individuellen Freiheit Raum verschaffte als auch die demokratische Kontrolle institutionalisierte. Sie basierte auf dem Glauben an die Vernunft der Menschen und ermutigte zu einer kritischen Haltung gegenüber dem Bestehenden. Die französische Revolution, ein Kind ebendieser Aufklärung, proklamierte eine Republik, die auf den Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aufbaute. Die Republik ist eine politische Ordnung, die das Allgemeinwohl als eine öffentliche Angelegenheit definiert, als eine *res publica*. Die demokratische Gestaltung dieses Gemeinwesens stellt ein allgemein akzeptiertes Ziel vieler Gesellschaften dar. Im bürokratischen Wohlfahrtsstaat wurde dies über kontrollierte Formen von politischer und sozialer Demokratie und mit Hilfe von Sozialtechniken angestrebt, die aber eine neue gesellschaftliche Hierarchie von Wissenden und zu Bevormundenden schuf. Trotzdem kann auf Sozialtechniken nicht verzichtet werden, da sie demokratische Willensbildungsprozesse auf rationale Grundlagen stellen. Gleichzeitig darf aber die Grenze dieser Rationalität nicht aus den Augen verloren werden, denn auch die Vernunft muss ständig vernünftig kritisiert werden (Schmid 1991:74). Die deutsche Sprache erlaubt es, klar zwischen Formen von Rationalität zu differenzieren. So gibt es einen Unterschied zwischen vernünftigen und rationellen Entscheidungen. Während erstere Ziele und Mittel als Einheit sehen und sinnvolle und wirksame Entscheidungen anstreben, geht es bei rationellem Handeln einzig um Zweckrationalität: Ein bestimmtes Ziel soll möglichst sparsam und effizient erreicht werden.

Die von Foucault skizzierte Praxis der Freiheit könnte Grundlage eines alternativen politischen Projekts sein, das den individualistisch eingestellten Zeitgeist respektiert und gleichzeitig eine neue Synthese aus Individuum und Kollektiv ermöglicht. Freiheit muss als Einsicht in die Notwendigkeit verstanden werden. Nur wenn sich eine Person Spielregeln unterwirft, kann sie am Spiel teilnehmen, nur wenn sie die Zwänge einer Struktur berücksichtigt, kann sie handlungsfähig werden. So kann auch Widerstand gestalterisch gewendet werden. „Wir werden das Spiel spielen müssen und es gleichzeitig nicht akzeptieren – und es nicht akzeptieren, indem man es anders spielt“ (Lemke 1997:369). Ohne Mitgestaltung der Spielregeln und Diskussion über die Ziele gibt es keine Freiheit, wiewohl die vereinbarten Regeln als Zwang bestimmte Freiheiten auch einschränken. Freiheit und Zwang bilden eine Einheit, deren bestmögliche Aufhebung nur in der gemeinschaftlichen und demokratischen Organisation von Zwang möglich wird. Es gilt, die Dialektik von Freiheit und Zwang zu organisieren.

Gesellschaftliche Demokratisierungsprozesse in Gang zu setzen, stellt somit die zentrale Herausforderung für kritische soziale und politische Bewegungen dar. Eine derartige „Politik erweiterter Teilhaberechte“ (Dörre 2002:406ff) unterscheidet zwischen der prozessualen und inhaltlichen Dimension von Teilhabe. Teilhabe bedeutet nämlich als sozioökonomisches Recht den Zugang zum Gemeinwesen, d.h. die Möglichkeit am sozialen Leben teilzuhaben und Zugang zu den Gütern und Diensten zu haben, die für die eigene Lebensführung notwendig sind. Dies sichert ein Wohlfahrtsstaat. So macht es einen Unterschied, ob Bildung ein staatsbürgerliches Recht oder eine Ware ist, und ob der Staat Humankapital und Wissen oder Allgemeinbildung fördert. Organisatorisch bedeutet Teilhabe die Mitbestimmung und Mitgestaltung des eigenen Lebensumfelds und der Gesamtgesellschaft, sprich Demokratisierung. Sowohl im Stadtteil als auch im Betrieb schlummert in den BewohnerInnen und MitarbeiterInnen ein kreatives Potenzial, das für die Interessen des Allgemeinwohls einsetzbar wären. Aus diesem Grunde ist Teilhabe ein Konzept, das sowohl die Utopie einer demokratisch organisierten Gestaltung der Zukunft in den aktuell vorherrschenden politökonomischen Bedingungen konkretisiert. Eine „Politik erweiterter Teilhaberechte“ ist der Gegenentwurf zu einem von Konzernen kontrollierten Weltmarkt von Gütern und Diensten.

Die Politik erweiterter Teilhaberechte erlaubt es, den bürokratischen in einen republikanischen Wohlfahrtsstaat zu transformieren. Die *res publica* wäre demnach der politische, aber auch sozioökonomische Raum, zu dem alle Mitglieder eines Gemeinwesens Zugang hätten. Diese konkrete Utopie eines anderen Wohlfahrtsstaats unterscheidet sich in drei wesentlichen

Punkten vom Bürokratiemodell. Erstens geht es um eine neue Form von Macht und Wissen, die das Fachwissen von ExpertInnen genauso akzeptiert wie das praktische Wissen der NutzerInnen von Gütern und Diensten. In diesem Sinne ist ein republikanischer Wohlfahrtsstaat als eine Form von Techno-Demokratie zu verstehen. Zweitens sind Organisationsformen zu entwickeln, die einen „oben“ demokratisch ausgehandelten Zwang „unten“ mit Gestaltungsräumen für Individualität und Freiheit verbindet. Die konkrete Ausgestaltung wird im Bildungsbereich anders sein als in der Technologiepolitik, die Grundproblematik ist aber die Vereinbarkeit von politischer Gestaltungsfähigkeit mit Freiheit und Vielfalt. Drittens handelt es sich um ein dynamisches Modell, in dem mit Organisationsformen einer gerechten und freien Gesellschaft experimentiert wird. Freiräume für Experiment und Innovation sind unerlässlich, um zur Kritik und Veränderung der bestehenden Ordnung einzuladen. Der aufklärerische „Ausstieg aus der eigenen Unmündigkeit“ erlaubt keine statische Ordnung, sondern erfordert einen individuellen und gesellschaftlichen Veränderungsprozess.

Anmerkungen

- ¹ Ich bedanke mich bei Elisabeth Hammer für das sorgfältige Lesen diverser Vorversionen und zahlreiche kreative Anmerkungen.

Literatur

- Bowles, Samuel/Gintis, Herbert (1986): *Democracy and Capitalism*. London: Routledge & Paul Kegan
- Dörre, Klaus (2002): *Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Dunford, Michael (1997): *Fordismus, Post-Fordismus, soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Europa*. In: *Nachhaltig arm, nachhaltig reich*, Hg. Raza Werner/ Andreas Novy. Frankfurt am Main/Wien: Brandes&Apsel/Südwind: 187-205
- Dunford, Michael (2002): *Globalization and theories of regulation*. In: *Global Political Economy*, Hg. Palan Ronen. London: Routledge: 143-167
- Fischer, Karin u.a. (2001): *Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. Geschichte – Entwicklung – Globalisierung (GEG) 4*. Frankfurt am Main/Wien: Brandes&Apsel/Südwind
- Foucault, Michel (1989): *Die Sorge um sich*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Helleniner, Eric (1999): *Sovereignty, territoriality, and the globalization of finance*. In: *States and Sovereignty in the Global Economy*, Hg. David Smith u.a. London: Routledge: 138-157
- Krasner, Stephen (1999): *Globalization and sovereignty*. In: *States and Sovereignty in the Global Economy*, Hg. David Smith u.a. London: Routledge: 34-52

- Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Argument Sonderband 251. Berlin/Hamburg: Argument
- Jäger, Johannes u.a. (2001): Sozialpolitik in der Peripherie. Entwicklungsmuster und Wandel in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa (Historische Sozialkunde/Internationale Entwicklung 19). Frankfurt am Main: Brandes&Apsel/Südwind
- MacPherson, Crawford Bough (1962): The political theory of possessive individualism: Hobbes to Locke. Oxford: Clarendon Press
- Novy, Andreas (2002): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. Geschichte – Entwicklung – Globalisierung (GEG) 5. Frankfurt am Main/Wien: Brandes&Apsel/Südwind
- Plehwé, Dieter/Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Prokla 115/29/2: 203-235
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Raffer, Kunibert/Singer, Hans (2001): The Economic North-South Divide. Six Decades of unequal development. London: Edward Elgar
- Schmid, Wilhelm (1991): Auf der Suche nach einer neuen Lebenskunst. Die Frage nach dem Grund und die Neubegründung der Ethik bei Foucault. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Screpanti, Ernesto/Zamagni, Stefano (2001): An Outline of the History of Economic Thought. Oxford: Clarendon Press
- Sen, Amartya (1999): Development as Freedom. London: Oxford University Press (deutsch: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. Carl Hanser Verlag München 1999)
- United Nations Development Programme (2002): Human Development Report 2002. New York: Oxford University Press
- Wallerstein, Immanuel (1999): States? Sovereignty? The dilemmas of capitalists in an age of transition. In: States and Sovereignty in the Global Economy, Hg. David Smith u.a. London: Routledge: 20-33

Hans-Jürgen Bieling

Die Europäische Union: neoliberale Handlungsarena und Kampffeld für eine progressive Politik

1. Einleitung

Die Aktionen und Kampagnen der „globalisierungskritischen“ Bewegung richteten sich bislang vor allem gegen jene Organisationen und Diskussionsforen, die die Privatisierung und (De-)regulierung der Weltwirtschaft auf der globalen Ebene vorantreiben. Im Zentrum des Protests standen die G7-Gipfel, die WTO-Konferenzen, die Tagungen von IWF und Weltbank oder auch die Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums in Davos. Der Europäischen Union wurde im Vergleich hierzu eine eher nachgeordnete Aufmerksamkeit geschenkt. Dies scheint sich allmählich jedoch zu ändern. In der „globalisierungskritischen“ Bewegung wächst offenkundig das Gespür dafür, dass der Europäischen Union im Globalisierungsprozess eine aktive Rolle zukommt. Indikatoren hierfür sind unter anderem die Massendemonstrationen im Kontext von EU-Gipfeln, z.B. in Amsterdam, Stockholm, Kopenhagen, Nizza oder Sevilla; die Initiierung des Europäischen Sozialforums in Florenz und Paris; oder auch die Informations- und Aufklärungsarbeit, die die aggressive EU-Strategie im Vorfeld der GATS-Verhandlungen thematisiert.

Ungeachtet all dieser Aktivitäten ist allerdings ebenso wenig zu übersehen, dass es der „globalisierungskritischen“ Bewegung nach wie vor schwer fällt, sich in Bezug auf die europäische Handlungsarena – analytisch wie politisch-strategisch – zu positionieren. Diese Schwierigkeit ist nicht nur einem unzureichenden Wissen über europäische Entscheidungsprozesse geschuldet. Das grundlegende Problem besteht vor allem darin, die konkurrierenden Ziele und Zweckbestimmungen der europäischen Integration, d.h. ihren widersprüchlichen, zumindest ambivalenten Charakter zu dechiffrie-

ren. Ist die Europäische Union z.B. in erster Linie als Antwort oder als Promotor der Globalisierung zu verstehen? Werden durch sie die nationalen Handlungsspielräume eher beschnitten oder aber durch die Vergemeinschaftung von Ressourcen und Kompetenzen erweitert? Ist sie ein Garant für Sicherheit und Frieden oder aber eine Plattform imperialer Politik? Verkörpert die EU das „Europa der Konzerne“ oder eröffnet sie auch sozialen Bewegungen und Gewerkschaften Mitspracherechte? Handelt es sich bei ihr um ein neoliberales Deregulierungsregime bzw. eine Art institutionalisierten Euro-Thatcherismus oder aber um ein Regime der wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen (Re-)regulierung? Ist die EU demokratisierbar oder bleibt sie ein notgedrungen technokratisches Herrschaftsprojekt?

Die Liste derartiger Fragen ließe sich leicht verlängern. Doch bereits die aufgeführten Punkte lassen erkennen, dass „einfache“ und „eindeutige“ Antworten analytisch wenig erhellend und politisch kaum hilfreich sind. Die europäische Integration folgt zwar in erster Linie der Logik der neoliberalen Globalisierung, enthält darüber hinaus jedoch ebenso eine ganze Reihe von Aspekten, über die die Prozesse der markt- und wettbewerbsgetriebenen Modernisierung partiell eingebettet, d.h. regional-, sozial- und umweltpolitisch flankiert werden. In einer ersten Annäherung lässt sich die Europäische Union daher als Ausdruck eines „kompensatorischen“ Neoliberalismus begreifen (Ryner 1999). Um die bereits sehr prekäre Legitimation der Markt- und Währungsintegration nicht noch weiter zu untergraben, sind die nationalen Regierungen, die Europäische Kommission und die transnationalen Konzerne durchaus bereit, mit widerstrebenden Akteuren – politischen Parteien oder sozialen Bewegungen – spezifische Kompromisse auszuhandeln und entsprechende Konzessionen einzuräumen. Über die Reichweite und Substanz der auf diesem Wege erzielten Ergebnisse kann man sicherlich streiten. Sie verdeutlichen jedoch, dass die Operationsweise der Europäischen Union nicht eindimensional definiert ist und ein für allemal fest steht, sondern politisch umkämpft bleibt.

2. Die Transformation der europäischen Handlungsarena

Dies ist freilich nicht so zu verstehen, dass die Europäische Union einen „neutralen“, für alle Ziele und Interessen gleichermaßen offenen Handlungsraum darstellt. Es gibt vielmehr übergreifende sicherheits- und militärpolitische, vor allem jedoch wirtschafts- und wettbewerbspolitische Ziele und Zweckbestimmungen, die den Integrationsprozess von Beginn an maßgeblich bestimmt und geleitet haben. Auf einer sehr allgemeinen Ebene lässt

sich die europäische Integration – bei allen Veränderungen im Zeitablauf – mit Albert Statz (1989:16) „als relative Lösung des Widerspruchs zwischen der Internationalisierung der Kapitalverwertung (Handel, Investitionen, Finanzbeziehungen) und der Enge nationaler Märkte und der Schranken des Nationalstaats begreifen.“ Die Errichtung des gemeinsamen Marktes und die partielle Vergemeinschaftung von Staatsfunktionen – z.B. im Bereich der Handels-, Wettbewerbs- und Geldpolitik – zielt vor allem darauf, die unterschiedliche Reichweite des ökonomischen und des politischen Funktionsraumes zu überbrücken. Die Bedeutung sicherheits- und militärpolitischer Aspekte – z.B. die Formierung eines Bollwerks im Kalten Krieg oder die Neuordnung des Kontinents nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus – soll hiermit keineswegs ignoriert werden. Der Integrationsprozess wird durch geopolitische Erwägungen überformt, mitunter sogar entscheidend beeinflusst. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in den 50er-Jahren und die „Auslagerung“ von sicherheits- und militärpolitischen Aufgaben in die NATO war z.B. grundlegend dafür, dass sich die EG in den Nachkriegsjahrzehnten positiv auf das Selbstbild einer „Zivilmacht“ beziehen konnte. Seit den 90er-Jahren kündigt sich hingegen eine gegenläufige Entwicklung an. Hierbei drängt sich die Frage auf, ob und inwiefern der Funktionswandel der NATO und der Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (ESVP) dazu führt, dass sich die EU vom Selbstbild einer „Zivilmacht“ verabschiedet und als „Militärmacht“ zu profilieren versucht.

Die Implikationen der sicherheits- und militärpolitischen Initiativen sind zweifelsohne nicht zu unterschätzen. Gleichzeitig sollten sie jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die Grundstruktur der europäischen Integration in erster Linie wirtschafts- und wettbewerbspolitisch bestimmt ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützten die USA durch den Marshallplan und die Europäische Zahlungsunion (EZU) die Konsolidierung und vorsichtige Liberalisierung der westeuropäischen Ökonomien. Die hierdurch initiierte wirtschaftliche Kooperation erleichterte 1951 zunächst die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), bevor mit den Römischen Verträgen von 1957 die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) etabliert wurde (Ambrosius 1996:76ff). Nach der raschen Realisierung der Zollunion bis Ende der 60er-Jahre, flankiert durch den Ausbau der Gemeinsamen Agrarpolitik folgte dann allerdings eine Phase der integrationspolitischen Stagnation. Angesichts des Aufschwungs der Arbeiterbewegung, der Weltwirtschaftskrise

von 1973-75 und divergierender nationaler Strategien der Krisenbewältigung ließen sich weitergehende Integrationsvorhaben nicht realisieren. So scheiterte nicht nur der Werner-Plan, d.h. ein erster, noch stärker keynesianisch inspirierter Versuch, eine Wirtschafts- und Währungsunion zu errichten. Die Regierungen bedienten sich im Zuge einer primär national definierten Wirtschafts- und Konjunkturpolitik zunehmend auch neo-protektionistischer Instrumente – z.B. Währungsabwertungen und nicht-tarifärer Handelshemmnisse –, um die negativen Begleiterscheinungen der Krise zu Lasten der Nachbarstaaten zu minimieren. Eine erste Wiederannäherung erfolgte erst 1979 mit der Errichtung des Europäischen Währungssystems (EWS), also dem Versuch, durch eine koordinierte Geld- und Wechselkurspolitik einen verlässlichen Rahmen für die grenzüberschreitenden Handels- und Kapitalströme zu etablieren. Darüber hinaus fungierte das EWS als ein Anpassungshebel, über den sich die Schwachwährungsländer der stabilitätsorientierten deutschen Geld- und Finanzpolitik zuwandten (McNamara 1998:129ff). Anfang der 80er-Jahre übernahmen in den meisten Mitgliedsländern zudem neokonservative Parteien die Regierungsgeschäfte, und spätestens 1983 zeichnete sich nach dem Scheitern des französischen Experiments in der EG ein neoliberaler Basiskonsens ab, gemäß dessen die Revitalisierung der europäischen Ökonomien durch Strategien der Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung vorangetrieben werden sollte. Diese Konzeption prägte anschließend nicht nur das EG-Binnenmarktprogramm, sondern – zumindest indirekt – auch noch die Bestrebungen, die Marktintegration durch eine sehr restriktive, auf die Kriterien der monetären Stabilität und finanzpolitischen Konsolidierung verengte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu vertiefen.

Manche Beobachter sehen in der Kontinuität wirtschaftsliberaler Zielsetzungen bereits einen Beleg dafür (Moss 2001; Bonefeld 2002), dass sich die europäische Integration von Beginn an, spätestens jedoch seit den Römischen Verträgen als ein neoliberales Projekt entfaltet hat. Diese Perspektive wird hier jedoch aus zwei Gründen nicht übernommen: Erstens verstellt sie den Blick darauf, dass sich die wirtschaftsliberalen Elemente bis in die 70er-Jahre im Rahmen einer *globalen Entwicklungskonstellation* artikulierten, die Gerard Ruggie (1982) als „embedded liberalism“ charakterisiert hat. Die Liberalisierungsdynamik war demzufolge mehrfach eingehegt. Der internationale Kapitalverkehr wurde innerhalb des Bretton-Woods-Systems politisch weitgehend kontrolliert. Die Handelsliberalisierung beschränkte sich auf den Abbau quantitativer Zölle im Produktionssektor, erstreckte sich jedoch nicht auf den Dienstleistungssektor und die vielfältigen Formen nicht-

tarifärer Handelshemmnisse. Außerdem konnten auf der Grundlage hoher Wachstumsraten und Produktivitätssteigerungen die wohlfahrtsstaatlichen Systeme und Interventionskapazitäten deutlich ausgebaut werden. Erst in den 80er-Jahren kristallisierte sich dann allmählich eine neue globale Entwicklungskonstellation heraus, die strukturell durch Prozesse einer neo-liberalen „Entbettung“ von ökonomischen Funktionsmechanismen geprägt ist. So werden die internationalen Finanzmärkte nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems sukzessive liberalisiert und dereguliert. Die Handelsliberalisierung erstreckt sich im Rahmen der WTO inzwischen auch auf den Dienstleistungssektor, auf Investitions- und Patentrechte und auf die Beseitigung nicht-tarifärer Handelsbarrieren. Zudem erodieren auch in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften die Strukturen der „mixed economy“ und der wohlfahrtsstaatlichen Regulation (Tsoukalis/Rhodes 1997:29f). Angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums, geringer Produktivitätssteigerungen, der anhaltenden Krise der öffentlichen Haushalte und des verschärften internationalen Wettbewerbs werden die staatlichen Organisationsformen offenkundig neu zugeschnitten (Jessop 2002).

Die kritische Kontinuitätsperspektive lässt jedoch nicht nur die Transformation der globalen Entwicklungskonstellation außer Acht, sie vermag zweitens auch den *Funktionswandel der europäischen Integration* nicht näher zu bestimmen. In den Nachkriegsjahrzehnten bildeten die europäischen Arrangements eine zusätzliche – ökonomische und politische – Vermittlungsebene innerhalb der globalen Konstellation des „embedded liberalism“. Die sektorale Integration im Rahmen der EGKS und Gemeinsamen Agrarpolitik blieb hochgradig reguliert, und der Dienstleistungssektor wurde allenfalls partiell dem grenzüberschreitenden Wettbewerb ausgesetzt. Zudem umschloss die Zollunion keine signifikante Liberalisierung der Kapital- und Kreditmärkte, und die nationalen Regierungen verfügten weiterhin über das Instrument der Wechselkursanpassung. Gleichzeitig trug der gemeinsame Markt mit dazu bei, das Wirtschaftswachstum und die Produktivitätsentwicklung zu stimulieren. Mit anderen Worten, über die begrenzte Öffnung der nationalen Wirtschaftsräume im Zuge der europäischen Integration wurden die nationalen fordistischen Entwicklungspfade und Wohlfahrtsstaaten nicht geschwächt, sondern zusätzlich abgesichert und stabilisiert (Ziltener 1999: 123f).

In der Krisen- und Stagnationsperiode der 70er- und frühen 80er-Jahre wurde diese Funktionsbestimmung zunächst brüchig, um dann im Kontext des neuen Integrationsschubs ab Mitte der 80er-Jahre grundlegend neu definiert zu werden. Dies verdeutlicht bereits die veränderte Reichweite der

ökonomischen Integrationsprojekte. Der EG-Binnenmarkt, die WWU oder zuletzt die Finanzmarktintegration zielen nicht mehr allein auf die Förderung des industriellen Handels, sondern erstrecken sich explizit auf eine ganze Reihe von Aspekten, die zuvor ausgeklammert waren (vgl. Bieling/Deppe 2003): so z.B. auf die Liberalisierung und Integration der Kapital- und Kreditmärkte, die Förderung grenzüberschreitender Direktinvestitionen, die Öffnung des Dienstleistungssektors, nicht zuletzt die (Teil-)Privatisierung und marktkonforme Reorganisation öffentlicher Dienstleistungen, die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse, die Vergemeinschaftung der Geldpolitik und die restriktive Definition der Finanzpolitik sowie die Abschaffung des Wechselkursmechanismus. Für die Reproduktion der nationalen Entwicklungsmodelle ist die intensivisierte Markt- und Währungsintegration äußerst folgenreich. Durch das restriktive makroökonomische Regime der WWU sind die wirtschafts- und finanzpolitischen Spielräume deutlich beschnitten worden, während der verschärfte grenzüberschreitende Wettbewerb eine Dynamik der kompetitiven Deregulierung – insbesondere im Bereich der Arbeitsmärkte, Sozialsysteme und öffentlichen Dienstleistungen – begünstigt. Zuletzt haben sich die nationalen Regierungen zwar darauf verständigt, die Arbeitsmarktpolitik und die Reform der sozialen Sicherungssysteme im Kontext der europäischen Beschäftigungsstrategie und der „offenen Methode der Koordination“ über Leitlinien, Benchmarking-Prozesse und nationale Aktionsprogramme aufeinander abzustimmen (Hodson/Maher 2001). Die Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung wird hierdurch allerdings keineswegs abgebremst, sondern allenfalls stärker fokussiert. All dies zeigt, dass die europäische Handlungsarena nicht mehr darauf abzielt, die nationalen Entwicklungspfade zu stabilisieren, sondern in erster Linie bestrebt ist, die neoliberale Reorganisation der Arbeitsmärkte, Sozialsysteme und auch der öffentlichen Infrastruktur aktiv voranzutreiben.

Der Umbau der europäischen Integrationsweise ist nun freilich nicht einfach das Ergebnis einer passiven systemischen Anpassung an globale Strukturveränderungen. Der Übergang von der keynesianisch-korporatistischen zur wettbewerbsstaatlichen Integration (Ziltener 1999) vollzog sich vielmehr über konkrete politische Projekte und Initiativen, die ihrerseits – auf der Grundlage einer veränderten europäischen Kräftekonstellation – von spezifischen Akteuren strategisch beeinflusst und gestaltet wurden (Balanyà u. a. 2000). Was den EG-Binnenmarkt anbetrifft, so drängten vor allem die transnationalen Konzerne (TNKs), insbesondere der European Round Table of Industrialists (ERT), und die Delors-Kommission die nationalen Regierungen dazu, die Vertiefung der Marktintegration und Intensivierung des grenz-

überschreitenden Wettbewerbs als einen Hebel einzusetzen, um den europäischen Wirtschaftsraum in der Triade-Konkurrenz zu stärken (Sandholtz/Zysman 1989; Cowles 1995). Wenig später engagierte sich diese Allianz, unterstützt durch transnationale Finanzunternehmen, die sich in der Association for the Monetary Union of Europe (AMUE) organisiert hatten (Collignon/Schwarzer 2003), dann für die WWU. Neben dem französischen und italienischen Interesse, das geld- und finanzpolitische Diktat der deutschen Bundesbank aufzubrechen, ging es bei der WWU vor allem darum, die Investitionsbedingungen und Handelsbeziehungen in Westeuropa zu optimieren und zugleich den arbeits-, tarif- und sozialpolitischen Reformdruck zu erhöhen (Verdun 2000). Und schließlich bildeten sich in den 90er-Jahren spezifische transnationale Netzwerke im Finanzsektor, die – inspiriert durch den zwischenzeitlichen Erfolg der US-amerikanischen „New Economy“ – in der Fortführung der Binnenmarkt- und WWU-Strategie das Projekt eines integrierten europäischen Finanzmarktes auf die Agenda brachten (Bieling 2003).

Hiermit soll nicht gesagt sein, dass die Projekte des EG-Binnenmarktes, der WWU und der Finanzmarktintegration allein durch die transnationale Kooperation der europäischen und globalen Wirtschaftseliten zustande gekommen sind. Vertragsveränderungen und die Verabschiedung von Rechtsakten – Verordnungen oder Richtlinien – bedürfen nach wie vor der Zustimmung der nationalen Regierungen. Die diversen transnationalen Organisationsforen der TNKs haben sich inzwischen jedoch zu „strategischen Planungskörpern“ entwickelt (Holman/van der Pijl 2003), die in Kooperation mit der Europäischen Kommission und den nationalen Regierungen über eine kaum zu unterschätzende Definitionsmacht verfügen. Aufgrund ihres ökonomischen Gewichts vermögen sie ihre Anliegen nicht nur besonders wirksam zu artikulieren, sondern sind oft auch daran beteiligt, die Konflikte, die zwischen den Regierungen in der konkreten Umsetzung von Integrationsvorhaben aufbrechen, einer Lösung zuzuführen. Die Allianzen und Netzwerke der transnationalen Wirtschaftseliten übernehmen in diesem Sinne – unterstützt durch eine Vielzahl von Think Tanks, Wissenschaftlern und Journalisten – die intellektuelle und konzeptuelle Führung innerhalb eines transnationalen Blocks marktliberaler Kräfte.

Dieser Block marktliberaler Kräfte ist vor allem insofern transnational, als sich seine ökonomischen Strategien und politischen Aktivitäten nicht mehr nur auf den nationalen, sondern zunehmend auf den europäischen und globalen Wirtschaftsraum konzentrieren. In Korrespondenz zu globalen Institutionen und Kommunikationsforen – wie z.B. der WTO, G7, IWF und Weltbank, der BIZ oder der Trilateralen Kommission, dem Weltwirtschafts-

forum und anderen transnationalen Business-Netzwerken – bildet die Europäische Union eine ganz zentrale Handlungsebene, um den Globalisierungsprozess nach innen wie nach außen voranzutreiben und abzusichern. Als Variante eines „offenen Regionalismus“, fördert sie dabei die gleichen Entwicklungen, die auch in anderen regionalen Integrationsverbünden den Prozess der neoliberalen Reorganisation von Staat, Ökonomie und Gesellschaft maßgeblich bestimmen. Stephen Gill (1995) hebt in diesem Zusammenhang vor allem drei Tendenzen hervor:

- Erstens steht die Transformation der europäischen politischen Ökonomie im Zeichen eines „disziplinierenden Neoliberalismus“, d.h. der Intensivierung eines grenzüberschreitenden Wettbewerbs zur Disziplinierung der Beschäftigten und Gewerkschaften sowie demokratisch legitimierter Entscheidungsgremien. Gemäß der übergeordneten Zielsetzung, die Eigentumsrechte und die Investitionsfreiheiten zu sichern und auszuweiten, haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union noch bestehende Handelshemmnisse abgebaut, den Kapitalverkehr liberalisiert und zugleich durch den Verzicht auf Wechselkursanpassungen und eine autonome Geld- und Finanzpolitik den Korridor staatlicher Interventionen eingeengt.
- Eingeraht und abgestützt wird diese Entwicklung zweitens durch einen „neuen Konstitutionalismus“, d.h. durch vertragliche, institutionelle und regulative Vereinbarungen zur Förderung von privaten Eigentumsrechten, Marktfreiheiten und Wettbewerbsimperativen. In der EU ist auf diese Weise nicht nur ein „komplex institutionalisiertes Gefüge autonomisierter Regierungstätigkeit“ entstanden (Hueglin 1997:95), sondern auch eine neoliberale Wirtschaftsverfassung, deren Grundsätze und Regeln sich dem unmittelbaren Einfluss demokratischer Kontrollorgane entziehen (Gill 1998:5).
- Zivilgesellschaftliche Diskurse tragen schließlich mit dazu bei, die Prozesse der ökonomischen und politisch-rechtlichen bzw. staatlichen Reorganisation konsensual zu unterfüttern. Gestützt auf den Siegeszug des besitz-individualistischen Denkens, des Leitbilds der marktvermittelten Nutzenmaximierung und den Glauben an die produktiven Effekte eines möglichst umfassenden Wettbewerbs ist eine „Kultur des Marktes“ entstanden (Gill 1995), die zugleich die tradierten arbeits- und sozialpolitischen Arrangements und Formen des sozialen Ausgleichs ideologisch unterminiert.

Die aufgeführten Tendenzen sind in der Europäischen Union zwar dominant, jedoch keineswegs allein bestimmend. Noch immer ist das europäische Kräftefeld durch eine Vielzahl kontroverser – sozialer, nationaler oder auch

regionaler – Interessenlagen geprägt, die sich nicht bruchlos in das Muster der neoliberalen Reorganisation einfügen lassen. Dies zeigen allein schon die kritischen öffentlichen Diskurse – z.B. über die Gefahren des „Sozialdumpings“ oder die deflationäre Wirkung der WWU – und Protestbewegungen, die den Integrationsprozess auch in den 80er- und 90er-Jahren beleitet haben. Aus der Kritik heraus bildeten sich mitunter transnationale Allianzen, um den eingeschlagenen Integrationspfad zumindest partiell – z.B. durch sozialpolitische Aktionsprogramme, die Regional- und Strukturpolitik, die europäische Beschäftigungsstrategie oder die umweltpolitische Rechtssetzung – zu modifizieren. Gegen Ende der 90er-Jahre hatte es zudem den Anschein, als könnten die überwiegend sozialdemokratisch geführten Regierungen die ökonomischen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Reorganisationsprozesse im Sinne alternativer – neo-keynesianischer, wettbewerbskorporatischer und kommunitaristischer – Strategieelemente neu definieren (Bieling 2001a). Vorerst haben sich zwar diese Ambitionen weitgehend verflüchtigt, ohne dass jedoch ein durchgreifender „Euro-Thatcherismus“ an ihre Stelle getreten wäre. Der Fortgang der europäischen Integration ist demzufolge noch immer das Produkt eines komplizierten Aushandlungsprozesses, in dem – aufgrund der vielschichtigen Kommunikations- und Einflusskanäle – auch die dominanten Interessen und Diskurse darauf angewiesen bleiben, Kompromisse einzugehen. In erster Linie handelt es sich dabei um Kompromisse, die zwischen den Regierungen, der Europäischen Kommission und den transnationalen Wirtschaftseliten, also vor allem innerhalb des transnationalen Blocks markoliberaler Kräfte ausgehandelt werden. Zuweilen erstrecken sich die Kompromisse jedoch auch auf die Anliegen subalternen Kräfte – wie z.B. der Gewerkschaften, sozialer Protestbewegungen oder einzelner NGOs – falls es diesen gelingt, einen starken öffentlichen Druck zu erzeugen.

3. Konzessionen und Kompromisse: zur Dialektik von „Entbettung“ und „kompensatorischer Einbettung“

Die Europäische Union lässt sich demzufolge als ein Ensemble ausgehandelter Arrangements begreifen, über die einerseits die Prozesse der neoliberalen Restrukturierung gefördert, andererseits zugleich aber auch partiell eingebettet und flankiert werden. Die europäische Integration synthetisiert gleichsam die „doppelte Bewegung“, mit der Karl Polanyi (1978) die Gegenläufigkeit der kapitalistischen Entwicklungsdynamik zu fassen versucht hat. Wirtschaftsliberale Prinzipien und das Ideal des sich selbst regulierenden

Marktes beeinflussen zwar in hohem Maße die Projekte der Markt- und Währungsintegration, fördern mithin eine Herauslösung und „Entbettung“ des europäischen Wirtschaftssystems aus den tradierten gesellschaftlichen und politischen Kontrollmechanismen. In dem Maße, wie jedoch die desintegrativen Effekte, d.h. die sozialen und ökologischen Probleme und Krisenphänomene, dieser Entwicklung antizipiert oder politisch artikuliert werden, entwickeln sich ebenso neue Formen der Kooperation, Regulation und Intervention, um die Ökonomie gemäß des Prinzips der gesellschaftlichen Protektion wieder einzubetten. Genauer betrachtet, verläuft die Dialektik von „Entbettung“ und „kompensatorischer Einbettung“ oder etwas weiter gefasst: von Kommodifizierung und Vergesellschaftung (Cafruny/Ryner 2003) allerdings sehr asymmetrisch. Im Integrationsprozess sind zwar eine ganze Reihe arbeits- und sozialpolitischer sowie umweltpolitischer Mindeststandards etabliert worden, um einen drohenden Deregulierungswettkampf abzufedern (Eichener 2000). Die hierdurch gegebenen Möglichkeiten für eine gesellschaftliche Kontrolle der europäischen Ökonomie, bleiben jedoch offenkundig auf einige flankierende Teilaspekte beschränkt.

3.1. Die sozial- und umweltpolitische Flankierung der Markt- und Währungsintegration

Um die Grenzen der arbeits-, sozial- und umweltpolitischen Regulierung durch die Europäische Union genauer zu bestimmen, ist es hilfreich, sich die spezifische Dynamik dieser Politikfelder anzuschauen. Die Gemeinsamkeiten bestehen darin, dass sowohl sozial- als auch umweltpolitische Themen erst in den 70er-Jahren allmählich auf die europäische Agenda gerückt sind. Zum einen gelang es im Zuge des Aufschwungs der Arbeiterbewegung den Gewerkschaften und Linksparteien, auf das sozialpolitische Aktionsprogramm von 1974 mit einigen wichtigen Richtlinien – Lohngleichheitsrichtlinie, Gleichbehandlungsrichtlinie, Massenentlassungsrichtlinie, Insolvenzrichtlinie – einzuwirken (Martin/Ross 1999:316f). Zum anderen sorgte die wachsende Sensibilität gegenüber umweltpolitischen Problemlagen – der Bericht des Clubs of Rome über die Grenzen des Wachstums und das Aufkommen der Ökologiebewegung – dafür, dass 1973 und 1977 erste Umweltaktionsprogramme vereinbart wurden. Die in dieser Zeit erlassenen Richtlinien zum Gewässer-, Luft- oder Vogelschutz konnten sich jedoch auf keine spezifischen, sondern nur auf sehr allgemeine vertragliche Rechtsgrundlagen stützen. Bis Anfang der 80er-Jahre handelte es sich bei den über 100 umweltpolitischen Rechtsakten entsprechend um ad hoc Maßnahmen einer

punktuellen Schadensbekämpfung, jedoch keineswegs um einen klar konturierten europäischen Regulierungsansatz (McCormik 2001:45ff).

Nach dieser Initiierungsphase hat sich im Laufe der 80er- und 90er-Jahre nicht nur die Dynamik, sondern auch der Charakter der europäischen Sozial- und Umweltpolitik deutlich verändert. Was die sozialpolitische Regulation anbetrifft, so musste Anfang der 80er-Jahre zunächst festgestellt werden, dass viele, insbesondere die weitergehenden Zielsetzungen des sozialpolitischen Aktionsprogramms – wie z.B. die Humanisierung und Demokratisierung der Arbeitswelt – gescheitert waren. Mit dem politischen Rechtsruck in Westeuropa, vor allem der Regierungsübernahme Margaret Thatchers in Großbritannien, schien die Option des Ausbaus einer sozialen Dimension in der EG substanziell blockiert. Für die Gewerkschaften war das Angebot von Jacques Delors, die EG-Binnenmarktinitiative durch einen europäischen Sozialraum zu flankieren, daher höchst verlockend und attraktiv. Die Delors'sche Strategie stützte sich dabei auf folgende Elemente:

- Erstens ermöglichte es die Einheitliche Europäische Akte (EEA) von 1986, durch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Bereich der „Arbeitsumwelt“ einen Sockel von Mindeststandards zu definieren. Durch die Sozialcharta und das Sozialpolitische Aktionsprogramm von 1989 wurde diese Option inhaltlich gefüllt, bevor mit den Verträgen von Maastricht (Sozialprotokoll) und Amsterdam dann auch der Geltungsbereich qualifizierter Mehrheitsentscheidungen ausgeweitet wurde.
- Zweitens mündete die Wiederbelebung des sozialen Dialogs in den zunächst informellen und unverbindlichen Val-Duchesse-Gesprächen in einen Prozess der sukzessiven Institutionalisierung. Die europäischen „Sozialpartner“ wurden hierdurch insofern politisch aufgewertet, als sie seit den 90er-Jahren berechtigt sind, arbeits- und sozialpolitische Rahmenabkommen auszuhandeln, die anschließend von der EU und den Mitgliedstaaten übernommen und umgesetzt werden.
- Und drittens sorgten die Delors I und II Pakete dafür, dass die europäischen Struktur- und Regionalfonds deutlich aufgestockt wurden, um den regionalen Disparitäten und den Gefahren des Sozialdumpings entgegen zu treten.

Die Wirkung all dieser Elemente ist zweifelsohne vielschichtig. Sie haben nicht nur mit dazu beigetragen, die durch den EG-Binnenmarkt und die WWU geförderte neoliberale Restrukturierung abzufedern. Sie haben vor allem dazu geführt, dass die Markt- und Währungsintegration durch die Gewerkschaften grundsätzlich begrüßt, mithin auf eine breitere Legitimationsgrundlage gestellt wurden. Zudem gelang es der Kommission, die Gewerk-

schaften – finanziell und politisch – in das EU-System einzubeziehen. Hierdurch sind ihnen zweifelsohne gewisse Mitspracherechte erwachsen, oft allerdings bei Verzicht auf eine wirksame gesellschaftliche Oppositionsrolle (Martin 1996).

Ab Mitte der 90er-Jahre hat sich der Fokus der europäischen Sozialpolitik dann allerdings verschoben (Bieling 2001b). In der Umsetzung des EG-Binnenmarktes war es noch primär darum gegangen, den Gefahren des Sozialdumpings durch eine Mindestharmonisierung entgegen zu wirken. Dieser Aspekt prägte zwar auch noch die Diskussionen – z.B. über die Formen einer grenzüberschreitenden tarifpolitischen Koordination – im Kontext der WWU. Gleichzeitig rückte jedoch das Thema einer europäischen Beschäftigungspolitik, gleichsam als Gegengewicht zur austeritätspolitisch verengten und potenziell deflationären Währungsunion auf die Agenda. Ein Ausdruck dieser Entwicklung war zunächst das Weißbuch der Kommission zu „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ von 1993. Es dauerte jedoch ein paar Jahre, bis sich in der EU eine transnationale Allianz aus Mitte-Links-Regierungen und Gewerkschaften formiert hatte, um die im Weißbuch unterbreiteten Konzepte politisch umzusetzen (Johansson 1999). Die europäische Beschäftigungsstrategie, deren Rahmen im Amsterdamer Vertrag abgesteckt und auf den Gipfeln in Luxemburg („europäische Leitlinien“), Cardiff („Strukturreformen“) und Köln („makroökonomischer Dialog“) ausgestaltet wurde, ist vor allem in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Zum einen macht sie deutlich, wie die europäische Beschäftigungsstrategie unter dem Einfluss der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände von keynesianischen und staatsinterventionistischen Elementen – Infrastruktur- und Konjunkturprogrammen oder auch einer wirksamen Verknüpfung von Geld- und Lohnpolitik – gereinigt wurde. Zum anderen ist die Beschäftigungsstrategie, d.h. vor allem die Vereinbarung von Leitlinien, Aktionsplänen, Benchmarking-Verfahren und Peer-Group-Pressure, inzwischen paradigmatisch für eine ganze Reihe weiterer Politikfelder, die ebenfalls nur schwach vergemeinschaftet sind, zugleich aber mit Blick auf die WWU und Modernisierung der europäischen Ökonomie enger koordiniert werden sollen. Gemäß der auf dem Gipfel in Lissabon proklamierten „offenen Methode der Koordination“ beeinflusst die EU z.B. dadurch, dass sie gemeinsame Leitlinien der Kostendämpfung und Eigenvorsorge formuliert, zunehmend auch direkt die Reorganisation der sozialen Sicherungssysteme.

Die Erweiterung des umweltpolitischen Engagements der Europäischen Union folgt im Prinzip dem gleichen Muster. Im Vergleich zur Sozialpolitik fällt die Bilanz jedoch deutlich positiver aus. Dies ist erstens der Tatsache

geschuldet, dass bis in die 70er-Jahre hinein die umweltpolitischen Standards und Instrumente auf der nationalen Ebene alles andere als hinreichend waren. Es gab offenkundig einen erheblichen Nachholbedarf. Zweitens liegt es angesichts des grenzüberschreitenden Charakters ökologischer Gefahren sehr viel näher, nach gemeinsamen europäischen Lösungen zu suchen. Drittens lassen sich in Krisensituationen umweltpolitische Missstände und Defizite sehr viel leichter öffentlichkeitswirksam skandalisieren, so dass die Regierungen unter einen entsprechenden Handlungsdruck geraten. Viertens schließlich spielen Verteilungsfragen in der Umweltpolitik nicht immer die zentrale Rolle, weshalb die Interessendivergenzen zwischen den nationalen Regierungen zumeist weniger stark ausgeprägt sind.

Doch ungeachtet dieser vergleichsweise besseren Ausgangsbedingungen entwickelte sich auch die umweltpolitische Dimension in der EG bzw. EU nur sehr schleppend. Nach den ersten Richtlinien der 70er-Jahre, die vor allem im Sinne einer nachsorgenden Schadensbekämpfung reaktiv angelegt waren, kristallisierte sich nur allmählich in den 80er-Jahren ein stärker präventiver Regulierungsansatz heraus (McCormick 2001:54f). Vertraglich verantwortet wurde der supranationale umweltpolitische Handlungsbereich erst mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) von 1986. Der Art. 174 definierte dabei nicht nur die Ziele – Schutz und verbesserte Qualität der Umwelt, Schutz der menschlichen Gesundheit, rationale Verwendung der natürlichen Ressourcen – sehr weitreichend, sondern legte mit dem Vorsorge-, Ursprungsland-, Verursacher- und Integrationsprinzip, d.h. der Berücksichtigung des Umweltschutzes in anderen Politikbereichen, auch klare umweltpolitische Grundsätze fest (Knill 2003:29). Die vertragliche Institutionalisierung blieb allerdings insofern begrenzt, als umweltpolitische Rechtsakte nach wie vor einstimmig verabschiedet werden mussten. Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen waren nur dann möglich, wenn sie gemäß des damaligen Art. 100a dem Binnenmarkt zuträglich waren.

Dies änderte sich dann jedoch im Laufe der 90er-Jahre. Mit dem Maastrichter Vertrag von 1993 wurden in der Umweltpolitik qualifizierte Mehrheitsentscheidungen als Regelverfahren eingeführt. Darüber hinaus erlangten das Europäische Parlament (EP) und sein Unterausschuss zunächst im Rahmen des Kooperationsverfahrens und seit Amsterdam 1997 dann durch das Mitentscheidungsverfahren größere Einflussmöglichkeiten. Die formalen Veränderungen im Entscheidungsprozess haben zweifelsohne mit dazu beigetragen, dass in der EU inzwischen weit über 200 Verordnungen und Richtlinien zum Umweltschutz existieren. Gleichzeitig sollte jedoch nicht übersehen werden, dass sich mit der Ausweitung der umweltpolitischen

Regulierung – ähnlich wie in der Sozialpolitik – auch ihr Charakter verändert hat (McCormick 2001:63ff): Erstens konzentriert sich die Kommission seit Mitte der 90er-Jahre darauf, die bestehenden Regulierungen zu überprüfen und anzupassen. Neue umweltpolitische Initiativen treten hingegen in den Hintergrund. Zweitens geht es zunehmend darum, die Umweltpolitik mit anderen Politikfeldern zu verzahnen, d.h. gemäß der Konzeption der „nachhaltigen Entwicklung“ als „Querschnittsthema“ wirken zu lassen. Drittens bemühen sich die europäischen Institutionen – unter anderem durch die Einrichtung politikfeldspezifischer Kommunikationsnetzwerke – die Implementierung der europäischen Umweltpolitik zu verbessern (Lenschow 1999:46). Viertens schließlich richtet sich das Augenmerk zunehmend auf flexible, kostengünstige und markt-basierte umweltpolitische Lösungskonzepte, um die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen nicht zu beeinträchtigen.

Die Expansion der europäischen Sozial- und Umweltpolitik ging letztlich mit einem Wandel der Regulierungsstile einher. An die Stelle einer flankierenden Mindestharmonisierung traten zunehmend Formen einer stärker diskursiven, oftmals freiwilligen, mithin „weichen“ Kontextsteuerung. In den 80er- und frühen 90er-Jahren war es den Gewerkschaften, Umweltgruppen und diversen NGOs – wie begrenzt auch immer – noch gelungen, über die Mobilisierung einer kritischen Öffentlichkeit die Institutionalisierung der europäischen Sozial- und Umweltpolitik voranzutreiben. Im Kern ging es dabei darum, die wettbewerbszentrierte Logik der Markt- und Währungsintegration durch eine minimale sozial- und umweltpolitische Flankierung einzubetten. Seit Mitte der 90er-Jahre wird die Art und der Charakter dieser flankierenden Einbettung jedoch neu definiert. Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als würden soziale und ökologische Probleme nun sehr viel weiter als „Querschnittsthemen“ gefasst, die alle Bereiche durchdringen. Genauer betrachtet, dominiert jedoch das Bestreben der transnationalen Wirtschaftsverbände und der meisten Regierungen, die bestehenden Regulierungen gemäß des übergeordneten Ziels einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit flexibler zu fassen, zumindest aber einer substanziellen Ausweitung der europäischen Sozial- und Umweltpolitik einen Riegel vorzuschieben. Dies wird nicht zuletzt daran erkennbar, dass ambitionierte Vorstöße mit steuer- und verteilungspolitischen Implikationen immer wieder ins Leere gelaufen sind. Im Bereich der Sozialpolitik ist es z.B. noch nicht einmal gelungen in ernsthafte Diskussionen über ein „Korridor-Modell“ einzusteigen, in dem sich die EU Staaten verpflichten, das Niveau ihrer sozialpolitischen Ausgaben an das wirtschaftliche Leistungspotenzial zu koppeln (Busch 1998); und auf dem Gebiet der

Umweltpolitik sind die Vorschläge für eine europäische Energiesteuer aufgrund des Widerstands der Industrielobby inzwischen wieder in der Versenkung verschwunden (List 1999:235). All dies zeigt, dass die supranationale Flankierung der Markt- und Währungsintegration primär marktfördernd und flexibel angelegt ist und der wettbewerbsorientierten Reorganisation und „Entkernung“ der nationalen Regulierungsstrukturen wenig entgegen zu setzen vermag.

3.2. Machtverhältnisse und Netzwerkstrukturen

Diese Asymmetrie zwischen den markt- und währungspolitischen Arrangements auf der einen und den Formen der sozial- und umweltpolitischen Regulierung auf der anderen Seite reproduziert sich vor allem über die europäischen Kräfteverhältnisse und Netzwerkstrukturen. Der transnationale Block marktliberaler Kräfte hat sich seit den 80er-Jahren nicht nur in einem dicht institutionalisierten Geflecht einflussreicher Organisationen und Kommunikationsforen politisch organisiert. Er war augenscheinlich auch dazu in der Lage, durch spezifische Konzeptionen und ausstrahlungsfähige Diskurse die sozial- und umweltpolitische Regulierung gemäß neoliberaler Leitvorgaben zu reorganisieren. Von ganz zentraler Bedeutung waren in diesem Kontext der „Wettbewerbsfähigkeits“-Diskurs und die Konzeption eines ländervergleichenden „Benchmarking“, die zunächst vom European Round Table of Industrialists (ERT), anschließend aber auch von UNICE, dem europäischen Dachverband der Arbeitgeber, kraftvoll propagiert wurden (van Apeldoorn 2000). Im Laufe der Zeit haben die Europäische Kommission und auch die nationalen Regierungen den Wettbewerbsfähigkeits-Diskurs und die Benchmarking-Konzeption aufgegriffen und sich zu Eigen gemacht. Das Ziel einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit durchdringt und beeinflusst inzwischen nahezu alle politischen Vorhaben – von der Sozial-, Beschäftigungs- und Geschlechterpolitik, über die Regional- und Strukturpolitik bis hin zur Umweltpolitik. Es gibt kaum noch einen Bereich, in dem die Kommission nicht spezifische Kriterien und Indikatoren entwickelt hat, um die nationalen Entwicklungen – ganz im Sinne des Benchmarking-Verfahrens – zu vergleichen.

Organisatorisch abgestützt werden diese Prozesse durch ein dichtes Geflecht von „wettbewerbsorientierten“ Netzwerkstrukturen, die sich zum Teil erheblich überlappen. Analytisch lassen sich folgende Kommunikations- und Aushandlungsbereiche unterscheiden:

- Erstens ein Netzwerk, das sich vor allem auf Fragen der horizontalen Marktintegration, d.h. auf die grenzüberschreitende Kompatibilität der

wirtschaftlichen Systeme, konzentriert. Hier versuchen die größeren Dachverbände – UNICE, das EU-Committee der American Chamber of Commerce oder die Europäische Bankenvereinigung (FEB) – in Kooperation mit der Kommission, genauer: mit den Generaldirektionen „Binnenmarkt“ und „Wettbewerb“ – mitunter gegen Widerstände im Ministerrat und Europäischen Parlament – ein möglichst marktliberales „level playing field“ zu errichten.

- Ein zweites Netzwerk ist stärker industriepolitisch ausgerichtet. Es umschließt vor allem die sektoralen Wirtschafts-, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsverbände sowie die Generaldirektion „Unternehmen“ und zielt darauf, den Binnenmarkt sektoral zu vertiefen und abzusichern.
 - Das dritte Netzwerk ist makro-ökonomisch, d.h. auf Fragen der Geld- und Finanzpolitik hin zugeschnitten. Neben der Europäischen Zentralbank, dem Rat der Finanzminister (ECOFIN), der EURO 12 Gruppe und der Generaldirektion „Wirtschaft und Finanzen“ erstreckt es sich partiell – im Rahmen des makroökonomischen Dialogs – auch auf die Sozialpartner.
- Im Vergleich zu diesen „wettbewerbsorientierten“ Netzwerken ist die Gestaltungsmacht der „sozialregulativen“ und „umweltpolitischen“ Netzwerke sehr viel schwächer. Dies ist nicht nur den begrenzten, vertraglich geregelten Kompetenzen geschuldet, sondern auch der mangelnden Fähigkeit der beteiligten Akteure, ihren Initiativen durch Formen der öffentlichen Mobilisierung – politische Kampagnen, Demonstrationen oder Streiks – Nachdruck zu verschaffen.
- Das „sozialregulative“ Netzwerk stützt sich maßgeblich auf die europäischen Sozialpartner und die Generaldirektion „Beschäftigung und Soziales“. Mit der Aufwertung des sozialen Dialogs im EU-Vertrag wurde dieses Netzwerk institutionell und formal zwar gestärkt, zugleich lassen die letzten sozialpolitischen Aktionsprogramme jedoch erkennen, dass die Kriterien und praktischen Möglichkeiten einer offensiven arbeits- und sozialpolitischen Regulation im Zeichen des Wettbewerbsfähigkeits-Diskurses erheblich eingeengt wurden.
 - Das „umweltpolitische“ Netzwerk ist sehr viel diffuser. Zwischen den wichtigsten NGOs – Greenpeace, World Wide Fund for Nature (WWF), Friends of the Earth Europe (FoEE) und dem European Environmental Bureau (EEB) – und der Generaldirektion „Umwelt“ gibt es inzwischen zwar einen relativ engen und geregelten Kommunikationsprozess (Greenwood 2003:186ff). Dieser steht zumeist jedoch unter dem Vorbehalt, Kompromisse mit den transnationalen Konzernen und Wirtschaftsverbänden zu finden.

Bislang spricht wenig dafür, dass die zuletzt aufgeführten Netzwerke in der Lage sind, die hierarchische bzw. asymmetrische Struktur der europäischen Integration aufzubrechen. Die Integrationsdynamik ist vielmehr dadurch gekennzeichnet, dass die ökonomischen Initiativen – z.B. der EG-Binnenmarkt und die WWU – von der sozial- und umweltpolitischen Regulierung konstitutionell getrennt wurden, um eine mögliche arbeits- und sozialpolitische Konditionalisierung der Markt- und Währungsintegration von vornherein zu verhindern. Im Fall der Währungsunion war es z.B. nicht möglich, ein weiteres Konvergenzkriterium zu definieren, gemäß dessen die Teilnahme an der WWU auch an eine positive Beschäftigungsentwicklung geknüpft sein sollte. Und für die EG-Binnenmarktstrategie stellte der damals zuständige Kommissar Lord Cockfield (1990:8) unmissverständlich fest: „Etwas, was ich nicht akzeptieren konnte, und ich wurde in diesem Punkt von der gesamten Kommission unterstützt, war, dass der Fortgang des Binnenmarktes mit dem Fortgang anderer Politikfelder, insbesondere der Regional- und Sozialpolitik verknüpft werden sollte. Eine solche Verknüpfung wäre nur ein Rezept für Verzögerungen und komplizierte Schachzüge gewesen.“

Sozial- und umweltpolitische Aspekte sind von daher der Markt- und Währungsintegration inhaltlich und zeitlich nachgelagert und entsprechend weniger verbindlich und substanziell. Sie gelangen allenfalls dann auf die europäische Agenda, wenn in der Öffentlichkeit die unerwünschten Begleiteffekte des grenzüberschreitenden Wettbewerbs – z.B. das Sozialdumping, die Deflationsgefahr und die Beschäftigungskrise oder die wachsende Umweltverschmutzung – artikuliert werden. Hierdurch mag es dem „sozialregulativen“ und „umweltpolitischen“ Netzwerk zwar gelingen, einige selektive sozial- und umweltpolitische Kompensationen zu erringen. Deren Bestand bleibt allerdings prekär, da unter dem Druck des grenzüberschreitenden Wettbewerbs die nationalen wie europäischen Sozial- und Umweltstandards zunehmend durch neo-liberale Zielvorgaben – Privatisierung, Selbstverantwortung, Eigeninitiative und Effizienz – konditionalisiert werden. Die Art der Konditionalisierung mag dabei als „weich“ und „indirekt“ erscheinen. Sie ist letztlich jedoch höchst wirksam. Sie vollzieht sich zum einen über die Regime-Konkurrenz, d.h. den Wettbewerb der nationalen Regulierungssysteme; zum anderen aber auch über spezifische Koordinationsprozesse, die durch Leitlinien, Benchmarking-Verfahren und die Identifikation von *best practices* den Reorganisationsdruck kanalisieren und die politischen Akteure – Parteien, Regierungen, Verbände und NGOs – unter Druck setzen, ihre Anliegen im Rahmen des übergreifenden Wettbewerbsfähigkeit-Diskurses zu rechtfertigen.

4. Perspektiven des sozialen Protests

Die Transformation der europäischen Handlungsarena lässt erkennen, dass sich die Themen und Konfliktfelder deutlich verschoben haben. Bis in die 90er-Jahre hinein konzentrierten sich die Auseinandersetzungen noch sehr viel stärker auf die Frage, nach welchen Kriterien die europäische Ökonomie zu organisieren und mit welchen – rechtlichen, fiskalischen und geldpolitischen – Instrumenten sie auszustatten ist. Inzwischen hat sich dies jedoch – ungeachtet der geradezu ritualisierten Infragestellung des Stabilitätspaktes – verändert. Die Funktionsweise der europäischen Ökonomie scheint grundsätzlich akzeptiert, indessen die Formen ihrer sozial-, regional und umweltpolitischen Flankierung umstritten und politisch umkämpft bleiben. Für den transnationalen Block markoliberaler Kräfte ist diese Konstellation höchst vorteilhaft. Seine Akteure können sich mit Verweis auf die – globalen wie innereuropäischen – Wettbewerbsimperative, Anpassungs- und Reformzwänge darauf beschränken, das bestehende sozial- und umweltpolitische Regelwerk auf der nationalen wie europäischen Ebene in Frage zu stellen und zu flexibilisieren.

Entsprechend negativ stellt sich hingegen die Situation für die progressiven, sozial- und umweltpolitisch engagierten Organisationen und Bewegungen dar. Fiel es ihnen bereits schwer, adäquate Antworten auf die neu-sozialdemokratische „Flexicurity“-Konzeption, d.h. die Neujustierung von Flexibilität und sozialer Sicherheit, zu finden, so droht nun eine deutliche neoliberale Akzentuierung dieser Konzeption (Dräger 2003). Zum einen ist zu erwarten, dass sich das Scheitern der Mitte-Links-Projekte und die Wahlerfolge bürgerlicher und rechtspopulistischer Parteien auch in einer veränderten Schwerpunktsetzung der europäischen Politik niederschlagen werden; und zum anderen sind auch die sozial- und umweltpolitischen Rückwirkungen der EU-Erweiterung nicht zu unterschätzen. Schließlich wird es aufgrund des sozial- und umweltpolitischen Gefälles in der EU mit zukünftig 25 Mitgliedstaaten weitaus schwieriger werden, progressive Mehrheiten zustande zu bringen. Letztlich beeinträchtigt dies natürlich auch die Durchschlagskraft der bestehenden „sozialregulativen“ und „umweltpolitischen“ Netzwerke, nicht zuletzt die Möglichkeit von Verbänden und NGOs, über die politisch-institutionelle Einbindung in das EU-System, d.h. durch Lobbying-Strategien, inkrementelle Erfolge verbuchen zu können.

Für die Gewerkschaften, die globalisierungskritische Bewegung und auch für viele NGOs stellen sich unter diesen erschwerten Bedingungen damit zwei grundlegende Aufgaben: Einerseits kommen sie nicht umhin, das Verhältnis von politisch-institutioneller Einflussnahme und zivilgesellschaft-

lichem Protest neu zu bestimmen. Andererseits sollten hierbei aber auch die Quellen des politischen Widerstands, d.h. die Widersprüche und Krisenprozesse der neoliberalen Globalisierung, nicht aus dem Auge verloren werden. Mit Stephen Gill (2000) lassen sich vor allem vier Dimensionen unterscheiden:

- Der erste Widerspruch besteht zwischen dem transnationalen Kapital und der demokratischen Verfasstheit von Gesellschaften. Letztere wird vor allem dadurch unterminiert, dass die transnationalen Konzerne und Regierungen die öffentlichen und parlamentarischen Entscheidungs- und Kontrollmöglichkeiten durch internationale Verträge und Abkommen zu beschneiden versuchen.
- Der zweite Widerspruch resultiert aus der intensivierten kapitalistischen Akkumulationsdynamik und der hierdurch geförderten Disziplinierung der Arbeitskraft. Im Zuge der beschleunigten Reorganisation der Unternehmen, Arbeitsmärkte und Sozialsysteme erhöht sich offenkundig der Druck, auch prekäre Arbeitsverhältnisse und niedrige Löhne zu akzeptieren. Zugleich suchen die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen jedoch auch nach Wegen, diesem Zwangsregime zu entkommen.
- Der dritte Widerspruch ergibt sich daraus, dass die Kommodifizierung der öffentlichen Infrastruktur und des Freizeitbereichs Krisen der sozialen Reproduktion erzeugt. Die voranschreitende Ökonomisierung wohlfahrtsstaatlicher Strukturen und gesellschaftlicher Kommunikationsräume belastet auf vielfältige Art und Weise – finanziell, organisatorisch und sozial-kommunikativ – die Haushalte, Freundeskreise und Nachbarschaften.
- Der vierte Widerspruch bezieht sich schließlich auf die Tatsache, dass – vermittelt über den Welthandel und die Investitionsstrategien der transnationalen Konzerne – die soziale und biologische Diversität einer globalen Monokultur weicht, deren Ernährungs-, Gesundheits- und Umwelt-risiken kaum mehr kontrollierbar sind.

All diese Widersprüche werden durch die Europäische Union bislang eher verschärft als abgefedert oder sogar aufgehoben. Mit der vertraglichen Festschreibung wettbewerbspolitischer Imperative fördert sie die *Entdemokratisierung*, nicht jedoch eine demokratische Kontrolle der europäischen Ökonomie. Die Prozesse der *arbeitspolitischen Disziplinierung* werden durch die Intensivierung des grenzüberschreitenden Wettbewerbs, eine arbeitsmarktpolitisch verengte Beschäftigungsstrategie und die Reform des Sozial-schutzes nicht aufgefangen, sondern zusätzlich akzentuiert. Zumindest indirekt fördern diese Initiativen wie auch die WWU und die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur – z.B. der Postdienste, der Gas- und Stromversor-

gung, des Transport- oder Telekommunikationssektors – ebenso die *Krise der sozialen Reproduktion*. Und sofern die EU im Rahmen des GATS – unterstützt durch das European Services Forum (ESF), einem Zusammenschluss der Verbände und transnationalen Konzerne im Dienstleistungsbe-
reich – eine inzwischen sehr aggressive Strategie der globalen Markttöffnung verfolgt, beschleunigt sich auch die Entstehung einer globalen Monokultur mit ihren negativen *ökologischen und gesundheitlichen Krisenphänomenen*.

Die Europäische Union ist in ihrer derzeitigen Organisation und Funktionsweise somit vor allem Teil des Problems jener Widersprüche, die die globalisierungskritische Bewegung zu artikulieren versucht. Grundsätzlich stellt sie jedoch auch eine Handlungsarena dar, die die Reichweite progressiver Politikoptionen über den nationalen Raum hinaus potenziell zu erweitern vermag. Die Entwicklung der europäischen Sozial- und Umweltpolitik kann als Beleg dafür interpretiert werden, dass ein alternatives Europa prinzipiell möglich ist. Es ist allerdings auch deutlich geworden, dass der Übergang von einer „kompensatorischen Flankierung“ hin zu einer „sozialen und ökologischen Konditionierung“ der Markt- und Währungsintegration einem Quantensprung gleichkommt. Um diese Aufgabe anzugehen, ist es zunächst notwendig, unter den Bedingungen der neoliberalen Disziplinierung neue politische Freiräume zu erkämpfen. Mit dem EU-Konvent wurde zuletzt eine große Chance verpasst. Gleichzeitig gibt es jedoch Initiativen wie z.B. das europäische Sozialforum, um den fragmentierten zivilgesellschaftlichen Protest zu verzahnen und eine gemeinsame programmatische Plattform zu entwickeln. Entscheidend wird dabei sein, ob auf einer solchen Grundlage letztlich auch konkrete politische Projekte entstehen, die die Vision einer alternativen europäischen Ökonomie konkretisieren und nicht nur in die europäischen, sondern auch in die nationalen Handlungsarenen ausstrahlen.

Literatur

- Ambrosius, Gerold (1996): Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuchverlag
- Balanyá, Belen/Doherty, Ann/Hoedemann, Olivier/Ma'anit, Adam/Wesselius, Erik (2000): Europe Inc. Regional and Global Restructuring and the Rise of Corporate Power. London: Pluto Press
- Bieling, Hans-Jürgen (2001a): Transnationale Vergesellschaftung und die „neue Sozialdemokratie“. In: Ein neuer Kapitalismus?, Hg. Mario Candeias/Frank Deppe. Hamburg: VSA-Verlag: 218-240
- Bieling, Hans-Jürgen (2001b): Vom EG-Binnenmarkt zur neuen europäischen Ökonomie. Arbeits- und sozialpolitische Arrangements im Zeichen der Regime-Konkurrenz. In: Industrielle Beziehungen 8/3: 279-305

- Bieling, Hans-Jürgen (2003): Social Forces in the Making of the New European Economy: The Case of Financial Market Integration. In: *New Political Economy* 8/2: 203-224
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (2003): Die neue europäische Ökonomie und die Transformation von Staatlichkeit. In: *Europäische Integration*, Hg. Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch. Opladen: Leske & Budrich, i.E.
- Bonefeld, Werner (2002): European integration: the market, the political and class. In: *Capital and Class* 77: 117-142
- Busch, Klaus (1998): The Corridor Model. A concept for further Development of an EU Social Policy. Brüssel: ETUI Discussion and Working Paper Nr. 2
- Cafruny, Alan W./Ryner, Magnus (2003): Introduction: The Study of European Integration in the Neoliberal Era. In: *A Ruined Fortress? Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe*, Hg. Alan Cafruny/Magnus Ryner. Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers: 1-13
- Cockfield, Lord Arthur (1990): The Real Significance of 1992'. In: *The Politics of 1992. Beyond the Single European Market*, Hg. Colin Crouch/David Marquand. Oxford: Basil Blackwell: 1-8
- Collignon, Stefan/Schwarzer, Daniela (2003): Eine Interessengemeinschaft als Motor für einen transnationalen Konsens: Die „Association for the Monetary Union of Europe“. In: *Interessenpolitik in Europa*, Hg. Rainer Eising/Beate Kohler-Koch. Baden-Baden: Nomos, i.E.
- Cowles, Maria Green (1995): Setting the Agenda for a New Europe: The ERT and EC 1992. In: *Journal of Common Market Studies* 33/4: 501-526
- Dräger, Klaus (2003): Eine Heilige Allianz der Modernisierer? Die EU nach dem Scheitern des Mitte-Links-Projekts. In: *Euro-Kapitalismus und globale politische Ökonomie*, Hg. Martin Beckmann/Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe. Hamburg: VSA-Verlag, i.E.
- Eichener, Volker (2000): Das Entscheidungssystem der Europäischen Union. Institutionelle Analyse und demokratietheoretische Bewertung. Opladen: Leske & Budrich
- Gill Stephen (1998): European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe. In: *New Political Economy* 3/1: 5-27
- Gill, Stephen (1995): Globalisation, Market Civilisation, and Disciplinary Neoliberalism. In: *Millennium. Journal of International Studies* 24/3: 339-423
- Gill, Stephen (2000): Toward a Postmodern Prince? The Battle in Seattle as a Moment in the New Politics of Globalisation. In: *Millennium. Journal of International Studies* 29/1: 131-140
- Greenwood, Justin (2003): Interest Representation in the European Union. Houndmills: Palgrave
- Hodson, Dermot/Maher, Imelda (2001): The Open Method as a New Mode of Governance: The Case of Soft Economic Policy Co-ordination. In: *Journal of Common Market Studies* 39/4: 719-746
- Holman, Otto/van der Pijl, Kees (2003): Structure and Process in Transnational European Business. In: *A Ruined Fortress? Neoliberal Hegemony and Transformation in Europe*, Hg. Alan Cafruny/Magnus Ryner. Lanham u.a.: Rowman & Littlefield Publishers: 71-93

- Hueglin, Thomas O. (1997): Regieren in Europa als universalistisches Projekt. In: Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union, Hg. Klaus Dieter Wolf. Baden-Baden: Nomos: 91-107
- Jessop, Bob (2002): The Future of the Capitalist State. Cambridge: Polity Press
- Johansson, Karl Magnus (1999): Tracing the employment title in the Amsterdam treaty: uncovering transnational coalitions. In: Journal of European Public Policy 6/1: 85-101
- Knill, Christoph (2003): Europäische Umweltpolitik. Steuerungsprobleme und Regulierungsmuster im Mehrebenensystem. Opladen: Leske & Budrich
- Lenschow, Andrea (1999): Transformation in European Environmental Governance. In: The Transformation of Governance in the European Union, Hg. Beate Kohler-Koch/Rainer Eising. London/New York: Routledge: 39-60
- List, Martin (1999): Baustelle Europa. Einführung in die Analyse europäischer Kooperation und Integration. Opladen: Leske & Budrich
- Martin, Andrew (1996): European Institutions and the Europeanisation of Trade Unions: Support or Seduction? Brüssel: ETUC Discussion and Working Papers 96.04.1
- Martin, Andrew/Ross, George (1999): In the Line of Fire: The Europeanization of Labor Representation. In: The Brave New World of European Labor. European Trade Unions at the Millennium, Hg. Andrew Martin/George Ross. New York/Oxford: Berghan Books: 312-367
- McCormick, John (2001): Environmental Policy in the European Union. Houndmills: Palgrave
- McNamara, Kathleen, R. (1998): The Currency of Ideas. Monetary Politics in the European Union. Ithaka/London: Cornell University Press
- Moss, Bernhard H. (2001): The EC's Free Market Agenda and the Myth of Social Europe. In: The Politics of Europe. Monetary Union and Class, Hg. Werner Bonefeld. Houndmills: Palgrave: 107-135
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Ruggie, John Gerard (1982): International Regimes, Transactions and Change: Embedded Liberalism and the Postwar Economic Order. In: International Organization 36/2: 379-416
- Ryner, Magnus (1999): Neoliberal Globalization and the Crisis of Swedish Social Democracy. In: Economic and Industrial Democracy 20/1: 39-79
- Sandholtz, Wayne/Zysman, John (1989): 1992: Recasting the European Bargain. In: World Politics 17/1: 95-128
- Statz, Albert (1989): Die Entwicklung der europäischen Integration – ein Problemaufriß. In: 1992 – Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft, Hg. Frank Deppe/Jörg Huffscheid/Klaus-Peter Weiner. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag: 13-38
- Tsoukalis, Loukas/Rhodes, Martin (1997): Economic Integration and the Nation-State. In: Developments in West European Politics, Hg. Martin Rhodes/Paul Heywood/Vincent Wright. New York: St. Martin's Press: 19-36
- Van Apeldoorn, Bastiaan (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists. In: Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Hg. Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber. Münster: Westfälisches Dampfboot: 189-221

Verdun, Amy (2000): European Responses to Globalization and Financial Market Integration. Perceptions of Economic and Monetary Union in Britain, France and Germany. Houndmills: Macmillan

Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Münster: Westfälisches Dampfboot

***Soziale Bewegung:
Historische Dimensionen, regionale Unterschiede***

Gerhard Melinz

Von der „Revolution“ zur „sozialen Bewegung“?

Historische Reflexionen zu sozialen Bewegungen im Weltsystem

1. Wie viel Geschichte braucht die Zukunft?

Für diesen Sammelband einen Beitrag zu verfassen, der die aktuellen Diskussionen um die Gegenwart und Zukunft von „neuen“ sozialen bzw. globalisierungskritischen Bewegungen im Lichte der Erfahrungen der „alten“ sozialen Bewegungen reflektieren soll, stellt eine Einladung zu einem fast unmöglichen Unterfangen dar. Das liegt nicht nur am knappen Raum, sondern auch an den hundertfachen Möglichkeiten, sich einer solchen Fragestellung zu nähern.

Im Folgenden sollen ein paar kursorisch-skizzenhafte und teilweise auch nur angedeutete Aspekte aus der Geschichte antisystemischer bzw. traditioneller sozialer Bewegungen thematisiert werden, allerdings unter Rückgriff auf herkunftsspezifisch-erfahrungsgeschichtliche Reflexivität kombiniert mit strukturgeschichtlicher Deutung. Zugegebenermaßen sind die Argumente vor allem auf die „westlichen“ Gesellschaften gemünzt, was nicht als eurozentristischer Ansatz missverstanden werden sollte, sondern vielmehr der längeren und gewichtigeren Tradition „alter“ sozialer Bewegungen geschuldet ist. An ganz prominenter Stelle geht es um die sich ursprünglich als antisystemisch verstehenden Bewegungen, namentlich um die auf Systemüberwindung abzielenden (sozialistischen) Arbeiterbewegungen im „Westen“, und darum, wie daraus (fast ausnahmslos) systemstabilisierende Modernisierungsagenturen kapitalistischer Verhältnisse wurden (mit anderer Akzentuierung Hobsbawm 2000). Strukturelle Brüche in den gesellschaftlichen und politökonomischen Rahmenbedingungen, so genannte Revolutionen, die in einem Lande bzw. in einer Region einflussreich waren, fanden

schließlich nicht in den industrialisierten Regionen statt, sondern unter ganz anderen Umständen als ursprünglich gedacht (Moore 1969; Aya 1990; Tilly 1993).

Dem herrschenden Zeitgeist aller Couleurs mag eine historisch angelegte Perspektive rund um die symbolträchtigen Schlagworte von Revolution (als angedachtes alternatives gesellschaftliches Projekt jenseits kapitalistischer Vergesellschaftungslogik) und Reform (als Synonym für soziale Bewegungen, die sich letztlich als neue Reformpartei konstituierten oder als Bewegungsvielfalt jeweils themenbezogen zur Modernisierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse beitrugen) wohl als antiquiertes, höchst überflüssiges oder gar nur polemisches Vorhaben ohne Erkenntnisgewinn erscheinen. Möglicherweise vermuten die LeserInnen einen ewiggestrigen Arbeiterbewegungs- oder Revolutionsnostalgiker als Schreiberling. Doch es handelt sich beim Autor bloß um einen ewig-rebellischen Abkömmling aus der ländlichen Arbeiterklasse, dessen Schwester als „working poor“ ihr Überleben fristet und dessen alter, aber noch immer rüstiger Vater bis auf den heutigen Tag das „kleinere Übel“ wählt; beiden ist ein Klassenbewusstsein eigen, das keine Beschönigung über die Mechanismen kapitalistischer Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse zulässt. Eine parteiförmige Mitgliedschaft hatte alle Familienmitglieder nie interessiert, die ewiglange Mitgliedschaft in der Gewerkschaft bedeutet dem Vater noch immer etwas, erblickt er in dieser (bürokratisch) organisierten Interessensvertretung doch einen wesentlichen Grund für die bescheidenen sozialen Sicherheiten seines Lohnarbeitslebens – einschließlich seines materiell abgesicherten Ruhestandes. Bis auf den heutigen Tag speisen sich die negativen Gefühle gegenüber den so genannten Christdemokraten aus den Erfahrungen und Demütigungen der 1930er-Jahre, als der so genannte Austrofaschismus den „roten“ Arbeitern die Existenzgrundlage entzogen bzw. das Regime des unternehmerischen Hausherrenstandpunktes wieder voll inthronisiert hatte. Einigermmaßen frustriert mussten Vater und Schwester – insbesondere in den letzten zehn Jahren – jene Entwicklungen zur Kenntnis nehmen, die sich unter dem Einfluss rechtspopulistischer bzw. auch neoliberaler Propaganda in den Köpfen und Herzen der „einfachen Leute“ in ihren Lebensumfeldern breit machten. Zum einen waren es die älteren Lohnabhängigen und die mittleren Alters, denen man es ganz und gar nicht zugetraut hätte, dann schon viel eher den jungen Abkömmlingen von durchschnittlichen ArbeitnehmerInnen, die sich in Österreich schnurstracks zu Haider-Wählern und jüngst zu christdemokratischen Wählern mauserten. Für jemanden, der heute 83 Jahre alt ist, erscheint solches Wahlverhalten nicht nur ungerecht-

fertigt, sondern auch ungerecht in Anbetracht der Bemühungen jener organisierten Arbeiterschaft, die seit dem 19. Jahrhundert für den Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit kämpfte. Derjenige Teil von Menschen, der sich der Identität nach der Arbeiterklasse (im Sinne von Lohn- und GehaltsempfängerInnen) zugehörig fühlt, ist wohl im Schwinden begriffen. Einen beredten Ausdruck findet das darin, dass etwa (männliche) Facharbeiter sich sehr häufig in ihrer Selbstverortung als konsumfähiger „Mittelstand“ sehen. Spätestens seit den 1990er-Jahren fühlen viele dieser Menschen die Angst vor dem (möglichen) sozialen Absturz aus der nachgerade harmonisch anmutenden „sozialen Mitte“. In dieser Situation der Verunsicherung konnte der rechte Populismus – vor allem in den OECD-Staaten – mit seinen Appellen punkten. Zur Zielscheibe wurden nicht etwa Unternehmerinteressen, sondern – neben diversen gesellschaftlichen Minderheitsgruppen – vor allem die „Apparate“ der (sozialdemokratischen) Volksparteien und Gewerkschaften. Dies wurde durch Medien erleichtert, die nicht wenige Repräsentanten (in der Rolle von Multifunktionären) als am Eigennutz ausgerichtete Abzocker vorführten.

In einer groben Bilanz scheint sich die Institutionalisierung und Professionalisierung der „alten“ Arbeiterbewegung bis zur Erstarrung und Unglaubwürdigkeit ausgewachsen zu haben. Heute hat die vergleichsweise junge Partei der Grünen die besten Chancen, diesen Punkt schon viel früher zu erreichen. Man könnte fragen: Liegt die Ursache für das Übel in der Transformation von ursprünglichen Bewegungsformen in korruptierte parlamentsfixierte Parteimaschinen? Lautet der mehr oder weniger unverhohlen vorgebrachte Slogan der aktuellen globalisierungskritischen Szenerie nicht so ähnlich wie „Nie (wieder) eine Partei, bleiben wir doch in unserer Vielfalt immer eine Bewegung“? Es ist offenkundig, die aktuellen Debatten innerhalb der globalisierungskritischen Szene widerspiegeln unterschiedliche Facetten von Politikverständnis – von einem instrumentell-reformistisch und staatsfixierten, das mit einem rot-grünen kompatibel ist, bis zu herrschafts- und kapitalismuskritischen Denk- und Handlungsansätzen, was sich auch an unterschiedlichen Aktions- und Widerstandsformen ablesen lässt. Das weisen allerdings alte wie neue soziale Bewegungen als gemeinsames Charakteristikum auf.

Es sind nun schon gut 20 Jahre vergangen, seit die „Krise des Marxismus“, das „Ende der Arbeiterklasse“ und damit einhergehend auch das Ende der klassischen Arbeiterbewegungen verkündet wurden. Einen ebenfalls schlechten Ruf hatte man den postkolonialen Entwicklungsregimes der „Dritten Welt“ verschafft. Abgesehen von den sonstigen zeitgeistig-post-

modernen dekonstruktivistischen, differenztheoretischen und anderen wie auch immer etikettierbaren Diskursen und intellektuellen Fingerübungen, wurde ein neuer Dauerbrenner ins Rampenlicht der Medienöffentlichkeit gerückt: die „neuen“ sozialen Bewegungen. Was die inhaltlich begründete Etikettierung als wirklich „neu“ rechtfertigen sollte, muss wohl offen bleiben. Unschwer ließen sich für alle vermeintlich „neuen“ sozialen Bewegungen bereits in den vergangenen 150 Jahren jeweils analoge thematisch ausgerichtete Denkansätze bzw. Bewegungsmilieus nachweisen. Das sehr stark durch Medien mitgeschaffene und dann auch akademisch etikettierte Phänomen „neue soziale Bewegungen“ (NSB) könnte man auch als interessen-geleitete Form der Schaffung neuer Forschungsfelder mit neuen Karriere-chancen für mehr oder weniger „bewegte“ ForscherInnen ansehen. Seit 1988 existiert ein publizistisches Flaggschiff dieser Art von Bewegungsbeobachtung und -analyse, das Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, das hinsichtlich der Altersstruktur der AutorInnen ehemalige 68er und jüngere BeiträgerInnen versammelt. Die sich als sozialrevolutionär verstehenden Bewegungsmilieus kommen als reales Phänomen der Bewegungslandschaft allerdings in den Veröffentlichungen sozialwissenschaftlicher Bewegungs-forschung gar nicht vor. Aber es mangelt auch hier nicht an publizistischen Überblickstexten bzw. an selbstkritischen Reflexion aus diesem Bewegungs-segment (exemplarisch Geronimo 1997; Schultze/Gross 1997; vgl. auch Zeitschrift Wildcat, www.wildcat-www.de/wildcat). Die Thematik NSB, im Besonderen die Beschäftigung mit der „Zivilgesellschaft“ (vgl. zur Janusköpfigkeit von Demokratiepotenzial und Herrschaft Votsos 2001), den NGOs und ihrer Rolle im globalen und nationalen Rahmen sowie die publizistische Begleitung des Medienereignisses „globalisierungskritische Bewegung“ (oft-mals als Synonym für ATTAC), füllt mittlerweile ganze Büchertische.

2. Deutungsmacht und Bewegungs- bzw. Aktionsvielfalt

Zu den entscheidendsten Gesichtspunkten, wann immer in der Gegenwart eine „historische Lektion“ gesucht wurde und wird, zählt wohl die Frage nach der Deutungsmacht hinsichtlich bestimmter historischer Ereignisse, Strukturen bzw. Bewegungsformen und deren eventuellen Erfolgsbilanzen. Das tradierte Bild ist zumeist von den jeweils aktuellen historischen Kontexten und den einzelnen Akteuren und ihren Deutungsmustern abhängig.

Aus der persönlichen (und zugleich auch sozialhistorischen) Perspektive eines politisch in den 1970er-Jahren sozialisierten Beobachters lassen sich hinsichtlich längerfristiger bzw. kurzfristiger Bewegungsformen und -zyklen

einige markante Wahrnehmungen festhalten: Ohne die kademäßig geschulten MitstreiterInnen der vormaligen (marxistisch-leninistisch orientierten) K-Gruppen hätte etwa die politisch buntscheckige Anti-Atombewegung nie jenen durchschlagenden Erfolg (in der BRD und in Österreich) gehabt, und Ähnliches darf zumindest für die Parteibildungsprozesse der bundesrepublikanischen Grünen behauptet werden.

Die so genannte „Gewaltfrage“ wurde zum Dreh- und Angelpunkt, der stets zur Sortierung in „gute“ und „böse“ soziale Bewegungsmilieus herhalten musste. Die Verfechter irgendeiner Militanz, „direkter Aktionen“ oder gar des „bewaffneten Kampfes“ (in den Metropolen) waren gewöhnlich Opfer von politischer Ausgrenzung und staatlicher Repression. Der zeitliche und historisch-empirische Bogen lässt sich hier vom 19. Jahrhundert bis in die jüngsten Tage spannen. Der Mechanismus der Ausgrenzung funktionierte entweder über direkte staatlich-polizeiliche Sanktionen oder aber über einzelne Repräsentanten innerhalb von Bewegungsmilieus, die sich eigenständig abgrenzten oder sich im Gefolge der Aufforderungen durch staatliche Funktionsträger von diesen Bewegungssegmenten distanzierten. Dieser politisch zur Selbstverständlichkeit ansozialisierte Reflex findet sich sogar in aktuellen akademischen „Rück- und Ausblicken“: „Nach Genua wird sich die *Gewaltfrage* mit jedem neuen Massenprotest stellen und kann zumindest von den Gruppen mit verbindlichen Organisationsstrukturen nicht abgewiesen werden. Dabei wird es nicht ausreichen, sich selbst in Positionspapieren als gewaltfrei zu deklarieren, aber zugleich die Vielfalt des Widerstandes zu preisen und im äußerlichen Verbund mit Gruppen aufzutreten, deren Gewaltauftritte vorhersehbar sind. Die Gruppen werden sich an ihren konkreten Auftritten bei Protesten und ihrer Haltung zu gewalttätigen Demonstranten messen lassen müssen.“ (Rucht 2002:74) Auf ein ATTAC Deutschland Koordinierungskreispapier, das rund um die „Vorfälle“ des EU-Gipfels in Göteborg öffentlich gemacht wurde (vgl. blätter iz3w, Nr. 255, 2001:4) und das öffentlichkeitswirksame Strategie statt Militanz einforderte, antwortete ein Mitarbeiter einer Berliner Umweltorganisation, die Mitglied im ATTAC-Netzwerk ist. Dabei rief er zutreffend in Erinnerung, dass es „geradezu eine historische Konstante (sei), dass größere soziale Konflikte auch durch gewaltsame Auseinandersetzungen begleitet werden. Die Legitimität der jeweiligen Forderungen wurde deswegen nicht zwangsläufig unterminiert. So errang die Forderung nach Abschaffung von AKWs trotz der Existenz eines militanten Flügels der Anti-AKW-Bewegung hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Manche behaupten sogar, dies sei eine der Erfolgsbedingungen der Anti-AKW-Bewegung gewesen. Insofern ist die Aussage des ATTAC-

Diskussionspapiers, Strategien, die auf Militanz setzen, seien theoretisch falsch und politisch schädlich, zu hinterfragen.“ (blätter iz3w, Nr. 255, 2001:5)

Was sticht sonst noch im Hinblick auf den Umgang mit Bewegungsgeschichte ins Auge? Der generelle Trend der Entsorgung der eigenen individualbiographisch-kollektiven Erfahrungs- und Gesinnungsgeschichte, die man entweder als „Emanzipation ins Leere“ (Frank Böckelmann) oder als immer wieder aufgerollte Distanzierungs- und Abgrenzungsgeschichte lesen kann, verweist uns auf einen wesentlichen (sozialpsychologischen) Zusammenhang der nachträglichen Abspaltung unliebsamer Bewegungsrealitäten. Im Falle der bundesrepublikanischen Thematisierungen von „1968 und die Folgen“ steuern die meisten Zeitzeugen – so auch im März 2003 in einer Sendung einer mehrteiligen Serie des Südwestfunks – auf die Psychiatriierung radikaler Bewegungsmomente hin. Gealterte Hochschulprofessoren und selbstgefällige Marxisten von anno dazumal erklären gleich alle militanten (einschließlich der bewaffneten) Formen von Widerstand zum irrelevanten Faktor in der Geschichte bzw. verkürzen solcherart soziale Phänomene in eine verschwörungstheoretische Richtung als durch den Verfassungsschutz gesteuerte Provokationen. Einer der Herabgewürdigten in dieser TV-Dokumentation war Peter Brückner, den der BRD-Staat als Hochschullehrer im Sinne einer Gesinnungsjustiz erstmals 1972, dann nochmals 1977 vom Dienst suspendierte und der dann einige Jahre später, 1982, viel zu früh verstarb. Dem Sozialpsychologen Brückner ging es in seiner politischen Psychologie immer um die Vermittlung von Geschichte und Biographiegeschichte. Er scheute sich nicht, sich der Frage der Gewalt anzunehmen – der strukturellen wie der Gegengewalt (vgl. Brückner 1979:110ff). Für die antikolonialen Kämpfe und (aktuellen) Protest- und Widerstandsformen in den Ländern der „Dritten Welt“ gelten und galten offensichtlich andere Betrachtungsweisen und Wertmaßstäbe in der Beurteilung.

Die meisten sozialwissenschaftlichen und politiktheoretischen Beiträge beschäftigen sich derzeit fast ausschließlich mit den aktuellen Bewegungs- und Protestformen und stellen diese in den Zusammenhang des vielzitierten Übergangs vom so genannten Fordismus zum Postfordismus, was einen sehr kurzen Beobachtungszeitraum umfasst. Ein sinnvolles akademisches Bemühen sollte sich langfristigeren Beobachtungszeiträumen widmen, zum Beispiel einer historisch-vergleichenden Analyse von globalen Krisen und ihren (innergesellschaftlichen wie transnational vergleichenden) Verarbeitungsmustern (etwa die Große Depression der Jahre 1873–1896 und die 1920/1930er-Jahre des 20. Jahrhunderts), insbesondere unter dem Aspekt, welche Akteurskonstellationen schließlich welche politischen Handlungs-

strategien möglich oder unmöglich machten und wie die jeweiligen Ergebnisse einzuschätzen sind.

Für beide Zeiträume fehlen hier breiter angelegte historische Reflexionsversuche, kapitalistische Globalökonomie und soziale Bewegungsformen (einschließlich der Parteibildungsprozesse) zusammenzudenken, um mehr herauszuholen als die bereits vorgenommene Beerdigung aller „alten“ sozialen Bewegungen, die uns anscheinend einen Trümmerhaufen in jeder Hinsicht hinterlassen haben. Die Geschichte bietet allemal eine spannende Fülle von gesellschaftlichen Artikulationsformen, die lohnenswerte Einblicke in das individuelle und kollektive Handeln von Personen und Gruppen unter vorgefundenen Rahmenbedingungen möglich macht. Daraus ergibt sich, dass die Matrix von Handlungsoptionen selbst wiederum durch eigenes politisch motiviertes Einwirken eine Erweiterung erfährt. Die historische Bandbreite ist breit gefächert, reicht von traditionsgestützten-symbolträchtigen, spontaneistisch-eruptiven Aktionen bis hin zur langfristig angelegten politischen Organisation von sozialökonomischen Interessen. Während die eine Artikulationsform eher in lokalen bzw. regionalen Besonderheiten ihren Ansatzpunkt fand, konzentrierte sich die andere Spielart eher auf den nationalstaatlichen Rahmen. Nur allzu oft wurde die eine in der historischen Bewertung als irrelevant oder gar als politisch schädlich qualifiziert, die andere als Ausdruck disziplinierter und effizienter politischer Arbeit mit messbaren politischen Reformfrüchten geschätzt. Diese Schwarz-Weiß-Malerei ist natürlich selbst ein Produkt der Ideologisierung und Stilisierung der jeweils eigenen Sichtweisen und Handlungspräferenzen. Interessanterweise zieht sich dieses Deutungsmuster wie ein roter Faden durch die Geschichte sozialer und politischer Bewegungen. Deshalb geht es auch heutzutage erst einmal darum, die überlieferten Bilder und Deutungen über die „alten“ sozialen Bewegungen gegen den Strich zu lesen und vor allem die abgedrängten oder gar als irrelevant eingestuften Artikulations- und Widerstandsformen in ein angemessenes Licht zu rücken, damit nachvollziehbar wird, in welch bescheidenem Maße heutzutage an politische Alternativen und Aktionsformen herangegangen wird. „Eine andere Welt ist möglich“ zählt zu den gängigsten Slogans der Bewegungsgegenwart, eine umgehende Veränderung schafft dieses Motto nicht automatisch herbei. Somit stellt sich die (alte und neue) Frage: Wer sollen die Träger der Veränderung sein? Und noch spannender ist die Frage nach dem inhaltlichen Ziel und den dafür geeigneten Handlungsstrategien. Obwohl es für viele in den globalisierungskritischen Kreisen abgedroschen klingen mag, es schwingt die alte Frage von „Reform oder Revolution“ mit. In den Ländern der Peripherie

sicherlich stärker als in den reichen Industriestaaten. Im Unterschied zu früheren Zeiten nimmt gegenwärtig die Frage nach der sozialen Emanzipation einen bedeutenderen Stellenwert ein. Wofür wird eigentlich gekämpft? Zugespitzt formuliert könnte man fragen: Beteiligt man sich an der Modernisierung von kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen, oder streitet man mit vermeintlich utopischen Zukunftsentwürfen für eine andere Logik gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Lebensformen? Auch dieses Spannungsverhältnis scheint als roter Faden nicht obsolet geworden zu sein, vor allem wenn man sich die globalen Widerstandsformen vor Augen hält.

3. Alte soziale Bewegungen oder antisystemische Bewegungen?

Das 19. Jahrhundert war die Zeit des Entstehens der modernen sozialen Bewegungen. In besonderem Maße waren es zwei Bewegungsspielarten, die sich jeweils schon früh um die „soziale Frage“ und die „nationale Frage“ organisierten. Beide waren auf den bereits existierenden (oder noch zu schaffenden) Nationalstaat orientiert, d.h. es galt die Staatsmacht zu erlangen, um eine gesellschaftliche Ordnung nach den eigenen Vorstellungen von Gerechtigkeit zu schaffen. Eine weitere soziale Bewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts, namentlich die Frauenbewegung (hier ist natürlich der Plural gemeint) artikuliert sich und setzte sich für eine gerechte(re) Geschlechterordnung ein, und auch hier gab es in vielen Fällen die Überlappung mit der „nationalen Frage“. Klassen-, Nationalitäten- und Geschlechterfrage markierten also bereits damals beträchtliche Herausforderungen für die sozialen Bewegungen hinsichtlich des Zieles und des Verhältnisses dieser unterschiedlich codierten Eckpunkte von Emanzipation zueinander. Die Arbeiter- und (einzelne) Frauenbewegungen orientierten sich zudem an einer internationalen Vernetzungsperspektive.

Kommen wir nun auf jene alte soziale Bewegung zu sprechen, die ursprünglich ein umfassend-globales Alternativprojekt zum Ziel hatte.

Der Marxismus bzw. seine theoretischen Wortführer erblickten in der gesellschaftlichen Emanzipation die Überwindung bürgerlich-kapitalistischer Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. Vor ein paar Jahren ging es wieder um das Gespenst des Kommunistischen Manifestes: 150 Jahre nach seinem erstmaligen Erscheinen fanden diverse Konferenzen statt. Das Ergebnis einer solchen ist in Buchform als eine Bilanz von 150 Jahren Kapitalismuskritik veröffentlicht, mit einem inspirierenden Einleitungsbeitrag aus der Feder Eric Hobsbawms (Hobsbawm u.a.1998). Mit dem Kommunistischen Manifest bekommen die möglichen Totengräber der kapitalistischen

Ordnung als „Proletarier“ einen Namen und eine mit Zuversicht versehene politische Option mit auf den Weg gegeben, durch Organisation und kollektives Handeln „eine revolutionäre Umgestaltung der ganzen Gesellschaft“ anzustreben, wobei das Manifest, wie Hobsbawm unterstreicht, einen möglichen Ausgang des „Klassenkampfes“ nicht ausschließt, nämlich den „gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“.

Jenseits des Gemeinplatzes, dass sich im 19. Jahrhundert jener Transformationsprozess abspielte, im Zuge dessen die „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“ wurde, also die vielbeschworene Arbeiterklasse mit ihrem Klassenbewusstsein, das es ihr ermöglichte, den theoretisch vorprogrammierten Klassenkampf zu praktizieren, weisen die Formierungsprozesse der Arbeiterklasse(n) in Europa und in den USA durchaus beträchtliche Variationen auf (Katznelson/Zolberg 1986), und natürlich sind diese nicht unabhängig von inneren Staatsbildungsprozessen zu sehen (Friedman 1998). Zudem finden sich in den einschlägigen Immigrationsländern (z.B. in Lateinamerika) – dank der europäischen Auswanderungsbewegung – seit etwa 1900 Arbeiterparteien. Ihre Relevanz blieb jedoch auf bestimmte Regionen und ökonomische Sektoren sowie auf die eigene politische Interessensartikulation als LohnarbeiterInnen begrenzt. Im Zusammenhang mit „national“ ausgerichteten Entwicklungsregimes wurden sie (gemeinsam mit den Gewerkschaften) oftmals als politischer Transmissionsriemen zur Loyalitätsbeschaffung für diverse populistische Regierungsformen funktionalisiert.

Obwohl es eine moderne Spielart sozialgeschichtlich orientierter Arbeitergeschichte gibt, stehen gegenwärtig neue Forschungs- und Interpretationsperspektiven als Herausforderung im Raum. Die „transkontinentale Arbeitergeschichte“ soll die weltweite und grenzüberschreitende historische Untersuchung von Lebensumständen, Arbeitsverhältnissen und sozialen Bewegungen im weitesten Sinne leisten (programmatisch van der Linden 2002; vgl. auch www.iisg.nl).

Der Blick zurück in die wechselvolle Geschichte der Arbeiterbewegungen macht deutlich, dass es erstens immer eine Vielfalt von Konzepten, Strömungen und Protest- bzw. Widerstandsformen und zweitens diverse „Krisen des Marxismus“ gab, was sich einprägsam in den verschiedenen Ausprägungen der Internationale(n) widerspiegelte. Realhistorisch von Bedeutung waren aber nur die (sozialdemokratische) Zweite Internationale und die seit der Oktoberrevolution (kommunistische) Dritte Internationale (vgl. van Holthoorn/van der Linden 1988; Bergmann 2002). Auf die historiographischen Spitzfindigkeiten rund um Taktik und Strategie der Arbeiterbewegungen kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden. Eines muss aber klar sein: Die

politisch organisierte Arbeiterschaft (Gewerkschaften wie Arbeiterparteien) agierte trotz aller internationalistischer Rhetorik auf nationalstaatlichem Terrain und entlang eurozentristischer Vorstellungen in dem Sinne, als sie die (zuerst in Europa und dann später nach Nicht-Europa sich ausbreitende) erfolgte Proletarisierung als Voraussetzung für soziale Bewegung verstand, und sie versuchte die Reproduktionsbedingungen ihrer Mitglieder bzw. der Lohnabhängigen insgesamt zu verbessern. Dabei wurde der Zentralstaat zunehmend zum Adressaten von sozialpolitischen Reformvorstellungen. Eine entscheidende Weggabelung jenseits eines reformistisch-evolutionistischen Sozialismuskonzeptes wurde durch die Bolschewiki in Form der Oktoberrevolution in Russland realisiert. Die Existenz der Sowjetunion sollte für zahlreiche soziale Bewegungen – vor allem in der „Dritten Welt“ – im Verlaufe des 20. Jahrhunderts zu einem wichtigen Bezugspunkt für die eigenen Erfolgsbedingungen im Kampf gegen imperialistische Beherrschung und Dominanz werden.

Ein Blick auf die gesellschaftlichen Realitäten macht klar, dass die historische Mission der Revolution zumeist nicht durch proletarische Hände, aber unter Zuhilfenahme von Gewehrläufen realisiert wurde. Bewaffnete Widerstände und revolutionäre Tatkraft wurden in bedeutendem Maße durch bäuerliche Trägerschichten realisiert (vgl. Feldbauer/Puhle 1992; Moore 1969). Auch hier hat also die Geschichte den Eurozentrismus der Arbeiterbewegung(en) widerlegt. Wenn es demnach nicht wahr ist, dass sich Proletarisierung im Gleichschritt über die Welt ausbreitet, dann ist eben auch klar, dass anderswo andere Kräfte aktiv werden. Und so ist es auch geschehen.

Was waren nun die Rahmenbedingungen für die systemfeindlichen Bewegungen im „historischen Kapitalismus“? (Wallerstein 1984) Die Logik der Kapitalverwertung und die damit einhergehende permanente Akkumulation von Kapital bedeutete eine ständige Expansion in Raum und Zeit, wobei der globalen Einheit „Weltökonomie“ eine Vielfalt von National-Staaten und lange Zeit eine von Kolonialreichen (bzw. kolonial oder halbkolonial abhängigen Gebieten) gegenüberstand. Unter diesen Bedingungen einer hierarchisch organisierten globalen Arbeitsteilung tobte der Kampf um Vorteile im Streben um maximale Gewinne, die historisch immer wieder mit hegemonialen Konstellationen verbunden war. Außerdem implizierte „Entwicklung“ im modernen Weltsystem ungleiche (Zentrum/Semiperipherie/Peripherie) und ungleichmäßige Entwicklung. Besondere Erwähnung gebührt dem Sachverhalt, dass die Tendenz der Verwandlung aller Dinge in Waren (*commodification*) nicht bedeutete, dass die Kapitalakkumulierenden daran interessiert waren, das Lohnarbeitsverhältnis zu verallgemeinern. Ganz im Gegenteil: Die kom-

binierte Nutzung verschiedenster Ausbeutungsformen (freie Lohnarbeit, semi-proletarische Haushalte, Subsistenzarbeit, Zwangsarbeit) schuf Flexibilität und senkte die Kosten. Als wichtige zusätzliche Stratifikationsmerkmale der Weltwirtschaft wurden Geschlecht, Ethnizität und Staatsbürgerstatus geschichtsmächtig (Wallerstein in Balibar/Wallerstein 1990). Das alles hatte natürlich Auswirkungen auf die (weltweiten) sozialen Bewegungen im Allgemeinen und auf die antisystemischen Bewegungen im Besonderen.

In der klassischen Betrachtung von Klassenkampf standen sich Kapital und Arbeit gegenüber; merkwürdig genug, dass der Staat gleichsam als neutraler Schiedsrichter angesehen wurde, wo er doch durch seine bürgerlichen Gesetze den Besitzindividualismus in juristische Legalitätsformen presste und außerdem in Form von Militär und Polizei das physische Gewaltmonopol in Händen hielt. Im Verlaufe der Zeit, insbesondere zu Zeiten des klassischen Imperialismus im ausgehenden 19. Jahrhundert (mit seiner ausgeprägten innerimperialistischen Konkurrenz) geriet ein Aspekt ins politische Wahrnehmungsfeld, dem zufolge Kapitalakkumulierende und Arbeiterschaft in den ökonomisch höher entwickelten Industriestaaten ein „gemeinsames“ Interesse gegenüber Kapitalakkumulierenden (in der Peripherie) und der dortigen Arbeiterschaft hatten. In diesem Zusammenhang kam das durchaus umstrittene politische Vokabel von der „Arbeiteraristokratie“ in Umlauf. Da, wie schon angedeutet, eine ungleiche Position in der hierarchisch strukturierten Weltökonomie auch die Profit- und Wohlstandschancen mindern konnte, versuchten insbesondere verschiedene Gruppen innerhalb dieser (schwächeren) Staaten an die Schalthebel der Macht zu gelangen, um Staatsmacht gegen Kapitalakkumulierende in ökonomisch stärkeren Staaten zu benutzen. Wann immer das geschah, sprachen wir von „antiimperialistischen Kämpfen“ oder nationalen Befreiungsbewegungen. Sobald also soziale Bewegung global betrachtet wird, tritt deutlich hervor, dass sich im globalen System aus der Kombination von Klassenwiderspruch und der im geographischen Gegeneinander sichtbar werdenden Ungleichheit auch eine komplexe Konstellation von unterschiedlich gerichteten Befreiungsinteressen – so in diesem Fall klassische Arbeiterbewegung und/versus nationale Befreiungsbewegung – ergibt.

Aus dieser komplexen Realkonstellations heraus lässt sich die Behauptung wagen, dass der Internationalismus der Arbeiterbewegung mehr oder weniger ein Papiertiger geblieben ist, insofern die Bildung einer tatsächlich globalen Koalition der Interessen all jener Gruppen nicht gelungen ist, die durch das globale System mittels Ethnizität, Staatsbürgerschaftsstatus, Geschlecht und Klasse in unterschiedliche und leicht gegeneinander aus-

spielbare Positionen gedrängt wurden. Trotz alledem: Die sozialistischen Arbeiterbewegungen und die nationalistischen Bewegungen bedienten sich einer universalen Sprache, im Wesentlichen jener der französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (die Schwesterlichkeit blieb historisch auf der Strecke). Im Gewande der Ideologie der Aufklärung predigten sie ihr unausweichlich fortschrittsorientiertes Emanzipationsvorhaben, ohne dessen tatsächlich universalen Potenziale einlösen zu können (Wallerstein 1984; vgl. diverse Abschnitte von Wallerstein in Balibar/Wallerstein 1990).

4. Soziale Bewegungszyklen im modernen Weltsystem

Die erfolgreiche Expansion der kapitalistischen Weltwirtschaft in Raum und Zeit minderte die inneren Widersprüche des Systems keineswegs, sondern verschärfte sie langfristig in immer neuen Wellenbewegungen. Im 20. Jahrhundert haben soziale und nationale Bewegungen überall Fuß gefasst und insgesamt an Stärke zugenommen. Bestand zwischen beiden ursprünglich noch eine unverkennbare Rivalität, so änderte sich das im Laufe der Zeit. Im Laufe des ersten Viertels des 20. Jahrhunderts gab es nicht nur im Zentrum eine Reihe gut organisierter Arbeiterbewegungen und sozialistischer Parteien, auch in Ländern wie China, Mexiko, Indien und der Türkei und in der arabischen Welt hatte eine Vielzahl von ernst zu nehmenden nationalistischen Bewegungen Gestalt anzunehmen begonnen und natürlich auch im größten Teil Europas. Die Russische Revolution von 1917 markierte einen historisch-symbolischen Wendepunkt. „Zwar repräsentierte auch sie sämtliche Vieldeutigkeiten antisystemischer Bewegungen der damaligen Zeit, dennoch war ihre Sprengkraft gewaltig, lieferte sie doch den ersten greifbaren Beweis für die Möglichkeit (wenn auch nicht für die Realität) einer neuen Weltordnung.“ (Wallerstein 1986:18) Die Oktoberrevolution erschütterte zudem die Vorstellungen von Stabilität der historisch gewachsenen Systeme, man denke nur, in welchem Maße das Vertrauen der Potentaten und bürokratischen Eliten in den ewigen Bestand solcher Gesellschaftsgebilde ins Wanken geriet.

Das 20. Jahrhundert sollte unter verschiedenen Kontextbedingungen noch so manche „nationale“ oder „sozialistische“ Revolution hervorbringen. Hinzuzufügen wären noch jene realgeschichtlichen politisch-kulturellen Formen der Verweigerung, die soziokulturell inspirierten „Renaissancen“, die diversen „Pan“-Bewegungen, die politische Interessensartikulation von Ethnien sowie der nicht-weißen Mehrheit der Weltbevölkerung und, nicht zu vergessen, die Frauenbewegungen, die schon zur Jahrhundertwende auf der

Basis internationaler Netzwerke agierten. Nach Wallerstein haben all die genannten, sich häufig überlappenden, aber durchaus auch miteinander in Konflikt befindlichen Bewegungen denselben grundsätzlichen Ausgangspunkt: die langandauernde direkte Unterdrückung einer Gruppe, verursacht durch die Funktionsweise des kapitalistischen Weltsystems. Es handelt sich um Bewegungen von deutlich Benachteiligten und Unterdrückten; ihre wesentliche Aktivität bestand in der Massenmobilisierung, die sie mit verschiedenen Mitteln (nicht immer innerhalb der etablierten Parteien) und unter verschiedenen Randbedingungen erreichten (Wallerstein 1986:20f). Diejenigen Bewegungen, die erfolgreich die Staatsmacht an sich gezogen hatten, sahen sich nunmehr mit den Realitäten der weltweit wirksamen ökonomischen und politischen Mechanismen konfrontiert, was ihnen nur relative Freiheitsgrade in ihren Politiken der Umverteilung ermöglichte.

Gibt es nun die Möglichkeit, in historischer Perspektive soziale Bewegungszyklen zu benennen? Annäherungsweise lassen sich dazu Aussagen machen. Eine Forschungsgruppe des Fernand Braudel Centers beschäftigte sich mit „Labor Unrest“ im Zeitraum von 1870–1990, der geographische Fokus bezieht die USA, Deutschland, Italien, China, Südafrika, Ägypten und Argentinien mit ein. Der ambitionierte Forschungsansatz verfolgte dabei eine Zusammenschau von Arbeiterprotesten und Entwicklungsphasen der Weltwirtschaft sowie des globalen sozialen Wandels. Die empirische Auswertung breit gefächerter Protestformen basierte zum größten Teil auf der Analyse der Zeitungsberichterstattung der New York Times und der Times in London. Selbst wenn man der Quellengrundlage und der interpretatorischen Verallgemeinerung skeptisch gegenübersteht, kommen hier im Unterschied zur selektiven akademischen Arbeitergeschichtsschreibung die vielfältigsten Protest- und Widerstandsformen vor, auch die militanten. Zudem wurde hier erstmals ein wahrlich angemessener Untersuchungszeitraum gewählt (vgl. das einschlägige Themenheft *Review*, hrsg. von Silver/Arrighi/Dubovski 1995). In der gängigen Forschung wurden bislang eher nur Streikbewegungen erfasst. Ganz grundsätzlich ist allerdings zu bedenken, dass beispielsweise eine beträchtliche Streikhäufigkeit nicht unbedingt schon ein besonders hohes Niveau von Klassenkampf bedeuten muss. Anders gesagt: Intensive Klassenkonflikte können sich anstatt in Form von Streiks in anderen Formen ausdrücken wie z.B. Tumulten, Sabotage, Fabriksbesetzungen, bewaffneten Revolten.

Welche Muster und Zusammenhänge lassen sich identifizieren? In der Langfristperspektive stechen die unmittelbaren Jahre nach den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts hervor, wo besonders starke Protest-

formen nachweisbar sind, und zwar in sämtlichen Weltregionen. Für die Revolutionsforschung sind das nachgerade höchst sensible Zeiten mit einer erhöhten Chance auf politischen Machtwechsel, wobei „revolutionäre Situationen“ keinesfalls zwingend in Revolutionen münden; umgekehrt gibt es Fälle, wo eine solche Ausgangssituation fehlte, aber revolutionäre Ergebnisse zustande kamen (Tilly 1993). Ganz generell lässt sich festhalten, dass in den (langen) Wirtschaftsaufschwungsphasen (A-Phasen) Arbeiterproteste jeglicher Art häufiger vorkommen und zu erfreulichen Resultaten führten. Umgekehrt verhält es sich in (langen) Wirtschaftsabschwungsphasen (B-Phasen). Es gab dazwischen immer auch kurzfristige Protestphänomene von besonderer Intensität, so zum Beispiel Teuerungsrevolten und Mieterstreikbewegungen kurz vor dem Ersten Weltkrieg, Arbeitslosenproteste zu verschiedenen Zeiten, aber auch die amerikanische Wohlfahrtsempfänger- und Bürgerrechtsbewegung (Piven/Cloward 1986).

Alles in allem hängen die jeweiligen Zyklen ganz entscheidend von der Fragestellung und Perspektive ab. Wenn man eine nicht rein arbeitersbewegungszentrierte Perspektive einnimmt, dann treten Bauernbewegungen, Landbesetzungen usw. ins Blickfeld. Oder wer heutzutage etwa nur auf Europa schaut, der verabschiedet Arbeiterklasse und Klassenkampf nur allzu schnell; würde allerdings umgekehrt die „Dritte Welt“ zum Ausgangspunkt gewählt, kämen ganz gegenteilige Interpretationen zustande. Ein lehrreiches Beispiel einer solchen perspektivischen Konstellation bietet James Petras mit seiner Kritik am „Post-Marxism“ und damit zugleich an den ehemaligen marxistischen Intellektuellen – wie etwa an Perry Anderson, dem Herausgeber der *New Left Review* (vgl. Petras 1998, 2001).

5. Was sind die Perspektiven?

Es darf als evident gelten, dass das im „goldenen Zeitalter“ der Nachkriegs-ära stimmige Ensemble von drei synchronisierten „Modellen“ (keynesianischer Wohlfahrtsstaat in zahlreichen Zentrumsstaaten, binnenmarktorientierte Importsubstitutionspolitik-Phase II plus populistisch orchestrierte Verteilungspolitik in den größeren so genannten Schwellenländern und nationaler bzw. sozialistischer Entwicklungsstaat in den postkolonialen Ländern) spätestens Ende der 1970er-Jahre den Zustand der Erschöpfung erreicht hatte (Jäger/Melinz/Zimmermann 2001:9ff). In Anbetracht einer nun schon mehr als 20 Jahre andauernden „Globalisierungskrise“ sind, systemisch betrachtet, sämtliche Ebenen wie Ökonomie, Gesellschaft und Politik negativ betroffen; somit könnte diese Krise als Übergang des kapitalistischen Weltsystems in eine

neue Phase gedeutet werden (Wallerstein 1986; Melinz 1999; Petras/Veltmeyer 2001). Worin dieser globale Transformationsprozess münden wird, ist sowohl ungewiss als auch umstritten. Die alte Formel der marxistischen Zusammenbruchstheoretiker gibt es in ihrer ursprünglichen Form heute nicht mehr. Und wenn man der historisch-empirisch nachvollziehbaren Vorstellung von Aufschwung – Krise – Krieg – Rekonstruktion – Aufschwung folgen würde, dann wäre man damit konfrontiert, einen (großen) Krieg prognostizieren zu müssen. Vorerst werden die widersprüchlichen Interessenlagen und die realen Konflikte des *interstate system* in ausgewählten Zonen mehr oder weniger weit abseits der Zentrumsstaaten (Golfkrieg I, Golfkrieg II, Balkankriege, Tschetschenien etc.) unverblümt durch militärische Interventionen zugunsten einer „neuen Weltordnung“ betrieben. Gemäß der Hoffnung politisch sehr unterschiedlich ausgerichteter Kommentatoren könnte ein aus der Perspektive der Langen-Wellen-Theorie sich abzeichnender – in diesem Fall wohl ein schumpeterianischer innovationsbasierter – Aufschwung Rettung für die weltwirtschaftliche Entwicklungsblockade bedeuten. Kurzfristige Konjunkturverbesserungen können an den gegenwärtigen Strukturproblemen ohnedies nichts Entscheidendes verändern.

Die Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche wird wohl auch in den (industrialisierten) Zentrumsstaaten weiter zunehmen; in anderen Regionen dieses Erdballs ist die soziale Gemengelage ohnedies schon „heiß“. Die Legitimitätsbasis der klassisch-liberalen Wettbewerbsdemokratie (und ihrer Nachbildungen an den verschiedensten Orten des Globus) wird einer weiter gehenden Erosion ausgesetzt sein, der Parteienstaat wird mit Sicherheit wieder zugunsten von mehr Populismus und Bewegungsmetaphorik ins Hintertreffen geraten. In historischer Perspektive legen hierfür die 1920/1930er-Jahre – trotz aller Unterschiede innerhalb verschiedener Regionen des Weltsystems – ein beredtes Zeugnis ab. Hier sind beispielsweise die Erfahrungen der Großen Depression (1929ff) von Bedeutung: Das Hereinbrechen der Weltwirtschaftskrise und ihre sozialökonomischen Folgen entfes-selten weltweit und innergesellschaftlich eine neue Runde eines Umverteilungskampfes, der bereits seit dem Ende des Ersten Weltkrieges einsetzte und in dessen Gefolge liberal-korporatistische Konfliktregulierung fast zur Gänze außer Kraft gesetzt wurde. Insbesondere dort, wo der Parteienstaat der modernen Massendemokratie bereits Fuß gefasst hatte, gelang es nicht selten, partikularistische Interessenserwartungen in klassen- und statusübergreifende Bewegungs- und Volksgemeinschaftskonzepte zu transformieren, deren Ausgrenzungs- und Marginalisierungsrhetorik weniger klassenspezifisch, denn „völkisch“ und geschlechtsspezifisch war. Die un-

verkennbare soziologische Umschichtungsfälle (soziale Aufstiegs- versus Abstiegsbewegungen), die als Ergebnis des Ersten Weltkrieges während der gesamten 1920er-Jahre geöffnet blieb und sich um 1930 noch weiter öffnete, spielte den profaschistischen und autoritär ausgerichteten Mobilisierungsakteuren direkt in die Hände (Melinz 1995:245). Defensivstrategische Ausrichtungen diverser sozialdemokratischer Parteien bzw. die Zersplitterung der politischen Linken in einzelnen Ländern machten es in einigen europäischen Ländern dem „Block an der Macht“ möglich, eine autoritär-ständestaatliche oder gar faschistische Ordnung (mit mehr oder weniger Massenbasis) zu errichten. Daran lässt sich ganz grundsätzlich aufzeigen: Kapitalistische Wirtschaft und Demokratie sind eben keine siamesischen Zwillinge, weder historisch noch aktuell; dies gilt natürlich auch für die zahlreichen mehr oder weniger industrialisierten Länder (Melinz 1995; Becker 1998). Im gleichen Zeitraum lassen sich an der Peripherie die unterschiedlichsten Mobilisierungs- und Widerstandsformen identifizieren, die ebenfalls mit populistischen, klassenübergreifenden Rhetoriken operierten. Das vereitelte zu meist die Wahrnehmung einer autonomen Rolle von Arbeiterparteien und Gewerkschaften.

Wenngleich historische Konstellationen nicht direkt zu übersetzen sind, so erscheint aus der gegenwärtigen Perspektive die Beschäftigung mit der Zeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts bis hin zur Neugestaltung einer hegemonialen Ordnung nach 1945 insofern als erkenntnisfördernd, als dadurch ein anderer Blick auf die jüngste Vergangenheit kapitalistischer Weltwirtschaft und soziopolitischer Transformation gerichtet werden kann.

Der gegenwärtig zunehmende disziplinargesellschaftliche Zugriff auf die einzelnen Subjekte, im Zusammenspiel mit einer verstärkten Attacke gegen die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, verbunden mit der Verschlechterung der Einkommens- und Lebenschancen immer größerer Bevölkerungsgruppen, das alles signalisiert, dass die „guten Gründe“ sich vermehren, in den herrschenden Verhältnissen eine Bedingung, gewissermaßen ein neues „Möglichkeitsfeld“ zu erblicken.

Dies gilt erst recht in globaler Perspektive. Das vom slowenischen Philosophen Slavoj Žižek propagierte Motto „Lenin wiederholen“ bedeutet „keine Rückkehr zu Lenin“, sondern meint vielmehr die Sensibilisierung auf jene Belange, „die Lenin *nicht tat*, seine *verpassten* Gelegenheiten“. Die von Žižek aufgeworfene Frage, anstatt nach der „verschwindenden Arbeiterklasse“ zu suchen, sollte man besser fragen: „Wer besetzt heute ihre Position als Proletarier, wer ist in der Lage, sie zu subjektivieren?“ (Žižek 2002:186f) Wer nun weltweit die sozialen Verlierer der neoliberalen Etappe des so genannten

Globalisierungsprozesses sind, stellt keinesfalls ein Geheimnis dar. Die zentrale und schwer zu beantwortende Frage nach dem „kollektiven Subjekt“ der Veränderung ist in diesem Zusammenhang der sozialen Vielfalt dieser Verlierer zuzuschreiben, die von den gänzlich Verarmten bis weit in die Mittelschicht reicht. Das vielzitierte und höchst unzutreffende Bild von der „verschwindenden Arbeiterklasse“ ist jedenfalls irreführend, denn die Lohnabhängigen und die wahlverwandten Existenzformen – wie erzwungene Selbstständigkeit, atypische Beschäftigungsformen, verschiedene Formen der Zwangsarbeit, landloses Bauerndasein usw. – bilden noch immer das Gros von Lebenslagen, das kein auskömmliches Leben zu garantieren imstande ist (Dietrich 1999; Leys/Panitch 2000).

Im Lichte historischer Erfahrungen könnte der Fall eintreten, dass die vorhin genannten Gruppen sich von neuem mit sozialen und politischen Lernprozessen abmühen müssen, weil – seit mehr als hundert Jahren – die alten Sozialbewegungen (Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen) zu viele Leerstellen hinterlassen haben bzw. mit so viel nicht-emanzipatorischem Gehalt beseelt haben, dass es schwierig ist, einen passenden Einstiegspunkt für eine erneute Politisierung zu finden. Schlichte Ansätze der Kooperation klingen meist verlockender als sie realiter sind. Sozialpartnerschaftlich fixierte und auf Stellvertreterpolitik ausgerichtete Gewerkschaften bilden wohl keine geeignete Grundlage für autonomes Handeln von Betroffenen, denn die alten sozialen Bewegungen und ihre innere Grammatik folgen dem Konzept der Stellvertreterpolitik. Als roter Faden der Arbeiterbewegungsgeschichte ließe sich herausstreichen, dass die parlamentarische Repräsentanz der Sozialdemokratie durchaus immer wieder außerparlamentarische Protestbewegungen zur Erreichung von Sozialreformen funktionalisiert hatte, in jedem Fall aber interessiert war, diese meist spontan „von unten“ entstandenen Bewegungen unter ihre Kontrolle zu bringen. Eine beschämende Rolle spielte etwa auch die Kommunistische Partei Italiens, die zur Demonstration ihrer Regierungsfähigkeit ab 1979 zur Vorreiterin der Kriminalisierung und Einkerkierung einer ganzen Generation von radikalen Linken wurde (Azzellini 2002:76).

Seit den 1990er-Jahren gibt es im Gefolge zahlreicher neuer unabhängiger Gewerkschaftsbildungen einen ausführlichen akademisch-praxisorientierten Diskurs von Intellektuellen zur Propagierung eines „social-movement unionism“. Diesen Protagonisten geht es um die Herstellung eines Brückenschlags zwischen den zahlreichen „neuen“ globalisierungskritischen Bewegungen und einer internationalen Gewerkschaftsbewegung, die sich diesbezüglich mit einem neuen Selbstverständnis positionieren sollte

(Waterman 1998; Moody 1999; Turner/Katz/Hurd 2001; Waterman/Wills 2001). Die Früchte solcher neuer Zugänge müssen wohl erst noch reifen. Die „Multitude“, oder die vielfältigen Forderungen nach „coalition-building based on respect for difference“ werden des Rätsels Lösung gewiss nicht sein, zumindest so lange nicht, als erstens die auch materielle Basis von „Differenz“ nicht sehr viel ernster genommen wird, als es zur Zeit Mode ist, und als zweitens keine Konzepte und Formen entwickelt werden, die anzugeben in der Lage sind, wie denn nun innerhalb der „Koalitionen“ mit materiellen und Machtdifferenzen konkret umgegangen werden kann und soll. Das neue Denken in Koalitionen jenseits von Staat und klassischer Organisation birgt tatsächlich auch Gefahren.

An Einwänden fehlt es nicht: So sieht etwa Detlev Hartmann (2002) im Bestseller „Empire“ von Toni Negri und Michael Hardt, die auf das Konzept der „Multitude“ setzen, keine Perspektiven für eine soziale Revolution, sondern ganz im Gegenteil die Gefahr, dass sogar faschistoide Strukturmuster bedient werden, da Linke seit jeher imstande waren, „gesamtgeseilschaftlich“ zu denken und zugleich den in Gang befindlichen gesellschaftlichen Umbauprozessen durch Beihilfe zur „Vergemeinschaftung“ hilfreich zur Hand zu gehen (Hartmann 2002:162ff; siehe auch Fischer/Jäger/Becker in diesem Band). Das mag vielen übertrieben erscheinen; es sei hier allerdings daran erinnert, dass eben der Nationalsozialismus sehr viele vorgefundene Vergesellschaftungsformen der Arbeiterbewegung für seine Zwecke modifizierte bzw. funktionalisierte.

Ein weiterer Aspekt aus der Geschichte der alten sozialen Bewegungen hat nichts an Relevanz eingebüßt. Die Prozesse der Institutionalisierung und Professionalisierung bewirkten zunächst für einzelne und letztlich für viele Engagierte alternative berufliche Karrierechancen (z.B. die heutzutage so vielgescholtenen Krankenkassenfunktionäre; diverse Tätigkeitsprofile innerhalb von partei- bzw. bewegungseigenen Betrieben; die Bekleidung politischer Ämter und Funktionen usw.). Dieses Integrationsmuster lässt sich bereits heute nicht mehr nur am Beispiel diverser „alter“ sozialer Bewegungen, sondern längst auch anhand der NSB nachweisen. Insbesondere in Osteuropa und in Außereuropa ist die „NGO-isierung“ sozialer Bewegungen, d.h. ihre Transformation in häufig von internationalen Organisationen gesponserte „zivile“ Sozialorganisationen unterschiedlichster Couleurs bereits Legion und Zielpunkt heftiger Kritik seitens jener, die an der Idee politischer Selbstorganisation und Autonomie festhalten. Letztendlich, so diese KritikerInnen, werden die AktivistInnen in zwar sozial sinnvolle, aber eben auch rein lokal ausgerichtete neue „Jobs“ hineingezogen bzw. von diesen

aufgefressen. Die historische Betrachtungsweise lässt auch in diesem Fall frappante Wiederholungen bzw. die Neuauflage des latent nunmehr in einem internationalisierten statt nationalstaatlichen Rahmen integrativ-absorbierte ehemalige Protestpotenzial zum Vorschein kommen. Aufgeklärte staatliche Bürokraten und Einzelunternehmer hatten bereits zu Zeiten der historischen Herausbildung des modernen Sozialstaates auf alternative Organisations- und Konzepterfahrungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften aufgebaut. Für die staatliche Arbeitslosenversicherung in Österreich beispielsweise wurde ganz bewusst auf die Erfahrungen der gewerkschaftlichen Selbsthilfe zurückgegriffen. Denn hier stellte sich schon früh die Frage nach der Verhinderung von Unterstützungsmissbrauch. Der neu geschaffene Arbeitslosenversicherungsapparat wurde von Beginn an mit ehemaligen Arbeiterfunktionären verstärkt. Die heutigen GlobalisierungskritikerInnen können auf ähnliche „Erfolge“ verweisen, denn die Kritik an den Strukturanpassungsprogrammen führte zu einer selektiven Verarbeitung der NGO-Vorschläge und zwar in Richtung einer Funktionalisierung im Sinne einer marktkompatiblen Armutsbekämpfungsstrategie durch die Weltbank.

So scheint die Frage wohl berechtigt: Quo vadis, Globalisierungskritik? Eines der Mitglieder des Koordinierungskreises von ATTAC Deutschland macht klar, dass traditionalistische Kategorien wie „Reform“ und „Revolution“ oder „gemäßigt“ und „radikal“ untaugliche Problemdefinitionen darstellen und bereits den Weg in die unausweichliche Sackgasse anzeigen – doch die Alternative zu dieser Dichotomie zeigt noch recht widersprüchliche und unscharfe Konturen. Ulrich Brand folgt einem anders akzentuierten Denkpfad. Ihm zufolge bedarf „emanzipatorische Politik“ der „Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse“ und zwar „von unten“ (vgl. blätter iz3w, Nr. 261, 2002:16f). Über den Zuschnitt und die Machbarkeit „linker Politik“ für ein „Zeitalter des Übergangs“, das nach Immanuel Wallerstein sich noch länger hinziehen könnte, bestehen unterschiedliche Meinungen (vgl. die Beiträge in Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2002). Wallerstein hat in jüngerer Zeit das Konzept der „Utopistik“ vorgestellt – in Abgrenzung „von Utopien, die Illusionen nähren und deshalb zwangsläufig auch zur Desillusionierung“ führen (Wallerstein 2002:7). Mit „Utopistik“ ist eine „ernsthafte Einschätzung historischer Alternativen“ (ebd.:8) gemeint, die in einem 7-Punkte-Katalog aufgelistet und begründet wird (vgl. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2002:12ff). Die von Wallerstein als „Welt-Linke“ bezeichnete Kraft der Veränderung wird als pluralistische Linke gezeichnet, die sich im Rahmen einer nicht-hierarchisch strukturierten Weltfamilie anti-systemischer Bewegungen verortet. Die Anklänge an Konzepte des „coalition-

building“ und der „Multitude“ sind offensichtlich, doch bemüht sich Wallerstein stärker als andere Theoretiker, die gemeinsamen Ziele darzulegen und zu begründen. Als gemeinsames Anliegen gilt ihm die konsequente Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, wozu Antirassismus und die Demokratisierung des Geschlechterverhältnisses ebenso gehören wie Alternativen in der gesellschaftlichen Wertschöpfung und der Neuverteilung von Lebenschancen. Zu diffus und zu wenig konkret? Auch Wallerstein steht derzeit in einer Reihe mit vielen anderen eher kleinlaut klingenden linken Theoretikern, während andere sich stärker darauf konzentrieren, was – zuerst einmal – negiert werden muss. Für den Arzt und Historiker Karl Heinz Roth zum Beispiel, den wohl bekanntesten Vertreter einer von der italienischen Autonomie-Tradition geprägten Theorie, geht es in offenkundigem Kontrast zur nicht selten doch ins Beschauliche abgleitenden Attitüde der NSB ganz deutlich zunächst einmal um Ablehnung: Er fordert „... einfach die Negation der bestehenden Verhältnisse, und zwar nicht nur mental, nicht nur theoretisch, sondern auch im ganzen Lebensvollzug, also ein Leben gegen die bestehenden Verhältnisse zu organisieren, möglichst direkt und möglichst konfrontativ, das verstehe ich unter Widerstand ...“ (vgl. Buchklappentext Formbeloff 1993). Ein Motto, das die Selbstzerstörung bereits im Keim trägt? Oder: Auch nur Identitätspolitik wie jene der zahmen Lämmer in den Reihen der NSB? Eine grundlegende Frage stellte Barrington Moore in einem seiner Bestseller: Warum finden sich Menschen so oft damit ab, Opfer ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse zu sein? Und warum werden sie zu anderen Zeiten überaus zornig und versuchen mit Leidenschaft und Gewalt ihre Situation zu verändern (vgl. Moore 1982)? Eines ist klar: Geschichte ist immer auch ein gesellschaftlicher Konstruktions- und Deutungsvorgang, wobei Vergangenes jeweils nach aktuellen Interessen interpretiert oder auch außer Acht gelassen wird. Geschichte wird nichtsdestotrotz von Menschen (unter vorgefundenen Bedingungen) gemacht, somit handelt es sich hier um einen offenen Prozess; vermeintliche historisch-politisch unterfütterte Rezepte sind eher fehl am Platze.

Literatur

- Aya, Rod (1990): *Rethinking Revolutions and Collective Violence. Studies on Concept, Theory, and Method.* Amsterdam: Het Spinnuis
- Azzellini, Dario (2002): *Genua. Italien-Geschichte-Perspektive.* Göttingen/Berlin: Assoziation A
- Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (1990): *Rasse.Klasse.Nation. Ambivalente Identitäten.* Berlin: Argument Verlag

- Becker, Joachim (1998): Der kurze Traum der immerwährenden Demokratie. In: Kurswechsel 1: 11-22
- Bergmann, Theodor (2002): Internationalismus gestern – heute morgen. In: Geschichte wird gemacht. Soziale Triebkräfte und internationale Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert, Hg. Theodor Bergmann/Wolfgang Haible/Gert Schäfer. Hamburg: VSA-Verlag: 207-220
- Blätter des iz3w, Nr. 255, Nr. 261
- Brückner, Peter (1979): Über die Gewalt. Sechs Aufsätze zur Rolle der Gewalt in der Entstehung und Zerstörung sozialer Systeme. Berlin: Wagenbach
- Dietrich, Ben (1999): Klassenfragmentierung im Postfordismus: Geschlecht, Arbeit, Rassismus, Marginalisierung. Hamburg/Münster: UNRAST-Verlag
- Feldbauer, Peter/Puhle, Hans-Jürgen, Hg. (1992): Bauern im Widerstand (Historische Sozialkunde Beiheft 1). Wien/Köln/Weimar: Böhlau
- Friedman, Gerald (1998): State-making and Labor Movements. France and the United States, 1876–1914. Ithaca/London: Cornell University Press
- Formbeloff (1993): ... und es begann die Zeit der Autonomie: politische Texte von Karl-Heinz Roth u.a. Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation
- Geronimo (1997): Glut & Asche. Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung. Münster: UNRAST-Verlag
- Hartmann, Detlef (2002): Empire – Linkes Ticket für die Reise nach rechts: Umbrüche der Philosophiepolitik. Hamburg/Münster: Assoziation A
- Hobsbawm, Eric u.a. (1998), Das Manifest – heute. 150 Jahre Kapitalismuskritik. Hamburg: VSA-Verlag
- Hobsbawm, Eric (2000): Das Jahrhundert der Arbeiterbewegung. In: Die Arbeiterbewegung – ein gescheitertes Projekt der Moderne? (35. Konferenz der ITH, 14. bis 18. September 1999). Leipzig: Akademische Verlagsanstalt: 11-23
- Jäger, Johannes/Melinz, Gerhard/Zimmermann, Susan (2001): Sozialpolitik in der Peripherie. Zugänge und Entwicklungen in globaler Sicht. In: Sozialpolitik in der Peripherie. Entwicklungsmuster und Wandel in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa (HSK / Internationale Entwicklung 19), Hg. Johannes Jäger/Gerhard Melinz/Susan Zimmermann. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind: 9-36
- Katznelson, Ira/Zolberg, Aristide R., Hg. (1986): Working-Class Formation. Nineteenth-Century Patterns in Western Europe and the United States. Princeton: Princeton University Press
- Leys, Colin/Panitch, Leo (2000): Working classes, global realities (The Socialist Register 2001). London: The Merlin Press
- Melinz, Gerhard (1995): Christlichsoziale Politik und semiperiphere Entwicklung in Österreich. In: Österreichischer Zeitgeschichtetag: 242-245
- Melinz, Gerhard (1999): Weltwirtschaftskrise und „Globalisierungskrise“ als interpretative Herausforderung. In: Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929-1999). Wohin treibt die Peripherie? (HSK/ Internationale Entwicklung 15), Hg. Peter Feldbauer/Gerd Hardach/Gerhard Melinz. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind: 23-32
- Moody, Kim (1999): Das neue Proletariat. Gewerkschaften im „globalisierten“ Kapitalismus (Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2). Hamburg: VSA-Verlag

- Moore, Barrington (1969): Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Die Rolle der Grundbesitzer und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Moore, Barrington (1982): Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Petras, James/Veltmeyer, Henry (2001): Globalization Unmasked: Imperialism in the 21st Century. Halifax: Zed Books
- Petras, James (1998): A Marxist critique of post-Marxists. In: Links 9, <http://www.dsp.org.au/links/back/issue09/petras.htm>, 27. Juni 2003
- Petras, James (2001): Notes toward an understanding of revolutionary politics today. In: Links 19, <http://www.dsp.org.au/links/back/issue19/petras.htm>, 27. Juni 2003
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A. (1986): Aufstand der Armen. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp
- Rucht, Dieter (2002): Rückblicke und Ausblicke auf die globalisierungskritischen Bewegungen. In: Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus, Hg. Heike Walk/Nele Boehme. Münster: Westfälisches Dampfboot: 57-81
- Schultze, Thomas/Gross, Almut (1997): Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung. Hamburg: Konkret Literatur Verlag
- Silver, Beverly J./Arrighi, Giovanni/Dubovsky, Melvyn, Hg. (1995): Labor Unrest in the World Economy, 1870–1990 (Themenheft Review XVII, Nr. 1)
- Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2, 3 (2002)
- Tilly, Charles (1993): Die europäischen Revolutionen. München: C.H. Beck
- Turner, Lowell/Katz, Harry/Hurd, Richard, Ed. (2001): Rekindling the Movement. Labor's Quest for Relevance in the Twenty-First Century. Ithaca/London: Cornell University Press
- Van Holthoon, Frits/van der Linden, Marcel, Hg. (1988): Internationalism in the labour movement, 1830–1940. Leiden: E.J. Brill
- Votsos, Theo (2001): Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci. Ein Beitrag zu Geschichte und Gegenwart politischer Theorie (Argument-Sonderband AS 281). Hamburg/Berlin: Argument Verlag
- Wallerstein, Immanuel (1984): Der historische Kapitalismus. Berlin: Argument
- Wallerstein, Immanuel (1986): Krise als Übergang. In: Dynamik der globalen Krise, Hg. Amin, Samir u.a. Opladen: Westdeutscher Verlag: 4-35
- Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien: Promedia
- Waterman, Peter (1998): Globalization, Social Movements and the New Internationalism. London/Washington: Mansell
- Waterman, Peter/Wills, Jane (2001): Peace, Space and the New Labour Internationalisms. Oxford: Blackwell
- Žižek, Slavoj (2002): Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin Frankfurt am Main: Suhrkamp

Frieder Otto Wolf

Transnationale soziale Bewegungen und ihre zivilgesellschaftlichen Vermittlungsformen

Voraussetzungen und Entfaltungsmöglichkeiten

Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hat eine Metamorphose der Politik vollendet, die in den weltweiten Jugendrevolten der 1960er- und 1970er-Jahre gegen den Fordismus ihren Anfang nahm. An die Stelle der institutionalisierten Kollektivsubjekte des korporatistischen Klassenkompromisses und des internationalen Gleichgewichtes des Kalten-Kriegs-Systems sind differenzierte und kleinere Netze getreten, während sich zugleich modifizierte politische und ökonomische Prozesse entwickelten, in deren Verlauf sich Nationalstaaten zunehmend entgrenzt haben. In dieser neuen Zeit sind die unterschiedlichen Formen von Herrschaft nicht verschwunden, wie Enthusiasten glaubten oder glauben machen wollten – diese treten durchaus in zum Teil noch brutaleren Gestalten wieder auf. Gerade die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise macht sich weltweit in allen Gesellschaften in neuer Unvermitteltheit geltend, während Geschlechterunterdrückung und ökologische Krisen bereits die Grundlagen menschlicher Reproduktion in Frage zu stellen begonnen haben.

Transnationale zivilgesellschaftliche Netzwerke sind zu einem zentralen Gegenstand der zeitgenössischen Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen geworden und werden daher auch zunehmend zu einem wichtigen Thema in der Untersuchung der politischen Wirklichkeit. Um genauer zu verstehen, worum es eigentlich bei den Auseinandersetzungen um die neuen transnationalen Netzwerke wie Jubilee 2000, ATTAC oder Peoples' Global Action – um nur einige charakteristische Beispiele zu nennen – geht, ist es notwendig, die politisch-rechtlichen sowie institutionellen Prozesse der „Neuen Weltordnung“ zu analysieren, die seit 1989 an die Stelle des Kalten-Kriegs-Systems getreten sind und innerhalb derer die transnationalen Netzwerke ihre Strategien entfalten.

Frieder Otto Wolf ist Privatdozent am Philosophischen Institut der Freien Universität Berlin.

Hier soll ein Beitrag dazu geleistet werden, besser einschätzen zu können, inwieweit diese Netzwerke in der Lage sein werden, als Kommunikationskanäle und Stimmen einer Weltöffentlichkeit zur Durchsetzung einer alternativen neuen Weltordnung beizutragen. Gleichzeitig müssen aber auch die Grenzen und Hindernisse genauer betrachtet werden, die ihre Reichweite und Wirksamkeit einschränken. Für eine trennscharfe Untersuchung und Erörterung der Metamorphosen der Politik auf dem Weg zur Transnationalität, wie sie sich in zivilgesellschaftlichen transnationalen Netzwerken ausdrückt, sind wir zunächst auf differenziert und realitätstüchtig ausgearbeitete Konzepte von „Zivilgesellschaft“, „Netzwerkpolitik“ und „Transnationalität“ angewiesen. Da aber gerade unter den gegenwärtigen, noch nicht vollständig ausgeformten neuen Bedingungen die bloße Analyse der – genau genommen immer schon in der Vergangenheit liegenden – Wirklichkeit keine hinreichende Grundlage für ein wirksam eingreifendes strategisches Handeln bietet, versuche ich in einem zweiten Schritt, einige handlungsleitende Orientierungen zu begründen.

1. Zivilgesellschaft, das „Gespenst“

Die Frage nach neuen zivilgesellschaftlichen Subjekten kann den Umstand nicht ignorieren, dass der Begriff der „Zivilgesellschaft“ paradigmatisch umkämpft ist. Bevor die Frage nach den neuen Subjekten näher erörtert wird, soll daher zunächst das Verständnis von Zivilgesellschaft, das hier zugrunde gelegt wird, artikuliert werden.

Der seit den 1980er-Jahren weltweit neu verbreitete Begriff der Zivilgesellschaft ist von Wolfgang Fritz Haug (1999:47ff) als ein „Wiedergänger“, ein „Gespenst“ (in Anspielung auf Derrida 1995) charakterisiert worden, das sich durch die europäischen Diskurse zieht und eben die *imaginäre* Dimension anspricht, die unsere durchaus geschichtsmächtigen Institutionen notwendigerweise aufweisen. Zivilgesellschaft ist in dieser Sicht eine „theoretische Kategorie für das Feld hegemonialen Ringens“, die „von den auf diesem Feld anzutreffenden Diskursen“ unterschieden werden sollte. Ein solcher, durchaus analytischer, weder normativer noch emphatischer Begriff der Zivilgesellschaft ist mehr als eine bloße Zusammenfassung empirischer Beobachtungen. Er artikuliert einen Gesichtspunkt, einen *Zugriff* auf Erfahrungen und Beobachtungen, aber auch auf künftiges Handeln – eigenes und anderer, in einer *begegnenden* Praxis. Insofern schließt er als *praktische Idee* unvermeidlich gewisse Formen von Idealisierung mit ein: „Jede Beschreibung oder gar Definition von Zivilgesellschaft greift ein ins Beschriebene und

überschreitet die Umgrenzung, welche die Definition doch sein will. Die Theorie fällt in den Gegenstand und erfüllt immer auch den Tatbestand der *Selbstorganisation*.“ (Haug 1999:49) Wenn wir darüber hinaus noch zwischen Begriffsbestimmungen, Wirklichkeitsbeschreibungen und theoretischen Erklärungen unterscheiden, können wir sagen, dass selbst noch die theoretischen Erklärungen innerhalb der sozialen Bewegungen umkämpft sind – was der Aufgabe der theoretischen Arbeit allerdings keinesfalls ihre Strenge und Verbindlichkeit nimmt (vgl. Wolf 2002).

Zwei zentrale Merkmale eines derartigen sowohl analytischen wie praktischen Begriffs der Zivilgesellschaft findet W. F. Haug in der Selbstreflexion der Zapatisten: Es geht um umfassende Einbeziehung statt um selektive Ausschließung sowie um die Herstellung und Reproduktion eines kollektiven Gesamtzusammenhangs anstatt einer individualistischen Fragmentierung und Isolierung. Oder in den Worten von Marcos um „eine Art von demokratischem Raum (...), der die Auseinandersetzungen von verschiedenen politischen Vorschlägen löst“ und auch „darum, das Wohnzimmer der neuen Welt aufzubauen, einen Raum, in dem die verschiedenen politischen Kräfte mit gleichen Rechten und Pflichten um die Unterstützung der Mehrheit der Gesellschaft *kämpfen*“ (Marcos 1996:226f). Haug macht auf die Parallelität dieser Auffassung mit den Bestimmungen der Zivilgesellschaft aufmerksam, wie sie Habermas (1992:443) und Walzer (1998:79) gegeben haben.

Eine solche Vorstellung von Zivilgesellschaft verfällt weder in den eher unpraktischen Optimismus, dass „the emergence of global civil society will (...) necessarily lead to a more peaceful and unified world“, was die eigenen Initiativen der konkret konstituierten gesellschaftlichen Subjekte letztlich überflüssig machen würde, noch verbreitet sie umgekehrt einen lähmenden Pessimismus, welcher „the emergence of a neo-medieval world with high levels of conflict and confrontation“ als Zukunftsperspektive entwirft (Lipschutz 1992:419), in der die Privatisierung der Regierungsfunktionen zu neofeudalen persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen führt. Dies gilt vor allem dann, wenn im Auge behalten wird, in welcher Weise derartige zivilgesellschaftliche Bewegungen zu subjektiven Trägern neuer Bedürfnisse und Forderungen werden. Eine solche Auffassung macht es vielmehr möglich, sowohl die pauschale Kritik an den Diskursen über Zivilgesellschaft als einer bloßen Maskierung der Herrschaftsverhältnisse als auch deren radikalliberale Verharmlosung zu einem Konzept der normativen Aufwertung der ohnehin bestehenden Verbände und Vereine zurückzuweisen. Damit wird es erst möglich, der wichtigen Frage nachzugehen, wie es gelingen kann, „to

represent the values and interests of social autonomy in face of both the modern state and the capitalist economy“ (Cohen/Arato 1992:30).

Aus der Beschreibung, die Heike Walk und Achim Brunnengräber in ihrer wichtigen Rahmenuntersuchung der NGOs als zivilgesellschaftlicher Kraft vom Übergang „vom korporatistischen zum kooperativen Staat“ (Walk/ Brunnengräber 2000:244 ff) geben, lässt sich jedenfalls eine triftige negative Bestimmung der *neuen Akteure* gewinnen: Es sind diejenigen, welche in diesem historischen Umbruch die „korporatistischen Säulen aus Staat, Arbeit und Kapital“ (als „big government, big capital, big labor“ gemäß der fordistischen Konstellation) zurückgedrängt und – jedenfalls als hegemoniale Akteure – inzwischen auch abgelöst haben. Die Gleichsetzung dieser neuen Akteure mit den NGOs, die Walk und Brunnengräber hier als selbstverständlich voraussetzen, beruht jedoch auf einer unzureichenden theoretischen Analyse. Dies gilt nicht nur, weil sie damit das gesamte spannungsreiche Formenspektrum, das von den in der CONGO (Conference of NGOs in Consultative Status bei der UNO) akkreditierten transnationalen Organisationen bis zu informellen Bündnisnetzwerken sozialer Basisinitiativen reicht, unter den allzu einfachen Begriff der NGO bringen. Diese Betrachtungsweise vernachlässigt vor allem, dass inzwischen auch „aus Staat, Arbeit und Kapital“ andere und andersartige Akteure als jene „korporatistischen Säulen“ versucht wurden zu entwickeln: Etwa internationale Moderationsinstanzen wie die G7/G8 oder auch innergesellschaftlich angelegte, aber transnational vernetzt tätige Vermittlungsformen wie der so genannte „Dritte Sektor“ (= zwischen Markt und Staat), die „aus Staat“ generiert worden sind; neuartige Gewerkschaften wie die französischen SUD-Organisationen oder die bundesdeutsche *ver.di*; aber auch neuartige Akteurskonstellationen des Kapitals wie das Davoser Weltwirtschaftsforum, der European Round Table of Industrialists (ERT), die *global players* unter den großen kapitalistischen Unternehmen und auch die neue Form des Netzwerkunternehmens.

Für ein Verständnis von Zivilgesellschaft, das die neuen Züge der Entwicklung seit dem Ende der 1980er-Jahre in den Vordergrund zu rücken versucht, wird es problematisch bleiben, eine klassische Lobbyorganisation wie den Verkehrsclub ADAC als solche zum zivilgesellschaftlichen Akteur zu verklären. Allerdings versucht der ADAC auch auf dem Terrain der Zivilgesellschaft hegemoniebildend tätig zu werden, kann also nicht einfach beiseite gelassen werden.

Eine ernsthafte Analyse der Zivilgesellschaft muss das gesamte Spektrum ihrer Umkämpftheit ins Auge fassen. Das geht nicht, ohne auch den neuen Gestalten Aufmerksamkeit zu widmen, mit denen Staat, Arbeit und

Kapital, die ihre fordistischen Aggregatzustände in verschiedenen Anläufen abgestreift haben, in den letzten Jahrzehnten in dieser Sphäre strategisch tätig geworden sind.

2. Netzwerkpolitik als neue Form von Politik

Netzwerkpolitik als Kennzeichnung einer neuen Verlaufsform politischer Auseinandersetzungen ist noch kein disziplinär verfestigtes Konzept. Der mathematisch-topologische Begriff des Netzwerks, der auf dem Begriff des Knotens aufbaut, lässt keine eindeutige Bestimmung zu. Es scheint zweckmäßig zu sein, das Konzept einer *Netzwerkpolitik* (vgl. Wolf 2001) von dem seit den 1980er-Jahren bereits eingefahrenen Konzept der *Politiknetzwerke* (vgl. Scharpf 2000), das sich auf objektive Politikprozesse bezieht, zu unterscheiden. Dieses neue Konzept erfasst mehr als eine veränderte subjektive Umgehensweise mit unveränderten Verhältnissen: Politiknetzwerke enthalten immer auch Veränderungen im objektiven Gegenstandsfeld. Daher sollte es sinnvollerweise sowohl auf die spezifische Entwicklung dieser Motivations- und Trägerdynamik und die gegenständlichen Metamorphosen der typischen Handlungsmuster in einer von Politiknetzwerken geprägten politischen Verfasstheit bezogen werden. Das heißt es geht in Untersuchungen auf der Grundlage dieses Konzeptes vor allem um den spezifischen Prozess, in dem sich handelnde Subjekte, also letztlich die sich engagierenden BürgerInnen, auf die objektiv vorgegebenen Handlungserfordernisse und die von sich selbst aus zu schaffenden, neuen Handlungsinitiativen einlassen.

Ich versuche den umkämpften Charakter der Netzwerkpolitik – den sie übrigens durchaus mit traditionelleren Politikformen teilt – in drei Thesen einzufangen:

- (a) Das die Netzwerkpolitik *antreibende* Bedürfnis nach *vernetzter Koordination* bleibt unauflöslich mehrdeutig: Zwischen dem Zweck der Selbstbestimmung im Sinne eines Prozesses der Befreiung der individuellen Subjekte zu einer gemeinsamen Praxis der Autonomie auf der einen Seite und einer Praktik ihrer allseitigen flexiblen Nutzbarkeit für vorgegebene fremde Interessen und somit als Bezugspunkt einer selbstorganisierten Selbstausbeutung auf der anderen Seite. Es wäre also gleichermaßen naiv, die Durchsetzung netzwerkpolitischer Handlungsformen für die in ihnen handelnden Subjekte als solche bereits als einen Akt der Befreiung zu begreifen oder aber sie allein unter dem Aspekt ihrer tieferen Verstrickung in Herrschaftsstrategien zu betrachten: Sie vollziehen vielmehr eine Form-

veränderung unter bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die sowohl neue Befreiungschancen eröffnet, als auch neue Möglichkeiten einer Einbindung und Kontrolle von handelnden Subjekten.

- (b) Selbst im Kernbereich der vernetzten Computersysteme gelingt es nicht, eine eindeutige Entwicklungsrichtung zu bestimmen zwischen dem Pol einer immer umfassenderen Überwachung bzw. einer Konstitution und Ausrichtung von Marktprozessen seitens hochkonzentrierter Anbieter und ihrer Marketing-Strategien und dem einer eskalierenden Subversion aller Steuerungsmechanismen durch Formen der eigenständigen Initiative, die jede Fremdbestimmungs- und Überwachungsstrategie wiederum unterlaufen kann.
- (c) Netzwerkpolitik reproduziert insofern einerseits das Spannungs- und Reproduktionsverhältnis von Mächten, Gegenmächten und Herrschaftspositionen wie es vor dem Übergang zu dieser neuen Form politischer Auseinandersetzungen bestanden hat. Unter räumlich und zeitlich „entgrenzten“ Bedingungen ermöglicht sie sowohl die Effektivierung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse, als auch deren wirksamere Thematisierung und Hinterfragung. Zugleich beschleunigt die Form der Netzwerkpolitik zeitlich die Zyklen des „Aufstiegs und Falls“ der Herrschaftsverhältnisse. Außerdem ermöglicht sie es, immer wieder räumlich bestimmte Knotenpunkte auszuzeichnen, an denen es dann erforderlich wird, dass sich entscheidende Akteure des Netzwerkgeschehens nicht nur virtuell aufeinander beziehen, sondern zeitgleich und *face-to-face* wirklich begegnen.

3. Transnationalität als veränderte Ebene politischen Handelns

Transnationalität entsteht in dem Moment und in dem Maß, wie sich in der historischen Wirklichkeit herausstellt, dass weder ein Kosmopolitismus von einzelnen, sich aus den nationalen Zusammenhängen herauslösenden Individuen noch ein Internationalismus von in den Nationalstaaten organisierten und verankerten Großorganisationen adäquate politische Modelle zur Bewältigung der Macht- und Gegenmachtprobleme einer Epoche anbieten können. Warum verfehlen beide Ansätze dieses Ziel in der heutigen Epoche, in der die Nationalstaaten nicht mehr die selbstverständliche Hauptarena aller Politik bilden und selbst zunehmend transnational tätig werden?

Der individualistische Kosmopolitismus missachtet die – durch die Unterschiedlichkeit der Traditionen bestimmten – Besonderheiten aller anderen Menschen und Völker im Namen des eigenen, für höher stehend und als

solcher für universal gültig gehaltenen *Kulturstandes*. Er ist deshalb zur Lösung der selbstgestellten Aufgaben einer herrschaftsüberwindenden interkulturellen Verständigung ungeeignet, weil er sich nicht mit den praktischen Erfahrungen der Vielen verbinden kann, die innerhalb besonderer, national bestimmter Kulturen leben. Der zunächst vor allem in der Arbeiter- und der Friedensbewegung entwickelte und später in den Mutterländern des Kolonialsystems mit den Entkolonialisierungskämpfen verknüpfte, selbst national organisierte Internationalismus, der sich als Gegenspieler nicht nur nationalistischer Ideologien, sondern auch jeder Bezugnahme auf national definierte Interessen entgegenzustellen versucht hatte, ist dazu ungeeignet, weil er implizit dem Nationalen den gesamten *Binnenraum* der einzelstaatlichen Politik überlässt und sich auf das bloß *Zwischenstaatliche* einschränkt.

Die heutige Situation ist dagegen dadurch gekennzeichnet, dass auch die führenden Nationalstaaten für entscheidende Initiativen auf spezifische Formen von Kooperation und Koordination untereinander angewiesen sind. Diese lehnen sich an die Konzepte und Praktiken der transnational agierenden Unternehmensgruppen an, indem sie sich durch innere Transformationen innerhalb der neuen globalen Handlungsbedingungen handlungsfähig machen.

Der zentrale Begriff der Transnationalität wurde ursprünglich abgelesen an der Herausbildung der transnationalen Konzerne, die zunächst als *multinational* – und damit gleichsam *ortlos*, fast schon als *multilateral* wie supranationale Institutionen (wie etwa die WTO) – erschienen. Bei längerer und näherer Betrachtung stellte sich jedoch heraus, dass diese Konzerne durchaus noch lokal, regional und auch nationalstaatlich in spezifischer Weise verankert bleiben, dass sie aber zunehmend in andere Räume hineinwirken, ohne zunächst den Umweg über den zwischenstaatlich regulierten internationalen Raum zu machen. Das gilt für die Phänomene des Intra-Konzernhandels, der Arbeitsteilung innerhalb des Konzerns, der Disposition über das Führungspersonal, aber auch für Kapitalbewegungen und Investitionen.

4. Zivilgesellschaft und partizipatorische Revolution

Es geht meines Erachtens nicht darum, nach der Herausbildung einer Ebene von Zivilgesellschaft zu suchen, die in ähnlicher Weise über den nationalstaatlich bestimmten Zivilgesellschaften angesiedelt ist, wie etwa ein Bundesstaat über die in ihm zusammengefassten Teilstaaten. Statt dessen sollte die Suche eher darauf gerichtet werden, unter welchen Voraussetzungen und in welchen Verlaufsformen sich innerhalb der nationalstaatlich verfassten

Gesellschaften zivilgesellschaftliche Strukturen herausbilden, die eine transnationale Interaktion mit entsprechenden *Counterparts* in anderen nationalstaatlich verfassten Gesellschaften mit einer nationalen Interaktion mit unterschiedlichen politischen AkteurlInnen verbinden.

Einen allgemeinen Hintergrund für diese politischen Möglichkeiten bilden die technologischen Revolutionen und infrastrukturellen Entwicklungen, welche sich seit den 1980er-Jahren als Antwort auf ein mit der Jugendrevolte der 1960er-Jahre geradezu sprunghaft angestiegenes Kommunikations- und Selbstdarstellungsbedürfnis entwickelten. Die eindrucksvolle Verbilligung der Kommunikations- und Mobilitätskosten für einzelne BürgerInnen (bei gleichzeitiger absoluter Verringerung des erforderlichen Zeitaufwandes, wie dies im Verhältnis vom Postbrief zu E-Mail sinnfällig wird) spielt dabei eine ebenso bedeutende Rolle wie neuartige Formen der kollektiven Selbstaktivierung – von der Bürgerinitiative bis hin zur bisher nur programmatisch existierenden *Netzwerkgewerkschaft*. Für die Entwicklung des Kommunikationsbedarfs gilt Folgendes: Diese könnten gar nicht existieren, wenn sie nicht – insofern ebenfalls *entgrenzend* – auf die kommunikativen und organisatorischen Kompetenzen der Einzelnen zurückgriffen, welche diese innerhalb der *neuen Arbeit* bereits praktizieren müssen, um sich in der entgrenzten Konkurrenz noch behaupten zu können. Und wenn nicht zugleich – als sozialisatorischer und kultureller Spill-over-Effekt dieser Anforderungen innerhalb der Erwerbstätigkeit – der Zugang zu Telefon und Computer, zu Mobiltelefonie und SMS innerhalb der reichen Industrieländer zu einer Ressource für jede/jeden zu werden begonnen hätte.

Für sich genommen könnte dies allerdings auch nur die sich ausbreitende Kultur von Internet-Chats und SMS-Flirts unter Jugendlichen erklären. Deren Nutzung für neue Formen der politischen Selbstaktivierung und speziell eines transnationalen bürgerschaftlichen Engagements bedurfte selbst eines entsprechenden soziokulturellen Hintergrundes.

Eine realitätstüchtige Erfassung dieser neuen Formen von Politik setzt allerdings voraus, die eigenen Begriffe staatlicher Politik, abhängiger Arbeit und akkumulierenden Kapitals von ihrer empirischen Form, die sie im Fordismus erfahren haben, abzulösen. Dabei gilt es aber, nicht der Suggestion zu erliegen, mit ihrer gerade vergangenen historischen Formenkonstellation seien auch die grundlegenden Gegensätze von Innenpolitik und Außenpolitik, von Staat und Gesellschaft oder von Kapital und Arbeit als solche historisch erledigt.

Die Flexibilität und Mobilität großer Teile der Bevölkerung in den führenden Industrieländern ist seit den 1960er-Jahren beträchtlich angestiegen – vor allem in den jüngeren Generationen, aber auch etwa unter den im

Engagement in zivilgesellschaftlichen Sektoren stark vertretenen neuen SeniorInnen. Diese Entwicklung hat es zunehmend ermöglicht, dass die gesellschaftliche Wahrnehmung der globalen Probleme nicht mehr primär in Form von hilfloser Ohnmacht und Wut, sondern in einem unmittelbar transnationalen soziokulturellen und politischen Engagement verarbeitet wird – also in einer auf die transnationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerke zielenden Selbstaktivierung neuer Formen des politischen Engagements.

Umgekehrt gibt es aber auch einen starken Zusammenhang zwischen der Unzugänglichkeit transnationaler Verarbeitungsformen und der Neigung zur Herausbildung einer sozialpathologischen Abwehrhaltung gegenüber der alltäglich erlebten Dimension der Transnationalität als solcher, wie sie den Praktiken von Xenophobie, Neorassismus und Neofaschismus zugrunde liegt. Für bestimmte Schichten und lokale Gruppen fehlen die bildungsmäßigen Voraussetzungen und zum Teil auch transkulturelle Kompetenzen für die neuen Formen zivilgesellschaftlicher Beteiligung, Infrastrukturen und Aktivierungsangebote. In der Regel werden noch vorhandene symbolische und materielle Vorteile gegen die *anderen* aggressiv verteidigt.

Der komplexere politische Prozess der 1990er-Jahre im transnationalen Raum ist erst vor diesem soziokulturellen Hintergrund verständlich, in dem die entsprechenden politischen und soziokulturellen Praktiken einer transnationalen Aktivierung erst *erfunden* bzw. durch Übertragung älterer Formen – wie Demonstration, Boykott, Palaver oder Korrespondenz – gezielt entwickelt worden sind. Diese politischen Formen machten es den TrägerInnen der kommunikativen Aufbrüche der Protestkultur der 1960er-Jahre und ihren NachfolgerInnen relativ leicht, die jeweiligen technologischen Neuerungen (Fotokopien, Telefax, Mobiltelefonie, E-Mail, Internet) in die eigene politische Kommunikationspraxis zu integrieren und zugleich die weltweit gewachsene Mobilität und transkulturelle Kompetenz jugendlicher AktivistInnen zur Aktivierung von TeilnehmerInnen an fast beliebigen Orten zu nutzen. Dieselben Technologien, welche die neuen Gestalten der Globalisierung erst möglich machen, und dieselben „McWorldisierungsprozesse“, durch die Englisch zur weltweiten *lingua franca* wurde und angloamerikanische Kultur- und Aktionsmuster (wie die Jugendkultur der *peer group* oder die *sit-ins* und *teach-ins* der 1960er-Jahre) weltweit vorbildlich wurden, befähigen auch die KritikerInnen dieser Art von Globalisierung, ihre politischen Forderungen in weltweit verständlichen Botschaften zu artikulieren.

In genau diesem dreifachen Sinne hat die *partizipatorische Revolution* auch auf die hier untersuchten transnationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerke zurückgewirkt:

- (a) Es entstanden neue Formen des transnationalen Kommunikations- und Aktionszusammenhangs, wie das virtuelle Netzwerk, das die Oppositionsbewegung gegen das geplante MAI getragen hat.
- (b) Bereits existierende transnationale zivilgesellschaftliche Netzwerke wie die bei der UNO akkreditierten NGOs bewegten sich – vor allem im Zuge der NGO-Treffen im Kontext der Erdgipfel – in Stil und Inhalt auf die Aktionsformen und Themen der neuen sozialen Bewegungen zu, ohne deswegen mit ihnen zu verschmelzen.
- (c) Es entstanden neue, hybride Formen von organisierten transnationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken, die auf der Ebene der etablierten NGOs mit diesen interagierten (vgl. exemplarisch ANPED/Association of Northern Peoples for Ecology and Development oder ATTAC), bzw. eine neue Generation von etablierten NGOs, die jedenfalls ihren Ursprung in den neuen sozialen Bewegungen hatten und oft auch entsprechenden Parteibildungen nahe standen (vgl. exemplarisch WEED).

Auf dem umkämpften Terrain auch der transnationalen Zivilgesellschaft versuchen vielerlei gegensätzliche Akteurstypen Fuß zu fassen, von den QUANGOs (Quasi NGOs), GONGOs (Government Organised NGOs), BONGOs (Business Organised NGOs) bis zu GRINGOs (Government Run/Initiated NGOs) (vgl. Roth 2000).

Gerade auch in Bezug auf die zunächst eher gegenüber ökonomischen Globalisierungsprozessen (vgl. Altvater/Mahnkopf 1996, 2002 sowie Hübner 1998 zu den unter diesen Bedingungen sich ergebenden Spielräumen für eine transnationale Demokratie) und der *global business regulation* (Braithwaite/Draho 2000) nachziehenden Prozesse einer *Denationalisierung von Politik* zeichnen sich zwei strategische relevante Feststellungen ab: eine negative und eine positive. Die negative geht von der Kritik an der politischen Form des Nationalstaates aus. Die positive artikuliert eine weltgesellschaftliche Perspektive: „The first is that that there is not one but many heteronomous transnational political networks being established by and among actors within civil society who themselves are, in a sense, *imagined communities* (Benedict Anderson), and who are challenging, from below, the nation state. The second reason is that the growth of global civil society represents an ongoing project of civil society to reconstruct, re-imagine, or re-map world politics.“ (Lipschutz 1992:391).

Der durch die neoliberale Offensivphase der 1990er-Jahre geprägte Schub in Richtung auf die Entwicklung transnationaler Handlungsformen setzte sich insofern in frontaler Konfrontation zu den Resultaten soziokultureller Ergebnisse der 1970er-Jahre durch: An die Stelle der Politisierungsforderungen und -

bemühungen trat dabei zunehmend eine spezifische *Entpolitisierung* wichtiger Strukturentscheidungen, die nicht mehr repräsentativdemokratische Prozesse im Namen direkt-demokratischer Forderungen hinterfragten, sondern im Ergebnis das elementare Prinzip *one man, one vote* unterlief und derartige Entscheidungen dem Selbstlauf der Markteffekte überantwortete (gemäß dem Prinzip *one dollar, one vote*). Stark vom Gedanken der Volkssouveränität geprägte politische Kulturen wie die französische haben dementsprechend an dieser Entwicklung als einer Entdemokratisierung Anstoß genommen. Auch aus der politischen Tradition der Arbeiterbewegung heraus, wie sie die west-europäische Sozialdemokratie verkörperte, gab es entsprechende Vorbehalte. Komplizierter war jedoch das Verhältnis dieses neoliberalen Entwicklungsschubes zu den *alternativen* politischen Impulsen des direkt demokratischen Aufbruchs der 1960er-Jahre: In durchaus zentralen Punkten – Autonomie kleiner Einheiten, polyzentrische Zusammenhänge, Spontaneität – verhielt sich der neoliberale Entstrukturierungsschub zu diesen *basisdemokratischen* Impulsen wie eine *paradoxe Wunscherfüllung* (vgl. Wolf 1999:127ff).

Inzwischen zeichnet sich mit einer weltweit vernetzten globalisierungskritischen Bewegung, die in breiteren Bündnissen zu einer in fast allen Ländern der Welt relevanten Antikriegsbewegung aufwächst, ein vierter Schub ab. Dieser stößt allerdings noch weit deutlicher auf die routinierte und energische Abwehrreaktion der medialen, politischen und militärischen Machteliten der weltweiten Herrschaftsordnung, die schon seit den Tagen des klassischen Imperialismus in grenzübergreifend geopolitischen Kategorien und in militärisch artikulierten Gewaltverhältnissen denken.

Wo in Davos mit der internationalen Business Community noch ein Netzwerk von gegenüber der öffentlichen Meinung nicht völlig unempfindlichen Global Players sich versammelte, um ihre Rollen als monopolistische Marktakteure in selektiver Öffentlichkeit diskursiv zu verhandeln, tritt jetzt in Washington und New York, auf Seiten der Bush-Administration und ihrer Repräsentanten bei der UNO ein Typ von konservativer Elite auf, der durch diskursive Opposition nicht mehr zu verunsichern ist. Damit wächst die Schwierigkeit der Aufgaben, welche die neue Bewegungswelle zu lösen hat: Es geht um nichts weniger als darum, der *freien Hand* in den Arm zu fallen, welche diese Fraktion der Machteliten für sich in Anspruch nimmt, um ihre militärische Macht wieder unmittelbar zu einem Faktor ihrer politischen Überlegenheit zu machen. Dabei besteht durchaus die Gefahr, dass die neuen zivilgesellschaftlichen Netzwerke als eine spezifische Form sozialer Bewegungen angesichts der bevorstehenden historischen Weichenstellungen in ähnlicher Weise versagen, wie dies die internationalistische Friedens-

bewegung vor dem Ersten Weltkrieg getan hat. Es besteht aber auch Grund zur Hoffnung, dass gerade die Transnationalität ihrer Kommunikationsstrukturen verhindern wird, dass sich die neuen Bewegungsansätze so einfach in ihre nationalen Bestandteile werden zerlegen lassen.

5. Ansatzpunkte für eine Stärkung demokratischer Handlungsfähigkeit in der transnationalen Dimension

Eine strategische Reflexion der Möglichkeiten, diejenigen Momente innerhalb transnationaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke und ihres gesellschaftlichen Umfeldes zu stärken, die zu einer „kosmopolitischen Demokratie“ (vgl. Roth 2001) beitragen können, muss sich vor allem drei vorläufigen empirischen Befunden stellen, die von allen bisherigen Erfahrungen und Untersuchungen gut bestätigt werden:

- (a) Die explosionsartige Entwicklung der transnationalen politischen Aktivitäten in den letzten 20 Jahren (McGrew 1998:386) hängt einerseits mit der immer weiter ausgreifenden direkten Aktivierung von BürgerInnen durch neue soziale Bewegungen zusammen, die Bürgerrechtsgruppen, Schwule und Lesben, indigene Bevölkerungsgruppen, MigrantInnen, TierschützerInnen, GemeindeaktivistInnen, UmweltschützerInnen, Frauengruppen und soziokulturelle Initiativen ansprechen. Andererseits aber sind sie auch mit der wachsenden Bedeutung eines Dritten Sektors von freien Trägerorganisationen unterschiedlicher Traditionslinien verknüpft (innerhalb dessen die angelsächsische Tradition einer privaten Organisation öffentlicher Aufgaben oft fälschlich als allgemein selbstverständlich geltend unterstellt wird, vgl. Lipietz 1998, 2000). Darüber hinaus werden derartige Aktivierungsformen ihrerseits sowohl von regressiven wie von progressiven Formen der Entstaatlichung in Anspruch genommen – d.h. sowohl zum Abbau sozialer und demokratischer Institutionen (etwa durch die Privatisierung sozialer Sicherungsmechanismen), als auch zum Aufbau der eigenen Handlungsfähigkeit der einen gesellschaftlichen Bereich tragenden Subjekte (etwa in Gestalt selbstorganisierter Kulturinitiativen).
- (b) Die spezifischen, selbst nur informell organisierten Aktivitäten sind eingebettet in den Hintergrundprozess eines umfassenderen gesellschaftlichen Wertewandels (Inglehart 1998). Dieser Wertewandel tritt selbst als eine Gesamtergebnisse komplexer und differenzierter Einzelprozesse auf, vielleicht auch eher als ein für die empirische Meinungsforschung greifbarer Indikator für Strukturveränderungen und Dynamiken. Er gibt damit für alle neuen politischen Initiativen jeweils einen Rahmen von kulturellen Aus-

gangsbedingungen vor. Dieser von der Meinungsforschung zu erfassende Wertewandel ist auch beständig als ein Ergebnis der Gesamtheit der medial vermittelten und der spontanen Kommunikationsprozesse einer Gesellschaft zu begreifen. Dabei begegnen sich immer wieder der Hintergrund des vollzogenen Wertewandels und neue Initiativen. Dadurch wird immer wieder neu so etwas wie ein mehr oder minder umfassendes soziokulturelles Klima definiert, das die entscheidende längerfristige Erfolgsbedingung für politische und kulturelle Initiativen bildet. Wie wenig in diesem Zusammenhang die Manipulationstheorie zutrifft, die mediale Machtpositionen für fähig hält, den längerfristigen Trend der medialen Diskursentwicklung vorzugeben, wird etwa an dem medialen Diffusionsprozess deutlich, den die 1968er-Bewegung weltweit erfahren hat – trotz beständig wiederholter heftiger Angriffe monopolistischer medialer Machthaber. Das heißt jedoch nicht, dass der Einfluss der sich medial vermitteln- den Kulturindustrie nicht existent wäre: Er ist aber als ein Faktor unter mittel- und langfristig nicht weniger wirkungsmächtigen zu begreifen.

- (c) Auch in transnationalen Mobilisierungen sind immer noch stark national geprägte Gegebenheiten (politische Gelegenheitsstrukturen, vorgefundene zivilgesellschaftliche Netzwerke, Traditionen in der politischen Kultur, ideologische Deutungsmuster etc.) entscheidend für die Bedeutung, den Einfluss, das Profil und die Erfolge neuer sozialer Bewegungen (vgl. Kriesi u.a. 1995; Roth 2001:51f), ohne dass sich entweder so etwas wie eine auch nur mittelfristige Konvergenz (vgl. Rucht 1994) oder aber eine Akzentverlagerung auf transnationale Anlässe und Themen abzeichnen würde (zur zunehmenden relativen Bedeutung nationaler und lokaler Themen vgl. Neidhardt/Rucht 1999:150).

Diese drei Befunde verweisen auf die Notwendigkeit, sich in der politischen Analyse von allzu einfachen Vorstellungen von *agency* zu verabschieden, wie sie nach dem Scheitern der Idee der (revolutionären) Partei als „moderner Fürst“ (Gramsci) etwa von Touraine verbreitet worden sind. Dieser hatte noch die Perspektive einer sich vereinheitlichenden sozialen Bewegung als Grundlage einer wünschenswerten demokratischen Transformation entworfen (Touraine 1978). Das postmoderne Differenzdenken, das die plurale Diversität als ursprünglich und unaufhebbar begriff, hat dann versucht, soziokulturelle Kohärenz bzw. subjektive Handlungsfähigkeit unabhängig von Vereinheitlichung zu denken. Im Kontext einer Entwicklung, in dem die Parole der Anerkennung der (als ursprünglich gesetzten) „Differenz“ sowohl zum Leitstern des neueren Feminismus als auch zur grundlegenden Orientierung sozialer Bewegungsreflexionen in postkolonialen Ländern geworden ist,

erwies sich diese Herangehensweise zunächst jedenfalls als erheblich realitäts-tüchtiger. Allerdings war damit noch kein Interpretationsrahmen gewonnen, in dem Prozesse der Interaktion zwischen dieser inzwischen weithin anerkannten Pluralität immer differenzierterer sozialer Bewegungen und den etablierten politischen Kommunikations- und Aktionsformen in triftiger Weise analysiert werden können. Das wäre aber die entscheidende Voraussetzung dafür, dass auf diese Interaktion hin eine strategische Einflussnahme konzipiert werden kann.

Die Entwicklung transnationaler Akteursnetzwerke bedeutet eine Herausforderung sowohl für die Welt der zivilgesellschaftlichen Netzwerke als auch für die in repräsentativ demokratischen Formen institutionalisierte Politik von Regierungen, Parlamenten und Parteien. Außerdem ergibt sich aus ihr die Notwendigkeit, Stellenwert und Funktionen bisheriger Mittler von Politik in die Tiefen der Gesellschaft hinein – wie vor allem der Massenmedien, der Kirchen und der Gewerkschaften – neu zu bestimmen, in Abgrenzung, aber auch in möglichen neuen Synergien zu den jüngeren zivilgesellschaftlichen Artikulationsformen sozialer Bewegungen. Die transnationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerke müssen sich explizit klar machen, was sie in ihrer Praxis bereits seit langem verarbeiten – nämlich die tiefen Veränderungen, denen auch die repräsentativ demokratische Politik seit dem Ende des Fordismus ausgesetzt war: „NGOs must therefore accept, firstly, that politicians themselves are no longer in control of competition and, secondly, that applying conventional pressure on them to change something over which they have already lost control is likely to prove futile.“ (John Bunzl, Attac chat, 09-09-2000)

Umgekehrt werden die RepräsentantInnen einer institutionalisierten Politik lernen müssen, dass es gerade nicht diese zivilgesellschaftlichen Netzwerke sind, aufgrund deren ihnen ältere Formen der Handlungsfähigkeit entgleiten, sondern dass diese ihnen vielmehr neue Möglichkeiten eröffnen, um auch unter den radikal veränderten Bedingungen von Europäisierung und Globalisierung demokratisch handlungsfähig zu werden. Je nachdem, ob sich hier eher ein konkurrierender Gegensatz oder eine auf Synergien setzende Kooperation zwischen institutionalisierter demokratischer Politik und zivilgesellschaftlichen Netzwerken durchsetzen werden, ergeben sich ganz unterschiedliche Perspektiven für Engagement. So lange sich in den gegenwärtig vorherrschenden intergouvernementalen (und in Wirklichkeit von wenigen starken Staaten weitgehend beherrschten) Formen globaler und europäischer Politik weiterhin die zynische Haltung der so genannten Realisten durchsetzt, dass – im Sinne von *voice is noise* – die Völker der Welt oder Europas besser nicht bei den schwierigen globalen und europäischen

Problemen zu Wort kommen sollen, vor deren Gestaltung und Bewältigung die Politik in den kommenden Jahrzehnten in jedem Fall stehen wird, wird sich dieses Potenzial in erster Linie als ein Protestpotenzial artikulieren.

Eine weitere Zuspitzung dieses Primats des Protestes ergibt sich aus einer Reihe von konservativen und realistischen Diskussionsbeiträgen zur neueren Entwicklung der transnationalen Politik auf globaler ebenso wie auf europäischer Ebene. Unter der Anführung der rechtskonservativen US-Administration unter Bush jr. sind diese geradezu zu einer transnationalen Neuauflage der innerstaatlichen Feinderklärung der 1970er-Jahre zugespitzt worden: Derartige PolitikerInnen oder AutorInnen im Umfeld der rechtskonservativen und in diesem präzisen Sinne neoimperialen Bush-Administration heben darauf ab, dass bisher nur nationalstaatliche Regierungen wirklich demokratisch legitimiert seien, und erklären die Suche nach einer „authority beyond the state“ bzw. „the retreat of the state“ zu einer Gefährdung des Kernbestandes repräsentativer Demokratie. Im Übrigen betrachten die VertreterInnen dieser Position in der Regel auch die in den 1990er-Jahren gegen starke Gegen Tendenzen gefestigte hegemoniale Stellung der USA schlichtweg als legitimes und nicht zu hinterfragendes Endergebnis des historischen Prozesses. Das ist als eine gewichtige und vor allem gefährliche Option durchaus ernst zu nehmen. Auch aus der Perspektive der aktiven TrägerInnen der transnationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerke kann dieser Option nicht einfach durch Nichtachtung begegnet werden. Das heißt jedoch keineswegs, deren willkürlich parteiliche Voraussetzungen und analytische Verkürzungen zu übernehmen. Die neuen Handlungsmöglichkeiten einer Weltöffentlichkeit als Gegenpart eines außer Kontrolle geratenden neuen Hegemons sind viel mehr in ihrem ganzen Umfang zur Kenntnis zu nehmen, um zu begreifen, was da geschieht. Aber auch, um etwas dagegen tun zu können.

Literatur

- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996): Die Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Braithwaite, John/Drahos, Peter, Hg. (2000): Global Business Regulation. Cambridge: Cambridge University Press
- Cohen, Jean L./Arato, Andrew (1992): Civil Society and Political Theory. Cambridge: MIT Press
- Derrida, Jacques (1995): Marx' Gespenster. Frankfurt am Main: Fischer Verlag
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt am Main: Suhrkamp

- Haug, Wolfgang Fritz (1999): Politisch richtig oder richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus. Hamburg: Argument
- Hübner, Kurt (1998): Der Globalisierungskomplex. Grenzenlose Ökonomie – grenzenlose Politik? Berlin: Edition Sigma
- Inglehart, Ronald (1998): Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, ökonomischer und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Kriesi, Hanspeter/Koopmans, Ruud/Duyvendak, Jan Willem/Giugni, Marco G. (1995): New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis. Minneapolis/London: University of Minnesota Press/University College
- Lipietz, Alain (1998): La société en sablier. Le partage du travail contre la déchirure sociale. Paris: éditions La découverte
- Lipietz, Alain (2000): Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Lipschutz, Ronnie D. (1992): Reconstructing world politics: the emergence of global civil society. In: Millennium: Journal of International Studies 21/3: 389-420
- Marcos, Subcomandante insurgente (1996): Botschaften aus dem lakandonischen Urwald. Hamburg: Edition Nautilus
- McGrew, Anthony (1998): Demokratie ohne Grenzen? Globalisierung und die demokratische Theorie der Politik. In: Politik der Globalisierung, Hg. Ulrich Beck, Frankfurt am Main: Suhrkamp: 374-422
- Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (1999): Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994. In: Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Hg. Max Kaase/Günther Schmid. Berlin: Edition Sigma: 129-164
- Roth, Roland (2000): NGOs and International Politics. Contribution for the Programme „Europa-Mundi“. Paris: UNESCO
- Roth, Roland (2001): NGO und transnationale soziale Bewegungen: Akteure einer „Weltzivilgesellschaft“? In: Nichtsregierungsorganisationen in der Transformation des Staates, Hg. Ulrich Brand/Alex Demirovic/Christoph Görg/Joachim Hirsch. Münster: Westfälisches Dampfboot: 43-63
- Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt am Main/New York: Campus
- Scharpf, Fritz (2000): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Internationalismus in der Politikforschung. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Touraine, Alain (1978): La voix et le regard. Paris: Seuil
- Walk, Heike/Brunnengräber, Achim (2000): Die Globalisierungswächter. NGOs und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Walzer, Michael, Hg. (1998): Toward a Global Civil Society. Oxford: Berghahn Books Providence
- Wolf, Frieder Otto (1999): Das Wunder von Europa lässt noch auf sich warten. In: PROKLA 114/29: 117-143
- Wolf, Frieder Otto (2001): „Netzwerkpolitik“ und neue Formen zivilgesellschaftlicher Subjektivität. In: Zwischen Selbstbestimmung und Ausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Hg. Helmut Martens/Gerd Peter/Frieder Otto Wolf, Frankfurt am Main/New York: Campus: 130-151.
- Wolf, Frieder Otto (2002): Radikale Philosophie. Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit. Münster: Westfälisches Dampfboot

Dieter Boris

Zur Revitalisierung sozialer Bewegungen im globalisierungskritischen Kontext: Das Beispiel Lateinamerikas

1. Einleitung

So schwierig es ist, den Grad des Verfalls neoliberaler Hegemonie genau zu bestimmen, so wenig eindeutig scheint es zu sein, das Ausmaß des Aufschwungs und des politischen Einflusses sozialer Bewegungen zu fixieren. Dennoch gibt es sowohl für das eine wie für das andere Indikatoren, die jenseits von bloß subjektiven – depressiven oder euphorischen – Stimmungen anzusiedeln sind. Der uruguayische Autor Zibechi bilanziert zu Beginn des Jahres 2003: „Seit Anfang der 90er-Jahre brachte die soziale Mobilisierung zwei Präsidenten in Ekuador und in Argentinien, einen in Paraguay, Peru und Brasilien zum Abtritt und trug zum Scheitern von korrupten Regimes in Venezuela und Peru bei. In verschiedenen Ländern bremste und verzögerte sie die Prozesse der Privatisierung, indem sie massive Straßenaktionen vorantrieb, die in einzelnen Fällen sogar in aufstandsähnliche Akte ausmündeten. Auf diese Weise zwangen die Bewegungen die Eliten zu verhandeln und ihre Forderungen in Rechnung zu stellen, wobei sie damit beitrugen, fortschrittliche Regierungen in Venezuela, Brasilien und Ekuador an die Macht zu bringen. Der Neoliberalismus stieß mit dieser Welle von sozialen Bewegungen zusammen, was mehr oder minder tiefe Risse in diesem Modell bewirkte.“ (Zibechi 2003:185)

Eine Reihe sozialer Bewegungen war in den 70er- und teilweise 80er-Jahren entstanden und gewachsen, da sie häufig die einzigen Opponenten gegenüber den damals fast überall herrschenden Militärregimes waren. Ihre lockere Organisationsform und die Konzentration auf ein scheinbar vopolitisches Politikfeld waren u.a. weitere Gründe für ihren Aufschwung. Menschen-

rechtsgruppen, Frauenbewegungen, neue gewerkschaftliche Organisationen, kirchlich-religiöse Gruppen etc. erlangten nun eine größere Bedeutung als je zuvor. Am Rückzug der Militärregimes aus der vordersten Linie der Politik hatten sie maßgeblich Anteil, wenngleich sie selbst bzw. ihre Repräsentanten in den entsprechenden Aushandlungsprozessen zwischen den wiedererstandenen politischen Parteien und den Militärs kaum präsent waren. So deutete sich schon hier, bei der so genannten „transición negociada“ (dem verhandelten Übergangsprozess) an, dass es zu einer Bedeutungsminderung der sozialen Bewegungen nach der Re-Etablierung der politischen Demokratie kommen würde. Dies ist in den meisten Fällen tatsächlich eingetreten, wobei unterschiedliche Gründe dabei eine Rolle spielten: Wegfall des Feindbildes, die Verbesserung der sozialen Verhältnisse, Erhöhung politischer Artikulationsmöglichkeiten, Kooptation vieler Aktivisten sozialer Bewegungen in Verwaltungs- und Regierungspositionen etc. (Salman 2001; Boris 2002).

Allerdings dauerte die Phase des Rückflusses oder der Schwächung sozialer Bewegungen in den meisten Ländern nur einige Jahre im unmittelbaren Anschluss an die Etablierung der formellen Demokratie an. Mit länderspezifischen Abweichungen kann man vielleicht die Periode von 1985/1990 bis Mitte der 90er-Jahre als die Periode veranschlagen, in der soziale Bewegungen am wenigsten wirksam und einflussreich in der Politik waren. Seither sind in vielen Ländern neue Bewegungen oder die Revitalisierung früherer sozialer Bewegungen zu registrieren. Besonders stark ist das Konfliktpotenzial seit der Jahrhundertwende angestiegen. Das „Observatorio Social de América Latina“ hat festgestellt, dass sich die mit sozialen Bewegungen zusammenhängenden Konflikte von 5 094 im Jahr 2001 auf 6 744 (2002) gesteigert haben. Zwischen Mai und Dezember 2000 waren es noch knapp 2000 Konflikte, was gegenüber den Jahresdurchschnitten davor ebenfalls eine markante Erhöhung ausdrückte. „Dieser Anstieg der Proteste scheint mit der Verschärfung der ökonomischen Krise und den Absichten der Regierungen verbunden zu sein, die Anpassungspläne und die Politik der Privatisierung in der Region weiter voranzutreiben und damit eine häufig wiederholte und besondere Formel anzuwenden, die mittlerweile jeglicher sozialer Glaubwürdigkeit entbehrt.“ (Seoane/Taddei 2003:67)

2. Ursachen der Renaissance sozialer Bewegungen

Der Aufschwung sozialer Bewegungen im Jahre 2002, häufig verbunden mit nach links verschobenen Wahlergebnissen (Brasilien, Ekuador) oder dem Auftreten bzw. der Konsolidierung linkspopulistischer Führungsfiguren (Ve-

nezuela) ist vor allem auf die Unzufriedenheit mit einem etablierten, langjährig wirksamen politischen System zurückzuführen, seien es formell pluralistische Parteien, ein korporatistisches System oder gar eine neopopulistische Politikvariante, die zuvor dominierten. Zum anderen zielen die sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen der neuen bzw. alten sozialen Bewegungen, soweit sie beim Sturz oder Abgang der vorangegangenen politischen Equipen eine Rolle spielten, auf eine deutliche Kurskorrektur der neoliberalen Orientierung und ihrer „Reformen der ersten Generation“ (Liberalisierung, Öffnung der Wirtschaft nach außen, Privatisierung, Deregulierung etc.) ab. Dass dieser Katalog des „Washington Consensus“ überwiegend enttäuschende Wirkung hervorgebracht hat, geben selbst seine einstigen Propagandisten zu und fordern seit nunmehr einem Jahrzehnt eine neue Phase von „Reformen der zweiten Generation“, welche die sozialpolitischen, infrastrukturellen und institutionellen Dimensionen der „defizitären Demokratien“ Lateinamerikas stärker korrigieren sollen. Von diesen Reformschritten ist allerdings bislang in kaum einem Land Lateinamerikas tatsächlich etwas zu sehen; sie blieben weitgehend im deklamatorisch-rhetorischen Bereich stecken. Dies vor allem auch deswegen, weil nach einem akkumulations-theoretischen Verständnis des Verhältnisses von Wirtschaft und Sozialem zueinander letzterer Bereich Schauplatz von Prozessen ist, die nur als abgeleitete Variable von der realen wirtschaftlichen Entwicklung begriffen werden. Da diese aber – nach einigen hoffnungsvollen Werten zu Beginn der 90er-Jahre – seit etwa 1997/98 bis zum Jahre 2002 von nur geringem Wachstum, wenn nicht sogar Stagnation der wirtschaftlichen Leistung gekennzeichnet ist, spricht man schon wieder von einem weiteren „verlorenen Jahrzehnt“ (nach dem verlorenen Jahrzehnt von 1980–1990). Im Jahre 2002 ist das BIP in ganz Lateinamerika um ca. ein Prozent gesunken, nachdem es mit 0,4 Prozent Wachstum im Jahr zuvor praktisch stagnierte; man verzeichnet das schlechteste Ergebnis der Wirtschaftsleistung seit 1983. Angesichts des Bevölkerungszuwachses muss davon ausgegangen werden, dass in den letzten fünf Jahren ein Rückgang des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens zu registrieren war, was sich u.a. im Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit, der abermaligen Erhöhung der Armutsquote auf 44 Prozent (bei 20 Prozent extremer Armut) und generellen Einkommensverlusten der Unter- und Mittelschichten artikuliert.

Angesichts dieser Hintergründe scheint es plausibel, dass die Unzufriedenheit und die Ablehnung bisheriger Politiken im Allgemeinen und der Wirtschaftspolitik im Besonderen in den letzten Jahren deutlich an Boden gewonnen hat. Diese Unzufriedenheit und Wut über den bisherigen Kurs und

die traditionellen Politiker ist teilweise diffus und schwankt zwischen passiver Politikverdrossenheit auf der einen Seite und der Begeisterung für neue politische Strömungen auf der anderen Seite: Dabei kann es sich um neopopulistische oder linkspopulistische Parteien/Führungsfiguren und um vermehrtes Engagement in sozialen Bewegungen handeln. Dies hat folgende Gründe: Eine Rückkehr von Militärdiktaturen als gewünschte Alternative scheidet – im Augenblick noch – fast vollständig aus; zu krass und negativ sind noch die Erinnerungen an diese Zeit während der 60er- und 70er-Jahre in den meisten Ländern Lateinamerikas. Gleichwohl sind die Stimmen, die auch eine Militärdiktatur in Kauf nehmen würden, wenn sie wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmöglichkeiten offerieren könnten, im Wachsen begriffen (Nolte 2002:166). Während in den vorangegangenen Jahren bei derartigen Befragungen meistens festzustellen war, dass zwischen der „Demokratie an sich“ einerseits und der konkreten Funktionsweise der Demokratie andererseits scharf unterschieden wurde, und die große Mehrheit sich für die Demokratie als solche aussprach, während ein kleinerer Teil, der zudem immer weiter schrumpfte, sich zufrieden mit den konkreten Funktionsweisen der Demokratie in seinem Land aussprach, also beide Elemente relativ unabhängig voneinander betrachtet wurden, zeigt sich seit einigen Jahren, dass die Zufriedenheitswerte mit der Funktionsweise der Demokratie im jeweiligen Land sich auch auf den Grad der Zustimmung zur Demokratie als bevorzugter Regierungsform prinzipiell auszuwirken beginnt (Nolte 2002:159f). Vor allem einige Elemente der repräsentativen Demokratie haben an Glaubwürdigkeit noch mehr verloren, so z.B. das Justizsystem in seiner angeblichen Unabhängigkeit und Effizienz, die politischen Parteien und andere Einrichtungen, wie z.B. der Kongress etc. Die traditionellen Parteien der so genannten repräsentativen Demokratie verlieren immer mehr an Legitimität, da sie offenbar nicht in der Lage sind, Mehrheitsinteressen umzusetzen und glaubwürdig zu vertreten. Der schnelle Verfall von Systemen politischer Parteien seit Beginn der 90er-Jahre, aber auch die Schwächung einzelner traditioneller Parteien in anderen Ländern liefern deutliche Anzeichen hierfür. Der Anteil derjenigen, die sich auch eine Demokratie ohne Kongress oder Parteien vorstellen können, scheint seit 1997 in den Umfragen des Latinobarómers (Santiago de Chile) im Steigen begriffen zu sein. Aus dieser Konstellation heraus wird es verständlich, dass neue politische Figuren, Strömungen und Kombinationen an Boden gewinnen und sogar an die Regierung gelangen. Diese Regierungen sind vor allem dadurch charakterisiert, dass sie eine unmittelbare, direkte Befriedigung von Massenbedürfnissen versprechen und sich teilweise auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht von

dem Mainstream der bisherigen Regierungspolitiken abzusetzen versuchen. Auf diesen Aspekt der neueren Entwicklungen soll im Weiteren hier nicht eingegangen werden (siehe hierzu Boris/Sterr 2003). Dagegen sollen im Folgenden einige Charakteristika der neuen oder wiederbelebten sozialen Bewegungen in Lateinamerika kurz beschrieben werden.

3. Charakteristika aktueller sozialer Bewegungen

Eines der neuen Momente der heutigen sozialen Bewegungen sieht Zibechi in der „Territorialisierung“ der Bewegungen, d.h. in ihrer Verwurzelung in eroberten oder wiedererlangten geographisch-physischen Räumen, die sich jenseits der traditionellen Fabrik oder Hacienda befinden. Hier sind die Landbesetzungen des Movimento Sem Terra (MST) in Brasilien, die indigenen Bewegungen Ekuadors, die zapatistische Bewegung in Chiapas ebenso gemeint wie die der Cocaleros in Bolivien oder der Arbeitslosen- bzw. Piquetero-Bewegung in Argentinien. In allen diesen Fällen wird von bestimmten Räumen ausgehend darüber nachgedacht, wie von neuen Akteuren Projekte mit längerfristiger Perspektive, die auch die Produktion und die Reproduktion des Lebens einschließen, umgesetzt werden können und zwar in Allianzen und mit anderen Teilen der Bevölkerung bzw. der Mittelschichten (Zibechi 2003:186). Ein weiteres Charakteristikum der neuen Bewegungen ist, dass viel stärker als früher die Autonomie dieser Bewegungen gegenüber dem Staat und den traditionellen politischen Parteien betont und verteidigt wird. Denn die Erfahrung, instrumentalisiert und untergeordnet zu werden, ist noch allzu präsent und begründet ein verändertes politisches Verhalten.

Hiermit verbunden wird häufig eine starke Bezugnahme auf kulturelle Werte einer Gruppe/Bewegung und auf historische identitätsstiftende Hintergründe, die sich nicht in allgemeinen Forderungen nach sozioökonomischer Besserstellung und gesellschaftlicher Integration erschöpfen. Dies gilt vor allem für indigene Bewegungen, für so genannte Minderheiten in der jeweiligen Gesellschaft, aber auch teilweise für Frauenbewegungen. Die erneute Diskussion um das Konzept der „Staatsbürgerschaft“ (*ciudadania*), welches die Scheidelinie zwischen Inklusion und Exklusion markiert, muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. Gerade für die indigenen Bewegungen ist es besonders wichtig, dass sie heute ihre eigenen intellektuellen Anführer hervorbringen („organische Intellektuelle“ im Sinne Gramscis) und nicht mehr von wohlmeinenden von außen kommenden Mestizen, Geistlichen oder Anthropologen angeleitet und gesteuert werden; wobei damit deren Anteil an der Organisation und Mobilisierung indigener Bevölkerungsteile keineswegs

geschmälert werden soll. Immer klarer wird auch von anderen sozialen Bewegungen erkannt, welch hoher Stellenwert der Ausbildung und dem Erwerb von Kompetenzen zukommt. Sowohl die indigenen Bewegungen, die Landlosenbewegung in Brasilien wie auch neuerdings die Piqueteros in Argentinien zeigen sich besonders interessiert an von ihnen kontrollierten Ausbildungssystemen, was nicht heißt, dass der neoliberale Staat damit von ihnen aus seiner Verantwortung hierfür entlassen werden soll.

Im Kontext der erwähnten Charakteristika neuer Bewegungen verwundert es nicht, dass besonders Frauen – mehr als es schon in den 60er- und 70er-Jahren der Fall war – eine bedeutende und nicht selten hervorgehobene Rolle spielen. Dies hängt nicht nur mit ihrer vorrangigen Sorge für die Überlebensfähigkeit in der Familie, sondern auch mit erhöhtem Bildungsstand und dem Wandel der Familienstrukturen – z.B. in Richtung auf ein häufigeres Vorkommen allein erziehender Mütter – zusammen. Auch die Organisations- und Kampfformen der gegenwärtigen Bewegungen tendieren dazu, das tägliche Leben, Familienzusammenhalte und Gemeinschaftsnetzwerke zu reproduzieren und diese als Form der Selbstorganisation auf einem bestimmten Territorium zu benutzen. „Die instrumentellen Aktionsformen von früher, deren bestes Beispiel der Streik war, tendieren durch selbstbestätigende Formen der Aktion ersetzt zu werden, durch die die neuen Akteure sich sichtbar machen und Züge ihrer Identität bestätigen. Die „Einnahmen“ der Städte von Seiten der indigenen Bewegungen repräsentieren nur die materielle und symbolische Wiederaneignung des fremden Raumes, um ihm andere Inhalte zu verleihen.“ (Zibechi 2003:87)

Die neuesten Mobilisierungen in verschiedenen Ländern weisen Momente auf, die in dieser Intensität vorher noch nicht zu verzeichnen waren: zum einen ist es der gemeinsame Kampf gegen den von den USA vorangetriebenen Prozess der Bildung einer gesamtlateinamerikanischen Freihandelszone (ALCA oder FTAA), der ein wichtiges Element bei internationalen Treffen oder auch nationalen Konferenzen und Demonstrationen bildet. Das Bewusstsein, gemeinsam über nationale Grenzen hinweg gegen Elemente der neoliberalen Globalisierung vorgehen zu müssen, weil diese bedrohende Wirkungen entfalten, hat sich in den letzten Jahren zweifellos verstärkt. Darüber werden die notorischen Nachbarschaftskonflikte (z.B. zwischen Kolumbien/Venezuela; Chile/Peru; Bolivien/Chile etc.) vergessen oder in den Hintergrund gedrängt. Damit weisen viele neue Bewegungen in Lateinamerika eine weniger nationalistische und eine stärker transnationale bzw. gesamtlateinamerikanische Dimension auf. Der zweite neue Aspekt, der in dieser Form früher nicht im Vordergrund stand, sind die gehäuften Kämpfe gegen

die Privatisierungsabsichten und Zwänge von außen, die von den jeweiligen Regierungen vorgetragen werden. In letzter Zeit haben sich gerade an dieser Frage, der Privatisierung von öffentlichen Gütern und Infrastrukturen (Wasser, Elektrizität, Krankenhäuser, Straßen, Kommunikationswege etc.) die wichtigsten Abwehrkämpfe gegen neoliberale Maßnahmen entzündet. Die neuesten Befragungen des Latinobarómers verweisen darauf, dass im Unterschied zu der Zeit vor fünf Jahren nur noch knapp 20 Prozent der Bevölkerungen in vielen Ländern Lateinamerikas Privatisierungen positiv empfinden, während es damals noch über 50 Prozent der Bevölkerung waren, die die Privatisierung von staatlichen und öffentlichen Einrichtungen als gesamtgesellschaftlich nützlich und vorteilhaft betrachteten. Beide Aspekte können als Triebfedern für die Organisation und Mobilisierung sozialer Bewegungen unter den heutigen Bedingungen gesehen werden, die unmittelbar als Antwort auf neoliberale Maßnahmen und globalisierende Mechanismen dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie gelten können.

4. Das Beispiel Bolivien

Als eindrucksvolles Beispiel der genannten Charakteristika und Triebfedern sozialer Bewegungen im globalisierungskritischen Kontext kann auf Bolivien verwiesen werden, das normalerweise als kleines und besonders rückständiges Land nicht sonderlich beachtet wird. Sehr viele Momente der neuen Stärke und Präsenz sozialer Bewegungen – bis hin zur deutlichen Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse – können an diesem Fallbeispiel studiert werden.

Der Beginn relativ stabiler demokratischer Verhältnisse (auf elektoral-parlamentarischer Ebene) seit 1985 – eine für das notorisch putschanfällige Land gänzlich neue Erfahrung – war im ökonomisch-sozialen Bereich mit dem Übergang zu einer strikten neoliberalen Wirtschaftspolitik verbunden. Die traditionell starke Bergarbeiterschaft und ihre Gewerkschaft, die Lehrerbewegung und andere zivilgesellschaftliche Gruppen und Strömungen waren lange Zeit in Abwehrkämpfen gegen die neoliberalen Maßnahmen, die ihre soziale Situation verschlechterten, verstrickt, ohne eine Blockade oder über soziale Ausgleichsfonds angestrebte Kompensationen ihrer sozio-ökonomischen Verluste erreichen zu können. In der zweiten Hälfte der 90er-Jahre rekonstituierten sich z.B. die indigene Bewegung, die Bewegung der Coca-Anbauer (*cocaleros*), die teilweise aus arbeitslos gewordenen zugewanderten Minenarbeitern bestand. „Zwar gehörten gelegentliche Blockaden wichtiger Fernstraßen durch protestierende Bauern immer zur politischen Normalität,

jedoch haben die sozialen Proteste und Unruhen um die Jahrtausendwende Ausmaße erreicht wie nie zuvor seit 1985.“ (Goedeking 2002:148)

In der ersten Aprilwoche des Jahres 2000 wurde Bolivien von schweren Unruhen erfasst; einige Tote, viele Verletzte und Festgenommene waren das vorläufige Resultat der Auseinandersetzungen, die der demokratisch gewählte Präsident Banzer (zuvor Diktator des Landes) mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes am 8. April einzudämmen versuchte. Was war passiert?

Eine Erhöhung des Wasserpreises um ca. 100 Prozent in Cochabamba (der drittgrößten Stadt Boliviens), dekretiert von einem britisch-spanischen Konsortium der Wasserversorgung („Aguas del Tunari“) brachte – nach monatelangen Auseinandersetzungen – das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen. Gegen die von dem Unternehmen ebenfalls geplanten neuen Staudämme waren Umweltbewegungen bereits seit einiger Zeit aktiv geworden; auch Campesinos, die sich durch eine staatlicherseits vorgenommene Vernichtung von Coca-Feldern in Chaparé (nicht weit von Cochabamba entfernt) bedroht sahen, standen seit geraumer Zeit in Opposition zur Regierung. Animiert durch die genannten aktuellen Anlässe beteiligten sie sich sehr massiv an Aktionen wie Straßensperren und Gebäudebesetzungen. Zu diesen heftigen Auseinandersetzungen kam noch die Arbeitsverweigerung einer militärischen Eingreiftruppe und der Polizisten von La Paz hinzu, deren Sold bei ca. 30 US Dollar im Monat lag (vgl. El País v. 9./10.4.2000 sowie The Economist v. 15.4.2000). Die Regierung Banzer musste in dieser für sie gefährlichen Situation, die plötzlich die massivsten politischen Proteste seit mehr als zehn Jahren mit sich gebracht hatte, auf praktisch allen Ebenen einen Rückzug antreten. Das Kabinett wurde umgebildet, die Privatisierung der Wasserversorgung aufgehoben, die Coca-Felder sollten nicht weiter zerstört werden, der Sold der Polizisten wurde um 50 Prozent erhöht.

Einige Elemente dieses Prozesses wirken vertraut. Der plötzliche Übergang von einem „neoliberalen Erfolgsland“ zu einem „Krisenherd“, die wechselseitige Stimulierung und Verstärkung unterschiedlicher Protestgruppen und sozialer Bewegungen (die schnelle Ausbreitung der oppositionellen Artikulationen auf andere Regionen sowie die hohe Bedeutung kulturell-religiöser Auffassungen und deren Verletzung) sind Elemente, die immer wieder bei ähnlichen Vorgängen auftauchen. Bei der andinen Bevölkerung gilt Wasser als Geschenk Gottes; dies und dessen Charakter als Lebensgrundlage haben zweifellos zu dem überaus starken und breiten Proteststurm der Bevölkerung beigetragen. Als allgemeiner Hintergrund ist natürlich auch die für neoliberale Politik typische Diskrepanz zwischen relativ positiven makroökonomischen Daten (Inflationsrate, Wachstumsrate etc.) einerseits

und den recht negativen sozialen Indikatoren (Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung, Realloohniveau, Armutsquote etc.) andererseits zu beachten. Auch nach 15-jähriger neoliberaler Politik gelten noch 70 Prozent der Haushalte Boliviens als arm. Eine Reduktion der Armutsquote hat in diesem Zeitraum nicht stattgefunden.

Im September und Oktober des Jahres 2000 stand Bolivien am Rande des Chaos. „Soziale Unruhen, Proteste und Blockaden, wie es sie in ihrer Intensität und Länge seit dem Kampf gegen die Diktaturen (1979 bis 1982, Anm. d. Autors) nicht mehr gegeben hat, erschütterten das soziale und wirtschaftliche und politische Gefüge Boliviens. Nur ein halbes Jahr nach Verhängung des Ausnahmezustands griff Präsident Banzer erneut zu den Mitteln militärischer Repression. In erbitterten Kämpfen starben 14 Bauern, über 140 wurden verletzt; später wurden auch einige Soldaten entführt und getötet. In den Verhandlungen mit den Bauern gab die Regierung schließlich fast in allen Punkten nach. Der Lohnkampf der Lehrer ging weniger günstig aus. Banzer bildete sein Kabinett um. Der Kampf um die endgültige Beseitigung der Coca-Pflanzungen wurde von beiden Seiten kompromisslos weitergeführt. Die Entstehung einer ‚Narco-Guerilla‘ wird auch in Bolivien für möglich gehalten. In Gestalt des Bauernführers und Verfechters einer Aymara-Nation erwuchs mit Felipe Quispe Huanca, genannt ‚el mallku‘ (der Kondor) dem politischen Establishment Boliviens ein mächtiger Gegenspieler.“ (Bolivia. Sago-Informationsblatt 2000/2001:4) Ein Jahr nach Einsetzen der ersten Unruhen auf nationaler Ebene – im April 2001 – ereignete sich fast das gleiche Szenario (NZZ vom 27.4.2001).

Die Auseinandersetzungen zwischen einer Vielfalt von sozialen Bewegungen und den staatlichen Stellen auf nationaler oder regional-kommunaler Ebene, die untätig blieben oder neoliberale Politiken umzusetzen versuchten, nahmen im Jahr darauf weiter zu. Der viele Bewegungen umfassende „Bloque Antineoliberal“ wurde gegründet und die Wahlen vom 30. Juni 2002 brachten vor allem das überraschende Ergebnis, dass Parteien der Linken und der sozialistischen Bewegung, die „Bewegung für den Sozialismus“, MAS, sowie die „Indigene Bewegung Pachakuti“ (MIP) bedeutende Stimmengewinne verbuchen konnten. Insbesondere die knapp 21 Prozent für den MAS-Vorsitzenden und Cocalero-Führer Evo Morales, der den ersten Platz nur um 1,5 Prozent verfehlte, verweist auf die Stimmung und Unruhe im Land. Im Grunde genommen implizierte das Wahlergebnis eine ziemlich deutliche Ablehnung des herkömmlichen, traditionellen Parteiensystems und drückte zudem eine klare Unzufriedenheit mit der sozioökonomischen Lage aus (vgl. zum Wahlausgang auch: Schwarzbauer 2002). Die Privatisierungsproblematik, die wach-

sende Außenabhängigkeit, die ökonomische Stagnation und Austeritätspolitik waren neben dem Korruptions- und Drogenbekämpfungsthema die wichtigsten Topoi während des Wahlkampfes. „In Bolivien reicht es nicht mehr, immer wieder den Status quo vorzuschreiben und Stabilität zum Selbstzweck zu erklären. Dies ist die vielleicht wichtigste Botschaft des Wahlergebnisses vom 30. Juni. Relevante Teile der Gesellschaft verlangen weitergehende Reformen, und sie sind jedenfalls zum Teil bereit, auch das Risiko politischer Instabilität einzugehen, um Druck in diese Richtung auszuüben. In diesen Protesten manifestiert sich ein zentrales Versäumnis der etablierten Parteien. Sie waren nicht in der Lage, der indigenen Bevölkerungsmehrheit eine tragfähige und glaubwürdige Perspektive zu bieten im Hinblick auf mehr Partizipation und Repräsentation sowie auf ein Ende des überkommenen Machtmonopols der weißen, spanisch sprechenden städtischen Minderheit. In kurzfristigem Macht- und Wahlkalkül haben die Parteien weiter auf die solange bewährten paternalistischen Mechanismen vertraut, um Bauern und städtische Indígenas als Wähler weiter einzubinden.“ (Goedeking 2002:148)

Aber es ist keineswegs nur die für Bolivien gewiss zentrale Indígena-Problematik, die den Nährboden für soziale Bewegungen bietet (z.B. Roper 2003); die Verhandlungen mit ausländischen Konzernen über die Bedingungen der Ausbeutung der gewaltigen Erdgasvorkommen, die Rentenreformproblematik (Müller 2001) und vieles andere mehr waren neben der desolaten Wirtschafts- und Entlohnungssituation weitere wichtige Mobilisierungsfaktoren. Dazu kommt, dass in Bolivien die Diskrepanz zwischen einem sich verknöchernden, von gesellschaftlichen Prozessen fast verselbstständigten Parteiensystem und den teilweisen Reformen in Richtung auf Dezentralisierung und verstärkter Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten, Haushaltsentscheidungen etc. (vgl. das Gesetz zur Bürgerbeteiligung – *participación popular* – aus der Regierungsperiode von Sanchez de Lozada 1993–1997) immer offensichtlicher wurde. Die Unfähigkeit der Parteien, ihre jeweilige politische Führung zu erneuern, der Mangel an innerer Demokratie und die Vorherrschaft streng hierarchischer und personalistischer Strukturen, die geringen Beziehungen der Parteien zu gesellschaftlichen Organisationen, ihre geringe Fähigkeit zu einer wirksamen Regierungspolitik gegen Armut, Klientelismus und Korruption, der Mangel an Übereinstimmung zwischen dem politischen Diskurs und dem praktischen Handeln, schließlich der Missbrauch der staatlichen Ressourcen, der zunehmende Regionalismus sowie die Personalisierung der Parteien und Kandidaten bei verschiedenen Wahlen und die immer häufiger zu konstatierende Tendenz, dass Machthungrige Ad-hoc-Gruppierungen gründen – all dies hat zum Legitimations- und Vertrauens-

verlust gegenüber den Parteien beigetragen (Mayorga 2002:232). „Seit den Protestbewegungen der Monate April und September 2000, die eindeutig nach Aufruhr aussahen, ist nicht mehr daran zu zweifeln, dass die bolivianische politische Führung in einer Krise steckt. Die staatlichen Institutionen wurden klar herausgefordert von den systemfeindlichen Tendenzen, die im Zuge der Proteste geäußert wurden und nach radikalen Reformen des politischen Systems verlangten. ... Nicht nur die Exekutivgewalt, sondern auch das Parlament, die Lokal- und Regionalregierungen und die Oppositions- und Regierungsparteien haben die Fähigkeit, die gesellschaftlichen Forderungen und Konflikte zu artikulieren und zu kanalisieren, größtenteils verloren. Das bedeutet, dass sich praktisch alle wichtigen Institutionen des demokratischen Systems derzeit in einer Krise befinden, denn die anfängliche Orientierungslosigkeit und Krise der Regierungskoalition unter Banzer ist allmählich zu einer Staatskrise (Krise der Exekutive und des Parlaments) geworden.“ (Mayorga 2002:266) Es wäre interessant zu untersuchen, in welchem Ausmaß und mit welchem Grad an Notwendigkeit die Entwicklung eines immer weniger nach unten durchlässigen und offenen, verselbstständigten Parteiensystems mit neoliberalen Politikorientierungen, die zumindest teilweise Grundinteressen von erheblichen Bevölkerungssegmenten negativ beeinflussen, einhergeht.

So wenig der Aufschwung sozialer Bewegungen in Bolivien und im übrigen Lateinamerika als Reaktion auf die negativen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung bestritten werden kann, so wenig Klarheit dürfte darüber bestehen, inwieweit dieser zu einer Vertiefung und Konsolidierung der Demokratie beitragen kann und welche möglicherweise weitergehenden politischen Perspektiven im Hinblick auf alternative Entwicklungspfade sich unter Umständen abzeichnen.

5. Die politische Wirksamkeit sozialer Bewegungen

Trotz aller Ambivalenzen, denen soziale Bewegungen in ihrem Auf und Ab während der letzten 20 Jahre ausgesetzt waren, haben sie nicht unbeträchtliche Erfolge in ihren jeweiligen Kampfarenen errungen. Sowohl in der lokalen Stadtteilpolitik, im Umweltsektor, bei der allgemeinen Verbesserung der Situation der Frauen im Arbeitsleben und in der Politik, bei der Einforderung und der Respektierung von Menschenrechten als auch in der Auseinandersetzung mit politischen und kulturellen Ansprüchen indigener Bevölkerungsteile sind zweifellos in den beiden letzten Dekaden durchaus Fortschritte von Seiten sozialer Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen in Latein-

amerika erzielt worden. Ohne die Schubkraft dieser Faktoren wären viele positive Veränderungen kaum ins Auge gefasst oder gar tatsächlich realisiert worden. Diese Feststellung schließt in keiner Weise ein, die zahlreichen Schwächen und Schwierigkeiten der sozialen Bewegungen zu übersehen: Gelegentlich reproduzieren sie selbst die Herrschafts- und Manipulationsmechanismen der sie tragenden Gesellschaft; ihre Aktivitäten sind nicht selten abhängig von politischen Konjunkturen, gelegentlich regredieren sie oder zerfallen nach dem Erreichen von Teilzielen. Manchmal lösen sie sich nach einigen wenigen Schritten infolge von Lethargie und Frustration ganz auf und verebben sie bisweilen auch als Ergebnis der großen Schwierigkeiten, gerade unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen dauerhaft zu organisieren.

Dennoch sind soziale Bewegungen und basisorientierte Nichtregierungsorganisationen oft die einzigen Foren von intensiver demokratischer Partizipation und Interessenartikulation, so dass die Regierungen sie nicht selten zu absorbieren oder zu marginalisieren versuchen. Ein wesentlicher Indikator für den Zustand der Demokratie liegt in der Frage, ob und in welchem Ausmaß soziale Bewegungen als Korrektiv gegenüber den offenkundigen Defiziten der politischen Repräsentation zu wirken in der Lage sind und inwieweit diese Funktion toleriert wird. Vieles deutet darauf hin, dass die immer noch weitgehend neoliberal geprägten Regierungen in Lateinamerika – aufgrund des fortschreitenden Legitimationsverfalls – die sozialen Bewegungen entweder als Gegner oder als ein zu kooptierendes Element der Regierungspraxis betrachten. Dies lässt sich beispielsweise daran ablesen, dass einerseits gegen manche Anti-Privatisierungsbewegung (z.B. in Süd-Peru oder El Salvador) mit großer Härte seitens der staatlichen Instanzen vorgegangen wurde; andererseits wurden zwecks Pazifizierung gelegentlich die Spitzen bzw. hervorgehobene Repräsentanten von Bewegungen durch Schaffung und Besetzung von entsprechenden Institutionen kooptiert (nicht selten im Bereich von Frauen- oder Ökologiebewegungen).

Aus dieser Konstellation erwächst die Frage, inwieweit sich in Lateinamerika eine Erneuerung des politischen Systems vollziehen kann, bei der die politischen Parteien und die sozialen Bewegungen in ein neues – produktives und sich wechselseitig positiv anstoßendes – Verhältnis treten können. Erst hierdurch könnte eine erfolgreiche Konsolidierung und Vertiefung der Demokratie, die fast überall noch aussteht, erreicht werden. Allerdings würde eine derartige neuartige Balance von Parteien und Bewegungen als Voraussetzung und Ergebnis einer weitergehenden Demokratisierung keineswegs nur eine Frage formal neuer Institutionalisierungsmuster sein. Vielmehr schließt

eine solche Erneuerung vor allem auch eine Änderung der politischen Inhalte, Orientierungen und Verhaltensweisen ein, welche insbesondere die globalisierungskritischen Impulse zahlreicher Bewegungen aufnehmen und politisch umsetzen müsste.

Die brasilianische Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT) zum Beispiel, die jetzt – 23 Jahre nach ihrer Gründung – zur Regierungspartei in ihrem Lande aufgestiegen ist, hatte in ihrer Entstehungsphase (1978–1980) ein besonderes Verhältnis zu den sozialen Bewegungen und parteipolitischen Strömungen der Linken, die im Kampf gegen die damalige Militärdiktatur einander näher gekommen waren. Sie bildete sich letztlich als Vereinigung verschiedener Bewegungen: den neuen, autonomen Gewerkschaften, den Menschenrechtsgruppen, den verschiedenen Stadtteilbewegungen und Frauengruppen, den religiös-sozialen Basisgemeinden und den unterschiedlichen kleinen linken und marxistischen Parteien (zuletzt Kucinski 2003:13ff). Ein Charakteristikum der PT war und ist, dass ihre Mitglieder in der Regel weiter in verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen arbeiten und innerhalb der Partei in unterschiedlichen Strömungen und „Fraktionen“ weitgehende Artikulationsmöglichkeiten besitzen. Diese Partei neuen Typs, die vor allem gegen die Erzübel des Klientelismus, des Korporativismus und der Korruption seit ihrer Konstituierung ausgerichtet war, ist zugleich eine der wenigen Parteien in Brasilien, die an Programmen orientiert ist und die ein überdurchschnittlich hohes Maß an innerparteilicher Demokratie kennt. Natürlich ist auch eine andere Konstellation zwischen Parteien und Bewegungen denkbar; zentral wichtig aber scheint zu sein, dass gegenüber der – notwendigerweise Einzelinteressen synthetisierenden – Arbeit der Partei die enge Beziehung zu verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen und Gruppen nicht in den Hintergrund tritt oder gänzlich verloren geht.

Literatur

- Adler Hellmann, Judith (1995): The riddle of new social movements: who they are and what they do. In: Capital, power and inequality in Latin America, Hg. Sandor Halebsky/Richard L. Harris. Boulder u.a.: 165-183
- Bolivia. SAGO-Informationsblatt. Analysen und Berichte 121 (Sept. 2000 – Jan. 2001)
- Boris, Dieter (1998): Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Hamburg
- Boris, Dieter (2002): Macht und Ohnmacht sozialer Bewegungen in Lateinamerika. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft 30/1 (März): 113-131
- Boris, Dieter/Albert Sterr (2003): Die Rückkehr der Caudillos. Populismus und Neopopulismus in Lateinamerika. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3 (März): 334-344

- Bukes, Georg (2000): Der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung. Das Beispiel Bolivien. Hamburg
- Goedecking, Ulrich (2002): Wahlen in Bolivien: zweite Amtszeit für Sanchez de Losada – Bauernvertreter dominieren die Opposition. In: Brennpunkt Lateinamerika 14: 5. Aug. 2002
- Kucinski, Bernardo (2003): The rise of the workers' party. In: Politics transformed. Lula and the workers' party in Brazil, Hg. Sue Branford/Bernardo Kucinski. London: 13-53
- Mayorga, René Antonio (2002): Demokratie und politische Führung in Bolivien. In: „Gebt mir einen Balkon und das Land ist mein.“ Politische Führung in Lateinamerika, Hg. Wilhelm Hofmeister. Frankfurt am Main: 219-269
- Müller, Katharina (2001): Die Privatisierung der bolivianischen Alterssicherung – eine Zwischenbilanz. In: Bolivien – das verkannte Land?, Hg. Rafael Sevilla/Ariel Benavides. Bad Honnef: 230-245
- Nickson, Andrew/Vargas, Claudia (2002): The limitations of water regulation: The failure of the Cochabamba concession in Bolivia. In: Bulletin of Latin American Research 21/1: 99-120
- Nolte, Detlef (2002): Demokratie kann man nicht essen – Zur politischen Lage in Lateinamerika. In: Lateinamerika Analysen 3 (Okt.): 149-172
- Quiroga, Yesko (2001): Bolivien: Aufstand im Modell-Land. In: Lateinamerika 25, Hg. K. Gabbert u.a. Münster: 153-168
- Quiroga, Yesko (2002): Bolivien: Zwischen Wirtschaftskrise und sozialem Aufstand, Jahrbuch Lateinamerika 26, Hg. K. Gabbert u.a. Münster: 166-176
- Roper, J. Montgomery (2003): Bolivian legal reforms and local indigenous organizations. In: Latin American Perspectives 128/30/ 1 (Jan.): 139-161
- Salman, Ton (2001): Paradigms lost – an Paradigmen vorbei. Theoriebildung um städtische Organisationen und Bewegungen in Lateinamerika. In: Peripherie 21/ 81-82 (Mai): 116-137
- Schwarzbauer, Annette (2002): Wahlen in Bolivien: Bekanntter Präsident – unbekanntes Parlament. In: Konrad Adenauer Stiftung (KAS)/Auslandsinformationen 9 (Sept.): 15-31
- Seoane, José/Emilio Taddei (2003): Movimientos sociales, conflicto y cambios políticos en America Latina. In: Observatorio Social de America Latina 3/9: 67-72
- Zibechi, Raúl (2003): Los movimientos sociales latinoamericanos: tendencias y desafíos, in: Observatorio Social de América Latina 3/9 (Jan.): 185-188

*Von der Analyse zur Praxis:
Ausgewählte Handlungsfelder der
Globalisierungskritik*

Joachim Becker – Karin Fischer – Johannes Jäger

Alternative Wissensproduktion und gesellschaftsverändernde Praxis: Zur Rolle der Ideen und Intellektuellen

Persönliche Glaubensüberzeugungen und Wissen sind für soziales Handeln von zentraler Bedeutung. Was wir denken, wer wir sind, zu welcher Gruppe wir uns zugehörig fühlen, was wir als richtig und gerecht ansehen, ist dabei eng mit Sozialisierungsprozessen, subjektiven Wertentscheidungen und gesellschaftlichen Diskursen verbunden. Wie wir die Welt erkennen und interpretieren und welche Schlüsse wir daraus für unser Handeln ziehen, ist erstens veränderbar und zweitens niemals wertfrei. Denn in all diesen gesellschaftlichen Prozessen, die auf unser Denken und Handeln einwirken, sind Macht- und Herrschaftsverhältnisse „eingewoben“ (Novy 2002). Das impliziert, dass bestimmte Menschen/Gruppen/Klassen bestimmte „Welt-sichten“ bevorzugen und damit spezifische soziale Verhältnisse stabilisieren bzw. unerwünschte Entwicklungen bremsen.

Warum sind bestimmte Weltansichten – und damit verbundene politische Maßnahmen, Handlungen und Einstellungen – weiter verbreitet als andere? Um dies zu verstehen, stellt sich zunächst die Frage nach den Mitteln und Wegen, durch die politische, intellektuelle und moralische Führung vermittelt wird. Angesprochen sind damit Institutionen, politisch wichtige Handlungsgruppen (in unserem Fall Intellektuelle) und diskursive Praktiken, die in ihrem Zusammenwirken eine bestimmte Weltansicht politisch wirksam machen. Am

Joachim Becker ist ao. Professor am Institut für Volkswirtschaftstheorie und -politik der Wirtschaftsuniversität Wien.

Karin Fischer, Wirtschaftshistorikerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Stadt- und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Lehrbeauftragte am Zentrum für überfakultäre Forschung der Universität Wien/Projekt Internationale Entwicklung.

Johannes Jäger, Ökonom, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Stadt- und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

besten wird eine bestimmte Weltsicht in der Gesellschaft wirksam, wenn sie ihre Entstehung und Durchsetzung vergessen machen kann, kurz, wenn sie als „objektives Wissen“ oder „Wahrheit“ erscheint. Nichts hat uns das besser gelehrt als der Siegeszug des Neoliberalismus, dessen intellektuellen Protagonisten es gelang, aus einer Außenseiterposition heraus ihre wissenschaftlich gestützten Lehrmeinungen und Vorstellungen von sozialer Ordnung zu „objektiv gültigen“ und breit geteilten Wissensformen zu machen. „Offensichtlich hat es zu allen Zeiten und Orten eine oder mehrere *Weltanschauungen* gegeben, in denen festgelegt wurde, wie die Menschen ihre Welt interpretieren“, schreibt Wallerstein. „Eine Ideologie ist eine solche Weltanschauung, aber eine der ganz besonderen Art. Eine, die bewusst und kollektiv mit bewussten politischen Zielen formuliert wurde.“ (Wallerstein 1995:22f)

Ideen alleine verändern noch nicht die Verhältnisse, keine Frage. Sie sind immer auch in spezifische ökonomische und politische Strukturen eingebettet (Giddens 1984). Im folgenden Artikel geht es allerdings im Kern darum, den „Handlungsaspekt“ sozialer Veränderung insbesondere im Bereich der Wissensproduktion zu analysieren. Im ersten Teil des Beitrags wird auf die Frage eingegangen, wie es neoliberalen Intellektuellen gelungen ist, ihre Leitideen „in den Köpfen“ der Menschen zu verankern. Dabei werden in Kürze die sich über Jahrzehnte erstreckenden systematischen Bemühungen dieser Gruppen zur vielfach erfolgreichen Verbreitung und Durchsetzung ihrer Ideen nachgezeichnet. Auf diese Weise wird deutlich, dass der (Neo-)Liberalismus als heute dominante ideologische Strömung nicht aus dem Nichts oder alleinig aus „strukturellen“ politökonomischen Veränderungen erwachsen ist. Vielmehr kam den konkreten Formen und Strategien der Wissensproduktion und deren Verbreitung eine zentrale Rolle zu. Im zweiten Teil werden die uns problematisch erscheinenden Thesen gegenwärtig im globalisierungskritischen Umfeld viel diskutierter Intellektueller – Manuel Castells, Antonio Negri und Michael Hardt – analysiert. Im Vordergrund stehen dabei die Inhalte und diskursiven Strukturen der von diesen Denkern vorgebrachten Konzepte, wobei auch auf die Bedingungen ihrer gesellschaftlichen Verbreitung und Wirkung eingegangen wird. Damit soll für die möglichen Implikationen spezifischer Formen der Globalisierungskritik sensibilisiert werden. Im abschließenden Teil wenden wir uns grundsätzlichen Fragen alternativer, globalisierungskritischer Wissensproduktion zu. Dabei greifen wir sowohl auf die praktischen Erfahrungen der Neoliberalen als auch auf kritische Theorietraditionen zurück.

1. Neoliberale Wissensproduktion: intellektuelle Strategien und organisatorische Vernetzung

Die neoliberalen Doktrinen, die heute Gesellschaft, Politik und Wirtschaft bestimmen, wurden nicht von heute auf morgen durchgesetzt. Ein historischer Blick auf die Entstehung des Neoliberalismus zeigt, dass verschiedene Intellektuellengruppen bereits ab Ende der 1920er-/Anfang der 1930er-Jahre systematisch und durchaus weitsichtig ans Werk gingen, um ihren marktradikalen Theorien und Gesellschaftskonzepten wissenschaftlich und politisch zum Durchbruch zu verhelfen. Als die Krise des keynesianischen Nachkriegsmodells in den 1970er-Jahren schließlich manifest wurde, konnten die Rezepte der „ultraliberalen Wirtschaftstheologen“ (Hobsbawm) praktisch wirksam werden und avancierten schließlich weithin zur offiziellen Staatsdoktrin.

Die von den neoliberalen Theoretikern geforderten liberalen Auswege aus der großen Weltwirtschaftskrise fanden in den 1930er-Jahren und nach dem Zweiten Weltkrieg kaum Fürsprecher in der Öffentlichkeit. Nicht nur in der Sowjetunion, die sich bereits als immun gegen die Weltwirtschaftskrise erwiesen hatte, sondern auch in den USA, in Europa und in den Entwicklungsländern wurden Wirtschaftsplanung und eine aktive Rolle des Staates propagiert. Auch wenn oder gerade weil der Zeitgeist gegen sie war, gingen die Marktradikalen ab den 1930er-Jahren daran, sich gegen „das etatistische Ausufern“ zu organisieren. Von Anfang an waren sich die neoliberalen Theoretiker der notwendigen organisatorischen und institutionellen Verankerung ihrer Ideen bewusst. Die Bemühungen, den „kollektivistischen Zeitgeist“ in eine marktradikale Richtung zu beeinflussen, kulminierten schließlich im Gründungstreffen der Mont Pèlerin Society (MPS) im April 1947. In diesem Elitenetzwerk versammelten sich auf Einladung des österreichischen Nationalökonom Friedrich August Hayek die führenden Denker des Neoliberalismus (Anderson 1998; Plehwe/Walpen 1999; Dixon 2000).

Überlegungen zur Strategie

Welche Überlegungen zur intellektuellen Entfaltung und politischen Durchsetzung ihrer Auffassungen sind für unseren Zusammenhang von Bedeutung? Erstens war den sich als intellektuelle Avantgarde begreifenden Marktradikalen bewusst, dass sie für die Durchsetzung ihrer Ideen einen langen Atem brauchten: Sie rechneten mit einem Prozess, der sich über zwei bis drei Generationen erstrecken würde. Zweitens schlussfolgerten sie aus der

Analyse der konkreten Verhältnisse, dass es vor allem darum ginge, neues Wissen (im Bereich Ökonomie, Recht, Politikwissenschaft und Philosophie) zu erarbeiten. Danach sei es notwendig, in die Politikberatung, die öffentliche Meinung und den „Alltagsverstand“ (Gramsci) einzudringen (Walpen 2002). Hayek sah die Intellektuellen in ihrer Eigenschaft als Meinungsmacher und setzte im notwendig zu führenden „Krieg der Ideen“ auf sie, weil sie „das charakteristische Meinungsklima, die dominante *Weltanschauung* [i.O. dt.] einer Periode schaffen, die für die Aufnahme einiger Meinungen günstig und für andere ungünstig“ sind (zit. n. Plehwe/Walpen 1999:209). Während die „original thinker“ die theoretischen Grundlagen entwickeln und Trends setzen sollen, ist es die Aufgabe der so genannten „second-hand dealers in ideas“, also der eher praxisorientierten Schicht von Akademikern, Freiberuflern, Kulturschaffenden und Journalisten, die neoliberale Strategie zu popularisieren. Auf diese Weise sollten die Grenzen zwischen Wissenschaft, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik überwunden werden.

Diese „arbeitsteilige“ Vorgangsweise vor Augen, wurde neben der Expansion der MPS eine Vielzahl von Think Tanks ins Leben gerufen sowie bestehende Think Tanks systematisch genutzt und vernetzt. Zur Verbreitung neoliberaler Theorien dienten eine Reihe von Zeitschriften. Daneben aktivierten die neoliberalen Intellektuellen in Zeitungen wie dem *Wall Street Journal* gezielt die Konzernwelt. Um der Marktlogik wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, müsse die Wirtschaft eine eigene „neue Klasse“ schaffen: eine Klasse aus Wissenden, deren Karriereaussichten nicht vom Staat oder den Universitäten abhängen sollten. Dies war insofern von zentraler Bedeutung, als es in vielen Ländern noch dauern sollte, bis neoliberale WissenschaftlerInnen und deren kommunikative Vermittler sich ohne besondere Zuwendung zu reproduzieren vermochten (Plehwe/Walpen 1999, 2001). Auf diese Weise schlossen die verschiedenen Teile der neoliberalen Netzwerke die Kreise: Think Tanks organisierten Konferenzen, deren Ergebnisse die Wissenschaftler anschließend in leicht konsumierbaren Kurzfassungen publizierten. In einem weiteren Schritt wurden schließlich politische Schlussfolgerungen gezogen, an deren Umsetzung sich die Wissenschaftler in vielen Fällen direkt beteiligten (wie in den USA und Großbritannien, in der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds; aber auch die Pinochet-Diktatur oder Fujimori in Peru konnten auf praktische Expertise zählen). Neoliberale haben es verstanden: Um die wirtschaftliche, soziale und politische Landschaft zu verändern, müsse man das intellektuelle Feld erobern. Damit neoliberale Ideen in das tägliche Leben der Menschen Eingang finden, müssen sie vermittelt werden: über Massenmedien und Bücher, internatio-

nale Ausbildungsprogramme und universitäre Lehrpläne. Beides, die intellektuelle Infrastruktur und die Medien, muss finanziert werden: Die rasch in alle Teile der Welt expandierenden Institute finanzier(t)en sich über Spendenmittel meist großer Unternehmen bzw. konzerneigener Stiftungen (George 1997).

Inhaltliche Überlegungen

Auf der Ebene der Inhalte gilt es, zwei zentrale Einsichten hervorzuheben. Es war insbesondere Hayek, der zur Überwindung der eigenen gesellschaftspolitischen Isolation neben der Langzeitperspektive die Wichtigkeit einer „liberalen Utopie“ betont hat. Hayek erkannte es als eine Stärke des Sozialismus, über utopisches Denken zu verfügen. Das forderte er auch für den Neoliberalismus ein: „Was uns heute mangelt, ist eine liberale Utopie, ein Programm, das weder eine bloße Verteidigung des Bestehenden ist, noch einfach als ein verwässerter Sozialismus erscheint, ein *liberaler Radikalismus*, der weder die Empfindlichkeiten der bestehenden Interessengruppen schont, noch glaubt, so ‚praktisch‘ (practical), ‚empfindlich‘ (sensible) und ‚realistisch‘ (realistic) sein zu müssen, dass er sich auf Dinge beschränkt, die heute politisch möglich erscheinen.“ (zit. n. Ptak 2002). Dabei wird deutlich, dass der Neoliberalismus als politische Bewegung verstanden werden muss, denn seine Verfechter sahen es als entscheidend an, den neoliberalen Gesellschaftsentwurf glaubhaft als Modell der Befreiung und der Veränderung zu konstruieren.

Zweitens handelte sich bei der „neoliberalen Internationale“ um eine Gruppe Gleichgesinnter in dem Sinn, als sie über gemeinsame politische Ziele und inhaltliche Prinzipien verfügten. Den einigenden Grundkonsens bildete der Kampf gegen den Keynesianismus. Gleichzeitig vertraten die Intellektuellen sehr unterschiedliche theoretische Ansätze. Bereits in der MPS reichte das Spektrum von den deutschen Ordoliberalen, die zum Erhalt des Kapitalismus für *mehr* staatliche Eingriffe plädierten, bis hin zu Marktradikalen wie Ludwig von Mises. Es handelte sich also um eine *plurale* intellektuelle und politische Bewegung, in der unterschiedliche Strömungen und Positionen ihren Platz hatten. Auch ein zeitgenössischer Blick auf das theoretische „Arsenal“ neoliberaler Expertise macht klar, dass es *den* Neoliberalismus als Modellpurismus nicht gibt. Innerhalb des neoliberalen Paradigmas versammeln sich konservative Marktapologeten, die – beeinflusst von den Lehren Milton Friedmans – für die „spontane Ordnung“ des Laissez-faire-Kapitalismus, umfassende Deregulierung und Individualismus eintre-

ten, aber auch Fraktionen, die für – unterschiedlich weitreichende – Regulierungsinstanzen eintreten, die für ein Mindestmaß an Stabilität insbesondere im Bereich der Geld- und Finanzpolitik sorgen sollen. Theoretische Referenzpunkte können beispielsweise bei den jüngeren Überlegungen von Anthony Giddens ausgemacht werden, dessen Ansichten über Staatsreform und Synergie zwischen privaten und öffentlichen Sektoren von den Anhängern des „Dritten Weges“ geteilt werden (Robinson/Harris 2000). Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie die zentralen Prämissen eines Freihandelsregimes nicht in Frage stellen und in internationalen Gremien und Moderierungsinstanzen ihre Interessen koordinieren. Diese Pluralität muss in hegemonietheoretischer Perspektive gerade als eine Stärke des Neoliberalismus herausgestrichen werden: Weil der Neoliberalismus über ein Ensemble von Theorien und Politikformen verfügt, ist es seinen Verfechtern möglich, in unterschiedlichen Kontexten vielfältige politische Interventionsmöglichkeiten anzubieten.

2. Schwächen linker Globalisierungskritik

Wie am Beispiel der neoliberalen Wissensproduktion gezeigt, sind nicht nur organisatorische Strategien, sondern auch die spezifische Form der Konzeptualisierung des Wissens – die impliziert, wer wie handeln kann und soll – von grundlegender Bedeutung. Während jedoch das Beispiel des Neoliberalismus vor dem Hintergrund der gegebenen Ziele und damit verbundener Interessen als „gelungener“ Wissensproduktionsprozess betrachtet werden kann, zeigen sich bei einigen stark rezipierten Beiträgen im Feld der Kapitalismuskritik insbesondere bezüglich ihrer gesellschaftstheoretischen Konzeption erhebliche Probleme. Beispielhaft für solche intellektuellen Beiträge, die starke Aufmerksamkeit im globalisierungskritischen Umfeld erzielen, sollen hier Manuel Castells und das Autorenteam Toni Negri und Michael Hardt herausgegriffen werden (vgl. ähnlich auch neuerdings Jessop 2002). Anstatt als effektives Vehikel für progressive Alternativen zu dienen, so unsere These, können diese Ansätze sogar kontraproduktive Wirkungen für Analyse und Praxis entfalten. Erstens kann an den Arbeiten von Castells gezeigt werden, dass mit der Behauptung, gesellschaftliche Entwicklungen seien stark technologisch bestimmt, die Kernthesen des liberalen Globalisierungsdiskurses faktisch reaffirmiert werden. Politik wird in der Folge, ähnlich wie bei den Neoliberalen, darauf reduziert, der als naturwüchsig und unabwendbar begriffenen ökonomischen Globalisierung marktkonforme Rechtsregeln entgegensetzen. Hardt und Negri wiederum sehen ausge-

hend von ihrer Analyse eines weltumspannenden, transnationalen Herrschaftsnetzwerks nur die Alternative zwischen politischer Anpassung oder Umsturz aller politischen Verhältnisse. Damit wird jedoch das breite Feld „reformistischer“ Veränderungsmöglichkeiten – denen ja historisch eine zentrale Rolle zugekommen ist – ausgeblendet. Die unserer Ansicht nach problematischen Implikationen werden auch vor dem Hintergrund des persönlichen politischen Kontextes der jeweiligen Autoren betrachtet. Allen ist gemein, dass sie sich zu Beginn ihrer politischen wie akademischen Karriere in Distanz zur „reformistischen“ Arbeiterbewegung befunden haben.

Castells Netzwerkgesellschaft und die Macht der Flüsse

Manuel Castells war Anfang der 1960er-Jahre in der spanischen StudentInnenbewegung aktiv. In Frankreich lehrte er an der Universität Paris X – Nanterre, die 1968 eines der Zentren der dortigen StudentInnenbewegung war. Enttäuscht davon, dass die studentischen Proteste nur mangelhaft von der ArbeiterInnenschaft aufgenommen wurden, wandte er sich akademisch wie politisch den neuen Stadtteilbewegungen in Spanien zu, deren Forderungen und Kämpfe sich primär auf die schlechte Versorgung mit Wohnraum, Infrastruktur etc. – also die Reproduktions- und nicht die Produktionssphäre – bezogen. Ihre AktivistInnen wurden nach dem Ende der Franco-Diktatur, Mitte der 1970er-Jahre, oftmals von den Linksparteien aufgesogen. Die neu gewählten Stadtregierungen, häufig von der Linken gestellt, zeigten sich im Umgang mit den Protestbewegungen weit flexibler als die franquistischen Vorgänger und suchten diesen zugleich die Spitze zu nehmen. Die städtischen Protestbewegungen verloren in der Folge stark an Dynamik. Castells suchte Erklärungen für diese Veränderungen und meinte sie in der Herausbildung einer „informationell“ und netzwerkartig geprägten Gesellschaft zu finden. In enger Kooperation mit der katalanischen Linken, speziell mit Jordi Borja, suchte er eine den veränderten Bedingungen entsprechende (Stadt-)Politik zu formulieren (McNeill 1999:Kap. 5). Ihre Schlussfolgerungen haben Borja und Castells in einem Handbuch zusammengefasst, das aus einem Bericht für die Habitat-Konferenz in Istanbul 1996 hervorging (Borja/Castells 1997).

Dort argumentieren sie, dass in der „Informationsgesellschaft“ globale Flüsse von Information und Waren eine immer größere Rolle spielen. Knotenpunkte der Flüsse seien städtische Zentren, in denen fortgeschrittene Dienstleistungs- und High-Tech-Unternehmen lokalisiert sind. Für sie sind „die Nationalstaaten zu klein, um die globalen Flüsse von Macht, Wohlstand und Technologie des neuen Systems zu kontrollieren und zu lenken, und zu

groß, um die Pluralität sozialer Interessen und kultureller Identitäten der Gesellschaft zu repräsentieren, so dass sie Legitimität sowohl als repräsentative Institutionen also auch als effiziente Organisationen verlieren“ (Borja/Castells 1997:5). In einer Gesellschaft, „in der Macht und Funktion als Flüsse organisiert sind“, entstehen Konflikte primär aufgrund „potentiell unauflöslicher Identitäten“ (ebd.:13). Die Fokussierung auf kulturell-identitäre Konflikte teilen sie mit neoliberalen und konservativen TheoretikerInnen (vgl. Arantes 2000:41; Barša 2001:65ff).

Die politische Lücke, die sich aus dem postulierten Niedergang der Nationalstaaten ergibt, soll von den Städten gefüllt werden. Diese haben zwei Hauptaufgaben (Borja/Castells 1997:3):

- Stadtregierungen sollen zur „Verbesserung der produktiven und wettbewerbsfähigen Bedingungen beitragen, von denen, in letzter Analyse, die Wohlfahrt der lokalen Gesellschaft abhängt“.
- Lokale Institutionen sollen die „kulturelle Integration immer mannigfaltiger Gesellschaften“ gewährleisten.

Über eine strategische Vision der Stadtentwicklung soll sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch die kulturelle Integration befördert werden. Eine „personalisierte Führung“ soll zur Schaffung eines Lokalpatriotismus, Gemeinschaftsgeistes und „BürgerInnenkonsenses“ (ebd.:98, 100) beitragen. Der Konsens soll um „öffentlich-private Partnerschaften“ herum aufgebaut werden, die Geschäftswelt gilt als strategischer Partner der Stadtregierung. Partizipation beschränkt sich darauf, das strategische Projekt der Bevölkerung zu vermitteln. Globale Wettbewerbsfähigkeit stellt mithin den konditionierenden Rahmen für Stadtpolitik dar.

Es gibt auch sich kritisch verstehende WissenschaftlerInnen, die aus der „Globalisierung“ und der Schwächung des Nationalstaates die Konsequenz einer vorrangigen Stärkung nicht der kommunalen, sondern der globalen Ebene ziehen. Sie fordern eine „global governance“, welche in eher konsensual ausgerichteter Weise die negativen Folgen der Globalisierung einhegt. Im deutschen Sprachraum ist diesem Feld speziell die Gruppe um Franz Nuscheler und Dirk Messner am Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg hervorgetreten (Messner 2000; Nuscheler 2000; zur Kritik Brand u.a. 2000).

Negris „Empire“ eines transnationalen Herrschaftsnetzwerks

Einige der Denkfiguren von Castells, jedoch andere politische Schlussfolgerungen findet man bei Toni Negri und Michael Hardt. Negri kommt aus

dem italienischen Linksradikalismus der 1960er- und 1970er-Jahre. Er war Professor an der Universität Padova und Führungsmitglied der von 1969 bis 1973 bestehenden linksradikalen Gruppe Potere Operaio. Intellektuell wie politisch trat Negri als einer der Köpfe des Operaismus hervor. Die Operaisten vertraten damals die These, dass der Fordismus eine Homogenisierung der Arbeiterschaft, den „Massenarbeiter“, hervorbringe. Die Abwertung der Facharbeiter ist für die Operaisten Folge einer technischen Entwicklung, die ihre Richtung durch den Klassenkampf erhält. In dieser Sichtweise ist die Entwertung der Qualifikation der Arbeiterschaft eine Taktik des Kapitals im Klassenkampf. Immer größere Teile der Bevölkerung würden, so meinten die Operaisten damals, proletarisiert: „Die Fabrik“, so Mario Tronti, ein anderer Vordenker des Operaismus, „dehnt ihre exklusive Herrschaft über die ganze Gesellschaft aus“ (zit. n. Turchetto 2001:300). Entsprechend dieser Vision wird der Klassenkampf von den (meisten) Operaisten unter Ausblendung der staatlichen Sphäre gedacht. Damit unterschieden sie sich grundlegend von der damaligen Hauptkraft der italienischen Linken, Partito Comunista Italiano (PCI).

Ab 1973 nahm die Intensität der Arbeitermilitanz in Italien ab. Gruppen wie Potere Operaio sahen sich scharfer Repression ausgesetzt. Negri selbst emigrierte nach Frankreich, wo er in Paris als Hochschullehrer tätig war. Trotzdem bewahrten sich die Operaisten eine zumindest informelle Gruppenidentität und schufen ein internationales Netz. Negri, der in den 1990er-Jahren nach Italien zurückkehrte, sitzt wegen seines Engagements für Potere Operaio eine Haftstrafe ab. Zusammen mit dem US-amerikanischen Professor Michael Hardt hat er im Jahr 2000 beim renommierten Verlag Harvard University Press das Buch *Empire* veröffentlicht. Es greift einige Stichworte des Operaismus wieder auf, wendet sie jedoch in eine in der gegenwärtigen kapitalistischen Umbruchsphase anschlussfähige Richtung.

Imperialismus und Nationalstaaten stellen für Negri und Hardt überholte Kategorien dar. An ihre Stelle sei ein „Empire“ getreten, das eine diffuse, entgrenzte Machtstruktur aufweist (Hardt/Negri 2000:Kap. 1.1, 2.6.; Hardt/Negri 2002:323). Der modern vernetzte Weltmarkt impliziert aber auch andere Formen der Macht, Kriegführung mit eingeschlossen. Kriege werden jedoch als „Bürgerkriege“ oder „Polizeiaktionen“ (Hardt/Negri 2000:189) gesehen, da es ja nur mehr eine globale Souveränität (sic!) – das „Empire“ eines weltumspannenden, transnationalen Herrschaftsnetzwerks – gebe. Die globalisierte Ökonomie greift für Hardt und Negri bis in die Intimsphäre des Lebens ein. Sie ist so eine neue und besonders subtile Form der Macht: „Biomacht ist eine Form der Macht, die das soziale Leben von dessen Innerem heraus reguliert.“ (Hardt/Negri 2000:23)

Macht bedingt für sie Gegenmacht. Diese nimmt die Form ebenfalls diffuser „Multitudes“ (Mengen) an, die im Kontext der immateriellen Arbeit – gemeint sind die schöpferischen Energien einer kommunikativen, kooperativen und kreativen Arbeit, die anstelle der einfachen, abstrakten Lohnarbeit getreten ist – entstehen und die das Wissen der Arbeiter wieder aufwertet: „Ein intellektuelles Proletariat tritt hier in zentraler Position auf, dessen Arbeit unmittelbar Information, Kommunikation und Bildung im weitesten Sinn einschließt.“ (Negri 1998:71f) Dank der technischen Entwicklung gewinnt das postfordistische Proletariat so die Initiative, die Avantgarde der Multitudes wird offenbar durch die technische Intelligenz gestellt – in Umkehrung zum frühen Operaismus scheint nun die technische Entwicklung nicht mehr durch den Klassenkampf, sondern der Klassenkampf durch den technischen Determinismus geprägt zu sein (Turchetto 2001:304). An die Stelle des „Massenarbeiters“ als Gegner und potenzieller Erbe des Fordismus in den Analysen der 1970er-Jahre tritt nun beim aktuellen Negri im Kontext des Postfordismus der zum immateriellen Arbeiter stilisierte kooperationswillige Kleinunternehmer und Freiberufler (Turchetto 2001:306).

Widerstand wird als „sozial“ in Abgrenzung von „politisch“ verstanden (Negri 1998; Revelli 2001:237ff, 282ff). Hierin nähern sich Negri und Hardt an die anarchistisch eingefärbte Staats- und Organisationsfeindlichkeit an, die für einen Teil der globalisierungskritischen Bewegung prägend ist (Ross 2002). Sie präsentieren keine ernsthafte Theorie des Staates, sondern verkürzen die Staats- zu einer Rechtstheorie, in der Regelungssysteme lediglich als technische Prozeduren dargestellt werden (vgl. speziell Negri 1998) – und treffen sich so mit neoliberalen Theoretikern wie Hayek (Sapir 2002:179). Die Veränderung von Zugangskanälen zu staatlichen Entscheidungszentren, der institutionellen Struktur des Staates sowie der Staats-tätigkeit bleiben außerhalb ihres Analysefeldes.

Auch die Begrifflichkeit der „Multitudes“ weist eine organisationsfeindliche Schlagseite auf und trifft damit auf eine entsprechende Grundstimmung bei einem Teil der globalisierungskritischen Bewegung, der den institutionalisierten Machtstrukturen innerhalb der sich emanzipatorisch verstehenden Bewegungen – nicht ohne Grund – kritisch gegenübersteht. Doch bringen institutionalisierte Abstimmungs- und Leitungsmechanismen auch Verantwortlichkeiten mit sich. In diffusen Organisationsstrukturen bilden sich oft informelle Leitungsstrukturen heraus, die keinerlei institutionalisierter Rechenschaftspflicht unterliegen. So gibt es auch in vorgeblich netzwerkartigen und egalitären sozialen Bewegungen in der Regel erhebliche Machtasymmetrien – nur eben informeller Art (Ross 2002:290ff). Bei Negri kommen in

den aktuellen wie in früheren Arbeiten politische Vermittlungsinstanzen in der Analyse kaum vor. Hardt und Negri interessieren „sich nicht für gesellschaftliche Institutionen, ihre Konstitution als Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, ihre Verflochtenheit und Konkurrenz. Entsprechend ist politische Auseinandersetzung auch nicht *in*, sondern nur *gegen* Institutionen denkbar“ (Brand 2003:315, Hervorhebung i. O.).

Castells und Negri: Fitt für den Postfordismus?

Castells und Negri/Hardt weisen nun einige interessante Parallelen auf. Bei beiden Ansätzen ist ein starker Ökonomismus festzustellen, das Politische hat kaum Autonomie (Smith 2002:6; Dussel 2002:282; kritisch zur Konzeptionalisierung von „Globalisierung“ bei Castells vgl. insbesondere Marcuse 2002). In der Identifizierung der gesellschaftlichen Konfliktlinien gehen sie in unterschiedliche Richtungen. Castells sieht alles durch das Prisma der Konkurrenz, von ihm speziell in der Form des Standortwettbewerbs thematisiert. Klassenkonflikte kommen bei ihm kaum mehr vor. Bei Negri ist alles Klassenkampf, Konkurrenz – beispielsweise zwischen den kapitalistischen Industrieländern – wird ausgeblendet (vgl. Kittsteiner 2002:54). Das Empire ist durch weitgehende Harmonie der dominanten Kräfte gekennzeichnet, darin in manchem dem Konzept des „Ultraimperialismus“ ähnlich, das der sozialdemokratische Theoretiker Karl Kautsky 1914 entwarf. Kriege der Zentrumsstaaten, speziell der USA, werden entsprechend der derzeitigen US-Diktion zu „Polizeiaktionen“ verharmlost, was eine kritische Analyse neo-imperialistischer Kriege unmöglich macht (vgl. Petras 2001; Paech 2002:49). Und nur unter Negierung der Konkurrenz lässt sich emphatisch behaupten, es gebe den eitlen Sonnenschein gleichzeitig autonomer und kooperierender „Multitudes“. Beide theoretischen Konzepte blenden in ihren politischen Schlussfolgerungen also jeweils eine zentrale Konfliktachse bürgerlicher Gesellschaften – Klassenkonflikt bzw. Konkurrenz – aus.

Anschlussfähig sind Castells und Negri bei all ihren Parallelitäten in unterschiedlichen Richtungen. Castells ist ein Theoretiker und führender Intellektueller des Sozialliberalismus. Er begründet die sozialdemokratische Anpassung an liberale Politik mit dem konstruierten Sachzwang „Globalisierung“, leitet aber aus der Notwendigkeit der Schaffung einer städtischen „Konkurrenzgemeinschaft“ auch eine proaktive Stadtpolitik ab (ähnlich verfahren Nuscheler und Messner im Hinblick auf die globale Ebene). Castells verbindet akademische Meriten mit einer bewussten politischen Praxis. In dieser geht er eine Verbindung mit seinen heute einflussreichen politischen

Kameraden seiner katalanischen Jugend ein. So nutzt beispielsweise die Stadtregierung von Barcelona ihrerseits das Renommee von Castells, um ihre Stadt und ihre Konzeption „strategischer Planung“ international zu vermarkten (Arantes 2000).

Negri ist ein Theoretiker des revolutionären Attentismus, also des hoffnungsfrohen Wartens auf die gewünschte Gesellschaftsordnung, die sich angesichts der allmächtig erscheinenden Objektivität geschichtlicher Entwicklung einstellen wird. Die Annahme einer sich aus der Produktivkraftentwicklung quasi mechanisch ergebenden spontaneistischen Gegenbewegung trifft den Nerv der Zeit – und auf einen signifikanten Ausschnitt der sich als radikal verstehenden Linken. War Negri während des Fordismus Theoretiker einer Kaderorganisation, ist er heute Theoretiker des lockeren Zusammenhangs, der Spontaneität und des Denkens einer unbestimmt bleibenden Alternative. Damals wie heute pflegen Negri und sein Umfeld allerdings die Vorstellung einer „Linearität und Unvermeidlichkeit eines (...) revolutionären Prozesses von unten und ohne vermittelnde Instanzen“ (Magri 2002:56). Ist die Revolution unvermeidlich, so braucht man nur zu warten. So lassen sich revolutionäre Attitüde und der Verzicht auf organisatorische Kleinarbeit trefflich verbinden. Mit einer solchen Heilsbotschaft für die Unterdrückten können auch die dominanten Kräfte leben – *Empire* von Negri und Hardt ist auch in der konservativ-liberalen Presse eher wohlwollend kommentiert worden. Bei der Verbreitung ihrer Ideen können sich Negri und sein politisches Umfeld allerdings auf ein eigenes akademisches und publizistisches Umfeld (im deutschen Sprachraum z.B. Jungle World, Fantomas, Malmoe, Grundrisse sowie eine Fülle von Internet-Foren) beziehen. Es ist ihnen damit gelungen, politische Identität stiftende Begrifflichkeiten (*Empire*, Biomacht, Multitudes, Autonomie) zu prägen.

Castells und Negri stehen in einer langen Tradition nicht nur, aber auch der italienischen Linken, die von der geschichtsdeterministischen Traditionslinie von Kautsky geprägt war. In der italienischen Linken lässt sie sich bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zu Filippo Turati vom reformistischen Flügel bzw. Giacinto Menotti Serrati vom linken Flügel der italienischen VorkriegssozialistInnen zurückführen, die entweder mit der Unausweichlichkeit der kurzfristigen Anpassung ans Gegebene oder mit der Unvermeidlichkeit der Revolution argumentierten, aber beide keine angemessenen Zwischenschritte definieren konnten (oder wollten). Es ist dies eine Tradition des Ökonomismus und einer fehlenden Theoretisierung des Politischen. Der einer staatstheoretischen Grundlage entbehrende Linksradikalismus nähert sich in den Schlussfolgerungen oft einer libertären Utopie an (siehe Sapir

2002:179). Genau gegen dieses mangelhafte oder mangelnde Politikverständnis wandte sich Gramsci in den 1920er- und 1930er-Jahren mit der Ausarbeitung einer Analyse des „integralen Staates“ und des Kampfes um gesellschaftliche Hegemonie (Coutinho 1999:Kap. 1).

3. Alternative Wissensproduktion für alternative Entwicklungswege

Im Anschluss an unsere Überlegungen zu den diskursiven und organisatorischen Strategien als auch zu den politischen Hintergründen, die zur Formulierung bestimmter Weltanschauungen beitragen, sollen nun Grundzüge für eine wirksame alternative Wissensproduktion dargelegt werden.

Wie kann die Aufgabe und die Rolle von Intellektuellen und WissenschaftlerInnen in politischen Bewegungen sinnvoll bestimmt werden? Nach Gramsci ist es weder die professionelle Tätigkeit noch sind es erworbene Kenntnisse, die einen Intellektuellen ausmachen, sondern die politische Organisations- und Vermittlungstätigkeit: Der „organische Intellektuelle“ ist das denkende und organisierende Element einer sozialen Klasse oder Klassenfraktion (Gramsci 1998). Für Pierre Bourdieu, einen zweiten wichtigen Referenzpunkt, besteht die soziale Aufgabe von Intellektuellen darin, Probleme und Phänomene, die zumeist individuell erfahren werden, in ihrer Gesellschaftlichkeit zu thematisieren und einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln (Bourdieu 1991). Beide liefern damit wichtige Anhaltspunkte. Der Wert von Intellektuellen und ihrer theoretischen Arbeit lässt sich – mit Bezug auf Bourdieu – derart bestimmen, dass sie ihre spezifische Kompetenz, die sie innerhalb des intellektuellen Feldes erworben haben, beim Entwurf und bei der Formulierung gesellschaftlicher Projekte einbringen. Engagierte bzw. „eingreifende“ Wissenschaft kann auf diese Weise „Strukturwissen“ bereitstellen, aus dem – zusammen mit „Erfahrungswissen“ – Handlungskompetenz erwächst. Auch wenn Gramscis Vorstellung vom Intellektuellen als Sprachrohr einer Klasse (oder Klassenfraktion) heutzutage anachronistisch erscheint, eröffnet er uns die wichtige Einsicht, dass der Kampf um gesellschaftliche Vorherrschaft immer *auch* ein Kampf um die „Gültigkeit“ und Akzeptanz von Ideen ist. Politische Dominanz muss in der kulturellen Sphäre errungen und dort auch abgesichert werden, weil Hegemonie eben auch an kulturelle und soziale Gewohnheiten, ideologische Weltbilder und an das Alltagsbewusstsein gebunden ist. Und dabei spielen Intellektuelle eine wichtige Rolle. Dieser kulturelle und intellektuelle Schauplatz wurde, so Susan George, tragischerweise von Seiten der Linken vernachlässigt. Die Linke habe es verabsäumt, Zeit und Geld darauf zu verwenden, ihre Konzepte zu verbreiten: „Not only do

progressive institutions appear complacent as to their side's intellectual superiority, but they've been cruising along as if there were no need to justify their positions, nor even to worry about the nearly hegemonic intellectual hold of the right." (George 1997:6) Dazu kam, dass auch die libertären Strömungen der 1968er-Bewegung nicht unwesentlich den Boden für neoliberale Reformen bereiteten: „Ohne deren eigenen Beitrag zur ‚geistig-moralischen Wende‘ wäre das neue Hegemonieprojekt sehr viel schwerer durchzusetzen gewesen.“ (Hirsch 1995:155; vgl. auch George 1997; Harvey 1996; Borg 2001)

Wie im vorangegangenen Teil exemplarisch ausgearbeitet, sind auch im Umfeld der globalisierungskritischen Bewegung diskursive Formationen mit problematischen praktisch-politischen Implikationen anzutreffen, die trotz oberflächlicher Radikalität neo- bzw. sozialliberale Positionen stütz(t)en. Was können wir aus dieser Einsicht für unsere aktuellen Bemühungen, den „herrschenden Zeitgeist“ zu beeinflussen, lernen? Was wurde und wird von „linken“ Kräften anscheinend falsch gemacht? Was können wir von den neoliberalen Erfolgsstrategien lernen, was soll jedoch nicht kopiert werden? Abschließend einige Thesen zur inhaltlichen und strategischen Ebene der Wissens- und Diskursproduktion sowie zu ihren zeitlich und organisatorisch-materiellen Dimensionen.

Die inhaltliche Ebene

Um die soziale Welt in brauchbarer Weise theoretisch zu erfassen, ist es von zentraler Bedeutung, weder in eindimensionale strukturalistische noch in voluntaristische – mithin von der konkreten Veränderung konkreter politischer Strukturen absehbende – Konzeptionen zu verfallen. Beide erschweren es, gesellschaftliche Entwicklungen und das Zusammenspiel von Ökonomie, Politik und Kultur zu analysieren und damit umfassende Veränderungsstrategien zu entwerfen. Daher sind adäquate Interpretationsmuster bzw. theoretische Ordnungsrahmen gefragt, die sowohl die Struktur- als auch die Handlungsdimension von Gesellschaft integrativ behandeln können (wie beispielsweise gramscianisch und regulationstheoretisch inspirierte Ansätze, vgl. Becker 2002). Auf diese Weise können gesellschaftliche Prozesse nicht ausschließlich als Ausfluss eines gegebenen kapitalistischen Systems, sondern nicht zuletzt als Ergebnis konkreter Strategien konkreter Akteure begriffen werden. Einen weiteren, wichtigen Ausgangspunkt für den Entwurf alternativer gesellschaftlicher Projekte stellt ein Staatsverständnis dar, welches den Staat nicht funktional aus ökonomischen Verhältnissen „ableitet“,

sondern als zivilgesellschaftlich umkämpftes Terrain begreift. Auch Widerspruchslinien entlang des Geschlechterverhältnisses, des Verhältnisses Mensch-Natur, aber auch religiöse, ethnische und identitäre Differenzstrukturen wären in die Analyse des erweiterten Staates einzubeziehen.

Diese Interpretationen erlauben das kritische Denken und Abwägen von alternativen Entwicklungswegen: Dabei wird die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Raumes für den Kampf um Hegemonie bzw. Vorherrschaft als Voraussetzung für die Durchsetzung eines politischen Projekts und dessen Umsetzung durch den Staat hervorgehoben. Bestimmte gesellschaftliche Gruppen bzw. Klassen versuchen demzufolge, die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen zu gestalten und andere Gruppen einzubinden bzw. zu überzeugen. Damit stellt sich auch die Frage, welche sozialen Kräfte Träger einer emanzipatorischen Veränderung sein können. So ist es etwa wichtig, sowohl bestimmte soziale Milieus als auch etwa Kleinunternehmer, neue Selbstständige etc. für ein gesellschaftliches Projekt zu gewinnen.

Weiterhin zeigt uns die intellektuelle Entfaltung des Neoliberalismus, dass es anstelle einer defensiven Abwehrhaltung gegenüber einem noch bestehenden marktradikalen Konsens oder der Verteidigung ehemals erkämpfter Errungenschaften die Entwicklung eines gemeinsamen programmatischen Projektes und langfristiger Perspektiven braucht. Dabei sollten wir uns nicht dem politischen Mainstream beugen und von „reformtauglichen“ oder „praktikablen“ Anätzen leiten lassen. Den Kampf um Köpfe und Herzen gewinnen wir nicht mit realpolitisch tauglichen Verbesserungsvorschlägen allein. Die „Erfolgsgeschichte“ des Neoliberalismus zeigt, dass keine etablierte Institution, kein gesellschaftlicher Konsens unveränderbar ist. Damit „eine andere Welt möglich wird“, müssen wir – bei uns selbst und den Menschen, die wir gewinnen wollen – einen utopischen Radikalismus wach halten. Bei der Entwicklung einer gemeinsamen Programmatik stehen uns die Erfahrungen der sozialen Bewegungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und Erkenntnisse der kritischen Gesellschaftstheorie zur Verfügung. Diese gilt es, produktiv zu verarbeiten.

Die strategische Ebene

Strategieentwicklung muss selbst zentraler Gegenstand von Reflexion sein. Im Unterschied zu neoliberalen Strategien, die im Top-down-Verfahren und in einem relativ klar definierten Klasseninteresse entworfen worden sind, ist die Entwicklung emanzipatorischer Strategien in demokratische Prozesse

einzubetten. Die Geschichte der Linken im 20. Jahrhundert lehrt uns, dass progressive Gesellschaftsveränderung niemals ohne umfassende demokratische Beteiligung – und dies gilt auch und gerade für die internen Verfahren – zu haben ist. Gleichzeitig muss jedoch aufgrund der asymmetrischen Machtstrukturen, innerhalb derer auf die Interpretation der Welt Einfluss genommen wird, auf das „soziale Kapital“ (Bourdieu) von Intellektuellen gebaut werden, die mit bestimmten sozialen Gruppen bzw. Bewegungen verbunden sind (Garnham 1998:607). Fehlt diese Verbindung, ist davon auszugehen, dass den Intellektuellen und dem von ihnen produzierten Wissen weniger eine emanzipatorische Rolle zukommt, sondern dass vielmehr der zum jeweiligen Zeitpunkt hegemoniale Block gestützt wird (Gramsci 1998).

Die Verständigung über gemeinsame Grundsätze soll ein Prozess sein, bei dem Dialog gepflegt und Pluralität zugelassen wird. Zu oft ist in linken Bewegungen und Organisationen die gemeinsame Handlungsperspektive dem Gleichklang der Ideologie geopfert worden. Trotzdem ist eine ausreichende Kohärenz des gesellschaftlichen Projektes als „einendes Band“ unserer Ansicht nach unerlässlich. Die Spannung zwischen Pluralität und Einigkeit kreativ zu bearbeiten ist damit für die globalisierungskritischen Initiativen eine zentrale Herausforderung.

Die zeitliche und räumliche Dimension

Strategien der progressiven sozialen Veränderung müssen sich sowohl an kurzfristigen Zielen (dem „Dringlichen“) als auch an langfristigen Visionen (dem „Wesentlichen“) orientieren. Gleichzeitig müssen Interventionen und Vorschläge auch auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen und mit unterschiedlichen Mitteln verfolgt werden. Der Staat ist nicht der einzige Ort, wo politische Macht angesiedelt ist und Kontrolle über ökonomische/kulturelle Institutionen und Ressourcen ausgeübt wird. Für die strategischen Optionen einer Bewegung heißt das, den Rat Gramscis annehmend, „nicht im Sumpf eines Stellungskrieges zu versacken“, sondern sich an den Nutzen von „listigen Manövern“ zu erinnern. Was deshalb auf der Tagesordnung von Bewegungen stehen sollte, „ist die Entwicklung einer Strategie des Manövrierens, die die Erringung von Macht in Staatsmaschinerien auf der Ebene der Taktik zurückstellt, auf eine Position, die man bezieht und aus der man sich wieder zurückziehen kann, denn die wirklich konstruktive Macht der Bewegungen liegt im Prozeß der *Bewegung*, der Mobilisierung“ (Wallerstein 1995:47). Gleichwohl bleibt der Staat und seine jeweils konkrete institutionelle Ausprägung ein wichtiger Raum für und Gegenstand von Auseinandersetzungen.

zungen (Becker 2002). Gesellschaftliche Veränderungsstrategien und Reformvorschläge müssen dabei sowohl auf die lokale, regionale, EU-weite als auch auf die zwischenstaatliche und die sich herausbildende transnationale Ebene zielen.

Die materielle Dimension

Die Art und Weise, wie Wissensproduktion und Wissensvermittlung geschaffen, organisiert, und sichergestellt wird, ist für eine Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Damit stellt sich auch die Frage, inwieweit etwa Freiräume im Kontext der „Institutionen des Wissens“ (Universitäten, Forschungseinrichtungen, aber auch Publikationsmöglichkeiten in einer allgemeinen Öffentlichkeit) vorhanden sind und genützt werden können.

Um alternatives Wissen der öffentlichen Debatte und politischen Auseinandersetzung zugänglich zu machen, braucht es materielle Ressourcen und (Kommunikations-)Strukturen. Insbesondere deshalb, weil gegenhegemoniale Einrichtungen und das dort erarbeitete Wissen zwar schnell zerstört, jedoch nur sehr langsam aufgebaut werden können. Eine dringliche Aufgabe besteht deshalb darin, die Mittel zu finden, um in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und aktiven Gruppen zu intervenieren. Susan George hat mit Blick auf die intellektuelle Infrastruktur der Neoliberalen von progressiven Stiftungen und Geldgebern gefordert, vom starken Projektbezug abzugehen „in favor of institution building. Donors can make the leap of faith from projects to institutional and intellectual movement building“ (George 1997:7). Dazu gehört auch, von einer Orientierung auf schnelle Ergebnisse abzugehen. Kritische Wissenschaft und inhaltliche Auseinandersetzungen brauchen Raum und Mittel. Die Möglichkeiten, wie in einer arbeitsteiligen Gesellschaft und im Kontext monetärer Sachzwänge eine intellektuelle Infrastruktur nachhaltig sichergestellt werden kann, müssen expliziter Teil einer Strategiediskussion sein.

Literatur

- Anderson, Perry (1998): Jenseits des Neoliberalismus. Bilanz und Perspektiven für die Linke. In: MOMA – Monatsmagazin für neue Politik 2/3: 33-42
- Arantes, Otilia Beatriz Fiori (2000, 2. Aufl.): Uma estratégia fatal. A cultura das novas gestões urbanas. In: Arantes, Otilia Beatriz Fiori u. a.: A cidade do pensamento único. Desmanchando consensos. Petrópolis, RJ: Vozes: 11-74
- Barša, Pavel (2001): Západ a islamismus. Strět civilizací, nebo dialog kultur? Brno: CDK

- Becker, Joachim (2002): *Akkumulation, Regulation. Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Marburg: Metropolis
- Borg, Erik (2001): *Hegemonie der Globalisierung? Kritische Überlegungen zum Hegemoniebegriff der Regulationstheorie*. In: *Ein neuer Kapitalismus*, Hg. Mario Candeias/Frank Deppe. Hamburg: VSA-Verlag: 67-82
- Borja, Jordi/Castells, Manuel (1997): *Local & Global. Management of Cities in the Information Age*. London: Earthscan Publications
- Bourdieu, Pierre (1991): *Die Intellektuellen und die Macht*, Hamburg: VSA-Verlag
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter (2000): *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster: Westfälisches Dampfboot
- Brand, Ulrich (2003): *Regulation und Politik. Theoretische Probleme der Internationalisierung und die „Empire“-These*. In: *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Probleme des Regulationsansatzes*, Hg. Ulrich Brand/Werner Raza. Münster: Westfälisches Dampfboot: 304-325
- Coutinho, Carlos Nelson (1999). *Gramsci. Um estudo sobre seu pensamento político*. Rio de Janeiro: Civilização Brasileira
- Dixon, Keith (2000): *Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus*. Konstanz: UVK
- Dussel, Enrique (2002): *Democracy in the „Center“ and Global Democratic Critique*. In: *Democracy Unrealized. Documenta 11/Platform 1*. Wien und Berlin, Hg. Okwui Enwezor u. a., Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz Verlag: 267-284
- Garnham, Nicholas (1998): *Political Economy and Cultural Studies: Reconciliation or Divorce?* In: *Cultural Theory and Popular Culture. A Reader*, Hg. John Storey. Essex: Prentice Hall: 600-612
- George, Susan (1997): *How to Win the War of Ideas: Lessons from the Gramscian Right*. In: *Dissent* 44/3: 47-53
- Giddens, Anthony (1984): *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*. Cambridge, Cambridgeshire: Polity Press
- Gramsci, Antonio (1998): *Hegemony, Intellectuals and the State*. In: *Cultural Theory and Popular Culture. A Reader*, Hg. John Storey. Essex: Prentice Hall: 210-216
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2000): *Empire*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press (deutsche Übersetzung unter dem gleichen Titel Campus 2002)
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): *Globalization and Democracy*. In: *Democracy Unrealized. Documenta 11/Platform 1*. Wien und Berlin, Hg. Okwui Enwezor u.a., Ostfildern-Ruit: Hatje Cantz Verlag: 323-336
- Harvey, David (1996): *Justice, Nature and the Geography of Difference*. Oxford: Blackwells
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Berlin: ID-Verlag
- Jessop, Bob (2002): *Informationskapitalismus und Empire – Verklärungen der US-Hegemonie*. In: *Das Argument* 248: 777-790
- Kittsteiner, Heinz-Dieter (2002): *Das „Empire“ und die „Wobblies“*. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 6./7.4.: 53-54
- Magri, Lucio (2002): *Il Sessantotto e i no global*. In: *la rivista del manifesto*, nov.: 50-56
- Marcuse, Peter (2002): *Entpolitisierte Globalisierungsdiskussion. Informationszeitalter und Netzwerkgesellschaft bei Manuel Castells*. In: *Prokla* 32/127: 321-344

- McNeill, Donald (1999): *Urban Change and the European Left. Tales from the New Barcelona*. London: Routledge
- Messner, Dirk (2000): Ist Außenpolitik noch Außenpolitik ... und was ist eigentlich Innenpolitik? Die Transformation der Politik in der „Ära des Globalismus“. In: *Prokla* 30/118: 123-150
- Negri, Toni (1998): *Repubblica Costituente. Umriss einer konstituierenden Macht*. In: *Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion*. Hg. Toni Negri/Maurizio Lazzarato/Paolo Virno: Berlin: ID-Verlag: 67-81
- Novy, Andreas (2002): *Entwicklung gestalten. Eine andere Welt ist möglich*. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind
- Nuscheler, Franz (2000): Kritik der Kritik am Global Governance-Konzept. In: *Prokla* 30/118: 118-156
- Paech, Norman (2002): Empire: Postmodernes Recht der Totengräber des Völkerrechts? In: *Sozialismus* 9: 45-49
- Petras, James (2001): *Empire with imperialism*, <http://www.rebelion.org/petras/english/negri010102.htm>, 30. Juni 2003
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftstheoretische Produktionsweisen im Neoliberalismus. In: *Prokla* 29/115: 203-235
- Plehwe, Dieter/ Walpen, Bernhard (2001): Gedanken zu einer Soziologie der Intellektuellen des Neoliberalismus. In: *Flexibler Kapitalismus. Analysen – Kritik – Politische Praxis*, Frank Deppe zum 60. Geburtstag, Hg. Hans-Jürgen Bieling/Klaus Dörre/Jochen Steinhilber/Hans-Jürgen Urban. Hamburg: VSA-Verlag: 225-239
- Ptak, Ralf (2002): Chefsache. Basta! Der Neoliberalismus als antiegalitäre, antidemokratische Leitideologie. In: *Demokratie – wo und wie*, Hg. Norman Paech/Eckart Spoo/Reiner Butenschön. Hamburg: VSA-Verlag
- Revelli, Marco (2001): *Oltre il Novecento. La politica, le ideologie e le insidie del lavoro*. Torino: Edizione Einaudi
- Robinson, William I./Harris, Jerry (2000): Towards a Global Ruling Class? Globalization and the Transnational Capitalist Class. In: *Science & Society* 64/1: 11-54
- Ross, Stephanie (2002): Is This What Democracy Looks Like? The politics of the anti-globalization movement in North America. In: *Fighting Identities. Race, religion and ethno-nationalism*, *Socialist Register* 2003, Ed. Leo Panitch/Colin Leys. London: Merlin Press: 281-304
- Sapir, Jaques (2002): *Les économistes contre la démocratie. Pouvoir, mondialisation et démocratie*. Paris: Albin Michel
- Smith, R.G. (2002): World City Actor-Networks. In: *GaWC Research Bulletin* 71, www.lboro.ac.uk/gawc/rb/rb71.html, 30. Juni 2003
- Turchetto, Maria (2001): De „l'ouvrier masse“ à l' „entrepreneurialité commune“: la trajectoire déconcertante de l'opéraïsme italien. In: *Dictionnaire Marx Contemporain*, Hg. Jacques Bidet/Eustache Kouvélakis. Paris: Presses universitaires de France: 295-306
- Wallerstein, Immanuel (1995) : *Die Sozialwissenschaft „kaputt-denken“*. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts. Weinheim: Beltz Athenäum Verlag
- Walpen, Bernhard (2002): Neoliberale Wissensproduktion in Taiwan. Eine erste Problemskizze. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 18/3: 209-224

Gerald Faschingeder – Alexandra Strickner

(Volks-)Bildung in einer mediatisierten Welt

Wissenskritik, Gegenöffentlichkeit und
alternative Vermittlungsformen

Wenn die neuen globalisierungskritischen Bewegungen über den Kreis der AktivistInnen hinausreichen und tatsächlich die öffentliche Meinung beeinflussen wollen, dann müssen Wege und Mittel gefunden werden, viele Menschen mit den eigenen Anliegen und Inhalten zu erreichen. Im Zeitalter der Massenkommunikation kann das doch nicht so schwer sein, möchte man denken. Doch die Realität ist eine andere. Erstens ist Massenkommunikation vielleicht gute PR, in den seltensten Fällen aber Bildung, die zu Haltungs- und Verhaltensänderung führt. Zweitens ist die Materie komplex und auch einschlägig tätigen Personen fällt es oft schwer zu erklären, wo die Ursachen des globalen Unheils liegen oder wie diesem abzuhelpen ist. Gleichzeitig trägt die politische Konstellation, in deren Rahmen Massenmedien arbeiten, in der Bildung institutionell organisiert und Wissen produziert wird, nicht unbedingt dazu bei, kritische Bewusstseinsbildung zu fördern. Wenn Inhalte und Ideen, die jetzt als kritisch und alternativ verstanden werden, eines Tages handlungsanleitend und -bestimmend für Politik und Wirtschaft und somit „hegemonial“ sein sollen, bedarf es einer kritischen und umfassenden Reflexion des Status quo, um daraus die notwendigen Handlungsstrategien entwickeln zu können.

Diesem Artikel liegt die Prämisse zugrunde, dass Menschen von jenen Dingen wissen bzw. diese verstehen wollen, die sie betreffen und bedrohen. Demokratie baut darauf auf, dass der Demos, das Volk, weiß, wovon es spricht und wovon es sprechen sollte. Dafür braucht es zunächst einen Prozess der Meinungsbildung auf Grundlage ausreichender und unverzerrter Informatio-

Gerald Faschingeder, Historiker, arbeitet als Bildungsreferent des Mattersburger Kreises für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten.

Alexandra Strickner, Ökonomin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Österreichischen Forschungsförderung für Entwicklungshilfe (ÖFSE) und Vorstandsmitglied von ATTAC.

nen. Selbstverständlich geht es auch anders, denn die Transformationen der globalen Ökonomie der letzten 20 Jahre waren eben gerade nicht Ergebnis von breiten demokratischen Partizipationsprozessen, sondern wurden vielmehr von einem Establishment an ökonomisch, politisch und ideologisch einflussreichen AkteurInnen im Interesse der KapitaleignerInnen realisiert (vgl. JEP 3/2002 sowie Becker/Fischer/Jäger in diesem Band). Zu denken geben sollte allerdings der Umstand, dass neoliberale Rezepturen nicht nur im Rahmen von Diktaturen wie etwa in Pinochets Chile umsetzbar waren, sondern auch in repräsentativen Demokratien wie den USA, Großbritannien oder in der Europäischen Union mit offensichtlicher Zustimmung der Bevölkerung. Neo-konservative Wissens- und Wertevermittlung – also Bildung – war hier erfolgreich, zumindest beim Erringen demokratischer Mehrheiten.

Wieso war es die progressive, demokratische Bildung hingegen nicht? Gab es sie etwa in den letzten Jahrzehnten gar nicht? Susan Georges Urteil dazu ist deutlich: „Die Linke scheint ein hegemoniales Projekt nicht von einem Stachelschwein unterscheiden zu können“ (George 2001:215). Während die Rechte ihre intellektuellen Waffen schärfte, opferten linksorientierte Geldgeber und Spender viel Zeit und Geld für vielerlei „Projekte“, aber kaum für eine intellektuelle Infrastruktur. Diese Beobachtungen verlangen nach der Reflexion alternativer Bildungsansätze, zunächst aber nach einer Rückbesinnung auf den Bildungsbegriff an sich: Was ist eigentlich Bildung? Wie kann, daran anschließend, Wissenskritik gelingen? Und: Was kann eigentlich unter alternativem Wissen verstanden werden?

1. Bildung

Bildung beansprucht, in die Tiefe zu gehen. Welche Tiefe wovon erreicht werden soll, ist abhängig von der ideologischen oder ideologiekritischen Orientierung, von der aus Bildung definiert wird. Was zu denken gibt, ist, dass der Begriff Bildung nur der deutschen Sprache bekannt ist, denn sowohl die französische *éducation* als auch die englische *education* beziehen sich wortgeschichtlich auf den Unterricht und nicht wie die deutschsprachige Bildung auf die „Formung von Herz und Verstand“. Damit ist Bildung zum einen etwas pathosverdächtig und scheitert fast per definitionem am eigenen hohen Anspruch. Zum anderen aber ist Bildung umfassend, will die ganze Person erfassen, keinen Faden ihrer Seele auslassen. Trotz dieser Bedeutungsdimensionen haben sich in Österreich auch die entwicklungspolitischen Organisationen dafür entschieden, sich nicht auf Informationsarbeit beschränken zu wollen, sondern umfassende Bildungsarbeit zu leisten. In diesem Kontext wird Bildung als das fehlende Glied zwischen der

Realität und den Menschen verstanden, die Brücke gewissermaßen, über die, ist sie einmal geschlagen, tonnenweise kritisches Bewusstsein und hoffentlich auch politischer Aktionismus zwischen den Ländern der „Dritten Welt“ und jenen des Zentrums rollen können.

Bildung stellt einen Anspruch auf gleichzeitig zwei Ebenen, die keinesfalls voneinander getrennt werden können und Lernprozesse oft so kompliziert machen (vgl. Ribolits 2003): Zum einen zielt Bildung darauf ab, das Individuum lebensfähiger zu machen. Dies passiert etwa, wenn in der Schule Kinder auf „die Welt da draußen“ vorbereitet werden, sei es, indem sie so genannte „Schlüsselqualifikationen“ erwerben und Englisch lernen, sei es, indem sie zu kunstsinnigen und philologisch beschlagenen Menschen herangebildet werden. Das Individuum steht im Zentrum, denn Lernen ist, so sehr es auch im Team leichter fällt und Gruppenarbeiten eine wichtige Sache sind, definitiv individuell. Zum anderen aber geht es Bildung um mehr als um das Individuum, es gilt vielmehr auch die Welt zu formen. Ob durch die Familie oder durch die Schule oder im Jugendverband sollen junge Menschen lernen, freundliche und hilfsbereite Menschen zu sein, sich für fremde Kulturen zu interessieren und die Umwelt zu achten (vgl. Schirlbauer 1996). Je nach pädagogischem Ansatz und pädagogischer Praxis sind diese Bildungsziele mehr oder weniger ausformuliert, und was von Familien selbstverständlich erwartet wird, bekommen die Schulen in Form eines Lehrplanes, der nicht nur Unterrichtsinhalte, sondern auch acht Bildungsprinzipien (Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und Männern, Gesundheitserziehung, Interkulturelles Lernen, Leseerziehung, Medienerziehung, Politische Bildung, Sexualerziehung und Verkehrserziehung) verordnet. Bildung wird hier verstanden als ein umfassender Korpus erstens von Wissensinhalten, zweitens von Erfahrungen und deren Reflexion sowie drittens von Fähigkeiten zum sozialen und politischen Handeln und damit als Befähigung zur Emanzipation. Bildung ist in diesem Sinne immer politische Bildung.

Jede globalisierungskritische Bewegung braucht TrägerInnen, die nicht nur individuelle Kompetenzen besitzen, sondern dazu bereit sind, politische Verantwortung für die Welt wahrzunehmen. Politische Bildung kann deshalb nie von Persönlichkeitsbildung absehen, denn nur selbstbewusste Persönlichkeiten werden bereit sein, die Widersprüche aufzuarbeiten und zur Kenntnis zu nehmen, in denen jeder wohlhabende und altruistisch sozialisierte Mensch heute steht: Reichtum mag als Ergebnis von Ausbeutung und Unterdrückung wahrgenommen werden, und trotzdem hat schlechtes Gewissen alleine keine Wirkung. Fair gehandelten Kaffee oder Tee zu trinken mag das Dilemma fallweise reduzieren, die grundsätzlichen Verzerrungen

der weltwirtschaftlichen Struktur schafft dies aber nicht aus der Welt. Jede Bildung „über die Welt“ steht damit vor der unangenehmen Situation, das Individuum zwar über seine Verstrickungen aufzuklären, nicht aber daraus befreien zu können.

Nun sei aber noch eine Anmerkung zu Bildung erlaubt, um vor naivem Optimismus zu warnen: Bildung an sich ist weder gut noch schlecht, denn Bildung alleine ist noch lange keine Aufklärung. Die Aufklärungsbewegung hat, in ihrer historischen Form Ende des 18. Jahrhunderts, programmatisch den „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Kant) gefordert. Wage zu wissen – *sapere aude!* – war der aufschlussreiche Slogan dieser Bewegung, die sich damit erstens an jene Menschen wandte, die des Lateinischen mächtig und damit Teil der (bildungsbürgerlichen) Elite waren und zweitens strukturelle Faktoren der Un-Bildung oder Ver-Bildung außer Acht ließ. Ungebildet zu sein ist nur selten Ergebnis einer bewussten individuellen Entscheidung gegen Bildung, im Gegenteil sollte eigentlich nicht von mangelnder Bildung oder von Bildungslücken gesprochen werden (wie wir das bereits getan haben), sondern das Konzept eines positiven Wissens umrissen werden: Dieses enthält bestimmte Wissensinhalte, aber auch sehr präzise umrissene Löcher des Nicht-Wissens, die keinesfalls zufällig zustande kommen. Wenn Menschen nicht alles über Globalisierung wissen, dann nicht aus Unbildung, sondern gerade aus Bildung, und zwar aus einer Bildung heraus, die konsequent den persönlichen Gewinn der laufenden ökonomischen Transformation unterstreicht („Es ist notwendig, sich jetzt die Altersvorsorge zu sichern“), nicht aber deren destruktive Folgen für das Gemeinwesen aufzeigt.

Um diesem Konzept des positiven Wissens eine theoretische Struktur zu verleihen, führte Michel Foucault den Begriff des „Dispositivs“ ein: Darunter ist ein umfassendes Set von bewussten und unbewussten Begriffen, Bedeutungen, Institutionen, Praktiken, Erwartungshaltungen etc. zu verstehen, das regelt, was wir tun bzw. was wir nicht tun sollen. Die Regierung über Individuen erfolgt somit nicht (nur) durch die demokratisch gewählte Regierung, sondern durch bestimmte Konzepte. Foucault bezeichnet das als „Gouvernementalität“, einer Zusammenziehung von *gouvernement* (Regierung), und *mentalité* (Mentalität): „Die Bevölkerung tritt als Subjekt von Bedürfnissen und Bestrebungen, aber ebenso auch als Objekt in den Händen der Regierung hervor; der Regierung gegenüber weiß sie, was sie will, zugleich aber weiß sie nicht, was man sie machen lässt.“ (zitiert nach Bröckling/Krasmann/Lemke 2000:61) Regierung und – für unseren Kontext – Bildung können somit als die Kunst, „wollen zu machen“ bezeichnet werden (vgl. Lemke 1997; Bröckling/Krasmann/Lemke 2000).

Neben dem Aspekt der „Löcher des Nicht-Wissens“ ist in den vergangenen Jahren eine Entdemokratisierung von Wissen zu beobachten, die mit der Installierung eines „Expertenregimes“ einhergeht: Demnach „wissen“ nur wenige wirklich, und diese gehören spezialisierten Professionen an – an erster Stelle ÖkonomInnen, weiters unter anderen ÄrztInnen, RechtsanwältInnen, StadtplanerInnen. Hier kann von einem regelrechten „expertokratischen“ Dispositiv gesprochen werden. Die Expertokratie im Feld des Ökonomischen ist nicht nur auf die Kernbereiche der Wirtschaftspolitik beschränkt, sondern hat sich in den letzten Jahren auf immer mehr Gesellschaftsbereiche ausgedehnt. BildungsökonomInnen, GesundheitsökonomInnen etc. geben den Ton in der Debatte an. Die Expertokratie herrscht bereits so sehr, dass politisches Wissen alleine zu schwach geworden ist. Dies hilft das so hohe Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in Finanzminister Karl-Heinz Grassler ebenso zu erklären wie den Erfolg des oppositionellen „Wirtschaftsprofessors“ Alexander Van der Bellen. Zur Expertokratie gesellt sich zusehends die Politik der Verhandlungen hinter verschlossenen Türen, die mit der Komplexität der Materie argumentiert wird. Wieso sollte sich jemand für das MAI (Multilaterales Investitionsabkommen) oder das GATS-Abkommen interessieren, wo das doch so kompliziert ist? Hier wird eine diskursive Struktur installiert, die diese Fragen aus dem Bildungskanon herausnimmt und dadurch der breiten öffentlichen Diskussion entzieht.

Besonders wirkungsvoll ist dieses expertokratische Dispositiv auch im Fall der Zentralbanken, die in vielen Fällen der demokratischen Kontrolle durch gewählte Regierungen weitgehend entzogen wurden. Die Aufgabe der EZB etwa ist es, den Geldwert zu verteidigen und damit Inflation zu verhindern und die Währungsstabilität zu garantieren. Der Umstand, dass dies mehr jenen zugute kommt, die Kapital veranlagen können, als jenen, die Arbeit suchen oder denen eine durch niedere Zinsen bewirkte Investitionswelle helfen könnte, braucht Nicht-ExpertInnen nicht zu tangieren. Denn wir wurden dahingehend gebildet, den Wissensvorsprung der Zentralbankchefs und der Mainstream-ÖkonomInnen zu respektieren.

Demokratisierung und Enthierarchisierung des Wissens sind also essenziell für (Volks)Bildung. Zum Erkennen dieser und anderer Zusammenhänge muss ein niederschwelliger Zugang eröffnet werden. Gleichzeitig wird Wissen erst in diesem Kontext wertvoll und nutzbar. Demokratisierung von Wissen ist deshalb über weite Strecken Kontextualisierung von Wissen – das heißt es geht darum, Wissen in einen historisch-räumlichen Zusammenhang zu stellen. So ist die mit dem GATS angestrebte weltweite Liberalisierung von Dienstleistungen – auch der öffentlichen – ohne eine

Einbettung in die aktuellen sozio-ökonomischen Prozesse und Machtverhältnisse in ihrer Dimension nicht zu verstehen. Damit wird der vorherrschenden Fragmentierung von Wissen entgegengearbeitet. Das herrschende Bildungsregime ist allerdings anders: Es hierarchisiert, entkontextualisiert und fragmentiert Wissen und bedroht damit Demokratie. Aber auch das ist Bildung.

So gelangt Bildung abermals ins Zwielficht, ist sie doch einerseits notwendige Voraussetzung jeder Aufklärung, jeder auf Emanzipation setzenden Befreiungsidee, andererseits bester Garant der Lenkbarkeit der Massen. Als im letzten Jahrhundert die Volksbildung erfunden wurde, ging es nur zum Teil darum, die proletarischen Massen zur Selbstfindung, gar als „Klasse für sich“ (Marx) zu führen. Vielmehr lässt sich belegen, dass über die Maßnahmen der Arbeitervolksbildung die Arbeiterschaft in die Kultur der Mittelschicht eingeführt wurde: Kurse über Hygiene und Sparsamkeit im Haushalt, Schwangerschaft und andere zweckvolle Inhalte ermöglichten es, KleinbürgerInnen und Arbeiterschaft zu angepassten BürgerInnen zu machen, die sich selbst für die industrielle Produktion zur Verfügung stellten, und dies mehr *volens* als *nolens* (Vigarello 1985; Sieder 1987).

Wer den Begriff Bildung verwendet, sollte sich also seiner grundlegenden Ambivalenz bewusst sein: Bildung trägt sowohl das Potenzial in sich, Emanzipation zu ermöglichen wie auch jenes, Disziplinierung zu schaffen. In beiden Fällen ist Bildung politisch. Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass die Wirkung von Bildung beschränkt ist: Bildung ist weder Garant für Emanzipation, noch für Disziplinierung.

2. Wissenskritik

Es zeigt sich, dass Wissen Macht ist, dies aber nicht nur für jene, die endlich gelernt haben und nun wissen, sondern auch für jene, die lehren und wissend machen. Die kritische Schule nannte dies Herrschaftswissen und setzte hier ihre Wissenskritik an. Eine solche bleibt zwangsläufig oberflächlich, wenn sie nicht auch die Produktionsweise des Wissens analysiert und kritisiert. Die Schule als Hort des Herrschaftswissens zu verdammen, ist zu verkürzt. Für eine auf Ermächtigung zielende Strategie wird es nötig sein, nicht nur auf Kindergruppen und alternative Schulen zu setzen, sondern die emanzipatorischen Aspekte auch der herkömmlichen Bildungsinstitutionen zu erkennen, sozusagen das anti-hegemoniale Moment innerhalb dieser „hegemonialen Bastionen“. Bildungsinstitutionen sind nicht nur die vorgelagerten Disziplinierungsstätten des Staates, sondern auch Orte der Vergesellschaftung, die

es eben für die gesellschaftsverändernden politischen Inhalte zu erobern gilt (vgl. Gramsci 1999ff; Kebir 1991).

Globalisierungskritische Wissenskritik braucht aber nicht nur Orte, sondern auch Inhalte, und hier liegt wohl eine der größten Herausforderungen für die Entwicklung einer angemessenen neuen Bildungsstrategie. Die verschiedenen Slogans der Globalisierungskritik werfen in erster Linie Fragen auf, und vermitteln oft nur eingeschränkt neue Bildungsinhalte. „Eine andere Welt ist möglich“ klingt zwar sehr optimistisch, wirft aber die Frage auf, welche andere Welt denn nun gemeint ist. Auch Nike und McDonalds mögen sich eine nochmals ganz andere Welt vorstellen. Wo liegt nun die Qualität dieser anti-neoliberalen Andersheit? „Die Welt ist keine Ware“ ist der definitiv antikapitalistischste Slogan, legt aber die Frage nahe, was die Welt denn nun sonst ist, wenn sie keine Ware ist. Der offensichtliche Mangel eines breit getragenen positiven Gegenentwurfes verhindert, dass eine Gegen-Bewegung zur utopischen Kraft wird. Vielmehr droht, dass sie als zugelassener Widerspruch, als Scheinpluralismus, Teil des herrschenden Diskurses wird, wie es Foucault beschrieben hat. Dies trifft insbesondere dann zu, je „hermetischer das Bild eines globalen Turbo-Kapitalismus gezeichnet wird“, da dies die Tendenz zur Unterwerfung unter die vermeintlichen Sachzwänge der globalen Marktwirtschaft verstärkt. Deshalb empfiehlt Dörre: „Radikale Gesellschaftskritik sollte mit diesen Spielarten einer zynischen, weil affirmativen Kapitalismuskritik brechen.“ (Dörre 2002:42; vgl. Becker/Fischer/Jäger im Band)

Karl Polanyi hat in seinem fundamentalen Buch über die „Great Transformation“ den Übergang von „integrierten“ Gesellschaften, in denen die wirtschaftlichen Aktivitäten der Individuen in einen übergreifenden kulturellen Zusammenhang eingebettet waren, zur nicht-integrierten Gesellschaft vom Typ der freien Marktwirtschaft ab dem 18. Jahrhundert beschrieben. Diesem Buch liegt die These zugrunde, dass die genannte Transformation eine Entbettung darstellt: Während in nicht-kapitalistischen Gesellschaften jegliche Wirtschaft immer den Bedürfnissen der Gesellschaft untergeordnet war, wurde dieses Verhältnis im Kapitalismus umgekehrt. Dem Axiom Adam Smiths, dass jedermann danach strebe, seinen persönlichen Gewinn zu mehren und dass darauf eine gewissermaßen natürliche marktwirtschaftliche Ordnung aufzubauen sei, widerspricht Polanyi mit Beispielen aus der europäischen Vergangenheit wie auch aus indigenen Gesellschaften wie den Tobriandern Melanesiens. Der Mensch handle eigentlich nirgendwo aus ökonomischem Kalkül, sondern aus sozialen Gründen, weshalb sich der marktwirtschaftliche Kapitalismus verkalkuliert habe und in die gesellschaft-

liche Zerstörung führe. Die Welt ist eben keine Ware, man müsste vielmehr – wie Polanyi – formulieren, dass sich die Welt als sozialer Gemeinplatz verwirklicht und ebenso das Individuum in ihr erst als soziales Wesen seinen sozialen Ort findet (Polanyi 1997).

3. Alternatives Wissen

Wissenskritik muss nicht nur die Herstellung von Wissen kritisch analysieren, sondern diesem Wissen auch ein anderes Wissen entgegensetzen. Dies kann vergessenes Wissen sein, wenn etwa in historischer Perspektive frühere Lebensentwürfe den aktuellen entgegengestellt werden. Es kann sich um verdrängtes und verborgenes Wissen handeln, wenn etwa die Perspektive von marginalisierten Menschen einbezogen wird und asymmetrische Machtverhältnisse an Klassen-, Rassen- und Gendergrenzen aufgezeigt werden. Immer aber geht es um das Hervorheben einer „anderen Wahrheit“, um dem herrschenden Wahrheitsdiskurs andere Rationalitäten entgegenzustellen. Letztere dürfen aber nicht, und dies ist dann das revolutionäre Moment, nicht als andere, aber gleichberechtigte Wahrheiten den herrschenden Wahrheiten nebengestellt werden, sondern müssen als „wahrere Wahrheiten“ verteidigt werden. Eine Pluralität von gleichberechtigten Wahrheiten zu behaupten, stiftet lediglich postmoderne Verwirrung. Solcherart Unübersichtlichkeit zu schaffen, dies sollte nicht vergessen werden, ist Teil der neoliberalen Strategie der Verschleierung.

Die Herausforderung für globalisierungskritische Bewegungen und auch die kritischen Personen in den Bildungsinstitutionen – von der Schule bis zur Wissenschaft – liegt darin, sich stärker miteinander zu vernetzen und miteinander zu arbeiten, um alternatives Wissen zu produzieren und zu verbreiten. In Kanada wurde Anfang der 1990er-Jahre das *Canadian Centre for Policy Alternatives* gegründet, welches aus Mitteln der Kirchen und Gewerkschaften finanziert wird. Ziel war es, eine intellektuelle Infrastruktur zu schaffen, die fachlich fundierte, aber breit diskutierte Alternativen (u.a. ein alternatives Budget) erarbeitet, um damit die kritischen Teile der Gesellschaft inhaltlich zu stärken. Vor dem Hintergrund des neoliberalen Umbaus der Universitäten und deren zunehmende Orientierung an der Vermittlung und Erforschung von ökonomisch verwertbarem Wissen, ist der Aufbau solcher Strukturen, der die noch vorhandenen kritischen WissenschaftlerInnen an den Universitäten und Forschungseinrichtungen vernetzt, durchaus überlegenswert, wenn nicht vonnöten.

4. Gegenöffentlichkeit oder die Eroberung der Öffentlichkeit

Wo können diese „anderen“, diese „wahrenen“ Wahrheiten sichtbar gemacht werden? Sie werden in der so genannten Gegenöffentlichkeit verortet. „So genannt“ deshalb, weil es im Folgenden gilt, das Konzept von Gegenöffentlichkeit zu hinterfragen. Dieses Konzept hat mit anderen Kernkonzepten der Gesellschaftskritik den Makel, sich *per negativum* zu definieren. Aus dem Begriff Gegenöffentlichkeit erschließt sich nicht, wer sich da wem öffnet. Es ist deshalb notwendig, sich mit dem Begriff der Öffentlichkeit an sich zu befassen, ehe über alternative Öffentlichkeit nachgedacht wird. Eminente Bedeutung erhält Öffentlichkeit, weil sie der Ort ist, an dem Demokratie entsteht. Öffentlichkeit ist der Raum, in dem die BürgerInnen, also Menschen mit politischen Rechten, sich über allerlei Fragen von allgemeiner und damit von politischer Bedeutung austauschen. Folgt man der Lesart Jürgen Habermas, dann entstand die bürgerliche Öffentlichkeit in den englischen Kaffeehäusern (im deutschen Sprachraum in den gelehrten Tisch- und Sprachgesellschaften), die als öffentlich zugängliche Orte gleichzeitig eine Selektion zwischen jenen Menschen durchgeführt haben, die mitreden durften, und den anderen, die dazu unwürdig, weil weiblich, ungebildet oder arm waren. Diese historische Form der Öffentlichkeit war eine klassen- und genderspezifische (Habermas 1990:90-107). Auch eine Zeitung, selbst wenn sie gratis gelesen werden kann, ist nicht ohne Hürde zugänglich. Das Verstehen einer Zeitungsnachricht erfordert ein bestimmtes Ausmaß an Vorwissen, eine spezifische „Zivilisiertheit“ eben, aus der sich abermals Ausschlussmechanismen ergeben. Selbiges gilt auch für das Internet in zwar abgewandelter, aber in der Substanz identischer Weise: Auch das Internet erfordert technische (Infrastruktur) wie auch kulturelle Voraussetzungen, und ohne entsprechende Lesefertigkeiten wird die Demokratisierbarkeit von Information und Wissen bald an ihre Grenzen stoßen, wie ja auch mangelnde Englischkenntnisse gerade Recherchen zu Globalisierungsfragen sehr unaufregend machen können. Der Globalisierungsdiskurs ist ja eben gerade nicht global, sondern vor allem englischsprachig (vgl. Altwater/Mahnkopf 2002:20-25).

Gegenöffentlichkeit entsteht abseits der hegemonialen Öffentlichkeit, wie dies Habermas für die plebejische Öffentlichkeit der Arbeiterschaft beschreibt (Habermas 1990:15-18) und ist als sozialer Raum zu verstehen. Jegliche Gegenöffentlichkeit unterliegt allerdings immer ähnlichen Strukturregeln, so alternativ sie sich auch verstehen mag. Die Vorstellung einer wirklich öffentlichen Öffentlichkeit wird immer reine Idee bleiben, Utopie,

aber nicht politische Realität werden. Trotzdem hat Gegenöffentlichkeit das Potenzial, Ort einer alternativen gesellschaftlichen Verständigung zu werden bzw. zu sein, als ein Raum, in dem Gegenmacht sich bildet und wo man mit sich selbst ins Reine zu kommen versucht. Dieser soziale Raum, in dem eine entsprechende Sozialisierung stattfindet, ist langfristig von entscheidender Bedeutung. Ein TransFair-Werbeplakat oder die faire Ware im anonymen Supermarkt sind im Gegensatz zum lokalen EZA-Markt oder der Demonstration keine Möglichkeit, über Strukturen der Ungerechtigkeit zu sprechen. Diese sozialen Räume ermöglichen, Fragen zu stellen sowie die Ordnung der Welt in Frage zu stellen. Wesentlich ist das Bewusstmachen der eigenen Widersprüche, im Rahmen derer das „Spiel anders gespielt“ werden kann (vgl. Lemke 1997:369; Novy 2002a:149; Novy 2002b:190). Reflexionsfähigkeit wird zur „(entwicklungs)politischen Schlüsselkompetenz“ (Novy/Nossek 2001), wenn solche Räume dafür genutzt werden zu fragen, wie es innerhalb von Strukturen möglich ist, „nicht dermaßen regiert zu werden“ (Schmid 1992:61).

Hier liegt denn auch die Begrenztheit der Gegenöffentlichkeit: Sie dient mehr der Selbstverständigung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen mit sich selbst bzw. untereinander und ihrer Selbstidentifikation, als der Veränderung der „allgemeinen“ Öffentlichkeit. So überrascht es wenig, bei der Lektüre des *Le Monde Diplomatique* Monat für Monat stets dieselbe Welt kennen zu lernen. Auf die allgemeine Öffentlichkeit hat dies aber nur bedingt Einfluss. Erst als LeserInnen des *Le Monde Diplomatique* dem Aufruf des Chefredakteurs Ignacio Ramonet folgten, ATTAC zu gründen und entsprechende Aktionen zu setzen, von denen auch der tägliche *Le Monde*, sogar *Le Figaro* und andere Zeitungen berichten mussten, existierte die Kritik des *Le Monde Diplomatique* am globalen Finanzsystem auch öffentlich. Eine Gegenöffentlichkeit, und sei sie auch noch so groß wie die tausendköpfige LeserInnenschaft des *Le Monde Diplomatique* (Eigenangaben zufolge hat die Zeitung eine Auflage von 1,4 Millionen, vgl. *Le Monde Diplomatique* Nr. 583, Octobre 2002:16), muss über sich hinausgelangen, um öffentlich zu sein. Gegenöffentlichkeit ist wichtig als Identifikationsmittel der AktivistInnen, als Mobilisierungsmedium derselben. Wohl auch macht sie Sinn als Refugium von Kritik und Wahrheitssuche, wenn es dort möglich wird, den Blick „von unten“ oder „vom Rand“ zu artikulieren. Aber der größte Feind jeder Gegenöffentlichkeit ist sie selbst, und ihr schwierigster Selbstanspruch ist es, über sich selbst hinauszugehen, sich selbst zu überwinden.

Die Globalisierungskritik wird sich selbst nicht überleben, wenn sie zuviel Energie auf ihre Gegenöffentlichkeit aufwendet. Gelingt es nicht, die Massenmedien zu erreichen, wird es sektiererisch. Für den Erfolg der Anti-Atom-

Bewegung in Österreich, ehemals von einer kleinen, alternativen Gruppe getragen, war es entscheidend, dass sich die *Kronen-Zeitung* dieses Anliegen zu Eigen machte. Auch die Pläne, die Donau-Staustufe Hainburg zu errichten, scheiterten aufgrund des Widerstands der *Krone*. Ebenso hilfreich ist es für Antirassismus- und Flüchtlingsorganisationen, dass die Kirchen in Österreich deren Anliegen teilen. Überdies ist es an dieser Stelle angebracht, an Antonio Gramscis Warnung vor den elitären Kommunikationsformen der Linken zu erinnern: Die Linke hat die „Welt der Gefühle“ den Rechten überlassen, sie müsse deshalb neben dem „Verstehen“ auch das „Fühlen“ ermöglichen (vgl. Kebir 1991:196-199). Er macht darauf aufmerksam, dass sich die Schlacht um die Hegemonien im Staat sich in den Herzen und Hirnen der Menschen widerspiegelt und genau dort zu gewinnen ist. Weshalb ist es beispielsweise in den 1970er-Jahren gelungen, den Vietnam-Krieg zu beenden? Er war in den „Herzen und Hirnen“ der Menschen verloren, ehe sich die militärische Niederlage abzeichnete (Shivji 2002:284).

Freilich gibt es eine Vielzahl an Schützengräben zu erobern, wie Gramsci in seiner Metapher des Stellungskrieges ausführt. Für die Globalisierungskritik mag es gelten, u.a. auch die Wirtschaftskammern für ihre Anliegen zu gewinnen. Gegen den WEF-Gipfel protestierten in Salzburg im September 2002 nicht nur alternative DemonstrantInnen. Auch der Salzburger Wirtschaftsbund, der erkannt hatte, dass diese Form der Globalisierung auf Kosten der Klein- und Mittelbetriebe geht, organisierte eine kritisch-kontroverielle Diskussion.

Gewichtige AkteurInnen der nationalen Politik zu gewinnen wie auch die eigenen Botschaften in den Massenmedien unterzubringen, wird dennoch nicht für viel mehr als lediglich einen Etappensieg reichen. Schlussendlich muss es darum gehen, die Massenmedien zu demokratisieren; in Österreich gilt es also, die hohe Medienkonzentration zu zerschlagen und die schwarz-blaue Kontrolle der öffentlich-rechtlichen Medien zu beenden, eben die Öffentlichkeit selbst zu demokratisieren – bei gleichzeitiger Wahrung eines realistischen Anspruches, da Öffentlichkeit niemals die Meinung aller sein kann, sondern immer Strukturregeln unterliegen wird.

5. Alternative Vermittlungsstrategien

Geht es um alternative Inhalte, liegt die Vermutung nahe, dass es dafür alternative Vermittlungsformen und -strategien braucht: Neuer Wein will in neue Schläuche, sonst platzt der Schlauch, das wusste man schon in der Antike. Dem sei an dieser Stelle aber entgegengehalten, dass es im gramscianischen Kampf um die Bastionen der Zivilgesellschaft (Institutionen

und Medien) gerade nicht darum geht, neues auf allen Ebenen durchzusetzen, sondern die alten Schläuche zu erobern. Die Gefahr, dass sie platzen, besteht aber dennoch. Dem begegnet die globalisierungskritische Bewegung mit mehreren Strategien gleichzeitig.

Zum einen werden sehr wohl neue Wege begangen, und dies keinesfalls nur versuchsweise, sondern systematisch und auf breiter Basis. Das Medium Internet und damit verbunden das e-mail-System sind unverzichtbare Bestandteile der globalisierungskritischen Kommunikationsstrategie. Nicht umsonst bezeichnete Bundeskanzler Wolfgang Schäuble die Anti-Regierungs-DemonstrantInnen nach dem Februar 2000 abwertend als „Internet-Generation“. Doch die Medienpalette ist wesentlich breiter als diese oft genannten Instrumente – und umfasst durchwegs konventionelle Kommunikationsmethoden: Globalisierungskritik wird in herkömmlichen Zeitungen betrieben, über Presseaussendungen und Pressekonferenzen lanciert, durch provokanten Aktionismus gefördert und stützt sich schlussendlich auf die klassische Form der Demonstration. Ohne den an vielen Orten auf die Straße getragenen Widerstand und die Etablierung der Sozialforen auf weltweiter und regionaler Ebene wäre die gesamte globalisierungskritische Bewegung recht zahnlos. Die Großereignisse dringen in die Medien, auch wenn sie gleichzeitig die größten Missverständnisse provozieren. Anders als im 19. und dem frühen 20. Jahrhundert kann sich die reformatorische Kraft durch die „physische Präsenz der auf Straßen und Plätzen demonstrierenden Massen“ (Habermas 1990:49) nur in dem Maß entfalten, wie das Fernsehen diese Präsenz verdoppelt. Unvermeidlich muss deshalb die Frage gestellt werden, ob es zivilgesellschaftlichen Organisationen gelingt, mittels ihrer eigenen Medien mit der Medienmacht tatsächlich auf Dauer konkurrieren zu können, die eigenen Themen und Werte in Massenmedien „unterzubringen“ – wo doch die Medienmacht vorrangig zur Sicherung von Massenloyalität manipulativ eingesetzt wird.

Demokratisierend wirkende soziale Bewegungen und NGOs oder Parteien müssen zum einen dafür kämpfen, zu „Knotenpunkten einer noch regenerationsfähigen öffentlichen Kommunikation“ (Habermas 1990:32) zu werden. Zum anderen hat Globalisierungskritik den Kunstsektor zu einem guten Teil erobert. So reflektierte die *documenta* in Kassel Formen und Folgen der Globalisierung (vgl. iz3w 261/Juni 2002), aber auch die Linzer *Ars Electronica* übte sich im September 2002 unter dem Titel „unplugged. Kunst als Schauplatz globaler Konflikte“ im globalisierungskritischen Diskurs: „Ars Electronica verweist mit dieser Themenstellung auf die Vehemenz, mit der die Frage nach dem politischen Moment der Kunst auf die Tagesordnung der intellektuellen

Diskurse als auch künstlerischen Praxis zurückgekehrt ist – eine Entwicklung, die sich nicht nur in den Reflexen auf 911, sondern auch schon entlang der Protestbewegung von Seattle, Genua und Porto Alegre abgezeichnet hat und wesentlich von der Generation der Computerkids getragen und gestaltet wird“ (Werbung in: Falter 34/2002:3). Freilich bleiben diese Orte der Reflexion relativ kleinen gesellschaftlichen Gruppen vorbehalten und beeinflussen kaum die Alltagskultur, deren Transformation Gramsci so sehr forderte.

Eines vielleicht „der“ historischen Momente der aktuellen globalisierungskritischen Bewegung, auf das mit Recht viel gesetzt werden kann, ist der Umstand, dass Globalisierungskritik in erster Linie ein Jugendphänomen und damit auch Teil der aktuellen Jugendkultur ist. Das schmeichelt einerseits vielen der älteren Semester, die bereits in den 1980er-Jahren bei den Friedensbrigaden in Nicaragua dabei waren, stellt andererseits aber ein strategisches Atout dar, wie es nicht besser gewählt hätte sein können. Jugendkultur wirkt seit 1968 in Europa nicht allein als Gegenkultur zur Erwachsenenwelt, sie ist vielmehr zum Erfrischungsbecken für die kapitalkräftigen, aber etwas ideenlosen älteren Generationen geworden. Jugendkultur ist Trendsetter und damit Orientierungsmal. Wenn Junge etwas toll, geil oder cool finden, dann schütteln ältere zwar den Kopf darüber, übernehmen einige Jahre später dann aber doch Elemente daraus. Wenn die *Kronen-Zeitung* sich gegen Atomkraft und für die Hainburger Au ausgesprochen hat, dann auch deshalb, weil Jugendkultur eine ungeheure Sogkraft hat – die freilich keine Garantie ist, das Ass auch gut ausspielen zu können. Es sei auch angemerkt, dass Jugendkultur nicht automatisch gute Kultur ist, denn auch Skinheads verwirklichen eine Jugendkultur, und die FPÖ gewann ihr Prestige unter anderem aus ihrer Ausstrahlung als junge und sportliche Partei – neben ihrem rechten Diskurs und der Vergangenheitsverdrehung.

Die Suche nach geeigneten Strategien für alternative Gesellschaftspolitik wird damit eigentlich zur Suche nach der richtigen Strategie zur Eroberung des Nicht-Alternativen. Dies findet Parallelen in der Geschichte der Arbeiterbewegung, die nicht entstanden wäre, wenn das Proletariat „Klasse an sich“ geblieben wäre, ohne jemals zur „Klasse für sich“ zu werden, mit den entsprechenden Forderungen und gesellschaftspolitischen Konzepten. Im Fall der aktuellen Konfliktlinien um Globalisierung wird es darum gehen, in unseren Breitengraden das aktuelle „Proletariat“, damit schwerpunktmäßig den Mittelstand und die Unterschicht, zu einem Bewusstsein seiner eigenen Lage zu bringen. Die Kooperation und die Vernetzung mit den jeweiligen Interessenvertretungen und Verbänden wird dabei auch von zentraler Bedeutung sein. Der bisherige Erfolg der Stopp-GATS-Kampagne, Öffentlichkeit zu schaffen, liegt nicht zuletzt auch

darin begründet, dass diese Kampagne von einem breiten Bündnis unterschiedlichster zivilgesellschaftlicher Organisationen getragen wird.

Solidarität entsteht aus dem Bewusstsein, dass einem dasselbe wie anderen passieren könnte, wenn man nichts dagegen tut. Die kontinentaleuropäische Mittelklasse wäre gut damit beraten, sich bei der britischen Mittelklasse zu informieren. Bei der argentinischen Mittelklasse kann man leider nicht mehr nachfragen, wie denn die eigene Zukunft aussehen könnte. Dies bleibt jedoch schwarze Pädagogik, wenn nicht zumindest der Umriss einer gesellschaftlichen Utopie erkennbar wird: Wie sollte die Gesellschaft aussehen, wenn Ökonomie wieder in das Soziale eingebettet ist?

6. Zum Schluss: Selbstreflexion

Die Frage, wie Menschen heute zu emanzipatorischem und globalisierungskritischem Denken zu befähigen sind, wird also nicht vom Ziel dieser Kritik absehen können. Die Verständigung über die möglichen Ziele der kritischen Bewegung ist Aufgabe der Demokratie, dies sollte soweit möglich von einer breiten Basis ausverhandelt werden. Die Schwierigkeit dieses Ansatzes liegt allerdings im weiter oben bereits dargestellten Umstand, dass die Menschen nicht nur unwissend, sondern positiv zur Unmündigkeit „gebildet“ wurden, sodass Demokratiedefizite unvermeidlich sind. Hier ist Bildung gefragt, die auf eben diese Unmündigkeit aufmerksam macht. Die somit gestellte Aufgabe ist aber ausgesprochen schwierig, denn es erfordert nichts weniger, als die Bedingungen, unter denen man selbst gebildet wurde, in ihrem Herrschaftscharakter zu erkennen, um selbst mit weniger ideologischer Beeinflussung andere zur Selbsterkenntnis begleiten zu können. Tatsächlich handelt es sich hier nicht um einen Wissensinhalt, den es wie andere auch einfach zu vermitteln gilt. Vielmehr geht es darum, Prozesse der Selbstreflexion zu initiieren. So sehr es um eine Einführung in Politische Ökonomie geht, braucht es auch eine Reflexion der mikro-politischen Ökonomie, deren Objekt man selbst bereits geworden ist. Foucault schrieb dabei Intellektuellen und BildungsarbeiterInnen eine befreiende Rolle zu: „Meine Rolle [...] besteht darin, den Leuten zu zeigen, dass sie viel freier sind als sie glauben, dass sie einige Dinge als wahr und evident hinnehmen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Geschichte gebildet worden sind und dass die sogenannte Evidenz kritisiert und destruiert werden kann. Etwas zu verändern im Denken der Leute – das ist die Rolle der Intellektuellen.“ (zitiert nach Schmid 1992:268)

Der Pädagoge war in der Antike der Begleiter, der den jungen Zögling zum Gymnasium zu begleiten hatte (Frauen waren von diesen Angelegenheiten

ausgeschlossen). Was dort geschah, wusste der Pädagoge nicht, und er musste es auch nicht wissen. Doch den Weg zum Gymnasium, zur Stätte der Bildung und damit zur Bildung selbst, den musste er wohl kennen. Solcherlei Konzepte von „Begleitung“ sind nie davor gefeiert, selbst wieder zu Herrschaftsdiskursen zu werden, deshalb gilt es, wachsam zu sein und demokratische Regulative einzubauen. Bildung könnte dann zu einem offenen, selbst-reflexiven, demokratischen und damit utopischen Prozess werden.

Literatur

- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002, 5. Aufl.): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (2000): Gouvernamentalität, Neoliberalismus und Selbststechnologie. Eine Einleitung. In: Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Hg. Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 41-67
- Dörre, Klaus (2002): Politische Bildung im flexiblen Kapitalismus. Anregungen für die gewerkschaftliche Debatte. In: Lernchancen und Marktzwänge: Bildungsarbeit im flexiblen Kapitalismus, Hg. Wolf Jürgen Röder/Klaus Dörre. Münster: Westfälisches Dampfboot
- George, Susan (2001): Den Krieg der Ideen gewinnen. Lektionen der gramscianischen Rechten. In: Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime – Shareholder Society – Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie, Hg. Mario Candeias/Frank Deppe. Hamburg: VSA-Verlag
- Gramsci, Antonio (1999ff): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Hg. vom Deutschen Gramsci-Projekt unter d. wiss. Leitung von Klaus Bochmann u. Wolfgang Fritz Haug. Hamburg: Argument
- Habermas, Jürgen (1990, Erstaufl. 1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- JEP = Journal für Entwicklungspolitik (3/2002): Neoliberalism at work: Netzwerke, Wissensproduktion und neue Eliten in der Peripherie. Schwerpunktredaktion Karin Fischer. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apse/Südwind
- Kebir, Sabine (1991): Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik. Hamburg: VSA-Verlag
- Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernamentalität. Berlin/Hamburg: Argument
- Novy, Andreas (2002a): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt (=Geschichte, Entwicklung, Globalisierung 5). Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apse/ Südwind
- Novy, Andreas (2002b): [Bericht vom] Workshop 1: Vision. In: Wisse, was du tust. Eine Reflexion über Entwicklung, Zivilgesellschaft und Repolitisierung. Dokumentation des entwicklungspolitischen Reflexionsprozesses 2001 und der Gesamtösterreichischen Entwicklungstagung, 25.-27. Oktober 2001, Hg. Gerald Faschingeder. Wien: Südwind: 189-190

- Novy, Andreas/Nossek, Silvia (2001): Wisse, was du tust – Reflexionsfähigkeit als entwicklungspolitische Schlüsselkompetenz. In: JEP 17/2:143-164
- Polanyi, Karl (1997, Erstaufl. 1944): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Ribolits, Erich (2003): Wieso sollte eigentlich gerade Bildung nicht zur Ware werden? Vortrag von Prof. Dr. Erich Ribolits beim ersten Gespräch der Reihe „Globalisierung, Neoliberalismus und Bildung“ am 14. Jänner 2003 <http://www.oeh.ac.at/oeh/notprofit/105052578821/105070556543/105070734655>; April 2003
- Schmid, Wilhelm (1992, 2. Aufl.): Auf der Suche nach einer neuen Lebenskunst. Die Frage nach dem Grund und die Neubegründung der Ethik bei Michel Foucault. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Schirlbauer, Alfred (1996): Im Schatten des pädagogischen Eros. Wien: Sonderzahl
- Shivji, Issa G. (2002): Intellectual discourses: From Liberation to Liberalization. Intellectual discourse at the University of Dar es Salaam, Tanzania. In: JEP 3/2002:281-294
- Sieder, Reinhard (1987): Sozialgeschichte der Familie. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Vigarelli, Jean (1985): Le propre et le sale. L'hygiène du corps depuis le Moyen Age. Paris: Seuil

Karin Fischer – Johannes Jäger u.a.

Bewegung Macht Geschichte: Positionen und Widersprüche

Dieser als kollektiver Diskussionsbeitrag konzipierte Text stellt den Versuch dar, mögliche Ursachen für unterschiedliche Positionen auszuloten, aber auch tiefer liegenden Gemeinsamkeiten nachzugehen. Dies soll anhand einiger ausgewählter Fragestellungen erfolgen: Welche Entwicklungen werden im Zuge unterschiedlicher Herangehensweisen problematisiert? Worin werden die Ursachen für die Probleme gesehen? Und daran anschließend: Welche Handlungsstrategien werden für die globalisierungskritische Bewegung entwickelt? Ein solches Unterfangen kann, wie wir meinen, die Diskussion über unterschiedliche Ansätze bereichern und zur Verständigung über eine Kernfrage beitragen: der Frage, wie Gestaltung möglich sein soll und damit verbunden der Frage nach dem Übergang von einer vielgestaltigen sozialen Bewegung hin zu einer politischen Bewegung, die gesamtgesellschaftlich gestaltend agiert. Damit wollen wir keineswegs eine Zielvorstellung anklingen lassen, sondern den für emanzipatorische Bewegungen gleichsam problematischen wie wichtigen Weg der politischen Organisation und Selbstinstitutionalisierung thematisieren.

Auf den ersten Blick mag die Unterschiedlichkeit von kritischen Sichtweisen auf die „Globalisierung“ und der politischen Ansatzpunkte, die in dem vorliegenden Band dargelegt werden, verwirrend und widersprüchlich wirken. Die Beiträge im Buch spiegeln dabei die Breite wider, die auch in der globalen außerparlamentarischen Opposition anzutreffen ist. Diese Vielfalt hat sich in ihrer Formierung und Dynamisierung als durchaus fruchtbar erwiesen. Andererseits ist damit auch die Gefahr einer Fragmentierung angesprochen und der Mangel an einem gemeinsamen Interpretationsrahmen, in dem die in sich stark

Karin Fischer, Wirtschaftshistorikerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Stadt- und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und Lehrbeauftragte am Zentrum für überfakultäre Forschung der Universität Wien/Projekt Internationale Entwicklung.

Johannes Jäger, Ökonom, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Stadt- und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

differenzierten Bewegungen und Initiativen eine gemeinsame Programmatik und Strategie entwerfen können. Denn wie in jeder Epoche wird es erforderlich sein, gemeinsam eine wirksame politische Strategie zu finden, durch die Ziele, Subjekte, Bündnisse und Gegner so konkret bestimmt werden, dass die dringlichen Gesellschaftsveränderungen real möglich werden.

1. Die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse:

Was sind die zentralen Probleme der Welt?

Innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung spiegeln sich die Ideologeme, Grundwerte und gesellschaftstheoretischen Grundpositionen der beiden geschichtsmächtigen Denktraditionen des vergangenen Jahrhunderts wider, die den Diskurs der Emanzipation getragen haben: die libertären und anarchistischen Strömungen mit ihren Wurzeln im Liberalismus und die etatistische, traditionelle Linke mit ihrer Verwurzelung im Sozialismus (zum ähnlichen – linearen – Geschichts- und Entwicklungsdenken dieser beiden siehe Wallerstein 1995). Gleichzeitig weisen die Initiativen im globalisierungskritischen Feld über diese ideenpolitischen Traditionen hinaus: Zum einen fließen die kritische Theorie und die Praxis der neuen sozialen Bewegungen mit ihrer Kritik am bürokratischen Wohlfahrtsstaat und am „Produktivismus“ des Nachkriegsmodells ein. Zum anderen hatte die traditionelle Linke aus dem Zusammenbruch des staatssozialistischen Modells kapitalistischer Entwicklung ihre Lehren zu ziehen.

Bei aller Transzendierung liberalistischer und sozialdemokratischer Gesellschaftsprojekte sind in den einzelnen Sichtweisen die jeweiligen ideenpolitischen Anleihen auszumachen, und zwar dahingehend, was als zentrale Problemanordnung identifiziert wird. Am offenkundigsten zeigt sich das im Verhältnis zum Staat bzw. im Staatsverständnis: Libertär-anarchistische Strömungen gehen davon aus, dass eine grundlegende Transformation nicht über den Staat zu erreichen ist. Sie setzen auf das beharrliche Delegitimieren des staatlichen Gewaltmonopols und den systematischen Kampf gegen Fremdbestimmung und Selbstausgrenzungsmechanismen. Der staatszentrierten Linken gilt zwar – nach dem offenkundigen Scheitern des Realsozialismus und nationaler Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ sowie den offensichtlichen Grenzen der Sozialdemokratie – die „Eroberung der Staatsmacht“ nicht mehr als Königsweg. Dennoch stellt in dieser Sichtweise staatliches Handeln den entscheidenden Hebel für Veränderung dar.

Die sozialen Bewegungen und Gesellschaftstheorien im Zuge von 1968 ff haben nachdrücklich die Grenzen eines Gesellschaftsverständnisses gezeigt,

das die gesellschaftlichen Antagonismen in einen „Hauptwiderspruch“ (Arbeit/Kapital) und „Nebenwidersprüche“ (wie das Geschlechterregime, Rassismus oder die ökologische Problematik) teilt. Jedoch gibt es Zugänge, die den sozialen und ökonomischen Ausbeutungs- und/oder Herrschaftsverhältnissen, die der globale Kapitalismus hervorbringt, höchste Priorität einräumen. In vielen Stellungnahmen, gerade etwa im Umkreis von und innerhalb von ATTAC, wird zudem häufig ein „Widerspruch“ zwischen „produktivem, nationalem, kleinem“ und „spekulativem, internationalem, großem“ Kapital als zentral erachtet. Andere hingegen machen die vielen und vielfältigen Unterdrückungsformen – rund um Geschlecht, Rasse, Natur oder auch entlang religiöser, ethnischer und identitärer Konfliktlinien – zum Ansatzpunkt kritischer Kapitalismusanalyse. Damit wird die *vielfache Unterdrückung* (infolge einer Vielzahl von Machtungleichheiten) und weniger die *Ausbeutung* in den Blick genommen.

Die Beiträge in diesem Buch schenken primär der Frage der sozialen und ökonomischen Ausbeutung Augenmerk. Fragen des Geschlechterverhältnisses, der Ökologie etc. kommen gar noch weniger vor als dies unserer Einschätzung nach der Bedeutung innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung entspricht. Bei der Analyse kapitalistischer Verhältnisse lassen sich zwei Positionen unterscheiden: Während eine eher den Ausbeutungsaspekt und damit Fragen materieller sozialer Ungleichheit bzw. Ungerechtigkeit anspricht, wird in einer zweiten Position verstärkt die Frage der Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus problematisiert. In ihren konkreten Ausformungen bestehen selbstverständlich Querverbindungen zwischen diesen Positionen. Soziale Herrschaft gewinnt ihre Mittel schließlich durch ökonomische Ausbeutung und hat darin einen ihrer wesentlichen Zwecke.

2. Strategien der Gesellschaftsveränderung:

Wie werden Möglichkeiten der Veränderung eingeschätzt?

Welche Handlungsfelder sind dafür zentral?

Wird das je sehr verschieden gedachte kapitalistische Ausbeutungs- und Herrschaftssystem als zentrales Problemfeld wahrgenommen, so sind auch hier unterschiedliche Akzentsetzungen anzutreffen, wie sich das etwa exemplarisch an den Texten von Parnreiter und Novy in diesem Band zeigt. Beide Ansätze haben gemein, dass sie auf die marxistische Diskussion aufbauen und eine politökonomische Analyse präsentieren. Wiewohl Möglichkeiten relevanter Problemreduktion, etwa durch den Wohlfahrtsstaat, gesehen werden, wird die Hoffnung auf Problemlösung ohne Überwindung dieser Ordnung, die auf Staat und Kapital aufbaut, als sehr begrenzt angesehen. Während Parnreiter

den Kapitalismus als „historisches System“ – und damit strukturtheoretisch – analysiert, dessen bestimmende Dynamik die endlose Akkumulation von Kapital ist, betont Novy stärker die Machtstruktur des Kapitalismus. Er rückt damit die Dialektik von Struktur und Handlung in den Mittelpunkt mit der erklärten Absicht, Strukturen zu analysieren, um Handlungswege zu erkennen. Diese beiden Ansätze müssen sich allerdings nicht ausschließen. So wird beispielsweise in der staatskritisch orientierten Regulationstheorie gerade von einer strikten Komplementarität von Politik und Ökonomie ausgegangen (Esser/Görg/Hirsch 1994; Becker 2002). Die politische Form und ihr historischer Gestaltwandel werden in diesem Theoriestrang als notwendige „Kehrseite“ der ökonomischen Formen und ihrer Dynamik betrachtet.

Auch in punkto Konsequenzen für die globalisierungskritische Bewegung zeigt sich, dass die unterschiedlich akzentuierten Grundpositionen zu entsprechend unterschiedlichen Empfehlungen führen. Entsprechend der unterschiedlichen Ursachenbewertung lassen sich hier grundsätzlich Ansatzpunkte für eine Überwindung des Kapitalismus (Revolution, Sozialismus) oder für eine Reform unterscheiden. Damit in Zusammenhang steht auch die Frage, welche Rolle den Institutionen bzw. dem Staat zugestanden wird und welche Bedeutung Handlungen jenseits des Staates (oder gegen ihn) haben: Sei es im Rahmen von Konzepten der Multitude oder Zivilgesellschaft, sei es durch antisystemische Bewegungen oder reformorientierte NGOs und Parteien. Damit hängt auch zusammen, welche Ebenen als Ansatzpunkte für die globalisierungskritische Bewegung gesehen und welche Zeithorizonte betrachtet werden.

Wie Veränderung gedacht wird und welche Strategien entwickelt werden, hängt wohl auch maßgeblich davon ab, wie die gegenwärtige Umbruchphase oder Krise des Kapitalismus interpretiert wird. Die Frage der „historischen Neuheit“ der Krise bzw. deren Ausmaß ist dabei selbst stark umstritten. Ein Teil der Globalisierungskritik und ihrer Intellektuellen geht von einer historischen Wiederholungssituation aus, die man mit „der Manchesterkapitalismus muss wieder eingefangen werden“ umreißen könnte. Andere wiederum sehen den Kapitalismus seiner ideologischen Vollendung entgegenstreben und damit auch seinem Untergang, weil seine immanenten Widersprüche auf die Spitze getrieben werden. Eine interessante historische Parallele ist hier die sehr unterschiedliche Deutung der Zwischenkriegsperiode durch die verschiedenen gesellschaftlichen Strömungen, aus der in der Folge sehr verschiedene Handlungsoptionen und Strategien abgeleitet wurden. Die Einschätzung von Krisenhaftigkeit, Entwicklungsmöglichkeiten und Charakter des kapitalistischen Systems war dabei zentral (vgl. Feldbauer/Hardach/Melinz 1999).

Mit Blick auf die heutige Globalisierungskritik könnte man die Hypothese wagen, dass Strömungen, die in ihrem Geschichts- und Entwicklungsverständnis der These vom Zusammenbruch des kapitalistischen Systems anhängen, von einer „objektiven Reformunfähigkeit“ des Kapitalismus geleitet sind und politisch eher einem revolutionären Attentismus zuneigen, also auf die Kraft spontaneistischer Gegenbewegungen bauen (siehe Becker/Fischer/Jäger in diesem Band). Dieser Bewegungsteil spiegelt sich etwa in einer pessimistischen Einschätzung einer systemkonformen Lösung der ökologischen Problematik wider, in deren Rahmen die Wirksamkeit sowohl staatlich-politischer, ethisch-normativer (Stichwort „ethischer Konsum“) als auch marktförmig-ökonomischer Mittel hinterfragt wird. Teilweise werden auch die Veränderungen im Bereich der Lohnarbeit reflektiert und sowohl mit den Entstehungs- und Rahmenbedingungen der Globalisierung als auch mit neuen Widerstandsformen und gesellschaftlichen Lösungsansätzen in Beziehung gesetzt. Jene, die davon ausgehen, dass der Kapitalismus eine höchst widersprüchliche und dynamische Erscheinung ist, die sich durch Transformationskrisen voranbringt und eine große Wandlungsfähigkeit besitzt (in den Produktions- und Konsummustern, sozialen Lagen, Bedürfnissen und Sozialisationsprozessen, Geschlechter-, Familien- und Generationenverhältnissen, etc.), denken oftmals emanzipative Reformstrategien in kleineren Schritten, die an komplizierte Lern- und Erfahrungsprozesse der Handelnden rückgebunden werden müssen. Gleichwohl wird in der Debatte häufig und so auch im vorliegenden Band der Gretchenfrage Revolution oder Reform eine Absage erteilt. Selbst wenn „revolutionäre“ Strategien proklamiert werden, so der Einwand, sind konkrete Kämpfe und gesellschaftliche Überzeugungsarbeit notwendig reformerisch in der Praxis. Die Frage der Revolution bzw. Radikalität stellt sich dann eher als eine des Horizonts von Handeln und von Strategien: Als Reformorientierung, die das mittelfristig „Dringliche“ ins Auge fasst und als langfristig-programmatische Orientierung auf das „Wesentliche“, die sehr wohl die Konturen eines anderen Gesellschaftsmodells zu beschreiben imstande ist.

3. Erscheinungsformen der globalisierungskritischen Bewegung: Welche Strömungen werden sichtbar?

Die unterschiedlichen Sinndeutungen der allgemeinen Entwicklung, ihrer Ursachen, Probleme und die Einschätzungen der Handlungsmöglichkeiten spiegeln sich auch in den Spektren der globalisierungskritischen Bewegungen wider. Wiewohl eine klare Unterscheidung der Bewegungselemente immer verkürzt bleibt, beziehen wir uns hier auf Christophe Aguiton (2002). Er hat die

globale außerparlamentarische Opposition nach Herkunft und Handlungsstrategien folgendermaßen typisiert (andere Vorschläge vgl. Brand/Wissen 2002; Leggewie 2003): Ein bewegungsorientierter, internationalistischer Pol wendet sich gegen nationalstaatliche Lösungsansätze und steht beschränkten (reformistischen) Reformvorschlägen skeptisch gegenüber. Diese Strömung weist sich durch eine anti-institutionalistische, durchaus auch anti-etatistische und politisch-konfrontative Haltung aus. Mit zivilem bzw. sozialem Ungehorsam wird auf Kämpfe in peripheren Ländern Bezug genommen, die Anstöße in den Metropolen bringen sollen. Als Teil dieser Strömung kann das Netzwerk *Peoples' Global Action* bezeichnet werden oder auch die unterschiedlichen Spielarten des Subsistenzansatzes, die bspw. Demokratie von unten – als Vorbild dienen auch hier außereuropäische Traditionen – oder Wege zu einer Lokalswirtschaft zur Befriedigung der Grundbedürfnisse propagieren. Hierbei ist auch eine starke Hinwendung zu Fragen der Produktions- und Lebensweise anzutreffen, mit der auch eine Wertediskussion (gegen Konkurrenzdenken, Gewinnmaximierung, etc.) befördert werden soll (vgl. beispielsweise Bennholdt-Thomsen/Faraclas/Werlhof 2001; Mies 2001).

Ein auf unterschiedliche Ausformungen von Staatlichkeit zentrierter Pol umfasst Initiativen und Nicht-Regierungsorganisationen, die vor allem auf national- und suprastaatlicher Ebene nach wie vor das strategische Terrain erblicken, in dem für den Erhalt sozialer Errungenschaften sowie für demokratische Einflussnahme und Kontrolle gekämpft werden muss. In den Ländern des Nordens schlagen Anhänger/innen dieser Orientierung vor allem protektionistische Lösungen vor, in den Ländern des Südens nehmen sie häufig klassische Thesen über „Entwicklung“ aus den 1970er-Jahren wieder auf. Proponentin dieser „links-keynesianischen“ Strömung ist beispielsweise die Gruppe *Raisons d'agir*, die in einem Sozialstaatsmodell (im Rahmen der EU) eine Regulierungskompetenz der internationalen Ökonomie erblickt: Der Staat soll auf eine an Verteilungsgerechtigkeit orientierte Politik verpflichtet werden und seine Bevölkerung gegen den „entfesselten Kapitalismus“ schützen. Der Staat bzw. „das soziale Europa“ erscheint so als mögliches Bollwerk „gegen den Neoliberalismus“. Die Kritik an staatlicher Politik ist eher an deren aktueller neoliberaler Ausprägung orientiert als gegen die grundlegende Herrschaftsförmigkeit des Staates gerichtet. Hier setzt sich die historisch selbstverständliche Orientierung fast aller Linien linker Politik auf den Staat als alleinige Arena politischer Auseinandersetzung und als den hauptsächlichen Adressaten ihrer Forderungen fort. Eine spezifische Erscheinungsform dieser Strömung, die als „neoreformistischer“ Pol bezeichnet wird und im Norden stärker verankert ist als in den Ländern des Südens, setzt vor allem auf eine Reform der internatio-

nalen Institutionen. Hier werden die verschiedenen Ausgestaltungsmöglichkeiten einer „global governance“ (meist im Zusammenhang mit einer reformierten UNO als tragende Institution) diskutiert, die auch die Schaffung neuer multilateraler Institutionen als transnationale Regulationsrahmen beinhaltet. In Deutschland operiert diese Reformströmung meist mit dem Begriff der „Weltordnungspolitik“. Auch Susan George hat in jüngster Zeit Vorschläge in Richtung einer globalisierten keynesianischen Strategie unterbreitet. Mit der Forderung nach der Schaffung neuer Institutionen und demokratischer Kontrolle – auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen (Nationalstaat, EU, globale Ebene) – wird auf die Zähmung des Kapitalismus und eine, in der Auffassung ihrer ProtagonistInnen, „realitätstaugliche“ Re-Regulierung der Weltwirtschaft gesetzt, ohne das kapitalistische System prinzipiell in Frage zu stellen.

Eine implizite Voraussetzung des staatszentrierten Pols der Globalisierungskritik besteht in der Annahme, dass nach wie vor „fortschrittlich“ oder emanzipatorisch zu besetzende Entwicklungsmöglichkeiten des kapitalistischen Systems und seiner sozialen Formen – also Warenproduktion, Arbeit und Staat – bestehen. Dies ist durchaus bemerkenswert, waren in den neuen sozialen Bewegungen der 1970er- und frühen 1980er-Jahre doch diesbezüglich negative Einschätzungen verbreitet, etwa in Bezug auf die Zukunftsfähigkeit der Lohnarbeitsgesellschaft, die Entwicklungsproblematik oder auch die ökologische Frage. Eine Reflexion der Bedeutung von Globalisierung als Lösungsversuch einer tiefgreifenden ökonomischen und gesellschaftlichen Krise hat dementsprechend ebenfalls keine oder nur untergeordnete Bedeutung. Wesentliche politische Charakteristika der Globalisierung, etwa der immer mehr auf sicherheitstechnische und profitsichernde Eingriffe eingeeengte Handlungsspielraum des Nationalstaats, werden implizit als wenig bedeutend oder jedenfalls als reversibel angesehen. Wirtschaftliche Krisenprozesse werden großteils in lokalem und regionalem Rahmen, etwa im Sinne begrenzter „Finanzkrisen“ thematisiert. Die Staatsfixierung vieler GlobalisierungskritikerInnen kann mit der Defensive der Linken in den 1990ern erklärt werden und findet im „Nullsummenspiel“ Markt versus Staat, wie es in Teilen des ATTAC-Spektrums anklingt, seinen Ausdruck.

Gleichwohl wird in der globalisierungskritischen Bewegung eine starke Strömung sichtbar, die die Einsicht verarbeitet, dass der Neoliberalismus gerade auf kultureller Ebene überaus erfolgreich war. Gesellschaftsveränderung wird daher – meist mit explizitem Bezug auf Gramsci – als langsamer und reflexiver Prozess begriffen, der an das Alltagsbewusstsein und -handeln gebunden ist (vgl. Brand 2001). Emanzipative Prozesse bedeuten demnach, „Alltag“ zu verändern, neue Produktions- und Lebensformen

auszuprobieren und sich der alltäglichen Durchsetzung des (Neo-)Liberalismus in den vielfältigen Institutionen zu widersetzen. Dazu gehört auch, wie es AktivistInnen von ATTAC-Frankreich formulierten, sich nicht zu oft auf die institutionellen und diskursiven Terrains der Gegner zu begeben. Auf diese Weise werden nur die bestehenden Strukturen von Herrschaft und Ausbeutung reproduziert, da die herrschenden Sichtweisen und die veröffentlichte Meinung stark vorgeben, welche politischen Formen und Inhalte als „plausibel“ und „vernünftig“ angesehen werden (vgl. Hirsch 2000). Auf theoretischer Ebene werden hier die Arbeiten Antonio Gramscis und des „westlichen Marxismus“ der 1970er-Jahre verarbeitet: Kapitalistische Klassenherrschaft und die ihr zugrunde liegende Produktionsweise können gar nicht durch staatliche Politik aufgehoben werden, weil der Staat kein neutraler Akteur ist, sondern selbst ein kapitalistischer Klassenstaat. Dabei ist der Staat finanziell und legitimatorisch auf das Gedeihen der kapitalistischen Ökonomie angewiesen. Der Staat ist also eine Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und ein Terrain, auf dem höchst ungleiche gesellschaftliche Interessen sich durchzusetzen versuchen und Kompromisse eingehen (Poulantzas 1980; Becker 2002).

4. Schlussbetrachtung: Welche Geschichte? Welche Bewegung?

Im Kontext der globalisierungskritischen Bewegung sind sowohl unterschiedliche Formen der Analyse als auch verschiedene Strategien anzutreffen. Dabei sind wir uns im Klaren, dass sämtliche Versuche, die verschiedenen Spektren der Bewegung einzelnen ideenpolitischen Strömungen zuzuordnen, notwendig an der Wirklichkeit scheitern müssen: Solche Zuordnungen werden permanent in den politischen Debatten und in der politischen Praxis überschritten (beispielsweise indem man sich der Entgegensetzung von „institutioneller“ und „autonom-institutioneller“ Politik zu entziehen sucht). Auch einen allzu engen Zusammenhang von theoretischen Überzeugungen und gelebter Praxis zu postulieren, ist in mehrfacher Hinsicht problematisch: Auch wenn Sinndeutungen der Welt teilweise theoretisch inspiriert sind, sind sie noch lange nicht von einer bestimmten Theorie „abgeleitet“. Dies würde eine avantgardistische Illusion von Theorie affirmieren. Dennoch, Strukturwissen und eine Schärfung der Problemdefinition „Globalisierung“ – in ihrer Interessengebundenheit, ihren Voraussetzungen und ihrer historischen Entwicklung – scheint uns unabdingbar, wenn wir wirksame Gegenstrategien entwerfen wollen. Und auch über unterschiedliche „Weltsichten“ und deren Vorstellungen von Gesellschaft zu reflektieren kann, ohne in unfruchtbare

Fraktionierungen zu verfallen, bereichernd sein – vor allem in Hinblick darauf, unsere Debatten über das kurzfristige Dringliche und das langfristige Wesentliche zu schärfen.

Am vorliegenden Text haben in alphabetischer Reihenfolge Uli Brand (Uni Kassel), Andreas Exner (ATTAC Österreich) und Andreas Novy (WU Wien) mitgewirkt; die Letztverantwortung für diese Fassung liegt bei Fischer/Jäger. Als *work in progress* wird er im Internet auf www.entwicklungstagung.at, den Homepages von ATTAC Deutschland, Schweiz und Österreich (www.attac.de, www.schweiz.attac.org/, www.attac-austria.org/) zugänglich gemacht und steht damit der weiteren Diskussion und Kommentierung offen. Das betreute Diskussionsforum zu diesem Artikel findet sich auf www.entwicklungstagung.at, Button „Diskussionsforum“.

Literatur

- Aguiton, Christophe (2002): Was bewegt die Kritiker der Globalisierung? Von Attac zu Via Campesina. Köln: Neuer ISP Verlag
- Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation. Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg: Metropolis
- Bennholdt-Thomsen, Veronika/Faraclas, Nicholas/Werlhof Claudia von, Hg. (2001): There is a Alternative. Subsistence and worldwide resistance to corporate Globalisation. London: Zed Books
- Brand, Ulrich (2001): Radikaler Reformismus im globalisierten Kapitalismus. Neubestimmungen nach „Seattle“ und „Genua“. In: *ila* 248, Dossier Geld Gerechtigkeit, 5-7. <http://www.ila-bonn.de/artikel/248neu.htm>, 30. Juni 2003
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2002): Ambivalenzen praktischer Globalisierungskritik: Das Beispiel ATTAC. In: *Kurswechsel* 3: 104-115
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim, Hg. (1994): Politik, Institutionen, Staat. Hamburg: VSA-Verlag
- Hirsch, Joachim (2000): Krise als Chance. Die Austragung von Interessenkonflikten hat dem Management des Status quo weichen müssen. Ein Plädoyer für einen radikalen Reformismus der Linken. In: *Jungle World* Nr. 8, 16. Februar 2000
- Feldbauer, Peter/ Hardach, Gerd/Melinz, Gerhard, Hg. (1999): Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929-1999). Wohin treibt die Peripherie? (HSK Internationale Entwicklung 15). Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apse/Südwind
- Leggewie, Claus (2003): Die Globalisierung und ihre Gegner. München: Beck
- Mies, Maria (2001): Globalisierung von unten. Der neue Kampf gegen die wirtschaftliche Ungleichheit. Hamburg: Rotbuch
- Poulantzas, Nicos (1980): Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt
- Wallerstein, Immanuel (1995): Die Sozialwissenschaft „kaputt-denken“. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts. Weinheim: Beltz Athenäum Verlag